



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Herrschaft ohne Macht? Herrschaftszustände und
Machtbeziehungen in der DDR der Ära Honecker im
Kontext von Ideologie, Gouvernementalität, Medienkultur
und Mentalität“

Verfasser

Sebastian Haller

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 317

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Theater-, Film- und Medienwissenschaft

Betreuer:

Univ.-Prof. Mag. Dr. habil. Ramón Reichert

INHALT

| | |
|---|-----------|
| 0 Abseits der Teleologie(n): Einführung / Fragestellung | 7 |
| 1 Mentalität - Medienkultur - Macht | 11 |
| 1.1 Mentalität als operativer Begriff der Historiographie..... | 11 |
| 1.1.1 Zum Mentalitätsbegriff in der Mentalitäten-Geschichte | 14 |
| 1.1.2 Operationale Definition des Mentalitätsbegriffs | 15 |
| 1.1.3 Substantieller Mentalitätsbegriff | 15 |
| 1.1.4 Funktionaler Mentalitätsbegriff | 16 |
| 1.1.5 Komplexität des Mentalitätsbegriffs | 17 |
| 1.2 Medien-/Kultur und Mentalität..... | 19 |
| 1.2.1 Medienkultur, oder: Medien und Kultur..... | 21 |
| 1.2.2 Mediatisierung und historischer Prozess: Medienkultur/-en in der DDR? | 27 |
| 1.2.3 Medienkultur, oder: Medien und Mentalität..... | 30 |
| 1.3 Terminologie(n) der ‚Analytik der Macht‘ nach M. Foucault | 35 |
| 1.3.1 Macht / Herrschaft | 35 |
| 1.3.2 (Herrschafts- und Medien-)Diskurs / (Informations-)Dispositiv..... | 37 |
| 1.3.3 Gouvernamentalität und (real-existierender) Sozialismus | 44 |
| 2 Ideologie - Herrschaftsdiskurs - Gouvernamentalität | 50 |
| 2.1 Gouvernementale Strategien des real-existierenden Sozialismus in der Ära Honecker (1971-1989)..... | 51 |
| 2.1.1 Das (paradoxe) Verhältnis zwischen sozialer Sicherheit und Individualisierung | 57 |
| 2.1.2 Die gouvernementale (Un-)Vernunft des real-existierenden Sozialismus..... | 59 |
| 2.1.3 Aspekte der ideologischen (ISA) und repressiven Staatsapparate (RSA) | 62 |
| 2.1.4 Aspekte der kulturellen Hegemonie im Kontext von Ideologie | 65 |
| 2.2 Operationalisierung (I) und theoriegeschichtliche Genese des Ideologiebegriffs in der DDR.... | 66 |
| 2.2.1 Begriffstheoretische Aspekte von Ideologie | 66 |
| 2.2.2 Primärideologie: Der Ideologiebegriff nach Marx/Engels..... | 67 |
| 2.2.3 Sekundärideologie: Leninscher Ideologiebegriff / Marxismus-Leninismus (ML) | 71 |
| 2.3 Ideologie und Ideologiebegriff in der DDR: Herrschaftsdiskurs und philosophischer Diskurs.... | 73 |
| 2.3.1 Konsolidierte Sekundärideologie im Herrschaftsdiskurs der DDR | 76 |
| 2.3.1.1 (Totalitarismustheoretische) Aspekte der Funktionen des ML im Herrschaftsdiskurs | 81 |
| 2.3.2 ‚Herrschaft und Konsens‘ - Konsolidierte Sekundärideologie als gesellschaftliche und soziale Praxis | 83 |
| 2.3.2.1 Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) im Kontext der sozialen Praxis von Ideologie | 87 |
| 2.3.3 Ideologie und Ideologiebegriff im philosophischen Diskurs | 90 |

| | |
|--|------------|
| 3 Kommunikation - Herrschaftsdiskurs - Medienkultur | 94 |
| 3.1 Sprache und Herrschaftsdiskurs..... | 95 |
| 3.1.1 Sprachlich-kommunikative Diskurstypologie | 99 |
| 3.1.2 Sprach- und kommunikationssteuernde Maßnahmen des Herrschaftsdiskurses | 101 |
| 3.1.3 Explizite und implizite Herrschaftsmechanismen der Kommunikation des Herrschaftsdiskurses | 104 |
| 3.2 (Sozialistische) Medienkultur und Informationsdispositiv in der DDR..... | 106 |
| 3.2.1 (Staatliches) Informationsdispositiv | 111 |
| 3.2.1.1 Zur Regulation von Medienkultur: Aspekte der Medienpolitik im Kontext des Informationsdispositivs | 112 |
| 3.2.1.2 Mediendiskurse bzw. Bedeutungsressourcen und (strategische) Leerstellen des Informationsdispositivs | 116 |
| 3.2.2 Die (offenen) Grenzen des ‚national-territorialen Kommunikationsraums‘ | 120 |
| 3.3 Der Konflikt zwischen dem Informationsdispositiv und den (internationalen) Kommunikationsnetzwerken | 122 |
| | |
| 4 Ideologie - Mentalität - Normation | 124 |
| 4.1 Wissenssoziologische Aspekte des Verhältnisses von Ideologie und Mentalität | 125 |
| 4.1.1 Operationalisierung des Ideologiebegriffs (II): Ideologie und Wahrheit..... | 126 |
| 4.1.2 Zum Verhältnis von Ideologie und Mentalität / Ansätze einer theoretischen Ideologiekritik | 130 |
| 4.1.3 Zum Ansatz der theoretischen Ideologiekritik in der vorliegenden Arbeit..... | 133 |
| 4.2 DDR-Jugendgesetz (1974)..... | 134 |
| 4.2.1 Exkurs // Normativität, Normation und Normalisierung – Gouvernementale Aspekte juristisch-diskursiver Formationen..... | 135 |
| 4.2.1 Ideologie, Recht und der Mediendiskurs des Rechts | 137 |
| 4.2.2 DDR-Jugendgesetz 1964/1974 – Ideologiekritische Aspekte der Legislative in der DDR .. | 139 |
| 4.2.3 Exkurs // Zur Gleichsetzung von Recht und Pflicht in der DDR-Gesetzgebung und im ML | 146 |
| 4.2.4 Kontinuität und Wandel – Vom ‚neuen Menschen‘ zur ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ ... | 148 |
| 4.3 Zur Relation von (herrschaftsdiskursiver) Ideologie und Mentalität in der Ära Honecker | 153 |
| | |
| 5 Mentalität - Filmrezeption - Resistenz | 159 |
| 5.1 Das Dispositiv der Sozialwissenschaft in der DDR und das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) | 160 |
| 5.2 Mentalitätsentwicklung/-en der DDR-Jugend in der Ära Honecker: Aspekte der Metaanalysen der DDR-Demoskopie | 164 |
| 5.2.1 Mentalitätsentwicklungen der DDR-Jugend (1970/71-1989) | 166 |

| | |
|---|------------|
| 5.3 Zur Filmsoziologie des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ): Ausgewählte Aspekte einer resistenten (politischen) Mentalität:..... | 167 |
| 5.3.1 Etablierung der Filmsoziologie am ZIJ | 169 |
| 5.3.2 Die kommunikationstheoretische Konzeption des Rezipienten | 170 |
| 5.3.3 Untersuchungsgegenstand und Forschungsauftrag der Filmsoziologie | 175 |
| 5.3.4 Politisch-ideologisch bedingte Einschränkungen der Forschungstätigkeit | 178 |
| 5.3.5 Aspekte einer resistenten Mentalität anhand der Ergebnisse der DDR-Filmsoziologie | 180 |
| 6 Herrschaft ohne Macht – ein Resümee | 185 |
| Literatur | 191 |

Ina: ‚Demnächst mach' ich zuhause Revolution!‘

Matthias: ‚Du meinst Rebellion. Manchmal denke ich, du willst nichts zu Ende denken - wenn du den Unterschied zwischen Revolution und Rebellion nicht verstehst, verstehst du den Sinn des Lebens nicht! Rebellion bedeutet gegen etwas sein und Revolution bedeutet wissen wie man sein müsste.‘

Ina: ‚Weiß ich doch, die müssten mich doch etwas in Ruhe lassen, das ist doch Revolution.‘

(Ausschnitt aus dem DEFA-Film ‚Liebe mit 16‘, R: Hermann Zschoche, 1972/73)

0 Abseits der Teleologie(n): Einführung / Fragestellung

Mit dem zivilgesellschaftlich initiierten Prozess der Wiedervereinigung und dem daraus resultierenden Zusammenbruch der Deutschen Demokratischen Republik haben sich in der (nunmehr) zeitgeschichtlichen DDR-Forschung normative Urteile etabliert (Timmermann 1995) – und gegenseitig auch wieder abgelöst –, die teilweise dem Anspruch folgten, eine politikwissenschaftlich bzw. herrschaftskritisch zentrierte Geschichte der DDR zu konstruieren. „Begriffliche Einordnungen“ (Jaraus 1998) bestimmten – oder auch: prädisponierten – nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Sicht auf die ehemalige DDR und wollten damit den Schnittpunkt verschiedener Thesen, die insbesondere der Verbindung zwischen dem politischen Regime und den gesellschaftlichen wie auch individuellen Entwicklungen in der DDR gerecht werden wollten, vermitteln. So stand die Aufarbeitung der DDR in den 1990er Jahren beispielsweise im Zeichen eines ‚totalitären‘ oder ‚posttotalitären Staates‘ und führte zu Terminologien wie ‚Fürsorgediktatur‘, ‚Wohlfahrtsstaat‘ und dem (bereits in den 1980er Jahren etablierten) Aspekt des ‚Konsumsozialismus‘. Weitere Perspektiven, die nach verschiedenen Forschungsschwerpunkten zu differenzieren sind, sprechen von einer ‚Erziehungsdiktatur‘, einer ‚durchherrschten‘ oder einer ‚Nischengesellschaft‘. Im Zentrum stand meist das Ziel, das komplexe Zusammen- und Widerspiel zwischen dem Regime der SED und dem Lebensalltag der DDR-Bürger auf *einen* Begriff oder auch ein „Pauschalurteil“ (Thomas 1995: 13) zu bringen. Diese Konzepte, denen nicht selten ein Werturteil – welches in der systemimmanenten DDR-Forschung der 1970 und 1980er Jahre heftig angefochten wurde (Timmermann 1995) – zugrundeliegt, haben mit der Wende zum neuen Jahrtausend aber zunehmend an Gewicht verloren: In der zeithistorischen Forschung treten immer mehr die kulturellen Praktiken des Alltags, die sich tendenziell einer makrosoziologischen Analyse entziehen, sowie die zunehmende Spezifizierung auf kleinere Forschungsgebiete in den Vordergrund – darin drückt sich nicht zuletzt das Bemühen aus, von einer begrifflich fixierten, „rückwärts gerichtete[n] Teleologie, einer finalen Geschichtsbetrachtung“ (Rüdiger Thomas, zit. n. Förster 1999: 70) Abstand zu gewinnen und „Geschichte in einem offenen Horizont der Zukunft“ (Thomas 1995: 13) zu begreifen.

Bereits der Historiker und Philosoph Michel Foucault (2003) hat in seinem Aufsatz *Nietzsche, die Genealogie, die Historie* darauf hingewiesen, dass ein Verständnis der Geschichte als Teleologie (wie bspw. im Geschichtsdeterminismus von Karl Marx) sowie als ‚Kette‘, in der

zentrale historische Ereignisse rational und kausal zwingend miteinander verbunden sind, zurückzuweisen sei, zumal der historische Prozess primär als ein Ablauf von Zufällen verstanden werden müsse; diese Zufälle sind aber, Foucault folgend, nicht im Sinne einer „ständigen Auslösung“ aufzufassen, sondern entstehen dadurch, dass es ein ständig „sich erneuerndes Risiko des Willens zur Macht“ gibt, das zu immer neuen „Zufälle[n] des Kampfes“ (2003: 112) führt: So gesehen ist es eines der Arbeitsfelder des Historikers, diese ‚Zufälle‘ nachzuzeichnen und auf ihre (produktiven) Machtverhältnisse hinzuweisen (vgl. ebd. 111). Ferner gilt für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte wie allgemein für die Historiographie, dass „die Forschung [...] auf die (methodisch abgesicherte) Ermittlung von Tatsachen, ihre (systematische) Einordnung in Strukturen und Bedingungsbeziehungen und eine (theoriegeleitete) Interpretation der so gewonnenen Ergebnisse [zielt]“ (Thomas 1995: 13). Diese wissenschaftlichen Kriterien sind für die vorliegende Arbeit durch zwei wesentliche Prämissen zu erweitern, die insbesondere auf die Schwierigkeit im Umgang mit bereits kanonisiertem geschichtlichem Wissen hinweisen: (a) Eine genealogische orientierte Untersuchung kann die Machtkonstellationen nicht voraussetzungslos (und ohne bereits bestehendes historiographisches Wissen) analysieren, sondern ist zunächst mit wissenschaftlich, aber auch umgangssprachlich tradierten Terminologien konfrontiert, die einer begriffstheoretischen wie -historischen Revision unterzogen werden müssen. (b) Insbesondere innerhalb der zeithistorischen Forschung ist festzustellen, dass neue Forschungskonzepte und -paradigmen, wie bspw. die *governmentality studies*, angewandt werden, um bereits bestehende Erkenntnisse zu rekontextualisieren. Die vorliegende Arbeit ist gerade von diesen beiden Aspekten gekennzeichnet, die in einer engen Verbindung stehen: *Revision* und *Rekontextualisierung*; diese können anhand der einzelnen Kapitel der vorliegenden Arbeit dargestellt werden:

Der erste Aspekt, der einer Revision unterzogen wird, ist der Begriff der *Mentalität*, welcher im Kontext der frz. *histoire des mentalités* eine Art ‚Gegenbewegung‘ zur politikwissenschaftlich bzw. ideengeschichtlich fundierten Historiographie darstellt (*Kapitel 1*). Insbesondere die Jugendsoziologie in der DDR konnte diesbezüglich instruktive Ergebnisse zu Tage fördern, die das Kritikpotential der jungen Generation seit Ende der 1970er Jahre nachzuzeichnen helfen. Es handelt sich dabei um Hinweise, die, laut eines Soziologen der ehemals wichtigsten Institution für Jugendforschung in der DDR, „kaum zur Kenntnis genommen worden“ (1999: 70) sind, deren Informationswert aber kaum überschätzt werden kann. In der vorliegenden Arbeit werden jedoch weniger die Ergebnisse der politischen und außer-politischen Demoskopie des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) zur Diskussion stehen – zumal diese bereits in einigen Publikationen übersichtlich aufgearbeitet wurden (vgl. *Kapitel 5*) –, sondern die Resultate der Filmsoziologie bzw. Rezeptionsforschung

desselben Instituts: Diese veranschaulichen einerseits die ‚Vorzüge‘ einer Nische bzw. ‚Spielwiese‘ innerhalb des so bezeichneten sozialwissenschaftlichen Dispositivs und andererseits zeichnen sie deutlich den politischen Legitimitätsverlust der SED – kurz: die *Erosion der Macht der (SED-)Herrschaft* – ab Ende der 1970er Jahre nach (*Kapitel 5*). Ein zentraler Aspekt, der in der vorliegenden Arbeit einer weitaus umfangreicheren Revision unterzogen wird, ist *Ideologie (Kapitel 2)*: Natürlich muss festgehalten werden, dass Ideologie in der DDR ein wesentliches Orientierungs- und Organisationselement der Herrschaftsbeziehungen – Foucault spricht angesichts des realen Sozialismus etwa von der immerwährenden Orientierung am ‚Text‘ (2004b: 136) – und auch eine „zentrale[n] Legitimationsbasis der SED-Herrschaft“ (Schulz 1996: 570) darstellte. Diese Ansicht, die auch innerhalb der einschlägigen *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages* vertreten wird (vgl. Kuppe 1996, Löw 1996, Weber/Lange 1996, Wisniewski 1996), soll umfassend zur Diskussion gestellt werden. Vor allem gilt es aber die Funktion(-en) von Ideologie, die etwa von Manuel Becker (2009) sehr umfangreich anhand der DDR und des ‚Dritte Reiches‘ verglichen wurden, hinter eine andere Strategie der Machtausübung zu stellen: dem *Herrschaftsdiskurs* (vgl. Sabrow 2000). Eine zentrale These der vorliegenden Arbeit lautet diesbezüglich, dass die systemlegimatorische Funktion der Ideologie sowie ihre ‚symbolische Macht/Gewalt‘ (P. Bourdieu) in erster Linie durch die Aufnahme in den Herrschaftsdiskurs ermöglicht wurde: Die mediale Form erlangte die Ideologie über den Herrschaftsdiskurs. Die Aufgabe des nämlichen Diskurses bestand vor allem darin, die sozial-, wirtschafts- und friedenspolitischen Maßnahmen, die insbesondere in der Ära Honecker forciert wurden (Bouvier 2002, Frerich/Frey 1993), mit ideologischen Ansprüchen zu ‚unterfüttern‘, um sie schließlich in allen (kommunikativen) Öffentlichkeiten (vgl. zum Begriff der Öffentlichkeit, Gerhards/Neidhardt 1991), wie allen voran den Massenmedien, ‚einzuspeisen‘ zu können; die Frage der Wirksamkeit dieser Strategie soll vor allem anhand einer sozialistischen Medienkultur veranschaulicht werden (*Kapitel 3*). Ideologie soll in dieser Arbeit zwar nachwievor als Herrschaftstechnologie betrachtet werden, denn, so stellt auch Foucault beiläufig fest, „die großen Machtmaschinerien [gingen] mit ideologischen Produktionen einher [...]“ (Foucault 1999b); es soll aber auch durch die Betrachtung der Ideologie *innerhalb* des Herrschaftsdiskurs eine explizite (Re-)Kontextualisierung durchgeführt werden – denn ein „enthistorisiertes Weltexperiment“ (vgl. dazu die Kritik bei Roters 1998: 17) war Ideologie in der DDR zu keinem Zeitpunkt. Der Aspekt der Ideologie wird außerdem in einem Abschnitt zur (ideologischen) Normation der Jugend zur Sprache kommen, in dem erörtert wird, wie die politisch-idealtypische Bestimmung einer ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ – im Diskurs des Rechts – aussah (*Kapitel 4*). Ausgehend vom Herrschaftsdiskurs wird auch die Problematik der Kommunikationsmacht bzw. des Informationsdispositivs (Dorer 2008) in der DDR behandelt: Anhand von Erkenntnissen der

politischen Linguistik wird darauf aufmerksam gemacht, welche Strategien der (Sprach-)Lenkung vom SED-Regime aufgeboden wurden. Diese Hinweise sollen im selben Kapitel anhand der Massenmedien behandelt werden, wobei vor allem auf den Aspekt der sozialistischen Medienkultur eingegangen wird (*Kap. 3*).

Zusammengefasst beschäftigt sich die vorliegende Arbeit mit äußerst heterogenen Elementen der Macht bzw. der Machtbeziehungen in der DDR, welche ausgehend von der strategischen und herrschaftsgeprägten Konstellation Politik/Ideologie/Herrschaftsdiskurs auf die Massenmedien/Medienkultur und schließlich auf die Mentalitätsentwicklungen der DDR-Jugend ausgeweitet werden. Die Untersuchung steht deshalb unter dem Leitmotiv einer – wie der Titel bereits suggeriert – Herrschaft mit wechselnden bzw. erodierenden Machtbeziehungen, die unweigerlich zur Frage führt: „Was ist denn diese notwendigerweise äußerliche Gouvernementalität, die dich [den Sozialismus, d. Verf.] in Gang hält und innerhalb welcher du allein existieren kannst?“ (Foucault 2004b: 137). Die folgenden Problemstellungen bieten schließlich einen Querschnitt der im Folgenden behandelten Themen:

Waren die Ideologie bzw. der Ideologiebegriff des Herrschaftsdiskurses und des philosophischen Diskurses kongruent?

In welche Diskurse und Praktiken war Ideologie in der DDR eingebunden?

In welcher Relation standen Mentalität und Ideologie in der DDR?

Durch welche gouvernementalen Strategien und Regierungstechnologien kennzeichnete sich der real-existierende Realismus der Ära Honecker?

Gab es eine ‚gouvernementale Vernunft‘ der Regierung in der DDR?

Gab es in der DDR eine einschlägige national-territoriale Medienkultur?

Wie veränderte sich diese Medienkultur infolge der verstärkten Rezeption von elektronischen Medien aus der BRD?

Wie war der Herrschaftsdiskurs in diese Medienkultur und ferner in das Informationsdispositiv eingebunden?

Durch welche Eigenschaften kennzeichnete sich die herrschaftsdiskursiv vereinnahmte Normation der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘?

Welche strategischen Aufgaben erfüllte das sozialwissenschaftliche Dispositiv und wie kann man die Filmsoziologie in dieses Dispositiv einordnen?

Welche Informationen zu einer resistenten Mentalität hat die Filmsoziologie aufgezeichnet?

1 Mentalität - Medienkultur - Macht

Dieses Kapitel dient der Einführung und kritischen Revision von Terminologien und Forschungskonzepten, die in der vorliegenden Arbeit zur Anwendung kommen werden.

1.1 Mentalität als operativer Begriff der Historiographie

Die Verwendung des Begriffs der Mentalität und dessen Übernahme aus dem Kontext der Historiographie – genauer: der Mentalitäten-Geschichte – eröffnet theoretisch, terminologisch sowie methodologisch ein Feld der Geschichtsforschung, das für die zeithistorische Jugendforschung von speziellem Nutzen sein kann:

(1) Der Begriff der Mentalität setzt sich gegen die Eingrenzung von Geschichte auf politische Prozesse und Eliten – wie vor allem innerhalb des methodischen Paradigmas des Historismus – ab und fokussiert auf kollektive, aber auch subjektive Erfahrungen und Einstellungen, die sich innerhalb einer festgelegten zeitlichen Periode – oder weiter gefasst: Epoche – manifestieren. Mentalität steht dabei im Zentrum einer Geschichte des ‚Randständigen‘ (LeGoff 1987), das sich im historischen Prozess nicht selbst einschreiben bzw. repräsentieren kann und damit außerhalb öffentlich und institutionell geprägter Diskurse zu verorten ist. So konzentriert sich die Mentalitäten-Geschichte mittels eines soziologischen (Selbst-)Verständnisses dezidiert auf eine historische Anthropologie: Die Rekonstruktion kollektiver bzw. subjektiver Alltagswahrnehmung steht im Vordergrund der Analyse, ohne aber den Zusammenhang mit den zeitgenössischen politisch-ideologischen Diskursen zu negieren.

(2) Mentalitäten-Geschichte begreift sich nicht als Teil einer Ideengeschichte, die ihre historiographischen Bemühungen vordergründig auf geistesgeschichtliche Manifestationen konzentriert, sondern formierte sich unter anderem als Reaktion auf den *linguistic turn* in der Geschichtswissenschaft (vgl. Sarasin 2003: 24 f.). Indem die Mentalitäten-Geschichte (potenziell) alle Faktoren der Einwirkung auf ein Kollektiv/Subjekt und dessen Einstellungen in Betracht zieht (vgl. Vovelle 1990), stellt auch Ideologie – als ein zentrales Thema der vorliegenden Arbeit – ein ‚Mentalitätsthema‘ dar (vgl. Kuhleemann 1996); insbesondere die dialektische Beziehung zwischen Ideologie und Mentalität eröffnet ein komplexes Beziehungsgeflecht zwischen einer politischen Doktrin (Ideologie), die in totalitären

Systemen in erster Linie über einen Herrschaftsdiskurs kommuniziert wird (vgl. Abs. 1.3.2 und Kap. 2), und dem kollektiven/subjektiven (Un-)Bewussten (Mentalität), das sich einer politisch-ideologischen Vereinnahmung tendenziell entziehen kann. Die Mentalitäten-Geschichte, die häufig als dezidiert unpolitisch bezeichnet wurde, zog in ihren praktischen wie theoretischen Anstrengungen häufig eine explizite Trennlinie zu Ideologie. Erst mit Michel Vovelle ist Ideologie – mit der Prämisse einer dezidierten Zurückweisung ‚vulgärmarxistischer‘ Theorien von Ideologie (vgl. Abs. 2.2) – in die Untersuchungen der Mentalitäten-Geschichte integriert worden (vgl. Vovelle 1990); der französische Historiker und zentrale Vertreter der Mentalitäten-Geschichte hebt die Trennung zwischen Ideologie und Mentalität auf, indem er, über ein oppositionelles Begriffskonzept hinausgehend, beide Termini zum Nutzen der Mentalitäten-Geschichte ‚amalgamiert‘:

„The history of mentalities can be defined as the study of the mediations and of the dialectical relationship between the objective conditions of human life and the ways in which people narrate it, and even live it. At this level, the contradictions between the two notional systems which we contrasted here – ideology and mentality – fade away. The exploration of mentalities, far from being a mystifying process, can ultimately lead to an essential widening of the field of research, not as venture into a foreign, exotic territory, but as the natural extension and the cutting edge of all social history.” (Vovelle 1990: 12)

Gerade mit dem Begriff der Mentalität ergibt sich die Möglichkeit, die Dialektik von Ideologie, die sich in der vorliegenden Arbeit *innerhalb* eines Herrschaftsdiskurses konstituiert (vgl. Abs. 1.4.2), und Mentalität, die *außerhalb* des Herrschaftsdiskurses anzusiedeln ist, differenzierter zu betrachten und gleichzeitig das disparate Verhältnis zwischen denselben herauszustreichen.

(3) Besonders bei der Untersuchung von Mentalität/-en der Jugend kann die Mentalitäten-Geschichte zweckmäßig eingebracht werden: Sie thematisiert ein historisches Kollektiv/Subjekt, das sich, wie bereits erwähnt, nicht selbst in die Geschichte einschreiben kann. So heißt es beispielhaft bei Hagen Schulze im Rekurs auf die historischen Forschungen von Marc Bloch, einem Vertreter der Mentalitäten-Geschichte *avant la lettre*: „Nicht die Ideen und die Ideologien der Zeit beschreibt Bloch, sondern die großteils vorbewußten Einstellungen gesellschaftlicher Gruppen, die unbefragten Axiome und Normen, die Grundhaltungen und Gesinnungen, die die menschliche Gesellschaft stiften“ (Schulze 1985: 255). Eine Annäherung an die Mentalität/-en jugendlicher Kollektive bzw. Subjekte muss also über die ‚Grundhaltungen und Gesinnungen‘ erfolgen, wie sie etwa die (zeithistorisch verankerte) Jugendforschung zu Tage förderte.

Die Methodik der Mentalitäten-Geschichte und deren Entwicklung ist keine lineare, sondern (1) wissenschaftsgeschichtlich zunächst als Disziplin *avant la lettre* (vgl. Burgière 1987;

LeGoff 1987) und (2) als transdisziplinäre Methode zu bezeichnen, die sich mehr über die Forschungspraxis, als über eine theoretische Fundierung formierte. Bevor man also die Methoden der Mentalitäten-Geschichte und vor allem deren operative Definition des Mentalitätsbegriffs diskutiert, muss betont werden, dass die disziplinäre Offenheit der Mentalitäten-Geschichte ein wesentliches Merkmal derselben ist.

Kritik an der Mentalitäten-Geschichte verband sich vor allem mit der ausgebliebenen oder aber verspäteten Theoretisierung, die in einer „entschlossene[n] Ablehnung einengender Generalisierungen“ (Schulze 1985: 261) mündete, sowie mit dem Fehlen einer standardisierten wissenschaftlichen Methode: Konstitutiv für mentalitätsgeschichtliche Forschung ist demnach die bewusste Einordnung einzelner Historiker in die Disziplin, vor allem in der diesbezüglich tonangebenden französischen Geschichtswissenschaft und dem ‚Zentralorgan‘, der Zeitschrift *Annales*. Jacques LeGoff bezeichnet die mangelnde methodische wie theoretische Standardisierung sogar als Vorteil, wenn er – nicht ohne eine gewisse Emphase – behauptet, dass der „Reiz der Mentalitätengeschichte [...] gerade in ihrer Unschärfe und ihrem Anspruch [liegt], den Bodensatz der historischen Analyse, jenes ‚Irgendwo auch‘, der Geschichte, ausfindig zu machen“ (LeGoff 1987: 18).

Grundsätzlich verbindet sich in der Mentalitäten-Geschichte das Bemühen um eine ‚historische Rekonstruktion geistiger Prozesse‘¹. Man verstand sich damit in einer expliziten Opposition zu den Methoden des Historismus, der historische Prozesse hauptsächlich durch die Geschehnisse politischer Individuen, wie etwa einzelnen Staatsträgern oder Herrschaftshäusern, konstituiert sah; die Darstellung von politischen Eliten und Institutionen, die von den Mentalitätshistorikern polemisch als historische *dei ex machina* bezeichnet wurden, sollte nach Ansicht des Historismus‘ – pointiert formuliert – den gesamten historischen Prozess erklärbar machen. Jules Michelet nahm das methodische ‚Oppositionsdenken‘ der Mentalitätshistoriker gegenüber der tradierten Historiographie bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – und damit auch die gesamte Disziplin der Mentalitäten-Geschichte – inhaltlich vorweg: „Die Geschichte [...] erschien mir in ihren beiden Methoden noch zu schwach: nicht materiell genug [...] und nicht spirituell genug, sie sprach von Gesetzen und politischen Taten, nicht von Ideen und Sitten [...]“ (Jules Michelet, zit. n. LeGoff 1987: 21). Grundsätzlich wird also für eine Geschichtsschreibung des ‚Randständigen‘ von einer (ausschließlich) politischen Geschichte Abstand genommen, ohne aber auf die politischen Einstellungen historischer Kollektive/Subjekte, um die es in dieser Arbeit ebenso gehen soll, an den Rand zu drängen; die Mentalitäten-Geschichte ist nicht

¹ Ein Sammelband zur Mentalitäten-Geschichte brachte es im Titel mit denselben Worten auf den Punkt (vgl. Raulff 1987a, ders. 1987b)

unpolitisch, sondern distanziert sich lediglich von den politischen Eliten als alleinig konstitutives Element der ‚Historie‘.

Klammert man die der Mentalitäten-Geschichte vorangegangenen Versuche einer ‚*ambiance sociale totale*‘ (Marc Bloch) aus, so sind es vor allem die Entwicklungen der Historiographie in den Zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, die sich der Rekonstruktion von mentalen Prozessen und Einstellungen einer historisch gegebenen Bevölkerungsgruppe widmeten: Ein „fort von der klassischen Personen- und Diplomatiegeschichte, fort aber auch von den übrigen herkömmlichen Bindestrich-Geschichten, die die historische Wirklichkeit in sauber voneinander getrennte Wirtschafts-, Gesellschafts-, Politik- und Kultursegmente spaltete, fort schließlich auch von den üblichen Systematisierungs- und Generalisierungszwängen“ (Schulze 1985: 249) war zu festzustellen. Der *turn* den die Geschichtswissenschaft damit vollzog, wurde wiederholt als soziologisch bzw. anthropologisch bezeichnet. Die Studien waren großteils an einer *longue durée*, d.h. einem langfristigen Mentalitätswandel, orientiert und sind entsprechend des Untersuchungsgegenstands in einen engen geographischen und politischen Raum eingegrenzt worden. Mit der teilweisen Ablehnung von kanonisierten politischen Perioden der Geschichtswissenschaft setzte die Mentalitäten-Geschichte bei neuen Problemfeldern an, die sich nach Ulrich Raulff folgendermaßen zusammengefasst werden können: (1) die verschiedenen Glaubensformen und damit die Rolle des Glaubens bei der „Formung, Verbindung und Führung von Menschen“; (2) die „Orte, Weisen und Gegenstände des Denkens bzw. der spirituellen Praktiken“; (3) „die Prozesse der Rationalisierung“ (alle Raulff 1987a: 13 f.) und (4) die Entwicklung des ökonomischen Verhaltens und Denkens.

1.1.1 Zum Mentalitätsbegriff in der Mentalitäten-Geschichte

Mit der oft kritisierten Absenz einer konsistenten Theorie innerhalb der Mentalitäten-Geschichte, die sich immer auch über eine explizite Distinktion von anderen Schulen und Methoden der Geschichtsschreibung definierte, geht auch eine inkonsistente Behandlung des Begriffs der Mentalität einher. Für die Mentalitäten-Geschichte ist der Mentalitätsbegriff *per definitionem* ein zentraler Terminus, der die deutlichste Verbindung zwischen den heterogenen Forschungspraktiken der Historiker darstellt; gleichzeitig ist er aber – vor allem in der französischen Geschichtswissenschaft – theoretisch nicht konsensual erfasst worden. So wird diesbezüglich von Kritikern bemängelt, dass man erst „in seiner Massierung entdeckt [...], wie redundant, wie unerträglich rhetorisch die Äußerungen über Mentalitäten-Geschichte geworden sind“ (Kritik aus der FAZ, zit. n. Kuhlemann 1996: 183). Um aus dem ‚Fangnetz der Redundanz‘, welches der zitierte Rezensent im Weiteren beanstandet, herauszukommen, sollen an dieser Stelle einige zentrale Gesichtspunkte des

Mentalitätsbegriffs diskutiert werden, damit einzelne methodische wie theoretische Aspekte sinnvoll in die vorliegende Arbeit eingeführt werden können.

Die Historiker Volker Sellin (1985) und Frank-Michael Kuhlemann (1996) bieten jeweils eine kritische Diskussion der verschiedenen, vor allem praktisch angewandten Mentalitätsbegriffe an und machen damit auf die „operative Vielfalt“ (Schulze 1985: 261) des Begriffs aufmerksam; es stechen diese beiden Ansätze der definitorischen Präzisierung innerhalb der (ohnehin überschaubaren) theoretischen Auseinandersetzungen der Mentalitätengeschichte deutlich hervor, weil sie den Mentalitätsbegriff aus seiner zum Teil irreführenden Verwendung herausheben und eine instruktive (operative) Definition anbieten.

1.1.2 Operationale Definition des Mentalitätsbegriffs

Bei der Verwendung des Mentalitätsbegriffs ist grundsätzlich von der Unterscheidung zwischen (a) konkret erfass- und dokumentierbaren (d.h. schriftlich bzw. sprachlich aufgezeichneten) Einstellungen, die im *substantiellen Mentalitätsbegriff* subsumiert sind, und (b) psychischen Dispositionen, die im *funktionalen Mentalitätsbegriff* systematisch erfasst sind, auszugehen.

Meist erscheint der in der geschichtswissenschaftlichen Praxis angewandte Mentalitätsbegriff als disparater Untersuchungsgegenstand, dem keine Unterscheidung zwischen einem mentalen (funktionalen) *a priori* und einer manifesten (substantiellen) Einstellung zugrunde liegt. Wie Sellin für den deutschsprachigen Raum konstatiert, ist vor allem die „Spannung zwischen Alltagsbedeutung und wissenschaftlicher Auffassung des Worts“ (Sellin 1985: 558) problematisch und steht dadurch einer präzisen theoretischen Fundierung entgegen. Das Verständnis von Mentalität spannt sich demnach vom „Denken, Meinen und Vorstellen auf der einen, [zu] Verhalten und Reagieren auf der anderen Seite“ (Sellin 1985: 560). Mit der folgenden operationalen Definition eines funktionalen und eines substantiellen Mentalitätsbegriffs kann der konzeptionellen Unbestimmtheit entgegengetreten werden; gleichzeitig muss aber darauf hingewiesen werden, dass im Zuge dieser kurzen Darstellung nicht alle methodischen wie theoretischen Konzepte von Mentalität erörtert werden können.

1.1.3 Substantieller Mentalitätsbegriff

Nach Kuhlemann kann Mentalität anhand von (manifesten) Einstellungen, Werthaltungen und -vorstellungen erschlossen werden. Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang die Demoskopie (Meinungsforschung), die einerseits geprägt ist von ihrem politischen,

institutionellen wie auch praktischen Kontext, d.h. von dem sozialwissenschaftlichen Dispositiv insgesamt (vgl. ausführlicher zu dieser Problematik Abs. 4.3); andererseits kann sie dennoch als instruktive Quelle für die Mentalitäten-Geschichte – auch im Sinne einer ‚historischen Sozialwissenschaft‘ (Jürgen Kocka) – fungieren. Wie Sellin hervorhebt muss die Mentalitäten-Geschichte, die den Weg über die Analyse von Einstellungen und Werthaltungen geht, die folgenden Aspekte berücksichtigen:

Wenn Einstellungen als Ausgangsmaterial einer mentalitätsgeschichtlichen Analyse herangezogen werden, eröffnet sich die Frage nach der Relation der Mentalität zu einem konkreten, lebensweltlich verankerten Handeln bzw. Verhalten. Im Zuge der geschichtswissenschaftlichen Debatte führt Sellin diesbezüglich an, „daß zwischen Vorstellungen und ihrer praktischen Verwirklichung, ja bereits zwischen den Vorstellungen und den Aussagen [d.h. Einstellungen, d. Verf.] über die Vorstellungen ein erheblicher Unterschied besteht“ (1985: 572). Demgemäß wäre es ein Irrtum von einer Einstellung oder Wertvorstellung auf ein ihr (direkt) entsprechendes Verhalten zu schließen. Gerade bei der historiographischen Nutzbarmachung einer gesellschaftlich und (ferner) politisch verankerten Meinungsforschung, die vor allem in der DDR nicht selten als politisches ‚Ventil‘ für ihre Teilnehmer fungierte (vgl. etwa Friedrich 1999), muss diesem Hinweis Nachdruck verliehen werden. Die Einstellung gibt dementsprechend zwar Auskunft über Mentalität/-en, aber das Verhalten ist davon (weitgehend) loszulösen: „[D]ie Frage, inwieweit die Vorstellungen der Gruppe tatsächlich ihr Verhalten bestimmte, bleibt [demgemäß] offen“ (Sellin 1985: 573). Kritik übt Sellin weiters am Aussagewert der Ergebnisse, die sich am substantiellen Mentalitätsbegriff orientieren, wenn er darauf hinweist, dass „die Einstellungen, die eine Mentalität konstituieren, [...] den Angehörigen der Kollektivitäten nicht gegenwärtig zu sein [brauchen, d. Verf.], genauso wenig wie die volle Bedeutung der Begriffe jemandem gegenwärtig zu sein braucht, damit er sprechen kann“ (Sellin 1985: 587). Die substantiell bestimmte Mentalität wäre demnach von Urteilen (mit-)bestimmt, deren Bedeutung dem Kollektiv oder dem Subjekt selbst nicht immer erklärlich ist.

1.1.4 Funktionaler Mentalitätsbegriff

Der funktionale Mentalitätsbegriff macht die Beschreibung bzw. den Nachweis einer Mentalität wesentlich diffiziler als der substantielle: Nicht mehr Einstellungen, sondern unbewusst bzw. vorbewusst wirksame Dispositionen eines Kollektivs/Subjekt sollen (re-)konstruiert werden. Die Disposition, als zentraler Aspekt des funktionalen Mentalitätsbegriffs, ist in diesem Zusammenhang als Tendenz zu beschreiben, die nicht direkt zu einem Handeln veranlasst, sondern Einfluss auf dasselbe ausübt:

„Sie [die Mentalität, d. Verf.] übernimmt eine zentrale Funktion für die Organisation menschlicher Lebensführung und -orientierung; sie disponiert, strukturiert vor, ja gibt eine Richtung an, ohne daß die formale Dispositionsleistung aber konkret zu beschreiben wäre.“ (Kuhlemann 1996: 186)

Der Mentalität wird in diesem Zusammenhang zugesprochen „Brückenschlag zwischen einer gegebenen Lebenswelt und einer [sich] daraus [...] ergebenden spezifischen Lebenshaltung“ (Kuhlemann 1996: 187) zu sein: Mentalität manifestiert sich demnach nicht mehr anhand einer bestimmten Aussage, sondern sie liegt – somit als *a priori* – maßgeblich vor dieser. Dem Historiker kommt hier also die Rolle des – im Sinne Paul Ricoeurs – Hermeneutikers zu, der ergründen muss, welche Tendenzen eine Reihe von Aussagen (oder sozialgeschichtlichen ‚Artefakten‘) aufweist, um schließlich anhand dieser Tendenzen eine Struktur – die Mentalität – erfassen und benennen zu können. Man könnte sagen, dass der Mentalitätshistoriker, der an einem substantiellen Mentalitätsbegriff festhält, ‚kulturhistorische Spuren‘ hinsichtlich einer Mentalität ‚decodiert‘.

Sowohl für den substantiellen als auch den funktionalen Mentalitätsbegriff gilt, dass eine Vielfalt an historischen Quellen zu berücksichtigen ist, um dem Anspruch der Mentalitäten-Geschichte zu entsprechen. Auch der Ideologietheoretiker und Soziologe Theodor Geiger weist auf diesen Umstand hin und deutet damit eine wesentliche Problematik der Mentalitäten-Geschichte an (1932: 77 ff.): Eine lückenlose Aufarbeitung aller lebensweltlichen Zusammenhänge und Einflüsse ist ein empirisch nicht umsetzbares Unterfangen. Auch Sellin hebt hervor, dass es in der Mentalitäten-Geschichte lediglich um ‚Zuordnungen‘ zu gewissen historischen Kollektiven/Subjekten gehen könne (vgl. Sellin 1985). Im Zusammenhang dieser Arbeit kann festgestellt werden, dass der funktionale Mentalitätsbegriff weitaus unbestimmteren Kriterien unterliegt, zumal eine empirische Erfassung der Mentalität als *a priori* auch einen spekulativen Aspekt in sich birgt: *Die vorliegende Arbeit orientiert aufgrund dieser Hinweise am substantiellen Mentalitätsbegriff.*

1.1.5 Komplexität des Mentalitätsbegriffs

Eine Frage, welche die jeweiligen Mentalitätsbegriffe gleichermaßen betrifft, stellt sich bei der Komplexitätsstruktur, d.h. bei dem Rahmen der Untersuchung: Es ist diesbezüglich zu unterscheiden zwischen (1) der quantitativen Struktur, d.h. der Größe des Kollektivs, das erfasst werden soll, und (2) der temporären Struktur, die den Analysezeitraum eingrenzt.

(1) Im Hinblick auf die quantitative Struktur ist die Annahme wichtig, dass „die Untersuchung zweckmäßig beim Verhalten selber an[setzt], und zwar nicht beim individuellen, sondern beim kollektiven Verhalten“ (Sellin 1985: 591). Eine Untersuchung von Mentalität geht

demnach nicht ursprünglich von einem historischen Subjekt bzw. einer Einzelperson, sondern von einem zweckmäßig bestimmten Kollektiv aus; darin deutet sich eine Besonderheit der mentalitätshistorischen Forschung an:

„Das Eigentümliche des Gegenstands der Mentalitätsgeschichte liegt [...] nicht zuletzt darin, daß sie zwar nicht auf das Wissen von Einzelpersonen geht, daß aber der gesellschaftliche Wissensvorrat im Allgemeinen auch in den Einzelpersonen, wenn auch nicht immer im gleichen Maße, gegeben ist.“ (Sellin 1985: 593)

Kuhlemann folgend ist bezüglich der quantitativen Komplexitätsstruktur die Unterscheidung von Makro-, Mikro- und Partikularmentalitäten maßgeblich: Er konstatiert, dass „mathematisch gesprochen, [...] die jeweils höher angesiedelte Mentalität danach nichts anderes als die Vereinigungsmenge einer Vielzahl von kleineren Mengen (Partikularmentalitäten) [darstellt], die allesamt in ihr aufgehen“ (Kuhlemann 1996: 195). Der Mentalitätshistoriker kann anhand dieser Einteilung die Frage zu stellen, wie sich die verschiedenen Mentalitäten zueinander verhalten. Hier gilt es festzuhalten, dass Makromentalitäten alle untergeordneten, d.h. von einem kleineren Kollektiv geteilten, Mentalitäten überlagern; als Beispiel führt Kuhlemann religiöse Einstellungen an, „die nationale oder auch religiöse Unterschiede innerhalb einer Epoche einfangen“ (1996: 193) können. Interessant ist dabei der Aspekt, dass beispielsweise Partikularmentalitäten nicht einzig in Opposition zu den Makromentalitäten stehen, sondern ebenso in diese integrierbar sind. Schließlich muss aber berücksichtigt werden, dass eine Isolierung der in diesem Konzept hierarchisch gegliederten Mentalitätstypen nicht möglich ist, nachdem sich, wie auch Theodor Geiger (1932: 78) konstatiert, verschiedene Mentalitäten sowohl im ‚Zuspruch‘, als auch in ihren Inhalten überschneiden können.

(2) In einem engen Zusammenhang mit der quantitativen Beschränkung auf ein Kollektiv steht der Zeitraum, in dem eine Mentalität (re-)konstruiert wird. Nachdem die Mentalitäten-Geschichte durch die Wahl des Untersuchungsgegenstands meist auf relativ große Zeiträume fokussierte, gab es im Zuge der Studien von Georges Duby erstmals eine Einteilung von Mentalitäten anhand einer temporären Struktur: Er fasste „kurze, mittlere und langfristige Rhythmen des Mentalitätswandels“ (Sellin 1985: 565) zusammen und öffnete für das Forschungsfeld der Mentalitäten-Geschichte auch kürzere Perioden der Untersuchung; diese Offenheit der Periodisierung ist vor allem für die zeithistorische Forschung wertvoll, weil keine vorgefasste zeitliche Einteilung mehr verfolgt werden muss, sondern sich die Untersuchung vom Gegenstand leiten lassen kann.

Für die vorliegende Untersuchung von Mentalität/-en erscheint eine explizite Kategorisierung von Makro-, Mikro- und Partikularmentalitäten schon allein wegen der (teilweisen)

konzeptionellen Überschneidung mit dem dieser Arbeit zugrunde liegenden Ideologiebegriff (vgl. Abs. 2.2) allerdings nicht maßgeblich: Die Wahl einer konkreten Komplexitätsstruktur konstituiert sich nach Sellin ohnehin in erster Linie durch den Untersuchungsgegenstand und das konkrete Forschungsanliegen:

„Wie in jeder historischen Disziplin hängt es allein von der Fragestellung ab, welcher Grad der Verallgemeinerung der gegebenen Mannigfaltigkeit und welcher Rhythmus der Periodisierung notwendig und zulässig sind. [...] Zweifellos ist es sinnvoll, verschiedene Schichten von Mentalitäten mit unterschiedlichen Zeitstrukturen zu differenzieren, und ganz sicher gibt es Epochen mit rascher und solche mit weniger raschen aufeinanderfolgenden Veränderungen.“ (Sellin 1985: 587)

Abschließend muss ergänzt werden, dass natürlich auch das – meist beschränkt verfügbare – Datenmaterial konstitutiv für die Analyse von Mentalität/-en ist.

1.2 Medien/-Kultur und Mentalität

Wenn man dem Begründer der soziologischen Systemtheorie, Niklas Luhmann, Glauben schenken darf, dann sind die Massenmedien die wichtigste Ressource zur Aneignung des Konstrukts ‚Realität‘: Sie fungieren demnach als zentrale Vermittler *und* Speicher von Wissen: „Was wir über die Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ (1996: 9). Medien sind in Luhmanns Argumentation operative Orte des ‚Gedächtnisses‘: Das „Systemgedächtnis [eine Art kultureller bzw. kommunikativer Wertebasis, Anm. d. Verf.], das für alle weiteren Kommunikationen eine Hintergrundrealität bereitstellt“, wird ständig „durch die Massenmedien reimprägniert“ (Luhmann 1996: 173). Die Massenmedien verfestigen also das in jeder Operation (un-)bewusst vorhandene ‚Systemgedächtnis‘. Damit hebt Luhmann wie kein anderer die Bedeutung der Massenmedien hervor und schreibt ihnen vor allem deswegen eine hohe gesellschaftliche Funktionalität – d.h. eine Funktion *für* die Gesellschaft – zu, weil sie nicht sog. Spezialdiskurse produzieren, wie etwa das Recht oder die Wissenschaft, die der Soziologe als entgegengesetzte Systeme mit jeweils anderen Verarbeitungsprozessen von ‚Realität‘ betrachtet (ebd. 175), sondern weil Massenmedien Informationen meist in Form einer „Laienkommunikation“ (vgl. Gerhards/Neidhardt 1991: 46) vermitteln: Dadurch versprechen sie „allen Funktionssystemen eine gesellschaftsweit akzeptierte, auch von den Individuen bekannte Gegenwart, von der sie ausgehen können [...]“ (ebd. 176). Zur gesamtgesellschaftlichen Bedeutung von Massenmedien trägt außerdem bei, dass die Massenmedien ihre Sprache und ihre Inhalte – etwa im Gegensatz zu den erwähnten Spezialdiskursen – entsprechend ihrer soziokulturell heterogenen Nutzer ‚nivellieren‘ müssen; Massenmedien müssen die Inhalte und die Formen der Präsentation ihrer ‚Realitätskonstruktionen‘, die Luhmann als „zweite Realität“ (1996: 15) bezeichnet, gemäß

ihres Publikums abstimmen: Dadurch sind „die Organisationen, die die Kommunikation der Massenmedien produzieren, [...] auf Vermutungen über Zumutbarkeit und Akzeptanz [auf Seiten der Mediennutzer, Anm. d. Verf.] angewiesen“ (ebd. 12).

Die Ansichten von Luhmann zur Funktion von Medien, die bis hin zu der bereits erwähnten Annahme führen, dass das gesamte Wissen einer Gesellschaft (größtenteils) in den Massenmedien gespeichert sei, führte bei zahlreichen Medien- und Kommunikationstheoretikern zu Ablehnung. So entgegnet etwa Jo Reichertz im Rekurs auf Luhmanns' *Die Realität der Massenmedien*, „dass wir sehr viel mehr über die Gesellschaft, unsere Mitmenschen, unsere Gefühle, unsere Sprache, unsere Kultur, unseren Körper, kurz: über unsere Welt wissen, als in Massenmedien gespeichert und verfügbar ist“ (2010: 17). So berechtigt Reichertz' Einwand auch ist: Die an dieser Stelle exemplarisch herausgegriffenen Aspekte von Luhmanns Konzept der Massenmedien und ferner seiner „Theorie des Gedächtnisses der Gesellschaft“ (Luhmann 1996: 179), die ohne eine genauere Betrachtung der Einbettung in dessen Systemtheorie ohnehin nicht vertieft werden kann, illustrieren zumindest eine wesentliche Tatsache: *Die Medien und der Mediendiskurs* (vgl. Dreesen/Kumięga/Spiess 2011) prägen Wissen, Einstellungen, Werte, Normen etc. aller gesellschaftlichen Akteure; mit Andreas Hepp gesprochen: Massenmedien „[...] haben eine weitreichende Relevanz für den Aufbau der neuen Formen ökonomischer, politischer, physischer und symbolischer Macht, die den modernen Staat ausmachen“ (2010: 70). Sie sind eine wesentliche Ressource von Informationen und ein prägender Aspekt gegenwärtiger Kultur/-en. Nicht zuletzt im Zusammenhang der gegenwärtig voranschreitenden ‚Mediatisierung‘ von Kultur, im Sinne von Friedrich Krotz (2007, 2008), spielen (Massen-)Medien vermittels ihrer ‚Prägenkraft‘ eine entscheidende Rolle (vgl. Hepp 2010). In der relativ jungen Forschungsperspektive der Mediatisierung werden Medien grundlegend als Teil eines gesellschaftlichen Metaprozesses verstanden und behaupten sich damit neben gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, wie der Globalisierung und der Individualisierung, die in den letzten Jahrzehnten zunehmend in den Fokus der Sozialwissenschaften gekommen sind. Neben diesen aktuellen Ansätzen der Medienforschung werden Massenmedien nicht zuletzt als Mittel der Integration, d.h. in ihrer Funktion als ‚Stifter‘ oder Motor einer „Einheit der Gesellschaft“ (Vlašić 2004: 17) bzw. der ‚Vergemeinschaftung‘ oder ‚Vergesellschaftung‘ im Sinne Max Webers (vgl. etwa Döveling 2004), betrachtet. Weitere Ansätze die in den Bereich der lange etablierten Medienwirkungsforschung (vgl. Schenk 2002) gehen, sehen die Massenmedien etwa als zentrale (politische) Sozialisationsinstanzen.

Schließlich kann angemerkt werden, dass Massenmedien nach Luhmann zwei Formen der Realität² konstituieren: Die ‚erste Realität‘ bezeichnet er als die systeminterne Konstruktion von Realität, die „ihre eigenen Operationen“ (Luhmann 1996: 12) betrifft. (Nach Luhmann eine Operation, die jeder Akteur in jedem Augenblick vollzieht, wenn er wahrnimmt, also ‚konstruiert‘.) Die ‚zweite Realität‘ ist die systemexterne Aufbereitung und Präsentation der ‚ersten Realität‘ und muss als das verstanden werden „was für sie und durch sie für andere [wie vor allem dem Medienrezipienten, Anm. d. Verf.] als Realität *erscheint*. In Kantscher Terminologie gesprochen: Die Massenmedien erzeugen eine transzendente Illusion“ (Luhmann 1996: 14, Hervorheb. i. O.). Im Zusammenhang dieser Arbeit steht die ‚zweite Realität‘ im Vordergrund, insofern sie auch als die (materielle und mediale) Realität der Mediendiskurse zu begreifen ist, die von den Massenmedien produziert wird und deren Einfluss auf die Gesellschaft unbestritten ist.

Somit ist der Bogen gespannt zu der Frage: Wie ist die Interdependenz zwischen Massenmedien und Mentalität zu bewerten? Dass Massenmedien ein zentrales ‚Mentalitätsthema‘ darstellen, kann vorausgesetzt werden. Ein kritischer Exkurs in die Medienwirkungsforschung soll hier einige vorläufige Antworten geben. Vorab soll aber der für diese Arbeit zentrale Begriff der Medienkultur expliziert werden.

1.2.1 Medienkultur, oder: Medien und Kultur

Mit dem Begriff der Medienkultur hat sich eine Terminologie etabliert, die zwar im kommunikationswissenschaftlichen Diskurs bereits tradiert war, aber erst in den letzten Jahren in ihren theoretischen wie methodischen Implikationen präzisiert wurde (vgl. Hepp 2011: 33 ff.). Grundlage für den hier verwendeten Begriff der Medienkultur sind die Ausführungen des Kommunikations- und Kulturwissenschaftlers Andreas Hepp (2010, 2011), welcher im Anschluss an Friedrich Krotz eine elaborierte Theorie der Medienkultur vorlegen konnte. Zur Klärung dieses Konzepts müssen die interdependenten Begriffe (a) Kommunikation, (b) Kultur, (c) Medium/Medien und (d) Mediatisierung einführend erläutert werden, um schließlich auf den Begriff bzw. das Konzept der Medienkultur zurückzukommen:

² Hierzu muss kurz angemerkt werden, dass Niklas Luhmann – etwa neben Heinz von Foerster – ein Vertreter des ‚operativen Konstruktivismus‘ ist und von der epistemologischen Position ausgeht, dass jedes Erkennen der Umwelt nur ein Konstrukt darstellt, d.h. eine Operation des ‚Erkennenden‘: „Konstruktivistische Theorien behaupten, dass kognitive Systeme nicht in der Lage sind, zwischen den Bedingungen der Existenz von Realobjekten und den Bedingungen ihrer Erkenntnis zu unterscheiden, weil sie keinen erkenntnisunabhängigen Zugang zu solchen Realobjekten haben“ (Luhmann 1996: 17).

a) *Kommunikation*: Hepp orientiert sich beim Begriff der Kommunikation an einer Definition des Kommunikationswissenschaftlers und Soziologen Jo Reichertz und umschreibt diese als „symbolische[...] Interaktion, bewusst und geplant wie habitualisiert und situativ vollzogen“ (Hepp 2011: 8). Es wird also ein semiotisch fundierter Kommunikationsbegriff angewandt, der etwa Sprache – als *eine* Möglichkeit der Kommunikation – als sozial ausgehandeltes Zeichensystem begreift, dessen einzelne Bestandteile bzw. Kommunikate arbiträr sind und damit „auf sozialen Regeln beruhen“ (ebd. 8). Diese Regeln werden in erster Linie im Prozess der Sozialisation erlernt und sind insofern eine wesentliche Grundlage für Verständigung, als sie einem Zeichen einen Sinngehalt geben, welcher nicht ‚natürlich‘ ist; so kann überhaupt erst eine Verbindung zwischen dem Signifikanten (etwa dem Begriff bzw. der Zeichenkette ‚Maus‘) und dem Signifikat (etwa der Vorstellung einer tatsächlichen Maus) entstehen. Mittels dieser (meist internalisierten und im Kommunikationsprozess nicht bewusst reflektierten) Konventionen kommt Kommunikation zustande. Desweiteren beruht Kommunikation wesentlich auf sozialer Interaktion, d.h. sozialem Handeln, und der Ausrichtung auf ein Gegenüber: „Wir werden in eine Welt geboren, in der vor uns Kommunikation besteht, wir erlernen das, was diese Welt (und ihre Kultur) auszeichnet, in dem (kommunikativen) Prozess des Spracherwerbs und wenn wir dann in dieser Welt handeln, so ist dies immer auch kommunikatives Handeln“ (ebd. 8). Hepp stützt sich beim Begriff der Kommunikation also auf tradierte Konzepte der Semiotik und der Kommunikationswissenschaft und schafft damit die Grundlage für die von Ferdinand Krotz zusammengefasste ‚Formel‘: Kommunikation und „Kommunizieren ist eine Form sozialen Handelns“ (2008: 44), das, so muss man erweitern, auf einem komplexen Zeichensystem beruht.

b) *Medium/Medien*: Beim Begriff des Mediums bzw. der Medien entfernt sich Hepp von einer Definition, die Medien auf einen symbolisch generalisierten Austausch – etwa von Geld oder Macht – ausweiten (vgl. Hepp 2011: 9, vgl. auch Krotz 2008: 47). Er stellt sich damit gegen die systemtheoretisch fundierte Ansicht, die Luhmann auch in die *Realität der Massenmedien* beiläufig anspricht (vgl. 1996), und beschränkt sein Interesse auf technische Kommunikationsmedien, d.h. auf „jenes Gesamt von Institutionen und technischen Apparaturen, die wir als Menschen verwenden, um orts- und zeitübergreifend zu kommunizieren“ (Hepp 2011: 9). An dieser Stelle präzisiert Hepp, dass die technischen Kommunikationsmedien nicht mit den technischen Systemen und Technologien, die ein kommunikatives Potential haben, gleichgesetzt werden sollen; er beschäftigt sich ausschließlich mit Kommunikationsmedien, welche über „soziokulturelle Institutionen der Kommunikation“ (ebd. 9) verfügen und damit – grob gesagt – eine soziale Komponente aufweisen: Hepp führt etwa an, dass eine Online-Zeitung, nicht aber das Internet in dieses

Schema passt (vgl. ebd. 9). Ein weiterer wesentlicher Aspekt, der bereits ein Schlaglicht auf das Konzept der Medienkultur wirft, ist die Zurückweisung einer ‚Eigenlogik der Medien‘: In der einschlägigen Forschungsperspektive wird nicht mehr von der Kultur *eines* Mediums gesprochen. Dahingehend erfolgt etwa die Kritik an den in der Medienforschung durchaus üblichen Begriffen der Film- bzw. der Fernsehkultur (vgl. Hepp 2011: 16) und die Ablehnung der einschlägigen ‚Mediumstheorien‘, welche am prominentesten von Marshall McLuhan vertreten wurde (Krotz 2008: 52 ff.). Infolgedessen orientiert sich die Medienanalyse – ohne die Akzentuierung eines ‚Leitmediums‘ (vgl. Hepp 2011: 16 ff.) – an trans- bzw. intermedialen Phänomenen der Kultur, die sich sozial, räumlich und zeitlich manifestieren (vgl. Hepp 2010: 70).

c) *Kultur*: Hepp orientiert sich bei dem Begriff der Kultur an den diesbezüglichen Definitionen der *Cultural Studies*, wie bspw. mit dem expliziten Verweis auf den britischen Kulturwissenschaftler Stuart Hall, der den Kulturbegriff von Konnotationen des Elitären – etwa der Hochkultur, die bereits von Pierre Bourdieu ‚gesprengt‘ wurde – freigeräumt hat und eine Vielheit von parallel praktizierten *Kulturen* anerkennt, in denen alle ‚diskursiven Formationen‘ und ‚Klassifikationssysteme‘ versammelt sind (Hepp 2011: 10). Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Alltag bzw. den Praktiken und Diskursen des Alltags zu: Kultur ist nahezu überall vorhanden und jeder Akteur ist – ungeachtet seines soziokulturellen Hintergrunds – in mehrere Kulturen ‚verwickelt‘. Der Politik- und Sozialwissenschaftler Oliver Marchart findet hierzu die folgenden Worte:

„[...] Kultur ist, wie Raymond Williams insistiert, gewöhnlich: culture is ordinary – ist Teil des Alltags. Sie ist damit keine Angelegenheit des rein Geistigen oder Vergeistigten, wie dies die Hochkultur zu sein vorgibt. Kultur ist affektiv, ist durchzogen von Gefühlsstrukturen, von structures of feeling (man denke nur an Fankulturen), die die Alltagserfahrungen einer Gemeinschaft miteinander verbinden. Sie ist ausserdem, wiederum mit Williams, eine ganze, umfassende Lebensweise, a whole way of life. Das heisst, es lässt sich in der Gesellschaftstopographie kein spezifischer Ort der Kultur zuordnen. Wir alle schwimmen, um ein abgegriffenes Bild zu verwenden, in Kultur wie Fische im Wasser. Es gibt also kein Leben und keinen gesellschaftlichen Ort jenseits von Kultur.“ (Marchart 2003)

Schließlich ist für den Kulturbegriff – im Gepräge der *Cultural Studies* –, dessen Verbindung mit den Kategorien Identität und v.a. Macht entscheidend: Wer Kultur(-en) und damit alle diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken kontrolliert bzw. „wer ‚bestimmen‘ kann, was als Kultur gilt und was nicht“ (Hepp 2011: 10), der verfügt über Macht, die im Foucaultschen Sinne auch ‚produktiv‘ ist und deren „Maschen ihres Netzes“ (Foucault 1978: 211) sich niemand entziehen kann (vgl. zum Begriff der Macht bei Foucault, Abs. 1.3.1). Marchart resümiert diesbezüglich, dass „Kultur [...] zugleich das Terrain [ist] auf dem und das Werkzeug mithilfe dessen diese Artikulation [der Macht, d. Verf.] vonstatten geht. Damit wird

Kultur zu einer politischen Kategorie“ (Marchart 2003). Dem Begriff der Kultur ist in dieser Definition also eine politische Dimension immanent.

Anhand dieser drei komplexen Leitbegriffe kann man nun – vorsichtig – die Frage stellen: Was kennzeichnet das Konzept der Medienkultur? Der hier referierte Begriff der Kultur hat bereits auf ein weitläufiges Geflecht von diskursiven Formationen, aber auch auf eine zu großen Teilen im Alltag verankerte Praxis des (kommunikativen) Handelns hingewiesen; und mit dem Begriff der Medien verbinden sich technische Kommunikationsmittel, die ‚orts- und zeitübergreifend‘ sind. Gemäß der Tradition der *Cultural Studies* (vgl. Marchart 2003) stehen all diese Hinweise im Einflussbereich von (produktiver) Macht, durch die bspw. eine lokale oder nationale Bestimmung von Kultur erzeugt wird – oder anders formuliert: Kulturen werden in dieser Hinsicht durch bestimmte Machtkonstellationen konstituiert. Doch schließlich muss ein letzter Begriff zur theoretischen Rahmgebung des Konzepts der Medienkultur eingeführt werden: die *Mediatisierung*. Es handelt sich hierbei um ein Konzept bzw. um einen Prozess, der maßgeblich vom Mathematiker und Kommunikationswissenschaftler Friedrich Krotz geprägt wurde.

d) *Mediatisierung*: Als Ausgangspunkt dient Krotz die Annahme, dass die kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen insbesondere der letzten Jahrzehnte massiv durch die sich wandelnden medialen Angebote und die verstärkte soziale Implementierung medialer Kommunikationsformen, wie Handys etc., beeinflusst wurden (vgl. 2008: 43). Dabei setzt er beim bereits Anfang des 20. Jahrhunderts formulierten sog. Rieplschen Gesetz an, welches postuliert, dass Medien, die von neuen Medien(-Technologie) ‚eingeholten‘ werden, nicht gänzlich verloren gehen, sondern – sofern sie kulturell tradiert sind – bestehen bleiben; alte und neue Medien koexistieren und gehen zuweilen intermediale Formen ein (wie in der gegenwärtigen Kultur bspw. die immer stärkere Verbindung von Printmedien und Internet). Wie beim Begriff der Kultur und der Medien bereits herausgearbeitet wurde, steht hier kein ‚Leitmedium‘ im Vordergrund, sondern die Verstrickung verschiedener Medien, die in verschiedenen „kulturellen Kontextfeldern“ (Hepp 2010: 69) verankert sind: So weist etwa Krotz im Zuge einer Definition von Kommunikation darauf hin, „dass [sich] der Sinn eines Satzes [...] aus dem Kontext, in dem der Satz gesprochen wird“ (Krotz 2008: 46), ergibt: Nicht anderes verhält es sich mit Medien, deren Bedeutung aus kulturalistischer Perspektive nicht vom Medium, d.h. von ihrem *content* oder ihrer Technik, her gedacht und analysiert werden, sondern von ihrem kulturellen Kontext, ihrer politischen ‚Einbettung‘ und schließlich von ihrer Fähigkeit diese ‚Kontexte‘ zu verändern. *Mediatisierung ist demnach (auch) der Hinweis darauf, dass sich Medien in soziale, kulturelle und schließlich auch politische Praktiken und Diskurse einschreiben. Medien ‚mediatisieren‘ also sog. ‚kulturelle*

Kontextfelder. Es handelt sich damit um einen Prozess der Durchdringung eines kulturellen und/oder sozialen Phänomens durch einzelne, vielmehr aber durch den Verbund von verschiedenen Medien – gleich ob neuen oder alte Medien. Indem Medien folglich auf die Kommunikation einwirken, entwickeln sie sog. Prägräfte (vgl. Hepp 2010), die die Kommunikation nachhaltig verändern und auch dazu führen können, dass gewisse medial geprägte Praktiken der Kommunikation sozial habitualisieren werden (bspw. die ständige Verbundenheit mit Freunden durch translokale Medientechnologien, wie Handy, Laptop etc.). Die Prägräfte der Medien und der Mediatisierung ist aber auch insofern nachweisbar, als Inhalte von Medien etwa in die *face-to-face*-Kommunikation hinreichen können und dadurch selbst mediatisiert werden; Medien können also Teil der postrezeptiven Kommunikation sein: „Die von Massenmedien getragenen Kommunikationsbeziehungen sind eingebunden in vielfältige weitere Kommunikationsbeziehungen der (mediatisierten) Interaktion, die es ebenfalls in einer Analyse zu berücksichtigen gilt: In den Medien wahrgenommene Geschehnisse werden in Alltagsgesprächen weiter vermittelt, ausgehandelt, bewertet und kritisiert“ (Hepp 2011: 87). Krotz fasst all diese Aspekte, die auf ein Aneignen und ‚Veräußern‘ – im Sinne von Kommunikation – von Medien fokussieren, wie folgt zusammen:

„Unter dem Prozesskonstrukt Mediatisierung verstehe ich [...] den Prozess des sozialen und kulturellen Wandels, der dadurch zustande kommt, dass immer mehr Menschen immer häufiger und differenzierter ihr soziales und kommunikatives Handeln auf immer mehr ausdifferenzierte Medien beziehen.“ (Krotz 2008: 53)

Mediatisierung ist infolgedessen als „soziales Konstrukt“ (Krotz 2008: 53) zu verstehen und nicht als rein technologiezentriertes Konzept der Untersuchung eines allgemeinen Medienwandels. Mediatisierung ist im Sinne der Definition von Krotz gleichermaßen ein historisches Konzept, das analysiert, wie Medien und deren kulturelle Einbettung sich analog zum gesellschaftlichen Wandel verändern: Nach Krotz liegt die unter Kommunikations- und Medienwissenschaftler selten vertretene Annahme nahe, dass es „in der Geschichte der Menschheit schon immer [einen] stattfindenden gesellschaftlichen Metaprozess Mediatisierung“ (2008: 52) gegeben hat: *Mediatisierung ist also nicht einzig ein Phänomen des ausgehenden 20. und des 21. Jahrhunderts*. Den angesprochenen Begriff des Metaprozesses, dem er die Mediatisierung zuordnet, charakterisiert er als Konstrukt mit dessen Hilfe „wir bestimmte Entwicklungen, ihre Ursachen, Ausdrucksformen und Auswirkungen zusammenzufassen und uns damit die Welt handhabbar machen“ (ebd. 51). Neben der Mediatisierung, also der hier definierten und sich gegenwärtig verstärkenden Koppelung der Entwicklung von Medien und Gesellschaft, stellt er die wissenschaftlich, aber auch umgangssprachlich kanonisierten Begriffe der Individualisierung (v.a. im Sinne von Ulrich Becks ‚Risikogesellschaft‘), der Globalisierung und der Kommerzialisierung. Medien wird im Zuge des Konzeptes der Mediatisierung also ein *prägender* Einfluss auf die

Gesellschaft attestiert, weshalb sich auch neben globalen Phänomenen mit ökonomischer (Globalisierung) als auch sozialer (Individualisierung) Ausrichtung ‚profilieren‘ können. *Medien zeigen demnach Wirkung: Sie sind die Verdinglichung eines soziokulturellen Wandels* (vgl. Hepp 2011: 67). Andreas Hepp führt drei quantitative Dimensionen der ‚Prägnanz‘ der Mediatisierung an: (1) *Soziale Dimension*: Bezug nehmend auf die ansteigende Individualisierung der Gesellschaft und das stetige Voranschreiten einer ‚Risikogesellschaft‘ (Ulrich Beck), in der sinnstiftende Institutionen und Gruppen, wie Religion und Familie, zunehmend an sozialer und sozialpsychologischer Orientierungsfunktion verlieren, werden „die Medien ganz allgemein so etwas wie notwendige ‚umkämpfte Märkte‘ unterschiedlichster Sinnangebote individualisierter Gesellschaften“ (ebd. 72): Medien sind in dieser Lesart sog. Sinnangebote, aus denen der Nutzer auswählen kann, genauso wie sie in ihrer Funktion als *Agenda-Setter* darauf hinweisen, welche Angebote überhaupt ‚Sinn machen‘. Was demnach außerhalb der Medien als Sinn- und Bedeutungsressourcen steht, ist – überspitzt formuliert – ‚sinnlos‘. Nachdem bis 1950 die Medien durchwegs national zentralisiert waren, „adressierten diese Medien ausgehend von einem spezifischen ‚Zentrum‘ das ‚Massenpublikum‘ einer nationalen Bevölkerung“ (Hepp 2010: 70). Konstituierte sich das Sinnpotential also bis 1950 national, entwickelte dieser Aspekt der Mediatisierung eine (inter-)nationale Pluralisierung. (2) *Räumliche Dimension*: Bis 1950 haben Medien, die dem Zweck der Kommunikation dienen, wie neben den standardisierten Medien (Fernsehen, Radio und Presse) auch das Telefon, einen festgefügt Ort, der ihnen ‚zugeschrieben‘ war: „Jedes Medium konstituierte bisher einen eigenen, besonderen Erlebnisraum, eröffnete einzelne Sinnprovinzen kommunikativen Handelns und jedes Medium hatte so gesehen seine Zeit und seinen Platz im Alltag der Menschen“ (Krotz 2008: 55). Im Zuge der Mediatisierung lösten sich diese festgefügt Räume aber zunehmend auf und die Medien zeichneten sich immer mehr durch Translokalisierung aus: So ermöglicht etwa das Mobiltelefon eine lokal ungebundene mediatisierte Kommunikation. Die einstige Funktion, ein nationales Territorium zu konstituieren und „ein Verständnis nationaler Grenzen als die Grenzen nationale Vergemeinschaftung zu konstruieren“ (Hepp 2010: 70) löste sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr auf; etwa das Internet – und noch früher das (Satelliten-)Fernsehen – überschritten diese nationalen Grenzen zusehends. (3) *Zeitliche Dimension*: Mit der immer stärkeren Durchdringung von Kultur ist schließlich die Beschleunigung von Informationen zu beobachten, welche „eine Adressierung ‚der Bevölkerung‘ nahezu in Echtzeit“ (ebd. 70) ermöglichte.

Nach diesem recht weitläufigen theoretischen Umweg kann nun der Begriff der Medienkultur auf die scheinbar einfache, aber an Implikationen reiche Formel gebracht werden: „Medienkultur ist die Kultur mediatisierter Welten“ (Hepp 2011: 69). Wie sich in diesem Satz

ausdrückt, ist Medienkultur für Andreas Hepp die ‚Kurzformel‘ für *mediatisierter Kulturen* bzw. die ‚Kultur mediatisierter Welten‘. Präziser wird Hepp in der folgenden Definition, die eine Klammer um die bisher eingeführten Begriffe macht:

„Medienkulturen [sind] solche Kulturen, deren *primäre Bedeutungsressourcen* mittels *technischer Kommunikationsmedien* vermittelt werden und die *durch diese Prozesse auf unterschiedliche, je zu bestimmende Weisen ‚geprägt‘* werden. Bedeutungsressource bezeichnet an dieser Stelle die Kommunikate (‚Texte‘, ‚Filme‘, ‚Webseiten‘ etc.), auf die wir uns beziehen, wenn wir in (Medien-)Kommunikation Bedeutung generieren.“ (Hepp 2011: 70, Herausheb. i. O.)

Wenngleich Hepp hervorhebt, dass Kommunikate nur Bedeutungsressourcen sind, d.h. lediglich Bedeutung und Sinn gewinnen, wenn sie – dem Axiom der *Cultural Studies* folgend – angeeignet/rezipiert und damit produktiv verarbeitet werden, ist die Analyse nicht ausschließlich auf die Rezeptionsseite bzw. das sog. *decoding* (Stuart Hall) beschränkt: Die Erforschung von Medienkulturen kann ausgerichtet werden auf die Produktion (oder das *coding*), die Repräsentation, die Aneignung, die Identifikation und schließlich die (politische bzw. gouvernementale) Regulation von Medienkulturen (vgl. Hepp 2011: 72). Was Medienkulturen schließlich trotz der explizierten Offenheit und „Konnektivität“ (ebd. 89) voneinander abgrenzt, sind die *Typisierungen* und kulturellen Mustern, die sie kennzeichnen. Als Beispiel führt Hepp die Hip-Hop-Kultur an, die sich einerseits zwar transnational ausrichtet (und damit nicht zuletzt auf den Metaprozess der Globalisierung verweist), aber andererseits auch nationale Typen und Muster entwickelt. Diese Muster offenbaren einen kulturellen Eigensinn, der innerhalb gewisser Kontextfelder, die sich national oder regional ausdrücken können, verankert ist.

1.2.2 Mediatisierung und historischer Prozess: Medienkultur/-en in der DDR?

Wer sich mit dem Konzept der Mediatisierung auseinandersetzt, der kann mitunter den Eindruck gewinnen, dass damit kulturelle Phänomene thematisiert werden, die ausschließlich in der Gegenwart des 21. Jahrhunderts vorzufinden und damit untrennbar mit der ‚digitalen Revolution‘ verbunden sind. Diese zeitliche Eingrenzung ist aber in erster Linie ein Konzept medienwissenschaftlicher Bemühungen, die ein dualistisches „Vorher/Nachher“ (Krotz 2008: 52) zu erkennen glauben, wenn sie eine (historische) Verbindung zwischen Medien und Gesellschaft untersuchen. Anhand des Begriffs der Medienkultur wird dieser Gedanke eines historisch erfassbaren ‚Ursprungs‘ aber verworfen und durch die Annahme ersetzt bzw. widerlegt, dass es „einen in der Geschichte der Menschheit schon immer stattfindenden gesellschaftlichen Metaprozess Mediatisierung“ (ebd. 52) gegeben hat. Damit kann jede kulturelle Epoche nach deren Medienkultur(-en) und ‚kulturellen Kontextfeldern‘ befragt werden, ohne in das Fangnetz einer Kultur ohne Medien zu geraten: Man könnte

Krotz' Annahmen zur Mediatisierung und Hepps Konzept der Medienkultur also um die These erweitern: *Wo eine Kultur vorhanden ist, werden auch kulturelle Praktiken und Diskurse mediatisiert.* Bei der Medialisierung, als (teilweise) synonym verwendeten Begriff der Mediatisierung, handelt es sich also „um einen schleichenden Prozess [...], der auch historische Forschung anregen kann“ (Meyen 2009: 13).

Um noch einmal auf die Vermutung zurückzukommen, dass die Mediatisierung historisch gesehen auf das digitalen Zeitalter limitiert sei: Es lässt sich natürlich der Verdacht nicht zurückweisen, dass die Medienkulturen in der DDR anders, d.h. insbesondere lokaler bzw. nationaler, ausgeprägt waren, als gegenwärtige Kulturen, die weitaus stärker von der Mediatisierung, etwa durch die Translokalität der neuen Medien, erfasst werden. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass Medien nicht schon vor der digitalen Revolution an die Gesellschaft bzw. an die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse gekoppelt waren: Hepp gibt einen wichtigen Hinweis, der die historische Bedeutung von Mediatisierung anspricht: Er konstruiert *en passant* – sicherlich idealtypisch, aber für Zwecke der Veranschaulichung dennoch geeignet – ein Entwicklungsmodell der Mediatisierung im 20. Jahrhunderts, das eine *Phase bis 1950* und eine daran anschließende *Phase bis in die Gegenwart* verortet. Anders formuliert: Das Jahr 1950, welches ein wenig wie ein (argumentativer) *deus ex machina* wirkt, markiert für Hepp einen Wendepunkt der Mediatisierung und von Medienkulturen, insbesondere bezüglich der nationalen Ausprägung von Medien. Zur vergleichende Analyse von Medien- und Kulturwandel führt Hepp aus, dass

„bis in die 1950er Jahre [...] als *Tendenz* von Mediatisierung die *Konstruktion eines territorialen Kommunikationsraums mit entsprechenden nationalen Medienkulturen* ausgemacht werden [kann]. Gegenwärtig haben wir in der *Tendenz* eine wesentlich größere Pluralität unterschiedlicher medial vermittelter Kommunikationsräume, die in Beziehung zu sehen ist zu einer wesentlich größeren Vielfalt unterschiedlicher institutionalisierter kultureller Kontextfelder wie beispielsweise Alltagswelt, Beruf, Religion etc.“ (Hepp 2010: 71, Hervorheb. d. Verf.)

Für die vorliegende Arbeit muss die These der lediglich bis 1950 vorherrschenden Konstruktion eines ‚territorialen Kommunikationsraums‘ hinsichtlich der ‚kulturellen Kontextfelder‘ in der DDR, wie bspw. der Medienpolitik des sog. Informationsdispositivs, kritisch hinterfragt werden. Mit Sicherheit spricht Hepp im Zusammenhang eines derartigen zeithistorischen Prozesses von der (Kommunikations-)Situation einer liberal-demokratisch fundierten Gesellschaft, wie der BRD. Dass in der Bundesrepublik das ‚Projekt‘ der Etablierung *einer* nationalen Medienkultur mit 1950 abgeschlossen war, kann zwar angenommen werden (wenngleich Hepp seine These nur argumentativ, aber nicht empirisch untermauert). Für die medienkulturelle Situation in der DDR ist diese These allerdings kaum zutreffend: Gerade Ende der 1940er Jahre, als die DDR aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) hervorgegangen war und die wesentlichsten Bereiche der Politik und

Ökonomie von der Sozialistische Einheitspartei (SED) annektiert wurden, wurden die (Massen-)Medien den zeitgleichen gesellschaftlichen Umwälzungen untergeordnet. Bereits 1950 installierte man nach leninistischem Vorbild die ‚Presse des neuen Typus‘ und bezeichnete dieselbe als ‚schärfste Waffe der Partei‘ (vgl. Holzweißig 1996e: 51, ders. 1997). Dahingehend hatte man eine nationale Medienkultur aufgebaut, die im Gefolge der Monopolstellung der SED auch alternative, v.a. westliche Medienkulturen, ausschließen sollte. Die Tendenz der Etablierung *eines* ‚territorialen Kommunikationsraums‘, insbesondere durch das rigide Informationsdispositiv, war ohne Zweifel weit über 1950 hinaus verfestigt; schließlich sollte auch dem ideologisch fundierten Anspruch entsprochen werden „das wissenschaftliche Weltbild der Werktätigen zu formen“ (Böhme 1977: 557). An vorderster Stelle stand aber das Anliegen die nationale Medienkultur in alle Lebensbereiche der Kommunikation zu ‚implantieren‘; denn damit das – letztlich nur imaginäre – Projekt einer monopolen, staatlich organisierten Medienkultur erfolgreich sein kann, müssen die Massenmedien bzw. die gesteuerte öffentliche Meinung auch „unten‘ in einfachen Interaktionen und Veranstaltungen“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 56) und schließlich in den Bereichen nicht-mediatisierter Kommunikation ankommen.

Dennoch gibt es zwischen der BRD und der DDR (insbesondere) medientechnologische Übereinstimmungen: Die Kommunikationsmedien waren weitgehend dieselben, wenngleich ein technischer Vorsprung in der BRD zu verzeichnen war. Grundsätzlich kann für die Zeit der Ära Honecker (1971-1989), die in dieser Arbeit im Vordergrund steht, sowohl für die DDR als auch für die BRD angenommen werden, dass Medien lokal waren und „einen eigenen, besonderen Erlebnisraum [hatten], [welcher] [...] eigene Sinnprovinzen kommunikativen Handelns“ (Krotz 2008: 55) mit sich brachte. Die ‚digitale Revolution‘, die die Medien von statischen Erlebnisräumen entkoppelte, konnte sich in der DDR nicht vollziehen bzw. stand sie in der BRD erst bevor.

Daraus ergeben sich zwei Konsequenzen: (1) Medienkulturen können auch (zeit-)historisch erfasst werden, wenngleich die Mediatisierung einen (Meta-)Prozess beschreibt, der insbesondere mit Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts verstärkt einsetzte. (2) *Die Mediatisierung ist in der BRD mit 1950 davon abgekommen eine ‚nationale Medienkultur‘ zu konstituieren, wohingegen in der DDR mit der Perpetuierung der SED in allen Bereichen der Gesellschaft, Politik und Ökonomie ein gegenläufiger Trend zu beobachten war:* Das herrschaftsstrategische Ideal einer national-territorialen, sozialistischen Medienkultur hatte bis zum Zusammenbruch des parteipolitisch gesteuerten Mediensystems 1989 bestand. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass die Medienkulturen in der DDR keineswegs ausschließlich vom politisch-ideologisch fundierten Informationsdispositiv der SED vernahmt

waren, sondern sich – v.a. unter dem verstärkten Einfluss der Medien aus dem Westen – ab etwa 1970 zunehmend pluralisierten.

1.2.3 Medienkultur, oder: Medien und Mentalität

Wie bisher dargestellt wurde, zeigen Medien deutliche Wirkung(-en), indem sie etwa gewisse kulturelle Prägkräfte entfalten (vgl. Hepp 2010). Prägkraft meint im bisher erörterten theoretischen Rahmen aber weniger den Einfluss von Medien(-Kulturen) auf Werte, Normen, Einstellungen, Emotionen oder Mentalitäten – wenngleich auch diese Effekt der von Andreas Hepp definierten Prägkraft immanent sein können –, sondern eher den Einfluss der Mediatisierung auf das kommunikative Handeln. In diesem Sinne prägt eine Medientechnologie – genauer: die Verbindung verschiedener Medientechnologien – gewisse kommunikative Praktiken. Hepp führt dahingehend aus, dass

„Medien als solche [...] einen gewissen ‚Druck‘ auf die Art und Weise aus[üben], in der wir kommunizieren. Fernsehen beispielsweise ist als Medium verbunden mit dem ‚Druck‘, bestimmte Ideen stärker ‚linear‘ bzw. ‚visuell‘ zu präsentieren. Druckmedien, um ein anderes Beispiel zu nehmen, machen es möglich, komplexere Argumentationen zu entwickeln bzw. die Präsentation vielschichtiger zu strukturieren, da sie langsamer (und vor allem: mit größerer, individueller Steuerung) genutzt werden können.“ (Hepp 2010: 68 f.)

Mentalitäten, Werte und Einstellungen werden also – zumindest in der Perspektive von Hepp wie auch von Krotz – bei der Untersuchung des Prägungsprozesses, aufgrund einer spezifischen theoretischen Fundierung der Mediatisierung, nicht thematisiert. Bekanntermaßen stehen Studien, die wie das Konzept der Mediatisierung aus dem Umkreis der *Cultural Studies* kommen, der Analyse direkter und insbesondere persuasiver *Wirkungen* von Medien kritisch gegenüber: Aber nicht in dem Sinne, dass sie eine Wirkung negieren würden – im Gegenteil: Sie suchen die (Aus-)Wirkungen von sog. Bedeutungsressourcen dezidiert auf einer Mikroebene, infolge der Argumentation, dass jeder Rezipient ‚produktiv‘ sei und im Zuge des Rezeptionsprozesses einen Eigensinn habe (vgl. etwa Eckert/Winter 1990, Winter 1995). Resultat ist demnach die von Klaus Merten verfochtene (konstruktivistische) Ansicht, dass es „so viele Wirklichkeiten [gibt] [auch bei der Verarbeitung der ‚Bedeutungsressourcen‘, die von Medien angeboten werden, Anm. d. Verf.], wie es Menschen respektive kognitive Systeme gibt“ (Klaus Merten, zit. n. Schenk 2002). Darin spiegelt sich die bereits bei Hepp angesprochene These, dass jedes Kommunikat erst infolge der Dekodierung durch einen Kommunikationsteilnehmer bzw. Akteur einen individuellen Sinn entfaltet (vgl. Hepp 2011). Die Kernthese der Medienwissenschaft der *Cultural Studies* ist schließlich: *Jeder Mediennutzer rezipiert Medienprodukte individuell und wird damit im Prozess der Aneignung, der durch vielfältige*

interne (psychische Prädispositionen, bestehende Wissensbestände etc.) und externe Einflüsse (sozialer Kontext etc.) mit konstituiert wird, zum – mehr oder weniger – in sich geschlossenen ‚Sinnproduzenten‘. Die Medienwirkungsforschung, die zumeist von Wirkungsprozessen auf Meso- oder Makroebene ausgeht – und diese mitunter implizit auf individuelle Rezeptionsprozesse der Mikroebene projiziert –, produziert aus der Perspektive der *Cultural Studies* nichts weiter als „prognostische Werte“ (Eckert/Winter 1990: 9) mit nur geringem Aussagewert. In diesem Sinne ist natürlich verständlich, dass man sich bei Untersuchungen im Gepräge der *Cultural Studies* einer generalisierenden Wirkungsforschung, v.a. mittels standardisierter Verfahren, verwehrt.

Wenngleich von Seiten der *Cultural Studies* also bemängelt wurde, dass bisher keine klaren – man muss sagen: medien- und sozialanthropologisch fundierten – Ergebnisse erbracht werden konnten (vgl. Eckert/Winter 1990: 9) und man sich grundsätzlich an der ungenügenden sozialwissenschaftlichen Fundierung des Begriffs der Wirkung ‚gerieben‘ hat (vgl. Winter 1995: 10), kann die Medienwirkungsforschung dennoch einige instruktive Hinweise anbieten. Dementsprechend drängt sich hier die Frage auf, über welche theoretischen wie methodischen Paradigmen die Medienwirkungsforschung verfügt, um Aufschluss darüber zu geben, ob bzw. – wenn dem so ist – wie Medien etwa auf Mentalität(-en) wirken? Ein exemplarischer Blick soll hier auf die von Michael Schenk typologisierten Paradigmen der Medienwirkungsforschung geworfen werden:

Ein frühes Forschungsinteresse galt der *Persuasionsforschung*, die sich in erster Linie als Analyse der „Überredungskommunikation“ (vgl. Schenk 2002: 60) bezeichnen lässt. Massenmedien waren in dieser Forschungsrichtung zunächst als ‚starke Medien‘ verstanden worden, die in erster Linie im Bereich der Werbung wie auch der politischen Kampagnen einen enormen Einfluss auf (kurzfristige) Einstellungen ausübten. Im Laufe einer kritischen Auseinandersetzung mit den theoretischen Implikationen dieses Konzepts war bis Ende der 1970er Jahre eine Trendwende zu verzeichnen, die ein ‚Modell begrenzter Effekte‘ beförderte und dem Postulat des Kommunikations- und Kognitionswissenschaftlers W. J. McGuire folgte: „Wirkungen der Medien auf die Einstellungen der Rezipienten sind gering und nur schwer nachweisbar“ (W. J. McGuire, zit. n. Schenk 2002: 60). Diese Annahme wurde etwa damit begründet, dass Medien kurzfristig – und insbesondere auf Mikroebene – nur geringe Wirkungen ausüben, nachdem sich „wiederholt zeigte [...], dass Menschen Botschaften, die ihren vorhandenen Ansichten widersprechen, aus dem Wege gehen, sie verweigern oder gar umdrehen“ (Schenk 2002: 60). Zunehmend wurde der Einfluss von *peers* (Freunde, Familie etc.) und *opinion leaders* – etwa durch einflussreiche Studien von Paul Lazarsfeld und Elihu Katz – nachgewiesen, die einen weitaus größeren Einfluss auf die

jeweiligen (kurzfristigen) Einstellungen ausübten, als die Massenmedien. Durch das kommunikationstheoretische Verständnis des ‚aktiven‘ Publikums, das nach Informationen und Unterhaltung sucht und selbst selektiert, war Anfang der 1970er Jahre eine Art Rückbesinnung auf die Wirkung von Medien einhergegangen: Im Zuge des Nutzen- und Belohnungsansatzes (*Uses-and-Gratification*) war man abgewichen von der Untersuchung der Wirkung *auf* Menschen – ob nun als Kollektiv oder Individuum begriffen – und hatte sich verstärkt einem *rezipientenorientierten* – aus kulturalistischer Perspektive aber nicht rezeptionsorientierten – Aspekt zugewandt. Die Frage lautet nun: „Was machen die Menschen mit den Medien?“ (ebd. 61). Diesem Konzept lag zugrunde, dass „Rezipienten [...] zielbewußt und selektiv mit Medien um[gehen], an die sie bestimmte Erwartungen stellen“ (Winter 1995: 9). Im Zentrum standen die Medien nun nicht mehr als Instrumente der Einflussnahme, die gewisse Inhalte (persuasiv) im Bewusstsein ihrer Rezipienten verankern sollten, sondern als „Informations- und Unterhaltungsmedien“ (Schenk 2002: 61), aus denen vom Publikum ‚aktiv‘ Inhalte entnommen werden konnten; hierin kommt außerdem zum Ausdruck, dass mittels der Medien gewisse Bedürfnisse befriedigt werden. Zurecht weist der Kultur- und Medienwissenschaftler Rainer Winter darauf hin, dass die vermeintliche Aktivität des Individuums – bzw. überhaupt die Annahme eines Individuums im Zuge des Nutzen und Belohnungsansatzes – letztlich als eine „atomisierte Masse von Individuen konzipiert“ (Winter 1995: 10) wurde.³ Unter die neueren Paradigmen der Medienwirkungsforschung subsumiert Schenk das bis heute aktuelle *Agenda-Setting*-Modell: Hier wird die Frage gestellt, inwiefern Medien beeinflussen, *worüber* die Mediennutzer – als Akteure mehrerer ‚Medienkulturen‘ – ‚nachdenken‘: „Durch Prioritätensetzung, Rahmung von Ereignissen, Hervorhebungen etc. vermitteln die Medien einen Eindruck davon, was wichtig ist, was die politische Tagesordnung kennzeichnet“ (Schenk 2002: 65 f.). Hinter diesem Modell steht die Annahme, dass durch die Selektion der Medien von bestimmten Themen und mit der Konstituierung einer medial vermittelten ‚zweiten Realität‘ (Luhmann), auch eine entscheidende Filterung der Themen des öffentlichen Diskurses und damit der Inhalte, die jeder Einzelne als öffentlicher Diskurs wahrnimmt, stattfindet: Mit dieser Forschungstradition kehren die Medien zurück zu ihrer ‚großen Wirkung‘. Ob das Publikum aber diese ‚Realitätskonstruktionen‘ in ihre Werte- und Mentalitätsmuster übernimmt und die Medienagenda sich ‚mechanistisch‘ zu einer Publikumsagenda entwickelt, muss äußerst

³ Schenk verweist innerhalb der Gruppe der ‚dominanten Paradigmen‘, die im Speziellen die begrenzte Bedeutung der (Massen-)Medien im Prozess der Meinungs- bzw. Einstellungsbildung herausstreichen, auch auf die These der Korrelation von Sozialisation und Gewalt und die ‚Diffusion von Innovationen‘ (vgl. Schenk: 61 ff.); diese zwei Modelle sollen in der vorliegenden Arbeit ausgespart werden, nachdem sie sich entweder bereits erläuterten Modelle bedienen oder keine prägenden Perspektiven der Medienwirkungsforschung darstellen. Ebenso werden die von Schenk erörterte ‚Schweigespiraltheorie‘ und die These der ‚Wissenskluff‘ hier nicht angeführt, nachdem diese jeweils auf sozialpsychologischen sowie sozialstrukturell fundierten Annahmen basieren (vgl. Schenk 2002: 67 ff.).

kritisch hinterfragt und zuweilen – auch mit dem Wissen um die Bedeutung der bereits erwähnten interpersonalen Kontakte und der *peers* – bezweifelt werden. Kein Zweifel besteht aber darüber, dass Massenmedien Themen selektieren, die etwa in die postrezeptive interpersonale Kommunikation hinüberreichen (können)⁴. Als letztes Konzept kommt bei Schenk die ‚Kultivationsanalyse‘ in der Tradition des amerikanischen Forschers und Begründers der sog. ‚Vielseherforschung‘, George Gerbner, zur Sprache: Indem man genaue Inhaltsanalysen (insbesondere von Fernsehsendungen) mit repräsentativen Umfragen von verschiedenen Publikumsgruppen – im Speziellen von sog. *heavy users* – kombiniert und miteinander vergleicht, soll „auf das Wirklichkeitsbild, das das Fernsehen vermittelt, aufmerksam“ gemacht werden: „Durch die kontinuierlichen Inhaltsanalysen kann dieses Bild relativ genau nachgezeichnet und es kann auf Verzerrungen gegenüber der (tatsächlichen) Realität hingewiesen werden; insbesondere bei Vielsehern dürfte die (verzerrte) Realität durchschlagen, wohingegen Wenigseher dichter an den tatsächlichen Wirklichkeiten bleiben“ (ebd. 69).

Einerseits hat sich anhand dieser sehr knappen Hinweise zu den verschiedenen Ansätzen der Medienwirkungsforschung gezeigt, dass es interessante Ergebnisse in dieser Forschungsperspektive gibt; andererseits eröffnen die erwähnten methodischen Paradigmen gewisse Probleme, welche sich nicht zuletzt aus den, nach Michael Schenk, drei „Schlüsselkonzepten“, die die „zahlreichen intervenierenden Variablen“ des Rezeptionsprozesses benennen sollen, ergeben: Selektivität, interpersonale Kommunikation und Rezipienteninvolvement (ebd. 703). Unter *Selektivität* versteht Schenk zunächst die Auswahl von Medienprodukten, die situationsbezogen und sozialpsychologisch fundiert sind (vgl. ebd. 703 f.) und den gesamten Kommunikationsprozess durchziehen. Nach Schenk kann diese *Selektivität* etwa durch großen ‚Druck‘, wie im Falle intensiver Werbung oder auch bei politischer Berichterstattung mit hohem aktuellem Wert, überwunden werden. Schenk weist aber auch darauf hin, dass damit noch keine bestimmte Interpretationsleistung fixiert werde (vgl. ebd. 704). *Interpersonale Kommunikation* betrifft die Bedeutung von Gruppen und Kontakten, die die Inhalte und Strukturen der Massenkommunikation aufgreifen und im Sinne einer Gruppe bewerten und ergänzen. Schließlich versteht er das *Rezipienteninvolvement* als den Grad der Beteiligung eines Rezipienten innerhalb des Rezeptionsprozesses; Schenk weist diesbezüglich darauf hin, dass oft zu vehement daran festgehalten wurde, dass Medienrezeption immer ‚konzentriert‘ oder ‚vernünftig‘, selten aber *en passant* – man denke insbesondere an die Rezeption von Musikprogrammen im Radio – stattfinde. Die Schwierigkeit der Medienwirkungsforschung wird aus diesen ‚Schlüsselkonzepten‘ deutlich: Erstens müssen Medienprodukte nicht immer angenommen

⁴ Nicht zuletzt deshalb können Medien zur Integration in einen – insbesondere innerhalb totalitären politischen Systemen – Herrschaftsdiskurs dienen.

werden (Selektivität), wodurch der Kommunikations- bzw. Rezeptionsprozess gar nicht erst in Gang gesetzt werden kann. Zweitens sind sie einer ‚konkurrierenden‘ interpersonalen Kommunikation ausgesetzt, die das ‚mechanistische‘ Ankommen eines Kommunikats postrezeptiv ‚untergräbt‘ (Interpersonale Kommunikation). Und drittens muss nicht, selbst wenn ein Rezeptionsprozess stattfindet, immer der Rezipient nach ‚rationalen‘ Mustern die Informationen der Medien aufnehmen (Rezipienteninvolvement). Vor allem auf mikrosoziologischer Ebene ist die Wirkungsforschung also ‚Opfer‘ intervenierender Prozesse der Kommunikation und der Rezeption. Diese Problematik werde insofern noch akuter, als, nach Rainer Winter, der Medienwirkungsforschung eine mangelnde soziologische Fundierung zu attestieren sei; denn „aus soziologischen Sicht muß geklärt werden, wie die Zuschauer [beispielweise, Anm. d. Verf.] die Gewaltdarstellungen vor dem Hintergrund ihrer sozialen Lebensumstände interpretieren“ (1995: 12).

Was die Medienwirkungsforschung aber sicherlich leisten kann bzw. bereits geleistet hat, ist der allgemeine Hinweis und der z.T. empirisch erbrachte Nachweis, dass es eine mikro-, meso- und auch makrosoziologische Wirkung der Medien gibt – und schließlich auch geben muss. Die *konkrete* Wirkung allerdings, die zwar als solche unbestreitbar vorhanden ist, kann nur – und hier muss man sich wieder an die diesbezüglichen Äußerungen von den Proponenten der *Cultural Studies* orientieren – in ihrer produktiven und je individuellen Ausprägung gedeutet werden: Und zwar weniger als Wirkung, die *per definitionem* an den Medieninhalten orientiert bleibt, sondern am ‚Produkt‘ einer produktiven Aneignung von Bedeutungsressourcen. Schließlich hängt „die Wirkung der Medien [...] davon ab, wie Menschen sie nutzen“ (Eckert/Winter 1990: 9). Ein Aspekt der Medienwirkungsforschung, der sicherlich zur Ablehnung dieser Perspektive durch die *Cultural Studies* geführt hat, ist die (präsumtive) Annahme eines Effekts (als Wirkung) von Medien, d.h. eine auch von der Medienwirkungsforschung selbst artikulierte Medienzentriertheit: Medien haben demnach Wirkung, wenn „eine Änderung im Denken eine Änderung im Verhalten bewirkt“ (Eckert/Winter 1990: 11); darin kommt nichts anderes zum Ausdruck, als der Kern der Medienwirkungsforschung: Die Suche nach der Spiegelung der Botschaft im Rezipienten (vgl. Eckert/Winter 1990: 11). Das drückt sich schon im Begriff der *Aktivität*, der v.a. mit dem *Uses-and-Gratification*-Modell verbunden ist, aus, der immer noch vom medialen Text ausgeht, wohingegen in den *Cultural Studies* von der *Produktivität* ausgegangen wird. Man könnte pointiert behaupten, dass für die Medienwirkungsforschung die Aktivität an einem medialen Text untersucht wird, während in den *Cultural Studies* die Aneignung von medialen Texten gleichberechtigt mit jeder anderen Aneignung eines Phänomens der ‚Umwelt‘ ist.

Umgesetzt auf die Relation von Medien und Mentalität drängt sich das Fazit auf, dass eine Analyse dieses Verhältnisses nur auf der (mikrosoziologischen) Ebene der individuellen Aneignung und der ‚produktiven Konstruktion‘ (Luhmann) eines Kommunikats valide Aussagen bringen kann: *Einerseits ist die Wirkung der Massenmedien – v.a. hinsichtlich ihrer politisch-ideologischen Implikationen – also sicherlich zu unterstreichen*: Nicht zuletzt das Modell des Agenda-Setting weist sehr deutlich darauf hin, dass Massenmedien insofern eine Wirkung entfalten, als sie, ähnlich der Annahme von Niklas Luhmann (wenngleich weniger radikal), dem öffentlichen Diskurs Themen vorgeben und mitunter anleiten, worüber gedacht und gesprochen wird. *Andererseits muss die Frage nach der quantitativen wie auch qualitativen Bedeutung von Massenmedien für die (politischen) Einstellungen der Mediennutzer unbeantwortet bleiben* und insbesondere für die Mikroebene der Rezeption, d.h. wie ein Einzelner etwa eine politisch-ideologisch durchdrungene Medienkultur aufnimmt, kann nur unzureichend beantwortet werden – zumal es, wie Klaus Merten bereits zitiert wurde, so viele Wirklichkeiten gibt, wie es kognitive Systeme, also Menschen, gibt.

1.3 Terminologie(n) der ‚Analytik der Macht‘ nach M. Foucault

Im Zuge dieser Arbeit orientiert sich der Verfasser an der (oppositionären) Differenzierung zwischen den Begriffen *Macht* und *Herrschaft* im Sinne des französischen Philosophen und Historikers Michel Foucault. Diese Differenzierung ergibt sich daraus, dass Macht und Herrschaft ein jeweils anderes „Verhältnisses von Akteur und Struktur“ (Hahn 2006) implizieren und daher eine systematische Trennung bedingen. Ebenfalls im Anschluss an die Foucaultsche Terminologie werden im Weiteren die Begriffe *Diskurs* und *Dispositiv* erläutert. Schließlich kommt der Begriff der Gouvernementalität und seine Verbindung zum Sozialismus zur Diskussion.

1.3.1 *Macht / Herrschaft*

Eine bedeutende Leistung von Foucault markiert dessen Definition der *Macht* als ‚produktiver‘ Prozess und eine damit einhergehende Entkoppelung von Assoziationen der Repression, welche in der Dualität von Macht/Herrschaft (tendenziell) der Herrschaft zuzurechnen ist. Foucault gibt an mehreren Stellen seines Werks eine Definition dessen, was er unter der Produktivität der Macht versteht und ferner warum dieselbe nicht mehr auf Verboten, sondern auf Selbstkontrolle und Selbstregulierung basiert (vgl. Bublitz 2008: 274). In einem Interview, das in der Textsammlung *Dispositive der Macht* (Foucault 1978) erschienen ist, äußert er sich folgendermaßen:

„Der Grund dafür, daß die Macht herrscht, daß man sie akzeptiert, liegt ganz einfach darin, daß sie nicht nur als neinsagende Gewalt auf uns lastet, sondern im Wirklichkeit die Körper durchdringt, Dinge produziert, Lust verursacht, Wissen hervorbringt, Diskurse produziert; man muss sie als ein produktives Netz auffassen, das den ganzen sozialen Körper überzieht und nicht so sehr als negative Instanz, deren Funktion in der Unterdrückung besteht.“ (Foucault 1978: 37)

Dieses Konzept der Macht wird maßgeblich als dezentralisiert verstanden: Es geht nicht von unbeweglichen Herrschaftsapparaten aus – wenngleich diesen auch Aspekte der Macht zugrundeliegen –, sondern fasst Macht als eine *relationale Größe*, die sich (substanzlos) zwischen Subjekten, Institutionen, Produktionsapparaten etc. konstituiert (vgl. Bubitz 2008: 274). Diese Relationen, oder besser: Machtbeziehungen, die sich immer wieder neu aktualisieren *müssen* und daher einzig als Prozess zu fassen sind, produzieren ‚Dinge‘ genauso wie ‚Wissen‘ (in dieser Hinsicht wird auch von den sog. Macht-Wissen-Komplexen gesprochen). Indem etwa ein Diskurs, d.h. ein Ensemble von Aussagen (bspw. der Sexualität), erzeugt wird, drückt sich darin der Umstand aus, dass der Produzent des Diskurses die Macht hat sein Wissen – immer auch gegen einen Widerstand, der der Macht immer ‚am Fuße folgt‘ – durchzusetzen und damit (auch ohne bloßen Zwang) produktiv zu werden. Hannelore Bubitz führt aus, dass „Macht [...] am ehesten als dezentriertes, substratloses Operieren beschrieben werden [kann], als dessen Oberfläche zentralisierende Strukturierungsleistungen erscheinen, unter der die Macht verdeckt operiert“ (2008: 274). Macht lässt sich also nicht als ‚Substrat‘, sondern muss als Praxis begriffen werden, die ständig aktualisiert werden muss. Kurz gefasst: *Macht ist eine Form der relationalen Bewegung, die produktiv bleiben muss, um sich ‚behaupten‘ zu können.*

Hier kann man den Begriff der *Herrschaft* aufgreifen: Wenngleich in den Herrschafts- auch grundlegende Machtbeziehungen vorhanden sind bzw. sein müssen – Herrschaft geht ursächlich aus Machtbeziehungen bzw. Regierungstechnologien hervor (vgl. Lemke 2005: 339) –, ist Herrschaft im Widerspruch zur Macht dennoch kein strategisches bzw. operatives Feld, das ständig neu ausgefochten wird, sondern eine Form der andauernden Unterdrückung, die auf tradierten Kräfteverhältnissen beruht (vgl. Lemke 2005: 339): Herrschaft ist grundlegend zentralisiert und tritt als Einheit auf (vgl. Bubitz 2008). Ein Beispiel für ein Instrument von Herrschaft als ‚soveräner Macht‘ ist, nach Foucault, das Recht – bzw. die sog. ‚juridisch-diskursive Formationen‘ (vgl. Foucault 2004a) –, welches Verbote ausspricht, die der Produktivität der Macht entgegenstehen. Das Ziel der Herrschaft ist die Erhaltung des *status quo* der Herrschaftsbeziehungen (vgl. Lemke 2005). Um den Erhalt zu sichern, *blockiert* Herrschaft, wohingegen Macht *produziert*. Herrschaft beruht an dessen

‚Außengrenzen‘ auf Unterdrückungsmechanismen, Macht auf Hegemonie⁵ im Sinne eines – wie auch immer gewichteten – Verhältnisses von Zwang und Konsens zwischen Akteur und (z.B. politischer) Struktur.

Ein weiteres Begriffspaar, das nicht oppositionär, sondern *komplementär* gedacht werden muss, sind der *Diskurs* und das *Dispositiv*, die ebenso einen bedeutenden Rang im Foucaultschen Vokabular der ‚Analytik der Macht‘ einnehmen und die in einem engen Verhältnis zu den Begriffen der Herrschaft und insbesondere der Macht stehen.

1.3.2 (Herrschafts- und Medien-)Diskurs / (Informations-)Dispositiv

Der Begriff des *Diskurses* zieht terminologisch wie analytisch einen roten Faden durch das gesamte Werk Foucaults und erfuhr eine methodische Präzisierung in der Phase der *Archäologie (des Wissens)*, die mit der gleichnamigen Publikation 1969 einen Höhepunkt fand. Der Diskursbegriff bzw. der im Französischen mehrdeutige Begriff des *discours* (vgl. Parr 2008: 233) war von Beginn an ein (auch vom *linguistic turn* beeinflusstes) ‚Gegenprogramm‘ zu der am politischen Herrschaftsprozess ausgerichteten Ideengeschichte; Foucault äußerte dahingehend auch eine gewisse Nähe zur Schule der *Annales* und der Mentalitätengeschichte, die in den vorangegangenen Abschnitten bereits dargestellt wurde. Dieses Gegenprogramm bestand insbesondere darin, dass sich der analytische Fokus vom Autor bzw. Individuum weg und zu den sog. ‚Aussagen‘, die maßgeblich den Diskurs bilden, hinbewegte. Die Aussagen sollten nicht mehr als Spuren für dahinterliegende Prozesse aufgefasst werden – bspw. wäre die (texthermeneutische) Frage, was die Intention eines Autor *hinter* einem Text ist, nicht mehr zulässig –, sondern deren Materialität bzw. ‚Oberflächlichkeit‘ sollte ‚für sich‘ stehen. In der *Archäologie des Wissens* charakterisiert Foucault den Diskurs erstens – im Singular – als das „allgemeine[...] Gebiet aller Aussagen“ (Foucault 1986: 116), womit der Grundsatz einhergeht, dass jedes Wissen erst durch einen Diskurs produziert wird; zweitens – diesmal im Plural – sind Diskurse verschiedene Aussagen, die anhand ihres Kontextes und Sinngeltes zu einer Gruppe verdichtet werden können und die jeweils in Verbindung stehen können. Und drittens spricht Foucault von einer „regulierende[n] Praxis“ (Foucault 1986: 116), die darauf hinweist, dass dem Diskurs prädiskursive bzw. nicht-diskursive Praktiken immanent sind, die sich nicht medial ausdrücken, aber ‚ordnen‘ und regulieren was medial hervorgebracht wird. Der Diskurs ist also über die Aussagen hinaus auch ein Prozess der Wissensproduktion, der gekennzeichnet ist von sich ständig verändernden Machtbeziehungen (vgl. Parr 2008: 234).

⁵ Der Verfasser stützt u.a. auf den Hinweis von Stefan Günther, der zum Zusammenhang von Gramscis Hegemonie- und Foucaults Machtkonzept bemerkt, dass sie „die Vorstellung [teilen], daß beide Seiten der Macht - Sender wie Empfänger - aktiv am Geschehen teilhaben müssen“ (2007).

Weiter geht Foucault in *Die Ordnung des Diskurses* (1973), in der er den dritten Aspekt aus der *Archäologie* – die ‚regulierenden Praktiken‘ – nicht mehr diskursintern, sondern anhand der „äußeren Formationsfaktoren“ (Parr 2008: 235) näher betrachtet: Insbesondere komplexe Institutionen, wie Schulen, Universitäten, Archive etc., führt Foucault an, die Diskurse durch verschiedene regulierende Verfahren ‚verknappen‘: Er hebt aber hervor, dass es sich dabei nicht um Verbote handelt – diese wären schließlich an starre Herrschaftsbeziehungen gebunden –, sondern um „Grenzziehungen“ (Foucault 1973: 8), die auf drei Ausschließungsmechanismen zurückgreifen und damit auf die „bedrohliche Materialität“ (Foucault 1973: 11) der Diskurse reagieren: Die *Ausschließung*, etwa von dem was als ‚unwahr‘ zu verstehen sei; die *Reglementierung* dessen, woran sich der Diskursproduzent zu halten hat; die *Regulierung* des Zugangs zu einem Diskurs u.a. durch etwa gewisse Qualifikationen. Es geht beim Diskurs letztlich nicht darum, dass Herrschaft abgebildet oder repräsentiert wird; sondern indem ein Diskurs produziert wird, bildet sich Macht allein durch seine *Materialität* ab: *Der Diskurs ist also „die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht“ (Foucault 1973: 8) und nicht einzig ein Feld medialisierter Zeichen (Texte, Bilder etc.), die Herrschaft repräsentieren.* Jedem Diskurs, als einer „individualisierbare[n] Gruppe von Aussagen“ (Foucault 1986: 116), liegt letztlich also Macht zugrunde.

Mit dem Begriff des Diskurses hatte Foucault zwar darauf hingewiesen, dass alle „historisch-soziale[n] Gegenstände“ (Parr 2008: 236) durch diskursive Praktiken hergestellt werden, die auch auf ein immaterielles ‚Außen‘ des Diskurses hinweisen, doch ist dieses Außen in der *Archäologie des Wissens* und auch in der *Ordnung der Diskurse* weitgehend im Dunkeln geblieben; insbesondere die Relation zwischen Diskursivem und Nicht-Diskursivem war nicht hinreichend geklärt und eröffnete eine theoretische wie methodische ‚Leerstelle‘ (Parr 2008: 235), welche mit einem neuen Begriffskonzept ‚gefüllt‘ werden sollte: dem *Dispositiv*. Mit dem Begriff des Dispositivs wollte Foucault die strategische Verbindung von Wissensformationen, Diskursen, Techniken, Institutionen etc. erklären. Die Diskursanalyse, die nunmehr nur *einen* strategischen Aspekt der Macht darstellte, wurde damit um eine komplexe Machtanalyse erweitert.⁶ Der italienische Philosoph Giorgio Agamben fasst das Dispositiv auf drei wesentliche Punkte zusammen:

„a. Es ist eine heterogene Gesamtheit, die potentiell alles Erdenkliche, sei es sprachlich oder nichtsprachlich, einschließt: Diskurse, Institutionen, Gebäude, Gesetze, polizeiliche Maßnahmen, philosophische Lehrsätze usw. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das man zwischen diesen Elementen herstellen kann. b. Das Dispositiv hat immer eine konkrete strategische Funktion und ist immer in ein Machtverhältnis eingeschrieben. c. Als solches geht

⁶ Der Verfasser spricht insofern von einer Erweiterung der Diskursanalyse bzw. der Archäologie, als die Analytik der (strategischen) Macht bzw. der Genealogie den Diskurs in sich aufnahm.

es auch aus einer Verschränkung von Macht- und Wissensverschränkungen hervor.“ (Agamben 2008: 9)

Jürgen Link (2008) merkt an, dass Foucault im Speziellen die ‚strategische Funktion‘ des Dispositivs hervorhebt, die eine intentionale Ordnung zwischen den Elementen des Dispositivs herstellt. Weitere wesentliche Aspekte des Dispositivs sind, nach Link, die „Kombination mehrerer verschiedener Diskurse (Interdiskurse), [...] die Kombination zwischen diskursiven und praktischen, darunter auch nicht-diskursive Elemente sowie [...] die Kombination von Elementen des Wissens mit solchen der Macht“ (Link 2008: 239). Entscheidende Differenzen gegenüber dem Diskurs sind die Abgeschlossenheit des Dispositivs sowie dessen ‚vertikale‘ Ausprägung (Link 2008: 237 f.): ‚Horizontal‘ ist das Dispositiv interdiskursiv ausgerichtet ist, d.h. die (Spezial-)Diskurse sind untereinander vernetzt (im Sexualitätsdispositiv etwa Medizin, Biologie, Pädagogik etc.), ‚vertikal‘ sind gewisse Herrschaftszustände symptomatisch (Link 2008: 240). Macht wird anhand des Dispositivs greif- und analysierbar und kann als Netz beschrieben werden, das zwischen den Elementen des Dispositivs gespannt ist. *War die Macht im Diskurs ein diffuses Phänomen, das die diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken ordnet, so wird mit dem Dispositiv ersichtlich, welche strategisch ausgerichteten Verbindungen zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Elementen bestehen.*

Hilfreich ist der Hinweis von Markus Stauff (2004), der zwischen Gesamtdispositiven und Mikrodispositiven differenziert: Gesamtpositive „sind Anordnungen, die nahezu alle Praktiken und Diskurse einer Kultur oder Gesellschaft durchdringen. Sie können als epochale Konstellationen verstanden werden, deren je unterschiedliche Macht- und Subjekteffekte eine spezifische historische Situation prägen und sie von anderen unterscheiden“ (Stauff 2004: 143). Das Dispositiv reagiert auf Problemlagen mit der strategischen Verbindung weit auseinanderliegender Bereiche, wie Ökonomie, Moral und Politik, und schafft damit eine intentionale Rationalität, die alle Teilbereiche der Gesellschaft zu harmonisieren versucht. Medien können in diesem Modell einen strategischen Teilbereich bilden, der von den Mechanismen des Gesamtpositivs, als dominantes ‚kulturelles Kontextfeld‘, angeleitet wird: „Weniger die spezifische Komplexität und die eigenständigen Machteffekte eines Mediums stehen zur Diskussion, als die Frage, inwiefern dieses Medium Regelmäßigkeiten, Macht- und Subjekteffekte stützt, die sich auch in anderen Institutionen und Praxisbereichen auffinden lassen.“ (ebd. 143) Dagegen stellen Mikrodispositive, nach Stauff, eine (quantitativ gesehen) kleinere Bündelung ‚heterogener Elemente‘ dar, welche aber ebenso Praktiken und Diskurse regulieren und ‚Rationalität/-en‘ innerhalb dieses begrenzten Ensembles erzeugt: „Trotz ihrer beschränkten Wirksamkeit können die Mikro-Dispositive die Strategien und Rationalitäten der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion (bzw. der Abstrakten

Maschinen) stützen und in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen aufgegriffen werden“ (ebd. 144). Lukasz Kumięga merkt an, dass „so ein Dispositiv medienübergreifend, d.h. nicht angebunden an einzelne Medien zu verstehen ist“ (2011: 40) und Tim Karis führt aus, dass „dessen Ermöglichungsstruktur von Diskursen“ (2011: 54) ein zentrales Kennzeichen – insbesondere bezüglich der ‚Produktivität‘ von Macht – darstellt. Und schließlich hält Michael Fürst fest, dass „in Bezug auf Medien [...] ein solches Netzwerk Elemente wie eine bestimmte Architektur, eine topografische Anordnung, Technologien, soziale und kulturelle Praktiken der Mediennutzer, Diskurse, Bilder und vieles mehr [umfasst]“ (2009: 130).

Abschließend können nun zwei zentrale Begriffe der vorliegenden Arbeit erörtert werden: (a) der *Herrschaftsdiskurs* (vgl. Sabrow 2000), (b) das *Informationsdispositiv* (vgl. Dorer 2008) und (c) der *Mediendiskurs* (vgl. Dressen/Kumięga/Spiess).

a) *Herrschaftsdiskurs*: Mit den oben eingeführten Begriffen von Macht und Herrschaft bzw. Diskurs und Dispositiv lässt sich ein weiterer Begriff einführen: der Herrschaftsdiskurs. Diese Terminologie muss, unter Berücksichtigung der oben eingeführten Begriffe, zunächst paradox wirken, denn der Diskurs wird als ein Ergebnis des produktiven Prozesses der Macht bezeichnet. Diese Verwirrung lässt sich aber damit auflösen, dass der Herrschaftsdiskurs einerseits *innerhalb* der Herrschaftsbeziehungen (etwa innerhalb der politischen Strukturen der SED) *produziert* wird und andererseits *außerhalb* der Herrschaftsbeziehungen – im Sinne der Herrschaft – scharf abgegrenzt wird von Diskursen und Akteuren, die außerhalb dieser Herrschaftsbeziehungen stehen (erinnert sei auch an die Techniken der Grenzziehung, d.h. Ausschließung, Reglementierung und Regulierung, vgl. Foucault 1973). *Der Herrschaftsdiskurs stellt also die diskursive Verbindung des Inneren und des Äußeren der Herrschaft dar.* Demgemäß handelt sich um einen Diskurs, der die Herrschaftsbeziehungen (intentional) reflektiert und diese nach außen, d.h. außerhalb der Herrschaftsbeziehungen, trägt. *Der Herrschaftsdiskurs kontrolliert also die Themen der Herrschaft, die so vielfältig sind, dass man ihre Funktionen – die es nicht zwingend geben muss – nur schwer kategorisieren kann (politische Legitimation, ideologische Vermittlung etc.).* Der Historiker Martin Sabrow, der als Erster den Begriff präzisiert hat, führt dazu das Folgende aus:

„Der Begriff ‚Herrschaftsdiskurs‘ versucht die Struktureigentümlichkeiten eines geschichtsbezogenen Aneignungs- und Verständigungsprozesses zu fassen, der ideologische und ästhetische Ansprüche, individuelle und allgemeine Interessen, objektive Erkenntnis und politischen Nutzen miteinander harmonisch zu versöhnen vorgab. [...] Erst innerhalb dieses Diskurses, so lautet die dem hier vorgestellten Deutungsanspruch zugrundeliegende These, vermochten die legitimatorischen Strategien der SED-Regimes ihre Überzeugungskraft zu entfalten, konnten fremde Traditionen und äußere Einflüsse erfolgreich ausgegrenzt, widerständige Denkweisen

ihrer Stimme beraubt und als Übertritt in das Lager ‚des Gegners‘ disqualifiziert werden, so daß die Teilhaber dieser Sinnwelt gegen jede von außerhalb kommende Kritik [...] von vornherein immunisiert waren.“ (Sabrow 2000: 19)

Der Herrschaftsdiskurs richtet sich – im Speziellen bei der Entfaltung von politischen Legitimationsansprüchen – insbesondere an alle Akteure, die außerhalb der Herrschaft stehen.

Und schließlich: Ideologie, die sooft als das Fundament der Legitimation der Herrschaft der SED bezeichnet wurde, ist innerhalb des Herrschaftsdiskurses *lediglich ein Strang* neben anderen, wie etwa (die Diskursivierung) der Wirtschafts-, Sozial-, Bildungspolitik etc. Der Unterschied zwischen der Diskursivierung von Ideologie und etwa der Sozialpolitik liegt darin, dass Ideologie argumentativ jederzeit verbunden werden kann mit anderen Strängen des Herrschaftsdiskurses – mal stärker, mal schwächer akzentuiert. Ideologie hat vor allem die Funktion der Synthetisierung des sog. *throughputs* (vgl. Gerhards/Neidhardt 1991: 43). Auf der Grundlage der Ideologie lassen sich die verschiedenen Stränge des Herrschaftsdiskurses pragmatisch selektierten und harmonisieren. Infolgedessen lässt sich zum Beispiel die Sozial- oder Friedenspolitik auf die (jeweils aktuelle) Ideologie des ML zurückführen.

b) Informationsdispositiv / Kommunikationsdispositiv: Der Begriff des Informationsdispositivs geht auf die Kommunikationswissenschaftlerin Johanna Dorer (2008) zurück, die im Rahmen einer Genealogie des Internets die Verbindung von öffentlichem Diskurs, Zensur und Meinungsfreiheit seit dem 19. Jhdt., d.h. seit der Etablierung der Massenmedien, anhand mehrerer (idealtypischer) Etappen nachzuzeichnen versucht. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass die Meinungsfreiheit untrennbar verbunden ist mit der Entwicklung eines öffentlichen Diskurses durch die Massenmedien. Dorer folgend reicht die erste der insgesamt drei Etappen vom 19. Jhdt. bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs und kennzeichnete sich durch das Gegenspiel von Zensur (bis 1848 und während der Periode der faschistischen Regime) und Zensurverbot (nach 1848). In diese Zeit fallen die Entstehung wesentlicher massenmedialer Technologien, wie v.a. Presse und Radio. Die zweite Etappe setzt – auch in zeitlicher Analogie zu Andreas Hepp und dessen Hinweis auf eine Auflösung des national-territorialen Kommunikationsraumes – mit 1950 ein, in der die (sich etablierende) Medienfreiheit „als Konstituens und Ausdruck einer demokratischen Gesellschaft“ (Dorer 2008: 357) verfestigt wird. Die dritte und gegenwärtige Etappe ist für die Kommunikationswissenschaftlerin an einen „Imperativ der permanenten Rede“ (ebd. 357) geknüpft, der den Akteuren, die in der Öffentlichkeit agieren, über die Medienfreiheit hinaus ein ständige Präsenz im öffentlichen Diskurs ‚aufzwingt‘. Diese Tendenz kann sicherlich

auch im Zusammenhang der zunehmenden Mediatisierung von Kultur, wie sie bereits besprochen wurde, gesehen werden. Ähnlich wie Hepp die Mediatisierung schlicht als ‚Mehr‘ beschreibt (vgl. Hepp 2010: 67), spricht auch Dorer von einem Mehr an Bedeutungsressourcen und ‚Kommunikationspezialisten‘ seit den 1950er Jahren. Und eine weitere Parallele ergibt sich zwischen Hepp und Dorer: Beide orientieren ihre Prozessmodelle (ab 1950) an den Entwicklungen in liberal-demokratischen Systemen, die über eine ausdifferenzierte Öffentlichkeit mit ‚Sinnrationalität‘ (vgl. Müller-Dohm 1991) verfügen. Zur Beschreibung der strategischen Ausrichtung dieser verschiedenen entwickelten Formen bzw. Etappen von Öffentlichkeit bringt Dorer zwei Begriffe ins Treffen, die sie den jeweiligen Etappen zuordnet: Das Informationsdispositiv und das Kommunikationsdispositiv. Das *Informationsdispositiv* ordnet Dorer der ersten Phase zu, in der die Regulation des öffentlichen Diskurses über bestimmte Verbote, die auf die Herrschaftszustände zurückgehen, erfolgt. Was innerhalb der Öffentlichkeit gesagt werden darf, das untersteht Regeln und Gesetzen. Dorer geht aber über das ‚Wissen‘ und die Diskurse der Öffentlichkeit hinaus und sieht die ‚Maschen der Herrschaft‘ bis in die kleinsten Ebenen der Kommunikation vordringen: „Die Wirkung erstreckte sich damit nicht nur auf den Gesellschaftskörper an sich und den öffentlichen Diskurs, sondern wirkte bis hinein in den privaten Bereich“ (ebd. 357). Nach Dorer beruht das Informationsdispositiv grundlegend auf Zensur, Verbot und Kontrolle – kurz: auf Herrschaftszuständen – und sichert dadurch repressiv die öffentliche Meinung, die wiederum im öffentlichen bis hinein in den privat-zwischenmenschlichen Diskurs reicht (vgl. zur Terminologie Fraas/Steyer 1992). Das *Kommunikationsdispositiv*, das mit der zweiten und dritten Phase zur Deckung kommt, konstituiert sich mit 1950 und bildet ein Fundament demokratischer Gesellschaften. (Herrschaftskritische) Meinungen, die vormals aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen wurden, werden nun in die öffentliche Kommunikation aufgenommen: „Die Integration von Widerstandspotenzialen ist dabei der Strategie der Macht [der Kommunikation, Anm. d. Verf.] eingeschrieben“ (ebd. 358). Wie in diesem Zitat bereits angedeutet wird, beruht das Verhältnis zwischen dem Akteur, der an der Öffentlichkeit beteiligt ist, und der Struktur der Öffentlichkeit nicht auf Herrschaft, sondern auf produktiver Macht. Wenngleich das Informations- und das Kommunikationsdispositiv verschiedenen Macht- bzw. Herrschaftsbeziehungen unterliegen, so ordnen sich beide strategischen Netze gleichsam der Funktion unter, dass „Medien [...] eine Machttechnik der Normierung und Disziplinierung [sind]“ (ebd. 361). Dorer setzt diese Annahme in den Kontext des Kommunikationsdispositivs, wenngleich sie auch auf das Informationsdispositiv angewandt werden kann und muss: Indem Medien mittels ihrer Bedeutungsressourcen gewisse Normen *anbieten* – unabhängig davon, ob sie im Verlauf ihrer Codierung durch Repression oktroyiert oder durch eine produktive Macht ausverhandelt wurden –, können diese Angebote von den

Mediennutzern angenommen werden – und das sowohl in den Epochen der Zensur, als auch zur Zeit des ‚Imperativs zur ständigen Rede‘. Informationsdispositiv und Kommunikationsdispositiv sind gleichermaßen ‚Machtstechniken der Normierung und Disziplinierung‘: Sie bieten gewisse Normen an, deren Umsetzung maßgeblich auf (Selbst-)Disziplinierung beruht.

Im Speziellen die DDR war durch eine außergewöhnliche Kommunikationssituation geprägt, die die chronologische Ablösung von Informations- und Kommunikationsdispositiv seit 1950 v.a. hinsichtlich ihres Charakters als historischer Idealtypus infrage stellt. In der DDR bestand sowohl ein Informationsdispositiv, das vom Staatsapparat insbesondere über die Medienpolitik angeleitet wurde, als auch ein (transnationales) Kommunikationsdispositiv, das von der BRD in die DDR ‚eingedrungen‘ ist. Diese Dispositive waren seit 1970 zunehmend in Konflikt geraten, was etwa dazu führte, dass das Informationsdispositiv bestimmte Aspekte des Kommunikationsdispositivs adaptieren musste – bspw. gewisse Medieninhalte und Programmstrukturen, die primär auf Unterhaltung ausgelegt waren –, um die eigene Herrschaft durch den zunehmend Verlust von (Kommunikations-)Macht nicht gänzlich zu untergraben (vgl. Abs. 3.2).

(c) *Mediendiskurs*: Der in der Medienwissenschaft eher stiefmütterlich behandelte Begriff Mediendiskurs ist, wenn man den Medienwissenschaftlern und Diskurstheoretikern Dreesen/Kumięga/Spiess folgt, eine logische Konsequenz aus der materiellen Verfasstheit jeglichen Diskurses, denn „Medialität ist ein notwendiges konstitutives Element von Diskursen und Dispositiven. Demnach sind Diskurse, sobald wir sie als solche erkennen, bereits medial vermittelt“ (2011: 11). Die Autoren ordnen ihr Konzept in den bereits erörterten terminologischen Kontext der Foucaultschen Machtanalytik ein – sie heben insbesondere die Begriffe Macht und Wissen hervor – und weisen darauf hin, dass Medien „in eminenter Weise Kommunikationsformen, Wissensproduktionen, Machtstrukturen etc.“ (ebd. 11) beeinflussen. Die Mediendiskurse werden dabei nicht als entkontextualisierte und innerhalb eines Mediums befindliche Diskurse aufgefasst, sondern in den Zusammenhang anderer medialer Kontexte gestellt: Mediendiskurse werden (grundsätzlich) als Interdiskurse verstanden. Darum begrenzt sich die Analyse eines Mediendiskurses nicht darauf, innerhalb der Medien einen Diskurs zu analysieren und ihn als rein mediales Phänomen aufzufassen, sondern es geht vielmehr darum, die „mediale Verfasstheit des zu untersuchenden Diskurses“ (ebd. 13) aufzuzeigen. Mediendiskursanalyse bedeutet also die Suche nach den Spuren bestimmter Diskurse innerhalb von Medien und die Analyse der daraus resultierenden medialen Prägung. Der Begriff des Mediendiskurses bietet insofern auch die Gelegenheit zu umschreiben, was gelegentlich als Medialisierung gewisser Praktiken und

Diskurse – insbesondere des Politischen bzw. der Politik – bezeichnet wird und zum Teil im Widerspruch zum Begriff der Mediatisierung steht (vgl. zur Begriffsdebatte Meyen 2009): Mit Hilfe des Mediendiskurses kann also etwa die Frage behandelt werden, wie der Herrschaftsdiskurs medial geprägt ist.

1.3.3 *Gouvernementalität und (real-existierender) Sozialismus*

An dieser Stelle soll ein kurzer Blick auf den Aspekt der a) *Gouvernementalität* geworfen werden, um in weiterer Folge dieses Konzept der ‚Rationalität‘ moderner Staaten auf den b) *Sozialismus* anwenden zu können.

a) *Gouvernementalität*: Mitte der 1970er Jahre stößt Foucault auf das Problem, dass die ‚Analytik der Macht‘ bzw. die an Nietzsche angelehnte Genealogie zum einen zu sehr auf einzelne Institutionen, wie Krankenhäuser, psychiatrische Anstalten etc., und zum anderen „allein auf den Körper und seiner disziplinären Zurichtung“ (Lemke 2008: 261) ausgerichtet ist. Um von der Ebene der ‚Mikrophysik‘, die die Disziplinierung des Subjekts in den Mittelpunkt ihres Interesses stellt, zur ‚Makrophysik der Macht‘ vorzudringen, erweitert Foucault sein terminologisches Instrumentarium um den Begriff der Regierung (frz. *gouvernement*), der die Lenkungsmechanismen der (produktiven) Macht beschreiben soll. Die Regierung steht in diesem Kontext nicht mehr für einen staatlichen (Herrschafts-)Apparat, sondern für die durch gewisse Machtkonstellationen konstituierte Führung von Individuen in unterschiedlichen Zusammenhängen. Wenn produktive Macht die Ursache etwa für die Produktion eines Diskurses darstellt, dann beschreibt die Regierung die strategische Lenkung der Macht (und der in sie involvierten Akteure) zur Produktion des jeweiligen Diskurses. In diesem Sinne hat die Regierung eine „Scharnierfunktion“ (Lemke 2005: 334), indem sie zwischen der Macht und dem Individuum vermittelt (vgl. Lemke 2005: 334). Regierung ist in dieser Hinsicht als „Regierung in ihrer politischen Form“ sowie als „Gesamtproblematik des Regierens im Allgemeinen“ (Foucault, zit. n. Lemke 2008: 261), die bspw. innerhalb der Familie, der Erziehung etc. vorzufinden ist, zu verstehen. *Die Regierung ist also keine Praxis, die ausschließlich in jenen der Politik vorzufinden ist, sondern eine ‚Technologie‘, die überall dort vorhanden ist, wo auch Machtbeziehungen gegenwärtig sind; Macht und Regierung gehen Hand in Hand und bedingen sich gegenseitig.* An diesem Punkt ist Foucaults ‚Genealogie des modernen Staates‘ zu verorten, die er in einer Vorlesungsreihe am *College de France* 1977/78 behandelt hat und die zur sog. *Gouvernementalität* führt. In der Genealogie wird der Staat nicht mehr unter der Perspektive einer Staatstheorie untersucht (vgl. Lemke 2008: 262), sondern als Ensemble sog. Regierungstechnologien, die die Aufrechterhaltung von Macht sichern und so den Staat – als Konstrukt – konstituieren. Die Innovation dieses Modells besteht insbesondere darin, dass die (wechselhaften)

Machtbeziehungen nicht mehr durch Herrschaft, im Sinne von Repression oder Unterdrückung, abgesichert werden, sondern durch Regierungstechnologien: Der Staat, dem eine „gouvernementale Vernunft“ (Foucault 2004b: 134) zugrundeliegt, konzentriert sich nicht mehr auf die Techniken der Repression; im Gegenteil schafft er die (regierungstechnologisch fundierte) Möglichkeit der Freiheit der Individuen. Indem demgemäß Freiheit zu- und abgesichert wird – Lemke spricht pointiert von einer „Absicherungsgesellschaft“ (Lemke 2005: 340) –, reagieren die Individuen mit „Selbstbeherrschung“ bzw. „Techniken des Selbst“ (Lemke 2005: 3419, die die Machtbeziehungen des Staates bzw. staatlichen Konstrukts stützen. Diese Freiheiten sind in erster Linie ökonomischer, aber auch politischer Art (vgl. Foucault 2004b: 124). Die Macht, die in den gouvernementalen Praktiken des modernen, (neo-)liberalen Staates zum Einsatz kommt, gründet also auf den „Bedingungen, unter denen die Individuen frei sein können“ (Lemke 2008: 263). Insofern kann von einer „systematisierten Form der Herrschaftsausübung“ (Lemke 2005: 339) gesprochen werden, die durch den Verzicht von aufwendigen Techniken der Herrschaftsausübung, wie etwa der herrschaftsstützenden Vereinnahmung der Exekutive als Unterdrückungsmechanismus, zunehmend flexibler und elastischer wird. Gouvernamentalität bedeutet infolgedessen die Rationalisierung der Praktiken der Regierung unter der (strategischer) Berücksichtigung der Freiheit des Individuums; damit sind letztlich „die ‚Produktionskosten‘ der Freiheit zu bestimmen: In welchem Maße stellt die freie Verfolgung der individuellen Interessen ein Gefahr für das Allgemeininteresse dar?“ (Lemke 2008: 263). *Gouvernamentalität bedeutet also, dass mittels eines historisch je unterschiedlichen Ensembles an Regierungstechnologien, welche grundlegend auf (produktiver) Macht beruhen, Freiheit(-en) abgesichert werden, ohne aber das ‚Allgemeininteresse‘ zu schädigen.*

b) *Sozialismus und Gouvernamentalität*: Nicht ohne eine gewisse Polemik stellt Foucault in der *Geschichte der Gouvernamentalität* (GdG) fest, dass dem Sozialismus zwar eine weitläufige Staatstheorie zugrundeliege, es fehle ihm aber an einer „gouvernementale[n] Vernunft, eine Definition dessen, was innerhalb des Sozialismus eine Rationalität der Regierung wäre, d.h. ein vernünftiges und berechenbares Maß der Regierung“ (Foucault 2004b: 134). Der Sozialismus, der bei Foucault mitunter aus einem konkreten zeithistorischen Moment herausgelöst und als politisches Leitbild – oft auch des deutschen Westens *und* des deutschen Ostens⁷, der SPD wie auch der SED (ebd. 135) – begriffen wird, habe einerseits eine historische und eine ökonomische Rationalität⁸, andererseits lässt

⁷ Foucault unterscheidet nicht ausdrücklich zwischen einem hegemonialen Staatssozialismus, wie er sich in der DDR manifestierte, und einem neoliberal geprägten Sozialismus, wie er in der SPD verwirklichte wurde; für die nachfolgenden Ausführungen ist diese Differenzierung aber wesentlich und soll gelegentlich durch den Begriff des Staatssozialismus unterstrichen werden.

⁸ Der ‚Histomat‘ und die ‚Politische Ökonomie‘ als zwei Säulen des Marxismus-Leninismus sind diesbezüglich zu erwähnen, vgl. Abs. 2.2

er aber die Flexibilität eines modernen, neoliberalen Staates vermissen, in welchem „die Wirtschaft [...] Legitimität für den Staat [erzeugt], der ihr Garant ist“ (ebd.124). Der Staatssozialismus, so ‚ökonomistisch‘ sich dessen Ideologie vor allem in den 1970/80er Jahren darstellte (vgl. Abs. 2), basiert regierungstechnologisch nicht auf dem Primat der Ökonomie und der sozialen Marktwirtschaft.⁹ Wo aber liegt nach Foucault die Ursache dafür, dass der Sozialismus keine weiläufigere Rationalisierung der Regierung gewährleisten kann? In erster Linie an der politisch-ideologischen Dogmatik und dem, wie Foucault sich ausdrückt, chronischen Versuch eine „Beziehung der Übereinstimmung mit einem Text oder einer Reihe von Texten“ (ebd. 136) herzustellen; der Staatssozialismus orientiert sich demnach zu streng an seinen ideologischen Fundamenten und leitet die Lenkung von Gesellschaft und Ökonomie aus einer historisch tradierten Doktrin ab. Dieses stete Berufen auf einen ‚Text‘ sei das Resultat „der Lücke, die durch die Abwesenheit einer sozialistischen Regierungskunst“ (ebd. 136) verursacht wird. Diese inhaltliche Bindung führe einzig zu den „Grenzen seiner Möglichkeiten und seines eventuellen Handelns [...], während er [der Sozialismus, d. Verf.] im Grunde eine Selbstbestimmung seiner Handlungs- und Regierungsweise bräuchte“ (ebd. 137).

Was aber kennzeichnet die richtige ‚Regierungsweise‘ etwa der sozialen Marktwirtschaft der BRD? Sie gibt den Bürgern vor, eine wirtschaftliche Freiheit leben zu können, die *nicht* vom Staat reglementiert wird. Durch die Inanspruchnahme dieser Freiheit, die ein wesentliches Charakteristikum der Gouvernamentalität ist, wird, „insofern sie [die Wirtschaftsteilnehmer, d. Verf.] dieses wirtschaftliche Spiel der Freiheit akzeptieren, ein Konsens [erzeugt], der ein politischer Konsens ist“ (ebd. 124). Der Staat agiert also nicht mehr vordergründig als Souverän, sondern verfügt über Mittel und Methoden um auf der Basis eines Konsens zu einer (hintergründigen) politischen Souveränität zu gelangen (vgl. ebd. 122): Man geht damit „in Richtung größerer Geschmeidigkeit und Flexibilität. [...] Die staatlichen Strukturen sind so flexibel, dass ihr Verhalten an manchen Punkten sogar wie ein Zurückweichen des Staatsapparates erscheinen kann [...]“ (Foucault 2005a: 143). Nachdem die DDR aber im Zuge einer traditionell „dirigistischen Ökonomie und Planwirtschaft“ (Foucault 2005d: 185) keine soziale Marktwirtschaft oder eine daran angelehnte, neoliberal geprägte politische Ökonomie einführen konnte – hätte man damit schließlich an den Grundfesten des Sozialismus und auch an den verschiedenen verfassungsrechtlich verankerten Eigentumsformen gerüttelt – war es auch nicht möglich einen derartigen ökonomischen Konsens, der nach Foucault in einen politischen mündet, zu etablieren. Das einzige dahingehende Zugeständnis – als *stumpfe* Gouvernamentalität – war ein Entgegenkommen

⁹ Dass sich die SPD mit der Konstituierung der BRD etwa auf dieses neoliberale Modell ‚eingelassen‘ hat, versteht Foucault nicht als Verrat am Sozialismus, sondern als bloße Lust am ‚Spiel der Gouvernamentalität‘ und schließlich der Macht.

im Bereich hedonistisch-materieller und sozialpolitischer Bedürfnisse und „Begierden“ (Foucault 2004a: 111 f.) der Bürger; aber eben keine ökonomische oder politische Autonomie und Freiheit. Man kann also festhalten, dass die BRD ihre Souveränität durch die (Freiheit der) Wirtschaft *erreichte*, wohingegen die DDR ihre Souveränität u.a. durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik *legitimierte*. Die BRD gibt sich nicht souverän und regiert doch letztlich souverän; die DDR gibt sich souverän, muss diese Souveränität aber im Zuge einer ständigen Krise der Legitimität erst rechtfertigen.

Dass der Staatssozialismus über keine Strategien der Gouvernamentalität verfügt, ist damit aber keineswegs gesagt; er besitzt lediglich keine autonomen Formen einer „gouvernementale[n] Vernunft“ (Foucault 2004b: 134), die genuin dem Sozialismus als Herrschaftsmodell zuzuordnen wären. Vielmehr hebt Foucault hervor, dass der Sozialismus „nur im Anschluß an verschiedene Typen der Gouvernamentalität umgesetzt werden“ kann (Foucault 2004b: 135) – er ist „immer ein Zweig einer Gouvernamentalität“ (Foucault 2004b: 136). Der Sozialismus bedient sich also nicht nur einer Auswahl an Gouvernamentalitäten, sondern diese stellen vielmehr die Bedingung für die Stabilität des sozialistischen Staates dar. Die Gouvernamentalität ist damit nicht nur für den neoliberal geprägten Staat, sondern auch für den Sozialismus „das Phänomen, das es dem Staat ermöglicht hat, zu überleben“ (Foucault 2005c: 172). Die Bezeichnung als ‚liberal‘ bzw. ‚neoliberal‘ (Foucault 2004b: 135) und die Auffassung, dass entsprechende Regierungstechnologien *sui generis* im Liberalismus verwurzelt sind, kennzeichnet einmal mehr den paradoxen Charakter der Machterhaltung in der DDR. *Auch bei genauerer Betrachtung der Regierungstechnologien präsentiert sich ein Staat, der zwar seinem Selbstverständnis nach sozialistisch war und das hinsichtlich gewisser ‚Rationalitäten‘ auch praktizierte, aber in der Machterhaltung – vor allem in der Ära Honecker – ‚liberale‘ Strategien der Regierung aufbringen musste, um die Stabilität durch die Ausschöpfung aller Legitimationspotentiale zu sichern.*

Foucault schlägt deshalb vor, die ‚Analytik der Macht‘ des Sozialismus vom Text, d.h. auch von der Ideologie, abzulösen, um etwa die Frage zu stellen: „Was ist denn diese notwendigerweise äußerliche Gouvernamentalität, die dich [den Sozialismus, d. Verf.] in Gang hält und innerhalb welcher du allein existieren kannst?“ (Foucault 2004b: 137). Bei der Beantwortung diese Fragestellung beschränkt er sich auf den Hinweis eines „hyperadministrative[n] Staat[es], in dem zwischen der Gouvernamentalität und der Verwaltung gewissermaßen eine Verschmelzung, Kontinuität, eine Verfaßtheit als massiver Block herrscht“ (Foucault 2004b: 135). Er verweist diesbezüglich auf den ‚Polizeistaat‘, der auch im erweiterten Feld des Sicherheitsdispositivs (Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Deutsche Volkspolizei (DVP), Gefängnisse, aber auch Schulen, Jugendorganisationen (FDJ)

etc.), das als das „wesentliche *technische Instrument*“ (Foucault 2005c: 171, Hervorheb. d. Verf.) der Gouvernamentalität fungiert, verstanden werden muss.¹⁰ Weitere Regierungstechnologien schließt Foucault nicht aus, versucht diesen aber auch nicht weiter nachzugehen.¹¹ Bereits Erwähnung fand eine von ihm im Kontext des Sozialismus nicht erwähnte, aber umso zentralere Strategie, die den ‚Begierden‘ der Bevölkerung einen „Auftritt im Inneren der Macht- und Regierungstechniken“ (Foucault 2004a: 111) verschafft: die DDR-spezifische Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik (vgl. auch Abs. 2.1), die mit der Befriedigung von materiellen und sozialpolitischen Bedürfnissen der Bevölkerung und der Etablierung einer ‚Absicherungsgesellschaft‘ als „Ausdruck der Fürsorge“ (vgl. Foucault 2005a: 140) eng verbunden ist. Diese Regierungstechnologie soll, wie bereits angedeutet wurde, als *stumpfe Gouvernamentalität* bezeichnet werden. *Das Attribut ‚stumpf‘ weist in diesem Kontext einerseits auf die nur partielle Umsetzung der Gouvernamentalität und andererseits auf die temporär begrenzte Wirkung derselben in der DDR hin:* Das genuin neoliberale Projekt der Gouvernamentalität basiert nämlich nicht einzig auf der Befriedigung verschiedener Bedürfnisse – z.B. nach materiellem Streben oder sozialer Sicherheit, wie es vor allem der real-existierende Sozialismus der 1970/80er Jahre betrieb – sondern es wird ganz wesentlich auch darauf aufgebaut, dass dessen „Rationalität auf die *Erhöhung politischer Handlungsfähigkeit* und der *Autonomie der Subjekte* ausgerichtet sein muss“ (Bischoff/Hüning/Lieber 2005: 11, Hervorheb. d. Verf.). ‚Autonomie‘ und ‚Handlungsfähigkeit‘ waren in den gouvernementalen Praktiken des Staatssozialismus aufgrund der Organisations-, Administrations- und schließlich der politisch-ideologischen Integrationsbemühungen nicht umsetzbar; diese beiden Aspekte sind aber konstitutive Merkmale der Regierung selbst, denn sie bilden eine „Scharnierfunktion“ (Lemke 2005: 334), indem zwischen der Macht und dem Individuum vermittelt und ein vordergründig souveränes Verbotsverhältnis aufgelöst wird (vgl. in dieser Arbeit die terminologischen Hinweise zu ‚Normativität, Normation und Normalisierung‘, vgl. Abs. 4.2.1). Das Subjekt ist in dieser Machtbeziehung autonom, muss jedoch nach den Regeln der Regierung agieren; es ist jenseits einer institutionellen Disziplinierung auf ‚Selbstbeherrschung‘ angewiesen, womit die Regierung, die immer mehr in die Praktiken des Subjekts verschoben wird und nicht mehr strikt an einen souveränen Staat gebunden ist, eine ‚subkutan‘ wirksame „Technik des Selbst“ (Foucault 2004a) etablieren kann. In der DDR war diese Strategie aus verschiedenen Gründen nicht durchführbar: Wie Foucault es ausdrücken würde, konnte etwa aufgrund der steten Bezugnahme auf den ‚Text‘, der zwar in eine gesellschaftliche und soziale Praxis

¹⁰ Die regierungstechnologischen Aspekte des Sicherheitsdispositivs bzw. der (repressiven) Disziplinarmacht stehen in dieser Arbeit aber nicht im Vordergrund. Eine informative Einführung bietet der Eintrag ‚Unterdrückungsmechanismen‘ im *Lexikon des DDR-Sozialismus* (vgl. Fricke 1996).

¹¹ Das Projekt einer Genealogie des modernen Staates verfolgt Foucault schließlich in erster Linie in Bezug auf den westdeutschen und amerikanischen Neoliberalismus und nur äußerst selten anhand des Staatssozialismus.

übergehen konnte (wie etwa der Begriff der ‚Kollektivität‘, vgl. Abs. 2.2), keine weitläufige ‚Technik des Selbst‘ entwickelt werden. Das Subjekt, so kann man im *Kleinen Philosophischen Wörterbuch* lesen, geht in der Dogmatik des ML in erster Linie als ‚kollektiver Akteur‘ auf:

„Im gesellschaftlichen Gesamtprozeß ebenso wie im gesellschaftlichen Erkenntnisprozeß ist die menschliche Gesellschaft einer bestimmten Entwicklungsstufe das Subjekt; in den geschichtlichen Aktionen verschiedenen Umfangs und in den Erkenntnisprozessen treten *Klassen, Gruppen, Parteien, Kollektive als Subjekt auf und in den verschiedenen Formen der individuellen Tätigkeit der einzelnen Menschen.*“ (Buhr/Kosing 1979: 311, Hervorheb. d. Verf.)

Zur Überwindung dieser ideologisch bedingten (Selbst-)Restriktion, die wesentliche Auswirkungen auf die Bereiche der gouvernementalen Praktiken hatte, setzte man etwa auf das Sicherheitsdispositiv oder auf die vielfältigen, in dieser Arbeit diskutierten politisch-ideologischen und z.T. im Feld der (Massen-)Medien verankerte Integrationsversuche, die nicht zuletzt das Bewusstsein der Individuen zum „strategischen Punkt“ (Luchterhandt 1985: 101) machten. Dennoch ist gerade für die Ära Honecker – und vor allem für die vollzogene Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik – die Etablierung einer ‚stumpfen‘ Gouvernementalität kennzeichnend, die sich, pointiert formuliert, als eine ‚Technik des *begrenzten* Selbst‘ erwies. Hier gilt es die Frage zu stellen, inwiefern diese Entwicklung kennzeichnend für den Zeitraum zwischen 1970 und 1989 war. Sie lässt sich mit einem Blick auf die diesbezüglichen sozial-, wirtschafts- und konsumpolitischen Bemühungen und deren Auswirkungen beantworten (vgl. Abs. 2.1). Die Gouvernementalität der DDR-Regierung ist schließlich auch auf das engste mit den Mentalitätsentwicklungen der Bevölkerung verbunden.

2 Ideologie - Herrschaftsdiskurs - Gouvernamentalität

„Wer weiß, vielleicht ist für unsere Gesellschaft eben die Ideologie das entscheidende Charakteristikum? Auch die Ideologie ist ein empirischer Tatbestand. Bei Marx gab es viele interessante Ideen und Überlegungen. Aber sie sind in einem Meer ideologischen Unsinns untergegangen, und die folgenden Generationen von Marxisten haben eben den ideologischen Aspekt aufgebläht, bis man ihn schließlich bei uns zur Staatsideologie erhoben hat.’

„Aber die Ideologie ist doch auch notwendig’, sage ich.

„Nicht unbedingt’, sagt Anton, ‚aber sie ist auch eine Realität, die man berücksichtigen und als empirisches Faktum studieren muß.’“

(Sinowjew 1983: 113)

Die folgende Auseinandersetzung mit Ideologie begründet sich zum einen mit dem Einfluss, den dieselbe auf die Lebenswelt der DDR-Bevölkerung als sog. Mentalitätsthema (vgl. Abs. 1.1) ausübte, und zum anderen mit der ideologischen „Normation“ bzw. den Strategien der „Normalisierung“ (Foucault 2004a: 90, vgl. zu den Begriffen Kap. 4.2.1) von Jugend, die sich in der DDR-Jugendpolitik manifestierten. Wie Alexander Sinowjew im obigen Zitat zum Ausdruck bringt, ist Ideologie zwar ‚eine Realität, die man berücksichtigen und als empirisches Faktum studieren muß’, gleichsam ist sie aber auch eine meist intentional „konstruierte Sinnwelt“ (Sabrow 2000: 13), die alle diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken arrangiert und einschränkt. Ideologie ist damit Teil einer „objektiven Wirklichkeitsordnung“, die als „Faktum und gesellschaftliche Objektivierung“ bemüht ist die subjektive Wahrnehmung, d.h. die „individuelle Rezeption und Reproduktion“ (ebd. 13) des Einzelnen, zu strukturieren. Ideologie fungierte also als *ein* Teil der Reglementierung der subjektiven Wahrnehmung von ‚Wirklichkeit‘ und markiert damit einen Aspekt des im Weiteren zu definierenden Herrschaftsdiskurses (ebd.). ‚Systemimmanent‘ (Peter-Christian Ludz) gesehen hatte Ideologie in der DDR vielfältige Funktionen, die von der zeithistorischen und politikwissenschaftlichen Forschung – vor allem ab Anfang der 1990er Jahre – ausführlich diskutiert und systematisiert wurden.¹² Dem Politikwissenschaftler Lothar Fritze folgend sind zwei System- bzw. Machtaspekte von Ideologie hervorzuheben: Einerseits die soziale Kontrolle der Bevölkerung und andererseits die Legitimation der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) monopolisierten und zentralisierten Staatsmacht (vgl. Fritze 2004: 89).

¹² Hinzuweisen ist neben wenigen aktuellen Publikationen (vgl. etwa Becker 2009; Roters 1998) auf die instruktiven Berichte, die im Zuge der Enquete-Kommission *Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland* veröffentlicht wurden (Kuppe 1996, Löw 1996, Weber/Lange 1996, Wisniewski 1996).

Das folgende Kapitel behandelt das Thema der Ideologie in der DDR aus mehreren Perspektiven: Einführend sollen einige zeithistorische Hinweise zu verschiedenen Regierungstechnologien der Ära Honecker gegeben werden, um Ideologie im Gesamtzusammenhang einer ‚Analytik der Macht‘ (vgl. Foucault 2005) lokalisieren zu können. Diesem integrativen Ansatz folgt eine Operationalisierung des Ideologiebegriffs, die bei den begriffsgeschichtlichen Ursprüngen (Marx/Engels) ansetzt und letztlich zum Marxismus-Leninismus in der DDR führt; daran anschließend wird Ideologie ausführlich als Bestandteil des Herrschaftsdiskurs (vgl. Abs. 1.3.2) und des philosophischen Diskurs differenziert.

2.1 Gouvernementale Strategien des real-existierenden Sozialismus in der Ära Honecker (1971-1989)

Der politstrategische Wandel unter Erich Honecker zu einer sich paternalistisch gerierenden Politik brachte der DDR – im Speziellen nach der sog. Wende 1989 – Etikettierungen ein, wie „Fürsorgediktatur“ (Jarausch 1998), „diktatorischer Wohlfahrtsstaat“ (Meuschel 1992) oder „Konsumsozialismus“ (Staritz 1985). Dies alles sind Zuweisungen, die anhand ähnlicher Hypothesen ein begriffliches Erklärungsmodell für die gesellschaftliche Realität der 1970er und 1980er Jahre anbieten. Gemein ist den Begriffsbildungen, dass sie in ihren spezifischen und zum Teil auch divergierenden Betrachtungsweisen den Bruch mit der Ära Walter Ulbrichts (1950-1971) – implizit wie explizit – thematisieren. Der Beginn der 1970er Jahre und damit das unmittelbare Ende der Ära Ulbricht erwies sich volkswirtschaftlich als gute – oder zumindest passable – Ausgangssituation, denn die

„Akkumulationsrate, der Anteil des verwendeten Nationaleinkommens für Nettoinvestitionen [...] und Bestandserhöhungen, stieg [...] von 22,7 % im Jahre 1960 auf 29,0 % im Jahre 1970. Sie erreichte damit im Jahre 1970 den Höchststand in der Geschichte der DDR und ermöglichte es, Aufgaben der Gegenwart und Zukunft in ausgewogenem Verhältnis in Angriff zu nehmen.“ (Kusch et al. 1991: 14)

Der Grund für den paradigmatischen Wechsel der gouvernementalen Strategien, der keineswegs einen Wechsel des politischen Organisationsprinzips des ‚demokratischen Zentralismus‘ (vgl. Klein 1996: 157f.) nach sich zog, lag demnach weniger bei der Situation der Wirtschaft, welche zwar nicht prosperierte, aber auf der Basis eines weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalts durchaus konsolidiert war, sondern eher bei den Konsum- und bevölkerungspolitischen Versäumnissen in der Ära Ulbricht, in der „viele Wünsche der Bevölkerung offengeblieben waren“ (Kusch et al. 1991: 14). Die DDR war bis Ende der 1960er Jahre von einer (stalinistisch geprägten) Akzentuierung der Schwerindustrie gekennzeichnet, die zu einer veritablen Krise der Versorgung der Bevölkerung, vor allem im

Bereich der Konsumgüter, führte (vgl. Kusch et al. 1991: 22; Schneider 1996: 376 ff., Bouvier 2002). Die bis zu Honeckers Machtübernahme geltende Wirtschaftspolitik, d.h. das Neue Ökonomische System (NÖS) bzw. das spätere Ökonomische System des Sozialismus (ÖSS), hatte nicht nur den angepeilten „technologischen Anschluß an die Weltspitze“ (Hockerts 1994: 793) verpasst, sondern auch dazu beigetragen, dass sich die Bevölkerung von Ulbricht und dessen „Entschlossenheit, dem Volk ‚Opfer‘ [...] abzuverlangen“ (ebd. 793), abwandte – insbesondere vor dem Bau der Berliner Mauer (1961) und der damit vollzogenen Abschottung der DDR von der BRD resultierten daraus massive ‚Ausreisebewegungen‘ (Schneider 1996: 377), welche im weiteren Verlauf auch durch eine ‚Konsumpolitik als Sozialpolitik‘ (vgl. Stitzel 2005) nicht abgefangen werden konnten. Im Zuge der Machtübernahme durch Erich Honecker wurden folgerichtig zwei Maßnahmen in den Vordergrund gestellt, die begrifflich zur sog. Hauptaufgabe – ideologisch wie realpolitisch – ‚hochaggregiert‘ wurden: zum einen die mit den sozialpolitischen Maßnahmen verbundene Berücksichtigung der heterogenen Wünsche und Bedürfnisse (Begierden) der Bevölkerungen und zum anderen die Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft. Beide Maßnahmen wurden mit der sog. Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik – die erst 1976 formell im politischen Begriffsapparat der SED kanonisiert wurde (vgl. Bouvier 2002: 72), aber bereits mit dem VIII. Parteitag strategisch vorweggenommen war – in ein zirkuläres Verhältnis gebracht: Indem die Sozialpolitik den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen sollte, erhoffte man sich dadurch die Wirtschaftsleistung der Bevölkerung und damit der Gesamtwirtschaft erhöhen zu können. Von der politischen Führung wurde intern festgelegt, dass

„die Hauptaufgabe [...] so formuliert werden [muss], daß das politisch Anziehende herauskommt. Das Ganze ist noch mächtig verkrampft. [...] Es soll deutlicher herausgearbeitet werden, worin die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung besteht“ (Staatssekretär Heinz Klopfer, zit. n. ebd. 79).

Es wird deutlich, dass den entsprechenden Bemühungen nicht einzig der Wunsch nach einem höheren Wirtschaftswachstum, sondern auch ein „instrumenteller Charakter“ (ebd. 83) zugrundelag: Die Probleme der Ära Ulbricht, die zu einer Unzufriedenheit der Bevölkerung führten, sollten „mit Hilfe der Sozialpolitik und der jeweils zu beschließenden Maßnahmen [...] in einem begrenzten Zeitraum, d.h. im Rahmen von wenigen Jahren“ (ebd. 83), überwunden werden. Der Sozialpolitik oblag mit Beginn der 1970er Jahre also nicht einzig die Aufgabe positiv auf die volkswirtschaftliche Entwicklung einzuwirken, sondern auch den „größten politischen Effekt“ (Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerates, Horst Sindermann, zit. n. ebd. 83) zu erreichen – mit Harold D. Lasswell gesprochen, den ‚optimum power effect‘ (vgl. Abs. 3.1). Wenngleich es Anfang der 1970er Jahre zu einer Re-Ideologisierung des Herrschaftsdiskurses kam, wurde der Bindungs- und Überzeugungskraft

der Ideologie zunehmend misstraut, denn (ideologische) Überzeugungen können, nun auch nach Ansicht einzelner Funktionäre der SED, schnell wenden: Vielmehr seien nun „die Tatsachen [entscheidend], die geschaffen worden seien und noch würden, und nicht etwa das, wovon die Bevölkerung angeblich ‚zutiefst‘ überzeugt sei“ (ebd. 77). Diese (herrschaftslegitimierenden) ‚Tatsachen‘ sind ab Anfang der 1970er Jahre in erster Linie der Sozialpolitik zuzurechnen. Im Grunde basierte die Koalition zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik auf einem nach volkswirtschaftlichen Indikatoren ausgerichteten Gratifikationssystem, das der Stimulation der Produktivität der Bevölkerung dienen sollte und sich auf die voluntaristisch geprägte Formel *‚Ökonomische Effektivierung durch gezielte Bedürfnisbefriedigung/-en des Einzelnen‘* zusammenfassen lässt (vgl. Michalsky 1988; Schulz 1996). Sozialpolitik in der DDR muss daher immer auch als „ökonomisch ausgerichtetes Zielsystem“ (Frerich/Frey 1993: 83) verstanden werden – sowohl für den Außenstehenden (Historiker), als auch im Selbstverständnis der SED-Führung selbst. Schließlich galt es also auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen, um eine ‚Selbstführung‘ derselben – im Zeichen der Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität und der Überzeugung von dem Sozialismus bzw. der DDR – zu erreichen. Damit sind, so hebt Erich Honecker persönlich hervor, „die *Bedürfnisse der Menschen [...] nicht Punkt zwei, drei oder vier, sondern Punkt eins der Planung. Sie sind für die Planung entscheidender Ausgangspunkt. [...]* Damit fängt das Verständnis der ökonomischen Politik des VIII. Parteitag an.“ (Erich Honecker, zit. n. Bouvier 2002: 70 f., Hervorheb. d. Verf.) Um schließlich die Sozialpolitik als ein tragfähiges Mittel einer ‚stumpfen‘ Gouvernamentalität zu instrumentieren, setzte man auf zeitlich zu differenzierende Maßnahmen:

Anfang der 1970er Jahre konzentrierten sich die Bemühungen auf den Ausbau von „Sozialversicherung, Gesundheits-, Bildungs-, und Beschäftigungspolitik“ (Schulz 1996: 566), d.h. auf die Agenden eines ‚Sicherheitsvertrags‘ zwischen Staat und Bevölkerung, der „Sicherheit vor Unsicherheiten, Unfällen, Schäden, Risiken jeglicher Art“ (Foucault 2005a: 139) geben sollte. Der Sozialwissenschaftler und Autor mehrerer Studien zum Werte- und Mentalitätswandel der DDR-Bevölkerung, Thomas Gensicke, hebt diesbezüglich hervor, dass die „sozialstaatliche Absicherung und der Ausbau des Gesundheitssystems [...] die Menschen zunehmend unabhängig von den Unberechenbarkeiten natürlicher und sozialer Zyklen [machte] und [...] sie von den sogenannten ‚Standardrisiken‘ des Lebens“ (1996: 112) entlastete. Die entsprechenden Leistungen erreichten bis zum Zusammenbruch der DDR die höchste Akzeptanz in der Bevölkerung und wurden dementsprechend – auch über die Phase des sich bereits Ende der 1970er ankündigen ökonomischen Abstieges – als ‚sozialistische Errungenschaften‘ äußerst positiv anerkannt (vgl. Förster 1999): (a) Die Beschäftigungs- und Arbeitspolitik zeichnete sich etwa dadurch aus, dass statistisch gesehen ein „praktische[s] Fehlen offener Arbeitslosigkeit“ (Frerich/Frey 1993: 91) zu verzeichnen war. Die DDR konnte

für sich reklamieren eine der höchsten Beschäftigungsraten der Welt erreicht und auch – ohne hier jedoch die „verdeckte Arbeitslosigkeit“ (Bouvier 2002: 149) zu berücksichtigen – langfristig gehalten zu haben (1988: 98 %, vgl. Belwe 1989: 129). Dass diese Quote, zu der auch die hohe Zahl der berufstätigen Frauen beigetragen hat (in den 1980er Jahre ca. 50 %, vgl. ebd. 140 f.), aber zum einen der Mobilisierung aller Bürger zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR und zum anderen der Kompensation des „deutlich niedrigeren Lebensstandards“ (Frerich/Frey1993: 91) gegenüber den sog. Nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiete (NSW) geschuldet war, darf nicht unberücksichtigt bleiben.

(b) Die Bildungspolitik hatte der DDR vor allem innerhalb der RGW-Staaten eine hervorragende Reputation eingebracht: Dieses Ansehen resultierte daraus, dass man ab Anfang der 1970er Jahre das Bildungssystem gezielt restrukturierte, indem etwa die Praxisausbildung auf ein hohes Niveau gebracht und die Berufsberatung erfolgreich ausgebaut wurde (vgl. Oschlies 1984: 85). Andererseits wurde durch den Staat eine „bildungsökonomische Rigorosität“ (ebd. 86) forciert, die etwa den Zugang von Absolventen der Erweiterte Oberschule (EOS) zu einem Hochschulstudium bzw. die Wahl des Studienfaches nach volkswirtschaftlichen Erwägungen regulierte. Oftmals blieb das hohe Niveau der Ausbildung aber ungenutzt, weil sich etwa im Zuge der industriellen Innovationsschwächen das Problem der Überqualifikation breit machte; Wolf Oschlies weist auf die Tatsache hin, dass „das berufsbildende Schulwesen der DDR [...] einfach zu *gut* für die Wirklichkeit und Arbeitsbedingungen in der DDR [...]“ (1984: 86, Hervorheb. i. O.) war.

(c) Das Gesundheitswesen war Anfang der 1970er Jahre geprägt von erheblichen Mängeln und Schwächen, die etwa durch gezielte Sanierungen behoben werden sollten. So versuchte man in diesem Bereich Modernisierungen veralteter Krankenanstalten durchzuführen oder eine „Erweiterung der ambulanten Betreuungskapazitäten“ (Frerich/Frey 1993: 239) zu erreichen. Obwohl diesbezüglich eine intensive Diskussion innerhalb der Partei standfand, kam es im medizinischen Bereich – im deutlichen Gegensatz zu anderen Bereichen der DDR-Sozialpolitik –, zu keinem signifikanten Anstieg der staatlichen Investitionen (vgl. ebd. 240).

(d) Schließlich muss auf die Entwicklung der Sozialversicherung hingewiesen werden, ist diese doch nach Ansicht der SED ein wesentlicher Teil eines sozialen Sicherungssystems, das ausschließlich vom Sozialismus – in expliziter Opposition zum ‚Kapitalismus‘ – gewährleistet werden könne. Die Sozialversicherung war, im Sinne der wiederholten Bekundungen durch die DDR-Gewerkschaft (FDGB), die „große Errungenschaft der Arbeiterklasse der DDR“ (FDGB-EntschlieÙung von 1974, zit. n. ebd. 288). Der Stellenwert den dieser Bereich einnahm, lässt sich am besten anhand der Relation von staatlichen Einnahmen (mittels Beitragszahlungen der DDR-Bürger) und Ausgaben darstellen: Wurden 1970 vom Staat ‚nur‘ 35 % der Kosten der Sozialversicherung gedeckt, so pendelte sich dieser Wert ab Mitte der 1970er Jahre bis 1989 bei 46-48 % ein (ebd. 291).

Die Ausgaben für alle sozialen Leistungen betragen insgesamt 8-11 % der *gesamten* Budgetausgaben, wovon wiederum 85 % einzig für die Sozialversicherung aufgewendet wurden (vgl. Schulz 1996). Ein wesentlicher Aspekt der gouvernementalen Unvernunft deutet sich an dieser Stelle an: Der Staat bürdete sich – wohlweislich in der Hoffnung auf eine dadurch begründete, stete Loyalität der Bürger – hohe Kosten auf, die in keiner Phase der Ära Honecker eine adäquate Rücksicht auf das Nationaleinkommen nahmen. Alle sozialpolitischen Maßnahmen waren in erster Linie Ad-hoc Entscheidungen (vgl. Bouvier 2002: 83), deren normativer Anspruch erst mit der (ökonomischen) Wirklichkeit abgestimmt werden musste; im sozialpolitischen Entscheidungsprozess wurde also zunächst – ganz im Zeichen eines ‚optimum power effects‘ – eine bestimmte Maßnahme bestimmt (etwa eine günstige medizinische Versorgung oder die Sicherung der Arbeitsplätze etc.), um erst in zweiter Instanz deren Realisierbarkeit zu überprüfen: Volkswirtschaftlich gesehen wird hier das „Risiko des Willens zur Macht“ (Foucault 2003: 112) deutlich, das die SED unter Honecker wohl eindeutig bereit war zu tragen.

Mit 1972/73 traten in der Sozialpolitik verstärkt Fragen der Bevölkerungs- und Wohnungspolitik auf, die in enger Verbindung mit der propagierten ‚Erhöhung des materiellen Lebensniveaus‘ standen und die mit der Bildung eines ‚Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demographie‘ (vgl. Bouvier 2002: 72) auch einen wissenschaftlich-planerischen Ausdruck fanden. Das Wohnbauprogramm wurde fortan in den Vordergrund gestellt und als das zentrale Projekt der Sozial- und Wirtschaftspolitik behandelt (vgl. Schulz 1996: 566). Hatte die Förderung des Wohnbaus unter Ulbricht noch keine vorrangige Rolle gespielt, so sollte die immer größer werdende Unzufriedenheit der Bevölkerung mittels eines langfristigen Plans – immer wieder wurde von einer Lösung bis 1990 gesprochen – nachhaltig gelöst werden. Die Probleme, mit denen die Bürger der DDR tagtäglich konfrontiert waren, reichten von „beengte[n] Wohnverhältnisse[n]“, einer „ungleichmäßige[n] regionale[n] Verteilung des Wohnungsbestandes“ bis hin „zu einer ungenügenden Qualität der Ausstattung“ (Frerach/Frey 1993: 445). Die Wohnbauförderung bzw. -sanierung und vor allem das Wohnbauprogramm sollten die evidenten Missstände bereinigen, indem das – nach politisch-ideologischer Deklaration – „größte [...] Investitionsprogramm der Arbeiter- und Bauernmacht“ (Erich Honecker, zit. n. ebd. 451) initiiert wurde: Ein neues Kernstück der Sozialpolitik war damit gefunden worden. Parallel dazu verstärkte man auch die Subventionierung der Mietpreise, die, wie die Wohnpolitik insgesamt, „bei objektiver Betrachtung ökonomisch kaum vertretbar [war]. Die Tatsache, daß bei wachsenden Einkommen der Bevölkerung der Anteil der Wohnungsmieten beständig sank, war nur möglich, indem der Staat einen kontinuierlich wachsenden Teil der entstehenden Kosten übernahm.“ (ebd. 455)

All diese sozialpolitischen Leistungen sollten, nach Hans Günter Hockerts, eine kompensatorische Funktion für vor allem drei Bereiche leisten (vgl. Hockerts 1996: 796): (1) die politische Grundordnung des DDR-Staates, der nachwievor einen ‚demokratischen Zentralismus‘ ausübte und keinerlei politische Freiheit – außer der politischen ‚Freiheit‘ der Partizipation und/also Integration (vgl. Abs. 2.2) – offerierte, (2) die mangelnde ökonomische Effizienz, die den „Kern der Ideologie [d.h. die Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus, d. Verf.] bedrohte“ (Hockerts 1996: 796) und einzig durch „werbende Evidenz der fehlenden Arbeitslosigkeit“ (ebd.) ausgeglichen werden konnte und (3) die Situation des geteilten Deutschlands und der damit verbundene stete Vergleich mit der BRD. Wenngleich die Sozialpolitik bereits ab Mitte der 1960er Jahren unter Ulbricht forciert wurde (vgl. Bouvier 2002: 68; Stitzel 2005), so entwickelte sie sich erst in den 1970er und 80er Jahre zur „zentrale[n] Legitimationsbasis der SED-Herrschaft“ (Schulz 1996: 570). Die Ausschöpfung dieses weitläufigen ‚Pools‘ an Legitimationspotentialen zielte auf Loyalität und – mehr noch – auf eine ‚Selbstführung‘ der Bevölkerung: Nie hatte Honecker nämlich das Konzept aus den Augen verloren, dass sich durch die verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen – seit Ulbricht planwirtschaftlich als ALB abgekürzt – automatisch eine ‚sozialistische Persönlichkeit‘ (vgl. Abs. 4.2) entwickeln würde:

„Wenn zudem der ‚Hauptaufgabe‘ die Vorstellung zu Grunde gelegt wurde, die Hebung des materiellen Lebensniveaus sei mit der Steigerung von Produktion und Arbeitsproduktivität verknüpft, so mochte dies einleuchtend klingen, beinhaltet aber die von Honecker unterstrichene Meinung, dass gerade die *Verknüpfung eine Bewusstseinsveränderung der Menschen bewirke*, an die zwar immer agitatorisch appelliert wurde und die mit Blick auf die gewünschte Produktivitätssteigerung und die ständigen Wettbewerbsinitiativen zum vorausgesetzten und berechenbaren Faktor werden sollte, die eigentlich aber weder hinterfragt noch in Frage gestellt wurde.“ (Bouvier 2002: 83, Hervorheb. d. Verf.)

Die SED-Führung wusste, dass Loyalität für den Machterhalt zu wenig war (vgl. Meuschel 1992) und so fungierte die Sozialpolitik als zentraler Part, damit der real-existierende Sozialismus und schließlich die konkreten politischen Machtstrukturen der DDR nicht nur geduldet, sondern auch im Bewusstsein der Bürger verankert werden – über die politisch-ideologische Indoktrination hinaus. Die Sozialpolitik sollte mithin als Stimulans für die Akzeptanz der politisch-ideologischen Inhalte wirken – fruchtet der ‚instrumentelle Charakter‘ der Sozialpolitik, dann wirkt auch die Ideologie dementsprechend besser; auch in dieser Hinsicht trat das Bewusstsein als der ‚strategischen Punkt‘ der Politik Honeckers auf (vgl. Luchterhandt 1985). *Die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ ist also als real-sozialistische – und gewissermaßen ‚utopische‘ – Variante der ‚Regierung des Selbst‘ zu bezeichnen und damit ein wesentlicher Teil der ‚sozialistischen Gouvernementalität‘.* Die Mittel allerdings, die diesbezüglich aufgewandt wurden, waren geprägt von einer ‚gouvernementalen (Un-

)Vernunft, die maßgeblich zum wirtschaftlichen Ruin der DDR beigetragen haben (vgl. Schulz 1996).

2.1.1 *Das (paradoxe) Verhältnis zwischen sozialer Sicherheit und Individualisierung*

Obwohl die Sozialpolitik, wie bereits festgestellt wurde, in vielen Bereichen zu einer „politischen Entmündigung“ (Hockerts 1994: 790) führte (vgl. Abs. 2.1) – Konrad Jarausch (1998) spricht etwa von einer ‚Fürsorgediktatur‘ –, waren mit ihr ebenso weitreichende soziale wie sozialstrukturelle Auswirkungen verbunden. Hasko Hüning bemerkt dazu, dass die

„Beförderung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses (hoher Beschäftigungsgrad, steigende Masseneinkommen, soziale Absicherung, staatliche Investitionen kollektiv zu nutzender Einrichtungen, usw.), [...] sich in den 70er Jahren mit der Erweiterung des Lebensstandards, der Erfahrung sozialer Sicherheit und einer damit einhergehenden Veränderung/Ausdifferenzierung und Pluralisierung der Lebensverhältnisse verknüpfte.“ (1990: 7, Hervorheb. d. Verf.)

Die Sozialpolitik der ‚Fürsorgediktatur‘ kann demnach als temporär gelungen (vgl. Hockerts 1994: 497) bezeichnet werden und beförderte, wie Ralf Rytlewski (1990) und Hasko Hüning (1990) übereinstimmend bemerken, (paradoxiertweise) auch Tendenzen der Individualisierung sowie der Pluralisierung der Lebensstile: eine den modernen Industriestaaten, denen im Kontext der 1970er Jahre auch die DDR zugerechnet werden muss (vgl. etwa Gensicke 1991: 104), immanente gesellschaftliche Entwicklung. Im unmittelbaren Vergleich zwischen DDR und BRD war dieser Prozess aber mit einer zeitlichen Verzögerung, d.h. einem *cultural lag* (William Ogburn), von etwa 10 bis 15 Jahren zu beobachten (vgl. Gensicke 1996: 128). Die Individualisierung und auch die ‚Entstrukturierung der Jugendphase‘ (vgl. Steiner 2000) sind mithin ein Beleg dafür, dass durch die sozialpolitischen Leistungen des Staates die Basis für eine sich autonom – im Sinne von nicht-staatlich – vollziehende Diversifikation weniger der Biografien, vielmehr aber der Werte und Mentalitäten gelegt wurde. Obwohl etwa die Bildungswege und Lebensweisen weiterhin genau vorgezeichnet waren (vgl. Engler 1997: 39), ist ein Zurückweichen konservativer, zugunsten autonomer Identifikations- und Wertmuster zu beobachten; selbstverständlich nicht in allen Bevölkerungsgruppen, wie etwa der sich verstärkende Generationskonflikt verdeutlicht. Wie die Sozialwissenschaftlerin und Vertreterin des sog. Individualisierungstheorems Monika Wohlrab-Sahr hervorhebt, löst sich damit „auch das die frühere Gesellschaftsform bestimmende Kollektivbewußtsein mehr und mehr auf“ (1997: 26) – ein Trend, der für einen Staat, der in allen Sphären der Gesellschaft auf Kollektivität setzte (vor allem im Kontext der politisch-ideologischen Integration), äußerst bedrohlich sein musste. Für den Erhalt der Macht sah sich die SED folglich dazu veranlasst – vielmehr dazu

gezwungen – im oftmals massiven Widerspruch zur verfochtenen ideologischen Normation, wie etwa dem Leitbild der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ (vgl. Abs. 4.2), „eine Reihe unterschiedlicher, abweichender und sogar gegensätzlicher Verhaltensweisen [zu tolerieren, d. Verf.], sofern diese Verhaltensweisen sich in einem gewissen Rahmen bewegen, der als gefährlich erachtete Dinge, Menschen oder Verhaltensweisen ausschließt“ (Foucault 2005a: 141). In der DDR zeigten sich derlei ‚gegensätzliche Verhaltensweisen‘ vor allem im Zusammenhang von jugend- und populärkulturellen Manifestationen (vgl. Rytlewski 1990; Oschlies 1987), die weitgehend informell organisiert waren, sofern der Staat keine Möglichkeiten der politisch-ideologischen Integration, wie etwa durch die Gründung von Jugendklubs etc., sah. Im Laufe der 1970er Jahre zog sich der Staat insgesamt zwar nicht aus dem Berufs- und dem öffentlichen Leben zurück, er distanzierte sich aber zunehmend vom Privatleben und von der „informelle[n] Ordnung“ (vgl. Engler 1997: 38) als Folge eines, wie Antonia Grunenberg bemerkt, neuen „Arrangements“ (vgl. 1989: 221) zwischen der politischen Führung und der Bevölkerung. Wolfgang Engler (1997) konstatiert demgemäß, dass „nachdem das revolutionär-heroische Unterfangen, den inneren Menschen umzukrempeln gescheitert war, [...] es nur mehr darum [ging], den äußeren Menschen in Schach zu halten“ (1997: 37 f.). Engler stützt sich diesbezüglich auf die Erfahrungen des Oppositionellen Stefan Hermlin:

„Anders als es dem äußeren Betrachter zunächst erscheint, war die Hauptsorge der Kontroll- und Repressionsstrategien nicht darauf gerichtet, Spielregelverletzungen oder die innere Distanz der jeweils Betroffenen möglichst auszuschalten, sondern vorherzusehen, bis zu welchem Grad eigentlich der Abstand reicht, und sich mit einem kontrollierten Abstand des Betroffenen zufriedenzugeben.“ (Stefan Hermlin, zit. n. Engler 1997: 38)

Sofern also die Freiheiten der informell-privaten Sphäre, die mit Hermlin oft nur Teil eines ‚kontrollierten Abstandes‘ waren, in den 1970er und 80er Jahren nicht die Ordnung eines ‚gewissen Rahmens‘ gefährdeten, standen diese in einem *staatlich geduldeten Widerspruch* mit dem ideologischen Zwang der formell-öffentlichen Sphäre; der Staat konnte schließlich nichts anders tun, als ‚gegensätzliche Verhaltensweisen‘ zu akzeptieren. Die einseitig generalisierende These einer „durchherrschten Gesellschaft“ (vgl. Kocka 1994a, ders. 1994b) mag zwar auf die offizielle Erscheinung der DDR-Lebenswelt, die Sinowjew im Zusammenhang der UdSSR als ‚Fleisch und Blut eben dieser Lebensform‘ bezeichnet, zutreffen, der subjektiven Lebenswelt/-en der Ära Honecker entspricht sie aber nur zum Teil. Vielmehr ist die Periode des real-existierenden Sozialismus gekennzeichnet von einer – wohlgernekt staatlich forcierten – Spaltung der öffentlichen und der privaten Sphäre (vgl. Meuschel 1992; Grunenberg 1989).

Schließlich kommt man zu dem Ergebnis, dass die Normation, der die Ideologie des ML zugrunde lag, in einem radikalen Kontrast zu den (nicht zu unterbindenden) Prozessen der

Individualisierung stand, die sich selbst nur auf Basis der staatlich geförderten ‚sozialen Sicherheit‘ entwickeln konnten (vgl. Hüning 1990: 3). *Der DDR-Staat war also mit einem Problem konfrontiert (Individualisierung bzw. Autonomieanspruch), welches er selbst (durch die sozialpolitischen Maßnahmen) (mit-)verursacht hatte.* Aus der Sicht der Bevölkerung lässt sich das Gesagte damit zusammenfassen, dass die „Individualisierung der Ostdeutschen [...] den Umständen [trotzte] und [...] ihnen zugleich“ (Engler 1997: 44) gehörte.

2.1.2 Die gouvernementale (Un-)Vernunft des real-existierenden Sozialismus

Die erste Hälfte der 1970er Jahre war in der DDR gesellschaftlich, ökonomisch und kulturell eine Phase des Aufschwungs, in der durch die Aufwertung der Sozialpolitik, wie dargestellt wurde, „eine Basis für Individualisierungsprozesse“ (Hüning 1990: 4) gelegt wurde; in diesem Abschnitt der Ära Honecker zeigten sich wesentliche Erfolge der (bzw. durch) die ‚stumpfe‘ Gouvernementalität. Die Arbeitsplatzsicherung, die umfangreichen Subventionen im Bereich der Mieten, des Verkehrs und der Grundnahrungsmittel etc., aber auch die zumindest zeitweilig propagierten Freiheiten im Bereich der Kunst – Honecker sprach Anfang der 1970er Jahre etwa davon, dass es in der (sozialistischen) Kunst keine Tabus geben dürfe – wurden von der DDR-Bevölkerung durchwegs positiv aufgenommen und mit Loyalität gegenüber dem Staat ‚belohnt‘. Harry Müller konstatiert zu diesen Entwicklungen, dass eine positive „DDR-Identität [letztlich] mit vielerlei Begründungen und Bedeutungen verknüpft [war], die als Merkmale der Bedürfnisbefriedigung gelten konnten“ (Müller 1991: 131). Erfolgreich ist eine ‚stumpfe‘ Gouvernementalität demnach nur solange, als – dem Wirken nach nicht anders als bei der neoliberalen Gouvernementalität – gewisse Bedürfnisse und Begierden befriedigt werden können: Aber bereits ab Mitte der 1970er „entwickelte die Bevölkerung ein überwiegend pragmatisches Verhältnis zu den sozialpolitischen Angeboten“ (Hockerts 1994: 799) und die aus Sicht des DDR-Staates positive Entwicklung verkehrte sich in ihr Gegenteil. Die umfangreichen sozialpolitischen Maßnahmen, die in erster Linie nur auf den Grundbedarf abzielten, wurden bald als selbstverständlich erachtet und die Warenproduktion hinkte zunehmend der westdeutschen in Qualität und Quantität hinterher (vgl. Schulz 1996). Der Umstand, dass die „DDR-Sozialpolitik eine dichte Basissicherung auf niedrigem Leistungsniveau [aufschloss]“ (Schulz 1996: 568), wurde bald zu einem wesentlichen Problem der Konsumgüterproduktion: Im direkten Vergleich mit westlichen Standards konnte die Produktion der DDR nicht mithalten. Speziell die Jugend maß die Konsumgüter der DDR zunehmend an jenen der BRD. Ein Vorsprung im Lebensstandard gegenüber den angrenzenden Ländern des RGW wurde weit weniger wahrgenommen, als Mängel im Vergleich mit dem Westen (vgl. Oshlies 1987: 88). Der Vorsitzende des FDGB bringt die Problematik der Sozial- und Konsumpolitik und die diesbezügliche Zerrissenheit

der Bevölkerung auf den Punkt: „Unsere Leute wollen die soziale Sicherheit, Geborgenheit, sichere Arbeitsplätze und Ausbildung von uns und die Kaufhäuser aus der BRD“ (Harry Tisch, zit. n. Bouvier 2002: 89).

Dass es aber schließlich – neben anderen Gründen – die Belastungen durch den Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik waren, die den Staatshaushalt der DDR langfristig erdrückten und letztlich ruinierten, ist die volkswirtschaftliche Bestätigung der ‚Stumpfheit‘ der Gouvernamentalität der real-sozialistischen Regierung. Ausgaben für die Sozialpolitik konnten spätestens in den 1980er Jahren etwa durch die „konstant gehaltene Beitragsbemessungsgrenze“ (Frerich/Frey 1993: 89) der Sozialbeiträge nicht mehr gedeckt werden. Günther Schulz weist darauf hin, dass

„seit den frühen 70er Jahren [...] die Soziallasten überproportional an[wuchsen]. Insbesondere die Belastungen durch Subventionen für Grundnahrungsmittel, Mieten, Verkehrstarife, Kinderbekleidung usw. stiegen. 1989 machten sie ein Viertel der staatlichen Ausgaben aus [...]. *Die DDR hatte die Verbilligung des Grundbedarfs inzwischen zu ihrem Markenzeichen gemacht und ihre Legitimität eng an ihre sozialpolitischen Leistungen gebunden.* Der Preis für den Machterhalt in den 80er Jahren – ein Preis zu dem u.a. auch die Kosten der überdimensionierten staatlichen Bürokratie und des Unterdrückungsapparats zu rechnen sind – bestand schließlich im ökonomischen Niedergang und Bankrott.“ (1996: 567, Hervorheb. d. Verf.)

Die Ökonomie – genauer: die ökonomische Entlastung der Bevölkerung – diente gerade aufgrund des ‚Primats der Politik‘ (vgl. Kusch et al. 1991), das ökonomische und politische Freiheiten *per definitionem* einschränken musste, der Legitimität des Staates (vgl. zur Legitimität des Staates durch die Wirtschaft in neoliberalen Systemen Foucault 2004b: 124). Frerich/Frey verdeutlichen im Hinblick auf die ökonomischen Fehler der Sozialpolitik, dass der Niedergang der Wirtschaft auch mit einem wachsenden Widerstand der Bevölkerung einherging:

„In zunehmenden Maße belastete nicht nur die Finanzierung der Sozialleistungen über Haushaltsmittel den DDR-Staatshaushalt; vor allem das politische Ziel, die Verbraucherpreise weitgehend konstant zu halten, war von Jahr zu Jahr immer weniger mit gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu vereinbaren. Die Folge davon waren nicht nur ökonomisch unsinnige Verwerfungen, sondern auch wachsende Widerstände der Bevölkerung gegen das engmaschige, zugleich aber individuelle Gestaltungsspielräume auf eine Mindestmaß reduzierende soziale System.“ (1993: 89)

Zusammenfassend ist es gerade die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Ära Honecker, die die ‚gouvernementale (Un-)Vernunft‘ des real-existierenden Sozialismus kennzeichnete. In der Gefahr das Urteil einer „rückwärts gerichtete[n] Teleologie, einer finalen Geschichtsbetrachtung“ (Rüdiger Thomas, zit. n. Förster 1999: 70) zu fällen, soll an dieser Stelle dennoch festgehalten werden, dass das Scheitern der Gouvernamentalität in der DDR durch die fehlende politische und ökonomische Freiheit der Bürger, die nie vereinbar mit der

Souveränität des DDR-Staates war, bereits prädisponiert war. Woran es der vom real existierenden Sozialismus aufgetragenen Gouvernamentalität fehlte, war die Rücksichtnahme auf eine autonome politische und ökonomische Entfaltung der Bevölkerung (vgl. Gensicke 1996: 112), die vermutlich eine Stabilität des Staates – abgesehen von den immensen ökonomischen Problemen seit Ende der 1970er Jahre – längerfristig hätte aufrecht erhalten können; das ‚Primat der Politik‘ – und sicherlich auch die Fixierung auf den ‚Text‘ (Foucault) – musste dem diametral entgegenstehen. Die Versuche in den 1980er Jahren die Politik freier zu gestalten, kündigten auch den unmittelbaren Zusammenbruch der DDR an:

„Nach dem 1. Schritt, als die SED in den 70ern den Abbau idealistischer Werte zuließ, schaufelte sie sich mit dieser *weiteren Liberalisierung*, der neuen Ausreisepolitik, endgültig ihr eigenes Grab“ (Gensicke 1991: 287, Hervorheb. d. Verf.).

Gleichzeitig muss aber darauf verwiesen werden, dass es auch die gouvernementalen Strategien des DDR-Staates waren, die dessen Stabilität ermöglichten: Die Sozialpolitik war das politische Feld in dem die ‚sozialistischen Errungenschaften‘ für die Bevölkerung am deutlichsten erfahrbar – *gemacht* – wurden. Mit der Analyse einer sozialistischen Form der Gouvernamentalität deutet sich an bzw. erklärt sich, was Sigrid Meuschel (1992) als das Paradox von langjähriger Stabilität und plötzlichem Zusammenbruch der DDR bezeichnet hat.

Der hier zur Diskussion gestellte Konnex zwischen der Gouvernamentalität und dem real existierendem Sozialismus in der DDR lässt sich nach Ansicht des Verfassers auf drei wesentliche Merkmale eingrenzen, die ein wesentliches Erklärungspotenzial für die Mentalitätsentwicklungen der DDR-Bevölkerung in sich tragen: (1) den Ausbau der ‚Absicherungsgesellschaft‘ (v.a. in den Bereichen Bildung, medizinische Versorgung, Arbeit etc.), (2) die Befriedigung der ‚Begierde‘ nach Konsumgütern und die damit verbundene Steigerung des Lebensstandards (Wohnbau, steigende Einkommen, kulturelle Einrichtungen etc.) und (3) das zunehmende Zugeständnis der politischen Führung nach einer informellen Entfaltung *ausschließlich* in den Nischen der Gesellschaft (vgl. Gaus 1983, Grunenberg 1983, Friedrich 1991, Meuschel 1992) – bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der offiziellen, politisch-ideologischen angeleiteten „formellen Ordnung“ (Engler 1997: 38). Dem dritten Punkt ist auch die so bezeichnete ‚Technik des *begrenzten* Selbst‘ zuzurechnen, die die Kernproblematik der gouvernementalen (Un-)Vernunft des DDR-Staates charakterisiert: die staatlich geduldete Etablierung informeller Gestaltungsräume im Bereich des Privatlebens

(wenngleich mit ‚kontrolliertem Abstand‘¹³), bei gleichzeitiger maximaler Durchdringung des öffentlichen sowie beruflichen Lebens der Bevölkerung.

2.1.3 Aspekte der ideologischen (ISA) und repressiven Staatsapparate (RSA)

Wenn man den Gesichtspunkt der ‚sozialen Sicherheit‘ und der ‚Geborgenheit‘ berücksichtigt, erscheint der Einsatz einer propagandistischen Ideologiebildung und -vermittlung zunächst abwegig. Wieso sollte ein Staat, der im Feld der Sozialpolitik massiv bemüht ist Legitimationspotentiale aufzubauen, auf eine Ideologie zurückgreifen, die vielleicht sogar „gegenteilige Reaktionen“ (Hockerts 1994: 795), d.h. Ablehnung, auslöst? Die Antwort liegt zum einen in der Tradition eines sich selbst als marxistisch-leninistisch bezeichnenden Staates (vgl. dazu die Genese des Ideologiebegriffs in den folgenden Abschnitten) und zum anderen in der politischen Fragilität des ‚sozialistischen Projekts‘ (vgl. Sabrow 2000: 12) begründet, das eine eklektische Verbindung verschiedener gouvernementaler Praktiken erforderlich machte, um die politische und gesellschaftliche Stabilität aufrecht erhalten zu können. Mit dem Eintritt in die Phase des real existierenden Sozialismus war man abgewichen von den offenen Repressionen der vorangegangenen Jahrzehnte (vgl. Meuschel 1992: 234) und setzte neben den sozialpolitischen Bemühungen zunehmend auf die Indoktrination mit der Staatsideologie des Marxismus-Leninismus; die zeitgeschichtliche Forschung spricht deshalb von einem „ideologischen Revisionismus“ (Michalsky 1988: 408), der ab 1971 stattgefunden hat. So zielführend also die Sozialpolitik (legitimatorisch) auch erscheinen mochte „sprechen die zahlreichen Hinweise auf die wachsende Bedeutung der *ideologischen Massenarbeit* für [unter anderem, d. Verf.] die erfolgreiche Rationalisierung und Intensivierung der Wirtschaft dafür, daß man der Sozialpolitik nur eine beschränkte Wirkung zutraut[e]“ (Michalsky 1988: 407, Hervorheb. d. Verf.). Die Etablierung eines „Herrschaftsdiskurses“ (vgl. Sabrow 2000; Jarausch 1998), in dem eine „Hochideologie“ (vgl. Lenk 1994) oder „official ideology“ (vgl. Ludz 1981) öffentlich verbreitet und reguliert werden konnte, erfolgte allerdings nicht erst in der Ära Honecker. Bereits wenige Jahre nach der nationalen Konstituierung der DDR wurde die für den Herrschaftsdiskurs typische, sprachpragmatische Strategie der (ideologischen) Leerformel (vgl. zum Begriff der ‚Leerformel‘ Topitsch 1960, ders. 1966) bzw. der „leeren Signifikanten“ (Sarasin 2003: 46 ff.) perfektioniert und in einem (sehr schnell) politisch gleichgeschalteten Mediennetzwerk verbreitet. Bereits 1949 wird der Marxismus-Leninismus (in weiterer Folge ML) als Staatsideologie festgelegt und erlangt damit parallel zur Perpetuierung der SED im

¹³ Ein konkretes Beispiel abseits politisch-oppositioneller Tätigkeiten ist etwa das sog. ‚Hausbuch‘, in dem alle ‚Bewegungen‘ innerhalb eines Wohnhauses verzeichnet werden mussten; wer etwa länger als drei Tage in einem Haus untergekommen war ohne dort gemeldet zu sein, der musste in diesem Buch vermerkt werden. Nach Aufforderung durch das MfS und der Volkspolizei war dieses Verzeichnis sofort auszuhändigen.

Staatsapparat ein weltanschauliches Erkenntnismonopol (vgl. Leonhard 1994). Die Auffassung von Ideologie in der DDR wird insbesondere seitens der soziolinguistisch orientierten Forschung damit charakterisiert, „daß man sie [die Ideologie bzw. die Leerformel, d. Verf.] überhaupt dazu verwendet [hat], Werte und Normen – womöglich mit dem Anspruch auf Letztgültigkeit – zu begründen“ (Topitsch 1960: 264). In diesem Kontext wird Ideologie in erster Linie als ein von politischen Interessen geleitetes, primär negativ konnotiertes Machtinstrument verstanden, das „Interessencamouflage“ (Fleischer 1994: 228) betreibt.

Eine machtstrategische Bestimmung von Ideologie deutet sich an diesem Punkt an, die in Richtung von Louis Althusser's Konzept der Ideologischen Staatsapparate (ISA) weist, welches in der Forschung äußerst kontrovers diskutiert wurde (vgl. Roters 1998; Fleischer 1994). Der Poststrukturalist und Neomarxist bestimmt im Essay *Idéologie et appareils idéologiques d'État* (Erstveröffentlichung 1970) eine Dichotomie zwischen Repressiven Staatsapparaten (RSA) einerseits, die in erster Linie öffentlich „auf der Grundlage der Gewalt“ (Althusser 2010) arbeiten und *per definitionem* vom Staat (v.a. durch Polizei, Militär und Geheimdienst) getragen werden, und Ideologischen Staatsapparaten andererseits. Die ISA basieren im Gegensatz zu den RSA nicht auf (physischer) Machtausübung oder auf der Andeutung eines repressiven Potenzials, sondern sollen im Kontext der Reproduktion der Produktionsverhältnisse – Althusser's (marxistisches) Leitmotiv – die herrschenden Gedanken (Ideologien) steuern. Ideologie wird damit zum Mittel der Sicherung der Staatsmacht und des Staatsapparats. Durch eine *interpellation* (Anrufung) werde nach Althusser das Individuum an eine Ideologie herangeführt und dadurch als Subjekt konstituiert bzw. untergeordnet, womit die entsprechenden ideologischen Inhalte im Bewusstsein verankert werden.¹⁴ Die Ideologie und die mit ihr korrelierende (materielle) Macht können sich dadurch reproduzieren und die Herrschaft stabilisieren. (Von einer hegemonialen Ideologie kann bei Althusser also kaum die Rede sein, schließlich sieht er nach Ansicht des Verfassers die *interpellation* und die daraus resultierende Festsetzung der Ideologie zu sehr durch den – wenngleich unbewussten – Zwang geprägt.) Althusser hebt im Zusammenhang der ISA vor allem die funktionale Bedeutung der Schule hervor. Die ISA fungieren aber nicht als unabhängige „Herrschaftsmechanismen“ (Ludz 1980): RSA und ISA stützen sich gegenseitig und „jeder Staatsapparat, ob er nun repressiv oder ideologisch ist, [arbeitet] zugleich auf der Grundlage der Gewalt und der Ideologie [...]“; im Speziellen für die ISA gelte, dass diese „auf massive Weise in erster Linie auf der Grundlage der Ideologie

¹⁴ Im Zuge der Diskussion um eine steuerbare Entwicklung der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ hatte die psychologische Forschung in der DDR bis Ende der 1960er Jahre analog dazu von einer Methode der ‚Internalisierung‘ gesprochen (vgl. Lemke 1980: 43 ff).

arbeiten, während sie aber in zweiter Linie auf der Grundlage der Repression arbeiten“ (alle Althusser 2010).¹⁵

Bereits einige Jahre zuvor erkannte Niklas Luhmann, dass Ideologien nur funktions- bzw. wirksam sind, wenn sie komplementär mit anderen „außerideologischen“ Formen der Machterhaltung verbunden und damit „die Ordnungsgarantien sozial gesichert sind“ (1991: 61). Jede Auseinandersetzung mit Ideologie hat folgerichtig zu berücksichtigen, dass *Ideologie allein Macht nicht stützen kann*, sondern auf repressive Methoden der Herrschaftsausübung und – im Sinne von Foucault – weitere Technologien der Regierung angewiesen ist. Foucault weist etwa mehrfach darauf hin, dass die „angeblich marxistische Auffassung der Macht als Staatsapparat“ (Foucault 1999a: 180) als Erklärung der Machterhaltung zurückzuweisen oder zumindest zu relativieren sei. In der Vorlesungsreihe *In Verteidigung der Gesellschaft* betont er weiters, dass „[...] die Macht [...] nur dann ausgeübt werden kann, wenn sie Wissen oder vielmehr Wissensapparate bildet, organisiert und in Umlauf bringt, die *nicht als ideologische Begleiterscheinungen oder Gebäude funktionieren*“ (Foucault 1999b: 43, Hervorheb. d. Verf.). Foucault widerspricht nicht der Auffassung, dass Ideologie nachwievor ein Machtinstrument darstellt; er konzentriert seine Machtanalytik lediglich auf andere Formen der Gouvernementalität, die etwa die Ideologie, die Staatsapparate und vor allem die juristisch-diskursiven Praktiken der Macht weitgehend ablösen (Foucault 1977: 23). Der Verfasser dieser Arbeit schließt sich der Ansicht Luhmanns an, dass die Ideologie (als Systembegriff) nichtsdestotrotz als „wesentlicher Bestandteil moderner Sozialtechnik“ (1991: 60) fungiert.

Ähnliches muss für die DDR der Ära Honecker konstatiert werden: In den 1970er Jahren war man nicht zuletzt durch die hohe Akzeptanz der DDR seitens der Bevölkerung¹⁶ – auch durch die (zeitweilig) erfolgreiche Sozialpolitik und die außenpolitischen Fortschritte (vgl. hierzu insbesondere Kap. 4) – dazu angehalten offene Repressionen zu vermindern (vgl. Meuschel 1992: 234), wie sie unter Walter Ulbricht – etwa im Gefolge des Prager Frühlings Ende der 1960er Jahre – noch eine stärkere Anwendung fanden: Eine machstrategische Synthese zwischen dem RSA, z.B. durch eine engmaschige Geheimdienstarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), und dem ISA war eine strategische Konsequenz. Die über 40-jährige Geschichte der DDR überblickend, wurde von der Totalitarismusforschung resümiert, dass sich die Formen der Machtausübung „erheblich gewandelt [haben], und zwar von einer zunächst offen diktatorisch-terroristischen zu einer von sozialen

¹⁵ Konrad Löw weist diesbezüglich auf die ideologische Legitimierung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) hin, dessen Tätigkeit als „proletarische Sicherheitsarbeit“ (Siegwart Mühlmann, zit. n. Löw 1995: 1430) bezeichnet wurde.

¹⁶ Vgl. die instruktiven Ergebnisse der Meinungsforschung bei DDR-Jugendlichen, Förster 1999; Friedrich 1999)

Sanktionsmechanismen gesteuerten“ (Kuppe 1995: 1383 f.). So sehr das politisch fragile ‚Experiment‘ des DDR-Sozialismus auch Loyalität innerhalb der Bevölkerung fand, konnte sich die SED dennoch nicht auf einen Legitimitätsglauben verlassen und baute deshalb „nicht etwa auf eine Minderung ideologischer Anstrengungen, sondern vielmehr auf deren Zunahme“ (Meuschel 1992: 236). Ideologie kann damit als Teilaspekt einer Reihe von verschiedenen gouvernementalen Praktiken gelesen werden; als Phänomen also, das „es dem Staat ermöglicht hat, zu überleben“ (Foucault 2005c: 172). Es muss weiters herausgestrichen werden, dass die Macht (genauer: die Machtbeziehungen) sich nicht auf die Staatsapparate (ISA und RSA) beschränkten: Nach Foucault ist Macht durch die bereits definierte Regierung und deren „Lenkung der Führung“ (vgl. Lemke 2005: 336 f., vgl. auch Abs. 1.3) bestimmt. Die Regierung – vor allem unter sowjetischer Hegemonie – kombiniert ideologische, repressive, sozialpolitische, ökonomische etc. Maßnahmen und reagiert damit auf eine Angst vor einem Verlust der Macht, denn „bestimmte Menschen [können nur, d. Verf.] mehr oder weniger umfassend das Verhalten anderer Menschen bestimmen [...] – nie erschöpfend oder zwingend“ (Foucault 2005e: 218). *Ideologie und ihre Funktion als Herrschaftsmechanismus muss im Wesentlichen also als Teil der eklektischen Verbindung verschiedener Regierungstechnologien verstanden werden und damit, Foucault folgend, als ein Aspekt verschiedener Mächte (vgl. Foucault 1999a).*

2.1.4 Aspekte der kulturellen Hegemonie im Kontext von Ideologie

Stellt man die vorangegangenen herrschaftsfunktionalen und machtstrategischen Aspekte beiseite, muss ebenso auf die politische und kulturelle Hegemonie totalitärer Systeme und die sie fundierenden Ideologien hingewiesen werden. Ideologie einzig im Zusammenhang eines Herrschaftsmechanismus zu verorten, verhindert die Einsicht, dass „derartige Systeme [...] auch *positive Integrationspotentiale* [besitzen, d. Verf.]. Weltanschauungsdiktaturen bieten geistige Orientierung [durch Ideologien, d. Verf.] und soziale Fürsorge [...]“ (Fritze 2004: 86 f., Hervorhebung d. Verf.). Lothar Fritze hat in diesem Zusammenhang Aspekte von Ideologie innerhalb von sog. Weltanschauungsdiktaturen angeführt, die, entsprechend des Prinzips der Hegemonie von Zwang und Konsens (Antonio Gramsci), auch Bedürfnisse der ‚Herrschaftsunterworfenen‘ befriedigen können und – hinsichtlich der Stabilität der Herrschaft – müssen (vgl. Fritze 1998; ders. 2004). Weber/Lange führen an, dass Ideologien „eine identitätsstiftende, sozial und emotional stabilisierende, zur kognitiven Bewältigung des Alltags beitragende Rolle [spielen]. Im historischen Kontext sind sie Ursprung und Hintergrund mannigfaltiger kultureller Leistungen“ (1995: 2039). Auch der Niklas Luhmann betont die Orientierungsfunktion von Ideologien und sieht damit den Ideologiebegriff – selbst beim Ideologiekritiker Karl Marx – im Zuge seiner sozialen Praxis positiv gewendet (vgl. Luhmann 1991). Damit wird zwar nicht der Charakter von Ideologie in der DDR als

Regierungstechnologie negiert, aber es relativiert sich die Wahrnehmung derselben als ausschließlich intentionale Technik der (symbolischen) Repression. In der gesellschaftlichen und sozialen Praxis von Ideologie fanden sich ebenso Formen der „authentischen Empfindung“ (Becker 2009: 171), wenngleich diese nie gänzlich aus dem Kontext politischer Machtausübung zu lösen sind (vgl. Weber/Lange 1995: 2039). Im Rekurs auf Foucault merkt Thomas Lemke an, dass schließlich die Herrschaftsprozesse im Allgemeinen und die Ideologie im Speziellen „prinzipiell eine *produktive* Dimension [haben]: Sie ermöglichen individuelle und kollektive Erfahrungen und bringen neue Wissensformen hervor“ (2005: 328, Hervorheb. d. Verf.).

2.2 Operationalisierung (I) und theoriegeschichtliche Genese des Ideologiebegriffs in der DDR

2.2.1 Begriffstheoretische Aspekte von Ideologie

Einleitend muss auf die semantische und definitorische Unschärfe des Ideologiebegriffs hingewiesen werden, die in der Ideologieforschung wiederholt konstatiert wurde. Die oft mangelhafte semantische Klarheit ist das Resultat diskrepanter theoretischer Konzepte, denn „der Begriff [...] wird in allen Abschattierungen von individueller und kollektiver Selbsttäuschung bis hin zur bewussten Inszenierung von Herrschaftsinteressen gebraucht“ (Lenk 1994: 27). Zu bemerken ist auch, dass, ähnlich dem Mentalitätsbegriff, eine teilweise Überlagerung des wissenschaftlichen Begriffs mit dessen umgangssprachlichen Konnotationen festzustellen ist. Der Soziologe Theodor Geiger hat, wie unzählige andere Ideologietheoretiker und -kritiker, bereits in den 1950er Jahren darauf hingewiesen, dass der Begriff erst durch eine theoretisch fundierte Definition wieder wissenschaftlich und methodisch (d.h. ideologiekritisch) zweckmäßig gemacht werden kann (vgl. Geiger 1962: 412). Dieser wesentlichen Problematik soll mit der Einordnung in Peter-Christian Ludz' ‚systemimmanenten Ansatz‘ entgegengewirkt werden: Mit Ludz kann im folgenden nicht nur der Ideologiebegriff als kritisches und wissenschaftliches Instrumentarium nutzbar gemacht, sondern auch der Bogen gespannt werden vom theoriegeschichtlich frühen Verständnis von Ideologie, etwa als ‚verkehrtes‘ bzw. ‚falsches Bewusstsein‘ (Karl Marx, Friedrich Engels), bis hin zur doktrinären Instrumentalisierung und Funktionalisierung von Ideologie in der DDR, in der „die herrschende Ideologie [...] in stärkerem Maße als in anderen sozialistischen Ländern den Charakter einer Staatsräson“ (Meuschel 1992: 20) gewann. Es muss deshalb auch die Genese des Ideologiebegriffs erörtert werden, denn „keine Ideologietheorie ist theoretisch und historisch voraussetzungslos; sie ist nur dann und nur dann dem Gegenstand, den sie analysiert, adäquat, wenn sie die philosophisch-historische Einbettung ideologischen Denkens ebenso wie die historisch-soziologische Heraufkunft des

Ideologiebegriffs, seine Nähe zum Material angemessen [...] berücksichtigt“ (Ludz 1977: 22, Hervorheb. i. O.).

Eine Operationalisierung des Ideologiebegriffs ist für die vorliegende Arbeit notwendig, um den ML von anderen Formen und Konzepten von Ideologie abgrenzen zu können. Im Gegensatz etwa zum Konservatismus oder (Neo-)Liberalismus, den Foucault etwa lediglich als eine zielführende Praxis bzw. als „Weise des Tuns“ (Foucault 2005d: 180) versteht, kennzeichnet sich der ML maßgeblich durch ein Lehrgebäude, das neben Wissenschaftlichkeit einen absoluten Wahrheitsanspruch reklamiert (vgl. Kuppe 1995: 1375) und sich explizit in eine (marxistische) Begriffsgeschichte einordnet. Ludz führt eine operationale Definition des Ideologiebegriffs an, die es – gemäß der im obigen Zitat anvisierten ‚Nähe zum Material‘ – ermöglicht, Ideologie sowohl einem kritischen-analytischen und als auch einem Systembegriff zuzuordnen:

„Ideologie ist eine aus einer historisch bedingten Primärerfahrung gespeiste, systemhafte und lehrhafte Kombination von symbolgeladenen theoretischen Annahmen, die spezifisch historisch-sozialen Gruppen ein intentional-utopisches, tendenziell geschlossenes und dadurch verzerrtes Bild von Mensch, Gesellschaft und Welt vermittelt und dieses Bild für eine bestimmte politisch-gesellschaftliche Aktivität bei strenger Freund-Feind-Polarisierung programmatisch-voluntaristisch organisiert“ (Ludz 1981: 37).

Der Vorteil des hohen Abstraktionsniveaus der vorliegenden Definition liegt in der weitergehenden Differenzierung zwischen einer *Primärideologie*, die sich aus „Primärerfahrungen“ speist und die ein „intentional-utopisches“ sowie analytisch-kritisches Moment kennzeichnet (alle Ludz 1981: 42), und einer *Sekundärideologie*, die strategische und machtpolitische Erwägungen in den Vordergrund der Ideologiebildung stellt (vgl. Ludz 1977: 103 f.). Der Marx/Engelssche Ideologiebegriff ist dem ersten, der ML dem zweiten Ideologietypus zuzuordnen. Anhand der Exemplifikation von Primär- und Sekundärideologie soll im Weiteren die theoriegeschichtliche Genese nachgezeichnet werden, die der Ideologiebegriff – von Marx/Engels bis hin zum stalinistisch geprägten ML in der DDR – vollzogen hat.

2.2.2 Primärideologie: Der Ideologiebegriff nach Marx/Engels

Abgesehen von der frühen, teilweise denunziatorisch geprägten Nutzung des Terminus¹⁷ wird der wissenschaftliche Diskurs rund um den Ideologiebegriff von Karl Marx und Friedrich Engels eröffnet. Marx und Engels, als „Revolutionstheoretiker“ (Brunner 1996: 220) untrennbar miteinander verbunden (vgl. Wisniewski 1995: 2068 f.), prägen bis heute das

¹⁷ Vor allem auf die Verwendung des Ideologiebegriffs bei Francis Bacon, Destutt de Tracy und Napoleon wird regelmäßig hingewiesen.

moderne Verständnis von Ideologie. Konsens über deren Ideologieverständnis wurde in der Forschung, bei Marxisten wie Nicht-Marxisten gleichermaßen, allerdings nie erreicht; einerseits, wie Jürgen Frese konstatiert, weil es in der Marx-Forschung keinen Versuch gab die „genaue Ursprungszelle des Ideologiebegriffs“ (Frese 1965: 63) zu finden und andererseits weil die Äußerungen von Marx/Engels selbst theoretisch inkonsistent sind (vgl. Löw 1995: 1405 f.). Dementsprechend kann kein letztgültiger Ideologiebegriff im „originären Marx“ (ebd. 1405) nachgewiesen werden. Dennoch, so argumentiert Roswitha Wisniewski im Gefolge von Georg Lukàcs, markiert das Werk von Marx/Engels „eine ‚offensichtliche Kontinuität‘, die allein schon ausreicht, die ‚geläufige Rede von der Inkompatibilität des ‚jungen‘ und des ‚alten‘ Marx oder vom Bruch zwischen dem ‚philosophischen‘ Frühwerk und dem ‚ökonomischen‘ Spätwerk als sachlich unangemessen zurückzuweisen...“ (Wisniewski 1995: 2073; vgl. auch Kuppe 1995: 1374). Dieser Hinweis erhält im vorliegenden Zusammenhang Bedeutung, zumal an dieser Stelle, trotz aller theoretischer Lücken, *der* Ideologiebegriff von Marx/Engels, abseits einer strikten Periodisierung nach ‚frühem‘ und ‚spätem‘ bzw. philosophischem und ökonomischem Werk, thematisiert werden soll. Zwei Ansätze des Ideologiebegriffs sollen im Gesamtzusammenhang ihres weitläufigen Theoriegebäudes hervorgehoben werden: (1) Ideologie (*visionär-utopisch*) als ‚falsches‘¹⁸ bzw. ‚verkehrtes Bewußtsein‘ und (2) Ideologie (*ideologiekritisch*) als sog. gesellschaftlicher ‚Überbau‘ und damit als immaterieller Ausdruck der materiellen Macht der ‚herrschenden Klasse‘.

(1) Das Konzept von Ideologie als ‚falsches/verkehrtes Bewusstsein‘ ist die Konsequenz der philosophischen Betrachtungen von Marx/Engels und lässt sich vom Standpunkt des von ihnen verfochtenen *dialektischen* bzw. *historischen Materialismus* herleiten: Der Mensch, der fundamental als ‚Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse‘ begriffen wird, ist physisch und psychisch an die jeweiligen Produktionsverhältnisse gebunden (Stichwort: Lebensprozess) und in die Klassenkämpfe innerhalb der Gesellschaft verwoben. Durch die Teilung der materiellen und geistigen Arbeit verliert er die Kontrolle über seine menschliche Natur und seine ursprünglichen und ‚naturwüchsigen‘ handwerklichen Produkte: Er wird dadurch (in der Gesellschaftsformation des Kapitalismus) sozial entfremdet. Eine Feststellung, die auf den zeitgenössischen Erfahrungen von Marx/Engels gründet bzw. diese zu analysieren versucht. (Ludz spricht deshalb von einer Ideologie, die sich aus sog. Primärerfahrungen speist.) Resultierend aus der Entfremdung des Menschen von seiner Natur, „*kann* sich das Bewußtsein wirklich einbilden, etwas Anderes als das Bewußtsein der

¹⁸ Der Ausdruck ‚falsches Bewusstsein‘ wurde nach Marx‘ Tod von Engels in einem Brief an F. Mehring (1894) geprägt, weswegen er in der Marx-Forschung z.T. stark umstritten ist (vgl. Fleischer 1994). Er legt eine simplifizierende Konzeption des Ideologiebegriffs bei Marx/Engels nahe, die denselben in erster Linie als negativ gewendete ‚Autosuggestion‘ versteht und damit bereits *a priori* die Möglichkeit nimmt den Ideologiebegriff bei Marx/Engels auch positiv zu bestimmen.

bestehenden Praxis zu sein, *wirklich* etwas vorzustellen, ohne etwas Wirkliches vorzustellen – von diesem Augenblicke an ist das Bewußtsein imstande, sich von der Welt zu emanzipieren [...].“ (Marx/Engels, zit. n. Lotter/Meiners/Treptow 1984: 156 f., Hervorheb. i. O.) Dem Bewusstsein „fällt in diesem Funktionszusammenhang die Teilfunktion zu, die gesellschaftlichen Verhältnisse so erscheinen zu lassen, als seien sie einer durchgreifenden Veränderung nicht zugänglich, als seien sie im Kern ‚ewig‘“ (Frese 1966: 84). Gedanken und Ideen (kurz: Ideologien), die das Bewusstsein deshalb generiert, sind Behelfe zur Sinnkonstruktion um die Entfremdung (gleichsam unbewusst) zu überwinden oder zu kaschieren. Mittels der Ideologie wird der Mensch wieder handlungsfähig: Sie sind in diesem Kontext also „funktional gedacht“ (Luhmann 1991: 56). Das ‚falsche/verkehrte Bewusstsein‘ ist gleichermaßen als emanzipatorisch einzustufen und nur insofern (und im üblichen Wortsinn) als ‚falsch‘ oder ‚verkehrt‘ zu verstehen, als es mit den realen Produktionsverhältnissen nicht übereinstimmt. Das Proletariat steht zwar unter der materiellen und damit ideologischen Herrschaft der Bourgeoisie, dessen geistiger Zustand ist aber davon emanzipiert – oder sollte sich im Zuge einer von Marx/Engels erwarteten und auch erhofften Sozial- und Systemkrise (vgl. Fleischer 1994: 203), die automatisch zu einer ‚proletarischen Revolution‘ führe, davon emanzipieren (vgl. Wisniewski 1995: 2083). Was also bedeutet Ideologie in diesem Kontext? Sie ist als etwas Utopisch-visionäres zu begreifen, das im Kern die zum Teil unbewussten Interessen einer unterdrückten Klasse (dem Proletariat) ausdrückt. In der Marxforschung wird größtenteils daran festgehalten, dass der Ideologiebegriff bei Marx/Engels negativer Prägung ist (vgl. dazu etwa Grieder 1992: 17), weil Ideologie einzig von den realen Verhältnissen ablenke, diese verkehre. Die hier vorgeschlagene Lesart des Ideologiebegriffs entgegnet dem aber, dass Ideologie ebenso eine Funktion als Handlungsorientierung und damit als Sinnstifter im Lebensprozess zukommt (vgl. Luhmann 1991). Ideologie ist in diesem Sinne auch ‚positiv‘ aufzufassen, weil sie eine Orientierung vorgibt.¹⁹ Ludz weist ebenso auf den positiven Impetus des Ideologiebegriffs bei Marx/Engels hin: Durch den emanzipativen Aspekt des ‚verkehrten Bewusstseins‘ könne sich „das historisch ‚richtige‘ Bewußtsein des Proletariats“ (Ludz 1977: 21) entwickeln (vgl. dazu auch Salamun 1992: 8).

(2) Der ideologiekritische Ansatz, der von der Marxforschung übereinstimmend anerkannt wird, und mehrheitlich dem 1845/47 geschriebenen Werk *Die deutsche Ideologie* zugeordnet wird (vgl. Roters 1998: 29 ff.), hat einen anderen Ausgangspunkt: Auch hier wird zwar von einem Missverhältnis zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen

¹⁹ Im DDR-ML wurde der Begriff des ‚falschen Bewusstseins‘ einem Bedeutungswandel unterzogen: Er wurde einzig mit der ‚kapitalistischen‘ oder ‚bürgerlichen‘ Ideologie identifiziert und war demgemäß ein ‚ideologischer Kampfbegriff‘ mit dem Zweck der weltanschaulichen Diffamierung – ein erster Hinweis auf die Instrumentalisierung und Verfremdung der Theoreme von Marx/Engels durch den ML.

ausgegangen; der Fokus liegt aber auf der Stabilisierung der Produktionsverhältnisse durch den sog. Überbau und die ihn fundierenden ‚herrschenden Gedanken‘. Nach Marx/Engels ist zwischen der „ökonomischen Struktur der Gesellschaft (den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen) [zu unterscheiden, d. Verf.], die er [Marx, d. Verf.] ‚reale Basis‘ nennt, und einem ‚juristischen und politischen Überbau‘, in dem er vor allem Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse zusammenfaßt“ (Frese 1966: 124). Diesen ‚Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen‘ liegen in aller Konsequenz die ‚herrschenden Gedanken‘ (d.h. Ideologien) zugrunde, die in dialektischer Beziehung zur materiellen Herrschaft stehen:

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideale Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Grundlage gefaßten herrschenden materiellen Verhältnisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zu herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft.“ (Marx/Engels, zit. n. Helmer/Lieber 1988: 334 f., Hervorheb. d. Verf.)

Im Konzept des Überbaus äußert sich bei Marx/Engels der ideologiekritische Ansatz ihres Ideologiebegriffs: Den Überbau zu benennen, bedeutet die Ideologie kritisch als den ‚idealen Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse‘ zu fixieren. (Bezeichnenderweise wurde der Begriff des Überbaus im ML, im Gegensatz zum ‚falschen Bewusstsein‘, positiv gewendet (vgl. Frese 1966: 125): Bereits mit Lenin wird Ideologie mit dem Überbau gleichgesetzt und damit ebenso positiv umgekehrt.)

Soviel zur zweifachen Bestimmung des Ideologiebegriffs bei Marx/Engels. Ludz hebt weiters zwei Elemente hervor, die den erläuterten Konzepten immanent sind: (a) Zum einen das *Interesse*, das sich nach Marx/Engels klassenmäßig äußert, wie etwa das „Interesse der Träger von der Ideologie an der Aufrechterhaltung der Macht [...]“ (Ludz 1976: 20). Die Bedeutung des Interesses ist für die Ideologiebildung zwar wesentlich, weil sie die Inhalte (an-)leitet und damit gewisse Zwecke verfolgt; der Ideologe ist, wie Helmut Fleischer betont, stets auch „in einem Felde des vital Interessierten“ zu verorten, aber Ideologie ist dennoch „nicht *Interessen-Camouflage* im Umkreis von Herrschaftspraktiken, sie ist keine Täuschung der Menschen [...]“ (Fleischer 1994: 228, Hervorheb. i. O.). Der Ideologiekritiker muss also die Bedeutung des Interesses anerkennen, kann diese aber nicht objektiv und – etwa bei einer festgeschriebenen Doktrin – textimmanent analysieren: „Wenn nun aber alle Ideologie auf der Konvertierung von Gefühlsverhältnissen in paratheoretische Vorstellungen beruht, kann es keinen grundsätzlichen Unterschied ausmachen, ob das konvertierte Gefühlsverhältnis ein ‚Interesse‘ an einem Objekt oder anderer Art ist [...]“ (Geiger 1962:

427). Das Interesse ist nicht objektiv nachprüfbar und damit für die Ideologiekritik (mehr oder minder) irrelevant, wenngleich es ein konstitutives Merkmal der Ideologiebildung darstellt. (b) Und zum anderen die *Kritik*: Diese löse nach Marx/Engels „Religion und Philosophie als umfassende Geisteshaltung ebenso ab wie Ideologie“ (Ludz 1976: 20). Interesse und Kritik sind nach wie vor jedem Ideologiebegriff implizit – unabhängig davon, ob er als ‚falsches/verkehrtes Bewußtsein‘, als Überbau oder, wie in den kommunistischen/sozialistischen Staaten des 20. Jahrhundert, als Doktrin verstanden bzw. gebraucht wird.

Schließlich ist wieder zurückzukommen zum Marx/Engelsschen Ideologiebegriff als Primärideologie: Ein wesentliches Merkmal markiert diesbezüglich der ‚enthüllend-verhüllende‘ Charakter, denn „das Enthüllungsmoment steht, der in ihrer Handlungsorientierung philosophisch-kritischen Tradition des Ideologiebegriffs von Marx und Engels entsprechend, im Vordergrund“ (Ludz 1981: 41). Das Problem der ‚Theorie-Praxis-Relation‘ wird, so Ludz, als theoretisch-kritisch und weniger als politisch-praktisch begriffen: „Für Marx und Engels ist Theorie Bewußtmachungsorgan für die Praxis. [...] Marx‘ Begriff der Praxis ist noch nicht auf den politischen Raum reduziert wie bei Lenin“ (Ludz 1981: 42). Das heißt keineswegs, dass bei Marx/Engels keine Hinweise auf ein politisches Handeln gegeben werden. Im Gegenteil legen sie „ihrer Gegenwarts-Analyse die von ihnen in vorausgehenden Schriften entwickelten philosophische Sichtweise zu Grunde und entwickeln daraus die ihrer Meinung nach notwendigen politischen ‚Maßregeln‘ [...]“ (Wisniewski 1995: 2085). Fleischer relativiert den ‚Programmcharakter‘ von Marx/Engels (vor allem hinsichtlich des *Manifests der kommunistischen Partei* von 1848) und sieht eher eine „Prognose der gewärtigenden Schritte abgefasst“ (Fleischer 1994: 213). Dennoch: Der Marx/Engelssche Ideologiebegriff selbst bleibt von normativen Hinweisen – seien sie programmatisch oder nicht – weitgehend unberührt und behält in erster Linie einen analytisch-kritischen Charakter, der sich aus den Primärerfahrungen der Zeit speist. Marx/Engels wollten sich durch eine Fundamentalkritik schließlich von jeglichem ideologiebehafteten Denken befreien – wenngleich verschiedene Elemente ihrer revolutionären Theorien dafür prädestiniert waren späterhin zu einer Doktrin umgeformt zu werden, wie beispielsweise die Akzentuierung des revolutionären Proletariats (vgl. Fleischer 1994: 205).

2.2.3 Sekundärideologie: Leninscher Ideologiebegriff / Marxismus-Leninismus (ML)

Eine Weiterentwicklung (besser: Umwertung) des Marx/Engelsschen Ideologiebegriffs vollzieht Lenin, der den Moment der politisch-strategischen Anleitung forciert und die Partei

bzw. den Berufsrevolutionär in den Vordergrund stellt. Bei Lenin wird die Marx/Engelssche Primärideologie „von neuen [politischen und revolutionären, d. Verf.] Erfahrungen überdeckt [...] und eine *a priori* gleichermaßen strategisch-zielgerichtete und taktisch-flexible Orientierung im politischen Raum“ (Ludz 1981: 42, Hervorheb. i. O.) eingenommen: Ludz folgend entwickelt Lenin eine *revolutionäre Sekundärideologie*. Die Begriffe der Parteilichkeit und der politischen Organisation werden nunmehr zentral und Marx, als Vorläufer nicht aber Begründer des Marxismus, gibt dafür die „Gedankenmateriatu“ (vgl. Fleischer 1994: 214) vor. Ein zentraler Aspekt bei Lenin ist die (ostentative) positive (Um-)Wertung bzw. Wendung des Ideologiebegriffs: Er begreift Ideologie diesbezüglich aber nicht mehr als ein ‚falsches/verkehrtes Bewusstsein‘, dem eine (positive) Orientierungsfunktion zukommt, sondern als einen positiv gewendeten Überbau, der sich „aus den praktischen Erfahrungen des Klassenkampfes“ (Buhr/Kosing 1979: 159) entwickelt hat: Ideologie wird – vor allem nach der Oktoberrevolution 1917 – gleichermaßen Doktrin wie Staatsideologie und entledigt sich ihres (selbst-)kritischen Impetus. Programmatisch radikalisiert Lenin das Freund-Feind-Schema und hebt es, im Zuge seiner ‚Imperialismustheorie‘ (Löw 1995: 1417), auf eine doktrinäre Ebene: „[...] bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht“ (Lenin, zit. n. Buhr/Kosing 1979: 159). Eine historische Ursache für den Wechsel zu einer ‚geschlossenen‘ Doktrin war das Ausbleiben der von Marx vorhergesagten Sozial- und Systemkrise, die sich zwangsläufig durch die Diskrepanz zwischen Produktionsverhältnissen und -kräften ergeben und zur ‚proletarischen Revolution‘ führen sollte. Der Erkenntnis, dass die Revolution sich nicht ‚automatisch‘ vollziehen würde, folgte ein „elementares Verlangen nach ideellen Vergewisserungen [...], die nur ein unverrückbares großes Ziel, eine hinreichend ‚geschlossene‘ Doktrin und eine feste Vater-Autorität ihr geben konnte“ (Fleischer 1994: 206, Hervorheb. i. O.). Mit der Oktoberrevolution war der Weg für eine revolutionäre Sekundärideologie geebnet und die ‚Diktatur des Proletariats‘ wurde proklamiert (Ludz 1981: 45).

Der nächste Entwicklungsschritt führt zu Lenins Nachfolger (ab 1924) an der Spitze der UdSSR: Josef W. Stalin, dem Generalsekretär der KPDSU (1922-1953). Insbesondere in dessen Spätphase als Generalsekretär fällt die systematische Zusammenfassung der Lehren von Marx/Engels und Lenin, die unter dem Titular *Marxismus-Leninismus* (ML) kodifiziert wurden (wenngleich der ML aber bereits Mitte der 1920er Jahre offiziell zur Staatsideologie erhoben wurde). Nachdem ein Funktionswandel der Ideologie stattgefunden hatte, entwickelt sich dieselbe unter Stalin zu einer *konsolidierten Sekundärideologie* (vgl. Ludz 1981: 45): Die Erkenntnis, dass die politische und soziale Entwicklung gebremst wird (d.h. sich konsolidiert), geht mit dem „Übergang von der Aufbau in die Ausbautetappe“ (Ludz 1981: 45) der Gesellschaft insgesamt einher. Der Begriff der konsolidierten Sekundärideologie verweist weiters darauf, dass das politische System (hier: der

Sozialismus) eine gewisse Stabilität erreicht hat, die Ideologie als Staatsideologie sich institutionell im Parteiapparat verfestigen kann und neue Funktionen, wie allen voran die Legitimation des Führungsanspruchs durch eine monopolisierte Partei (z.B. der KPdSU), zu erfüllen hat. Ernst Topitsch weist dahingehend auch auf

„die Verdrängung der philosophischen gebildeten und ambitionierten Intellektuellen durch den Typ des Managers oder Funktionärs [hin, d. Verf.], wie sie sich in den Massenparteien vollzieht und vollzogen hat. Dieser Vorgang, der in der Sowjetwelt besonders dramatische Formen angenommen hat, führt nicht nur zu einem raschen Absinken des Niveaus der philosophisch-politischen Doktrin, sondern auch zur Unterordnung der theoretischen Grundsatzfragen unter die Erfordernisse der Praxis und nicht selten sogar des politischen Tageskampfes.“ (Topitsch 1966: 25)

An dieser Stelle kann schließlich der Blick auf den ML in der DDR und die Funktionalisierung bzw. Instrumentalisierung von Ideologie im Zusammenhang einer konsolidierten Sekundärideologie gerichtet werden.

2.3 Ideologie und Ideologiebegriff in der DDR: Herrschaftsdiskurs und philosophischer Diskurs

Ideologie in der DDR muss als (Diskurs-)Strang zweier diachroner Diskurse betrachtet werden, die in den anschließenden Abschnitten (2.3.1 bis 2.3.3) differenziert thematisiert werden sollen:

(1) Ideologie – hier im Sinne der oben definierten konsolidierten Sekundärideologie – als prägendes Element des *Herrschaftsdiskurses* und damit als heterogene Praxis, die sich wenige Jahre nach der Konstituierung der DDR manifestierte und konsequent an der UdSSR bzw. der KPdSU orientiert war. Der Begriff des Herrschaftsdiskurses bzw. der „Diskursherrschaft“ ist Martin Sabrow (2000: 9 ff.) entlehnt und folgt den Ausführungen in Abs. 1.3.2. Der Zeithistoriker definiert im Anschluss an Michel Foucault den (Herrschafts-)Diskurs als

„das ‚gesamte Ensemble einer speziellen Wissensproduktion‘, also [...] die Inhalte, Institutionen und Regeln der Sammlung, Verarbeitung und Weitergabe von Wissen [etwa, d. Verf.] über die Vergangenheit; er [Foucault, d. Verf.] fasst die Menschen weniger als Subjekte denn als Objekte, nicht als Schöpfer, sondern als Geschöpfe ihrer Redeweisen. Dieser Begriff des Diskurses als einer ‚Praxis, die bestimmten Regeln gehorcht‘, dient in unserem Fall der umfassenden Beschreibung der sprachlichen und medialen Macht einer ideologisierten Form der Repräsentation von Vergangenheit.“ (Sabrow 2000: 15 f.)

Sabrow erläutert die ‚sprachliche und mediale Macht‘ des Herrschaftsdiskurses, der die ‚Repräsentation von Vergangenheit‘ reglementierte²⁰. Der Herrschaftsdiskurs tat seine Wirkung aber nicht einzig im Feld der Historiographie, sondern in allen Bereichen, die die Herrschaft und deren Erhaltung bzw. Legitimation tangierten (vgl. Abs. 1.3.2); so auch die DDR-Ideologie, die in dieser Arbeit mit dem ML identifiziert wird. Ideologie als *ein* Strang des Herrschaftsdiskurses, steht dabei in einer zirkulären Verbindung – im Sinne eines ständigen Austausches – mit den politischen, ökonomischen und schließlich auch machtstrategischen Bedürfnissen der SED und kann deshalb nicht in einem zeithistorischen Vakuum als „enthistorisiertes Weltexperiment“ (vgl. dazu die Kritik bei Roters 1998: 17) erklärt werden. Ideologiebildung und deren Instrumentalisierung ist immer in einen engen, von der politisch-ideologischen Elite definierten Diskursrahmen eingegrenzt: Gemäß Sabrow ist zu konstatieren, dass neben der Geschichtswissenschaft auch die Ideologie innerhalb des Herrschaftsdiskurses in einem „Diskursgefängnis“ (2000: 19) eingeschlossen war. Dem ML war der Herrschaftsdiskurs als „Doktrin“ (Foucault 1973: 29), die entsprechend der ideologischen Elite in der DDR (etwa den sog. Kaderphilosophen) von „einer begrenzten Zahl an Individuen“ (ebd. 29) getragen wurde, übergeordnet: *Der Herrschaftsdiskurs als Regulativ beschränkte sich aber nicht einzig auf den öffentlichen Diskurs (etwa innerhalb der Medien), sondern erweiterte sich in sprachlich-kommunikativer Hinsicht – der herrschaftsstrategischen Intention folgend – auch auf den halb-öffentlichen und privat-zwischenmenschlichen Diskurs* (Steyer/Fraas 1992; vgl. Abs. 3.1). Der Herrschaftsdiskurs artikulierte den impliziten „Willen zur Macht“ (Foucault 2003: 112) als expliziten „Willen zur Wahrheit“ (Foucault 1973: 15), der ein Hinterfragen des Herrschaftsdiskurses (und damit implizit des ML) unmöglich machte.²¹ Dass also der ML als Teil des Herrschaftsdiskurses, wie auch als Teil des philosophischen Diskurses, nicht hinterfragt werden konnte, liegt zum einen in dessen internen Logik – Diamat und Histomat postulierten schließlich ein wissenschaftlich begründetes und damit unumstößliches Wissen des Geschichtsverlaufs – und zum anderen in der Einbettung in den Herrschaftsdiskurs begründet. Foucault erwähnt in *Die Ordnung des Diskurses*, dass der ‚Wille zur Wahrheit‘ schließlich auch die grundlegendste „Ausschlussmaschinerie“ (1973: 15) jedes Diskurses darstellt. Entscheidend ist der Hinweis, dass alle (sprachlich-kommunikativen) Strategien zur Legitimation des Führungsanspruchs der SED – insbesondere durch den ML – erst *durch* den Herrschaftsdiskurs entwickelt, entfaltet und fundiert werden konnten (vgl. Sabrow 2000: 19). *Ideologie konnte ohne den Herrschaftsdiskurs schlichtweg nicht wirkmächtig werden.* Man könnte weiterführend die These aufstellen, dass die DDR ihre Stabilität auch *ohne* eine

²⁰

²¹ Nach Foucault kommt der Wahrheit in jeder Gesellschaft ein zentraler Stellenwert bei der Ausübung von Macht zu. In der Vorlesungsreihe *In Verteidigung der Gesellschaft* trägt er vor, dass wir „dank der Macht [...] der Wahrheitsproduktion unterworfen [sind], wir können Macht nur über die Produktion von Wahrheit ausüben“ (Foucault 1999b: 32).

explizite Ideologie hätte aufrechterhalten können: Dies ließe sich etwa durch den strategischen Bedeutungsverlust des ML im Laufe der 1980er Jahren belegen, als die Staatsideologie sich auf die Bedeutung eines ritualisierten Sprachgebildes reduzierte, vgl. Meuschel 1992. *Eine Machterhaltung ohne einen Herrschaftsdiskurs wäre dagegen kaum vorstellbar, schließlich wurden in und durch ihn auch die sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die mit ideologischen Prämissen innerhalb des Herrschaftsdiskurses zirkulierten, kommuniziert.*

Sabrow stellt weiterführend die These auf, dass sich die DDR aus zwei Wirklichkeitsordnungen zusammensetzte: „[...] einmal *objektiv* als Faktum und gesellschaftliche Objektivierung in institutionalisierten Werthaltungen, Habitus und Ideologien, zum anderen *subjektiv* als individuelle Rezeption und Reproduktion“ (Sabrow 2000:13, Hervorheb. i. O.). Die objektive Wirklichkeitsordnung identifiziert er mit dem Herrschaftsdiskurs, in dem sich der ML ‚entfaltete‘, und die subjektive Ordnung kann – im Verständnis des Verfassers dieser Arbeit – der Mentalität und ferner den Einstellungen und Werten der DDR-Bevölkerung zugeordnet werden. Ideologie innerhalb des Herrschaftsdiskurs zu erfassen bedeutet also, sie als Teil einer (konstruierten) „Sinnwelt[...] mit spezifischen Modi der Vergesellschaftung“ (Sabrow 2000: 12) der Gegenwart²² zu begreifen, die Einfluss auf die ‚individuelle Rezeption und Reproduktion‘ des Einzelnen bzw. des Subjekts üben sollte.

(2) Ideologie, genauer: der Ideologiebegriff, als diskursives Element eines *philosophischen Diskurses*, der wesentlich enger und selbst stark ideologisiert gefasst war. Ideologie im philosophischen Diskurs, dem hier auch die semantischen Regulierungsversuche in den unzähligen sog. *Wörterbüchern* zugeordnet werden, ist klar von einer konsolidierten Sekundärideologie, d.h. der Ideologie innerhalb des Herrschaftsdiskurses, abzugrenzen (vgl. Kuppe 1995: 1379). Der philosophische Diskurs fixierte in erster Linie die offizielle/öffentliche Lesart des Ideologiebegriffs und ist damit genauso wie die Ideologie innerhalb des Herrschaftsdiskurses in einem ‚Diskursgefängnis‘ verankert. Wesentlich ist, dass Ideologie im philosophischen Diskurs nicht vordergründig an die ‚Augenblicksinteressen‘ der SED gebunden war (bzw. mit diesen in einer zirkulären Verbindung stand), sondern über Jahrzehnte hinweg inhaltlich konstant geblieben ist; vor allem ab Anfang der 1970er Jahre bis zum Ende der DDR gab es keine wesentlichen definitorischen Veränderungen mehr. Johannes L. Kuppe weist weiters darauf hin, dass nie eine klare terminologische und auch epistemologische Trennlinie zwischen Philosophie und Ideologie vorhanden war (vgl. 1995: 1385); die Adjektive ‚ideologisch‘ und ‚philosophisch‘ wurden meist synonym oder zumindest

²² Sabrow spricht im Gegensatz dazu von der Vergangenheit.

in unmittelbarer Abhängigkeit verwendet: Ein Umstand, der, mit gewissen Abstufungen zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen, die gesamte Geisteswissenschaft in der DDR betroffen hat. Die erkenntnistheoretische Einschränkung, nur in den Kategorien des ML zu denken und zu argumentieren, führt im Weiteren zu der Annahme, dass damit das ideologiekritische Potenzial der Philosophie unterbunden werden sollte. Nur kurzzeitig entwickelte sich in den 1960er Jahren im philosophischen Diskurs eine Debatte über den Ideologiebegriff; wenngleich diese aber bereits am Ende desselben Jahrzehnts ihren Abschluss fand (vgl. Rauh 1992; ders. 2005). Ansonsten erwies sich der Ideologiebegriff, der innerhalb des philosophischen Diskurses fixiert wurde, als kaum veränderbar und doktrinär erstarrt.

2.3.1 Konsolidierte Sekundärideologie im Herrschaftsdiskurs der DDR

Im Herrschaftsdiskurs der DDR ist der „verhüllend-enthüllende“ (Ludz 1977: 42) Charakter von Ideologie, wie er bereits von Lenin strategisch vorgegeben wurde, grundlegend. Der Herrschaftsdiskurs entwickelte eine intentionale Auffassung von Ideologie, deren konstitutives Merkmal die Organisation und Forcierung von Parteilichkeit war (vgl. Meuschel 1992: 26 ff.). Die theoretische und vor allem praktische Entfremdung vom (selbst-)kritisch geprägten Ideologiebegriff bei Marx/Engels wurde immer deutlicher. Den Übergang von einer revolutionären zu einer konsolidierten Sekundärideologie – wie in der UdSSR bei dem wenngleich durch Machtstreitigkeiten verzögerten politischen Übergang von Lenin zu Stalin – hatte die Ideologie des Herrschaftsdiskurses in der DDR nicht vollziehen können bzw. müssen. Durch die sowjetische Hegemonie orientierte man sich am stalinistischen Ideologieverständnis des Herrschaftsdiskurses in der UdSSR (vgl. Weber/Lange 1995: 2047). Eine Diskussion über die Funktion von Ideologie, die eigenen, genuin nationalen Impulsen folgte, war damit grundsätzlich obsolet. War in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) noch ein weitgehend offener ideologischer Kanon vorhanden, so wurden bereits 1949 auf der I. Parteikonferenz der SED die Lehren des ML als Staatsideologie fixiert (vgl. Leonhard 1995: 34). Die SED perpetuierte damit in ihrem Herrschaftsdiskurs ein weltanschauliches Fundament und koppelte dieses unmittelbar an die politischen und gesellschaftlichen Prozesse innerhalb der DDR.

Das Programm des ML erklärt sich, wie bereits erwähnt, als das von Stalin „kodifizierte Dogmensystem der Lehren von Marx, Engels und Lenin [...]“ (Becker 2009: 111) und setzt sich im wesentlichen aus drei Bestandteile zusammen: (1) einem philosophischen, dem Dialektischen Materialismus (*Diamat*) bzw. dem Historischen Materialismus (*Histomat*), (2) einem ökonomischen, der Politischen Ökonomie, und schließlich (3) einem theoretischen Bestandteil, dem wissenschaftlichen Sozialismus. *Diamat* und *Histomat* gelten insofern als

die wesentlichen Elemente des ML, als sie die philosophische Grundlage des ML bilden (vgl. Lange/Weber 1995: 2039), die es auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu vermitteln galt. Im *Kleinen Politischen Wörterbuch* wird diesbezüglich bemerkt:

„Diese Theorie [Diamat bzw. Histomat, d. Verf.] vermittelt der Arbeiterklasse und allen Werktätigen eine allgemeine Orientierung des Denkens, Wollens, Handels und Verhaltens, eine Orientierung, die mit den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der materiellen Welt übereinstimmt und den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse entspricht.“ (Böhme 1978: 173)

Der Materialismus, eines der Fundamente der Philosophie von Marx/Engels, war ursprünglich die explizite und ostentative Abkehr von der Epistemologie des Idealismus und dessen Grundsatz, dass das Wirkliche sich *in der Idee* ausdrücke; der Materialismus, der nicht originär Marx/Engels zuzuordnen ist (vgl. Buhr/Kosing 1979: 59), erwiderte darauf, dass alle Phänomene und Vorgänge der Welt an die Materie gekoppelt und bisweilen auf sie beschränkt sind. Marx/Engels entwickelten damit ein sog. Primat der Materie, dem jeder Gedanke – und nicht zuletzt jede Ideologie – untergeordnet ist. Das zentrale Prinzip des Materialismus bei Marx/Engels wird meist anhand der folgenden, kanonisierten Aussagen veranschaulicht: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt“ (Marx/Engels, zit. n. Handl 1972: 306). In dieselbe Richtung führt der Hinweis, dass „das Bewußtsein [...] nie etwas Anderes sein [kann], als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß“ (Buhr/Kosing 1979: 59f.). Das Bewusstsein, d.h. der menschliche Geist, wäre demnach also das (unbewusste) Produkt objektiv gegebener Verhältnisse, die sich durch die Gesellschaft konstituieren. Im Detail stellen sich die philosophischen, ökonomischen und theoretischen ‚Grundsäulen‘ des ML wie folgt dar:

Der (1) Diamat, der sich zwar des dialektischen Prinzips Hegels, d.h. des „Widerspruchscharakters der Erscheinungen“ (Weber/Lange 1995: 2040), bedient, sollte auf diesem Fundament die allgemeinen Entwicklungsgesetze von Natur und Gesellschaft erklären und sie wissenschaftlich-objektiv ableitbar machen. (Darin liegt der affirmative Selbstanspruch der DDR-Ideologie begründet, dass der ML die einzig wissenschaftliche Weltanschauung und damit allen anderen Ideologien überlegen sei.) Mittels des Diamats sollte der „Aufstieg vom Niederen zum Höheren“ (Löw 1996: 1408) (historisch angewandt: vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus) nachweisbar gemacht und der philosophische Grundstein bzw. die Erklärung für die sog. proletarische Revolution gelegt werden – so zumindest bei Marx/Engels. Wolfgang Leonhard sieht dagegen im ML „den dialektischen Materialismus seines eigentlichen Sinnes [...] [beraubt], da die Stalinisten die Gesetze der Dialektik nicht anwenden, um die Prozesse innerhalb der Gesellschaft zu erklären und daraus bestimmte Schlussfolgerungen zu ziehen, sondern dazu degradieren,

nachträglich politische Entscheidungen oder Beschlüsse zu rechtfertigen“ (Leonhard 1990: 213). Im ML wird der Diamat also dazu instrumentiert, Widersprüche und Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung als logische Konsequenzen des dialektischen Prinzips hinzustellen: Der Diamat wird im ML in erster Linie zum ‚Euphemismus‘ herabgestuft. Weiters der Histomat: Dieser ist für die DDR-Philosophie nicht einzig durch den Diamat begründet, sondern untrennbar mit ihm verbunden (vgl. Buhr/Kosing 1979: 73). Im Histomat kommt das Geschichtsverständnis des ML zum Ausdruck: Nicht mehr Ideen geben die bestimmenden Impulse für eine historische Entwicklung, sondern ökonomische Interessenskonflikte. Nach Ansicht des Histomats sei die Geschichte nur die Ursache von sozio-ökonomischen Widersprüchen, die in den sog. Klassenkämpfen münden. Im Zuge dieser Klassenkämpfe werden immer neue Gesellschaftsformationen entwickelt, die von Marx/Engels zu fünf Perioden systematisiert wurden: Urgesellschaft, Sklavengesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus/Imperialismus und schließlich Sozialismus/Kommunismus. In der chronologisch gesehen letzten Gesellschaftsformation, dem Sozialismus/Kommunismus, wird die Einheit der Klassenunterschiede überwunden und homogenisiert. Man hat mit dem Histomat folglich ein teleologisches Geschichtsbild entwickelt, das in den sozialistischen Staaten immer wieder thematisiert und innerhalb des Herrschaftsdiskurses instrumentalisiert wurde.

Die (2) Politische Ökonomie stellt im Verständnis der DDR-Philosophie „im engeren Sinne die Wissenschaft von dem in einer bestimmten Produktionsweise wirkenden System ökonomischer Konzepte“ (Böhme et al. 1978: 696) dar. Die Ergebnisse dieser ‚Wissenschaft‘ sollten objektiv die „historische Mission der Arbeiterklasse“ (Böhme 1978: 696) begründen. Zwar wird im ML und der DDR-Philosophie erwähnt, dass die politische Ökonomie bereits in den dem Sozialismus vorangegangenen Gesellschaftsformationen angewandt wurde, sich aber erst mit Marx/Engels – und auf der Grundlage von Diamat und Histomat – zu einer legitimen Wissenschaft entwickelte (vgl. ebd. 696).

Und schließlich der (3) Wissenschaftliche Sozialismus: Er sollte die allgemeinen gesellschaftlichen Prozesse analysieren und – als Zweck einer angewandten Wissenschaft – in die gesellschaftliche Entwicklung überführen. Bei einem Vergleich mit den Aufgaben und Inhalten von Diamat/Histomat und der Politischen Ökonomie enthüllt sich der „hybride Charakter dieses offiziell eigenständigen marxistisch-leninistischen Teilbereichs“ (Becker 2009: 116). Becker weist den Wissenschaftlichen Sozialismus, der erst Mitte der 1960er Jahre offiziell in den ML aufgenommen wurde, als Disziplin *sui generis* zurück (vgl. ebd. 116). Der Totalitarismusforscher weist darauf hin, dass weniger die Forschungsergebnisse des Wissenschaftlichen Sozialismus im Vordergrund standen, als vielmehr der Versuch den

Begriff Sozialismus durch das Epitheton ‚wissenschaftlich‘ zu nobilitieren (vgl. Becker 2009: 116).

Die Vertreter des ML attestieren den drei angeführten Säulen des ML ein wesentliches Merkmal: einen absoluten Wahrheitsanspruch, der durch dessen Wissenschaftlichkeit und Objektivität begründet und dem ML somit immanent sei (oder die Ideologen explizierten diesen Anspruch in der Bezeichnung selbst und wandten damit, wie mit dem Begriff des *Wissenschaftlichen* Sozialismus, sozusagen einen ‚affirmativen Pleonasmus‘ an). Die SED hatte bezüglich des ML ein Erkenntnismonopol und setzte sich folgerichtig über die Erkenntnisfähigkeit der Bevölkerung hinweg – dieses Monopol war fundiert durch die strategisch wichtige Etablierung des Herrschaftsdiskurses und dessen ‚Willen zur Wahrheit‘. Darin äußerte sich eine implizite Absage an jegliche demokratische Partizipation; nicht nur philosophisch, sondern auch politisch und gesellschaftlich, nachdem der ML in allen Ebenen der Gesellschaft implementiert wurde. Eine Partei, die im Besitz eines absoluten Wahrheitsanspruches ist, sieht dementsprechend keinen Grund auf Wissensbestände, die außerhalb des Herrschaftsdiskurses wurzeln, zurückzugreifen. Der ML und mit ihm der Herrschaftsdiskurs markieren an dieser Stelle nur zu deutlich eine ‚Diskursherrschaft‘:

„Unter dieser Prämisse wäre es [von der SED, d. Verf.] töricht, politische Entscheidungen von demokratischen Zufallsmehrheiten abhängig zu machen, die wegen des vergleichsweise rückständigen Bewußtseins der Bürger niemals für eine materielle Richtigkeit bürgen können“ (Brunner 1996: 221; vgl. auch Weber/Lange 1995: 2037).

Im Anschluss an die stalinistisch geprägte KPdSU bezeichnete sich die SED dezidiert als marxistisch-leninistische Partei, welcher als „organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse“ (vgl. Böhme 1978: 812) die Aufgabe zukam, den ML umzusetzen und vielmehr noch ihn ständig durch politische Beschlüsse zu aktualisieren und den aktuellen Bedürfnissen und „Augenblicksinteressen“ (Weber/Lange 1995: 2037) anzupassen. Indem die Partei die Vermittlung des ML übernahm, die (selbstproklamiert) einzig von ihr getragen werden konnte, unterstrich sie ihren Macht- und Führungsanspruch: Einzig die SED, in ihrer Funktion als Vertreter der herrschenden (Arbeiter-)Klasse, könne die DDR nach den wissenschaftlichen Prinzipien des ML in den Kommunismus führen. Dieser Anspruch sollte in den 1970er Jahren durch die Schöpfung des pragmatischen Begriffs des ‚real-existierenden Sozialismus‘ oder ‚realen Sozialismus‘, der allgemein als Zugeständnis an verschiedene Hemmnisse in der Entwicklung hin zum Kommunismus gewertet wird (vgl. etwa Rytlewski 1989: 212), nur geringfügig gedämpft werden. (Ferner etablierte man mit dem Terminus eine halbautonome und vor allem flexible Gesellschaftsformation, die zwischen Sozialismus und dem mittlerweile nicht mehr erreichbaren Kommunismus geschoben werden konnte. Die 1970er Jahre waren somit von einem „Verlust des kommunistischen Telos“ (Meuschel 1992:

236) geprägt.) Der Führungsanspruch der SED war ideologisch, weltanschaulich und philosophisch in allen zeitgeschichtlichen Phasen *ausschließlich* durch die kontingenten und damit flexiblen Inhalte des ML legitimiert (vgl. Brunner 1996; Meuschel 1992). (Das betrifft natürlich nicht die materiellen Legitimationspotentiale, die etwa die bereits erörterte Sozialpolitik des ‚Konsumsozialismus‘ mit sich brachte) Hatte es im ML zwar immer wieder Anpassungen an die jeweilige politische, ökonomische und gesellschaftliche Situation gegeben, wie in den sog. Tauwetterphasen, denen aber stets eine Periode der ideologischen Abschottung folgte, war der Führungsanspruch der SED und seine ideologische Begründung bis zum Beginn der gesellschaftspolitischen Umbrüche ab 1989 immer unverändert geblieben. Darin begründet sich auch die von Stalin und der KPdSU übernommene Bemühung der SED, alle Ebenen der Gesellschaft mit der Ideologie des ML zu durchdringen und den Herrschaftsdiskurs in alle sprachlich-kommunikativen Diskurse – d.h. öffentlicher, halb-öffentlicher und privat-zwischenmenschlicher Diskurs (vgl. Fraas/Steyer 1992) – zu integrieren. Im streng hierarchisch aufgebauten politischen System der DDR war die politische Indoktrination Grundlage der ganzheitlichen ideologisch-strategischen Selbstvergewisserung und damit der Legitimation des DDR-Staates. Wenngleich, wie Ulrich Lohmann hervorhebt, „[...] die Zustimmung der Bevölkerung oder auch nur der ‚Arbeiterklasse‘ [...] kein tragendes oder gar unverzichtbares Begründungselement“ (1989: 471) darstellte; schließlich hatte man immer noch den RSA und weitere (sozialpolitische) Regierungstechnologien zur Verfügung.

Hatten Ideologiekritiker mit der These des ‚Endes des ideologischen Zeitalters‘ in den 1950er Jahren (vgl. Aron 1957; Roters 1998: 9) noch angenommen, dass „die Gesellschaftskritik des Marxismus und Sozialismus, generell gesprochen jede politische Theorie und Praxis, die auf eine soziale Umgestaltung abzielt“ (Lenk 1994: 36), vorbei sei, so war im Herrschaftsdiskurs der DDR Ideologie allgegenwärtig; nicht obwohl, sondern *weil* der ML durch den Übergang von einer Aufbau- in eine Ausbauphase gekennzeichnet war: Die Revolution wich der Evolution (vgl. Ludz 1981). Das schwächte in keinster Weise die machtstrategische Entfaltung von Ideologie im Herrschaftsdiskurs und ihre Einbindung in alle politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Prozesse. Kurt Lenk führt im Rekurs auf die singuläre Bedeutung des ML aus, dass

„politische Ideologien im Sinn von in sich geschlossenen Systemen [...] sich gegenwärtig nur mehr in der Form der zum ‚Diamat‘ [Dialektischen Materialismus, d. Verf.] dogmatisierten Weltanschauung des Marxismus-Leninismus und allenfalls noch als naturrechtlich fundiertes System der Neoscholastik [finden, d. Verf.]. Als die beiden vorläufig letzten Versionen sog. Hochideologien, d.h. umfassender Gesellschaftsentwürfe, basieren beide nicht zufällig auf festen Institutionen und Organisationen: der Diamat auf etablierten Partei- und Staatsapparaten, die sich seiner als Instrumente zur ideologischen Ausrichtung der Gesellschaft bedienen [...]“ (1994: 27)

Die Machtentfaltung von Ideologie in der DDR kennzeichnete sich vor allem innerhalb des öffentlichen Diskurses, der weitgehend von der Diskursherrschaft der SED überlagert war. Nach Hans-Christoph Rauh verhüllt die „absolute und totale Ideologie“ eine wahrheitsgemäße Erkenntnis, die von einem „stalinistisch-totalitären Sprachgebrauch“ (2005: 206) verdeckt wird. Sie fungierte als „offizielle Ideologie“ (Rauh 2005: 224), die vor allem, wie auch von der DDR-Philosophie selbst herausgestrichen wurde, durch „Handlungsanweisungen, Normen, Regeln etc.“ (Hahn 1969: 72) an Relevanz gewann. Sie war parteipolitisch orientiert und folgte damit primär den Interessen der SED und ihrer machtpolitischen Legitimation. Wie Rauh im Weiteren betont, sind vor allem die Aspekte von Lehre – auch hinsichtlich der ideologischen Indoktrination der Jugend – und Organisation herauszustreichen. Die ideologische Organisation sollte

„die Lehre unterstützen, um ihre Reinheit besorgt sein (sie vor Abweichung und Häresie schützen), um ihre Einheit besorgt sein (sie vor Sekten und Abspaltungen schützen), Propaganda unter den Leuten für sie machen, dafür Sorge tragen, daß man ihr Ehrerbietung entgegenbringt, und diejenigen ausmerzen, die ihr mit Argwohn begegnen. [...] Sie ist die ideologische Organisation der Gesellschaft als Ganzes und zwar unter folgendem Gesichtspunkten: Sie durchdringt alle Bereiche des Gesellschaftslebens“ (Sinowjew, zit. n. Rauh 2005: 224).

2.3.1.1 (Totalitarismustheoretische) Aspekte der Funktionen des ML im Herrschaftsdiskurs

Die Frage nach der Funktion des ML in der DDR kann hinsichtlich zweier Annahmen, die die Beziehung zwischen Ideologie und gesellschaftlicher Entwicklung betreffen, differenziert werden (vgl. Weber/Lange 1995): Zum einen vermag der ML als praktische Grundlage für die gesamten gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der DDR angenommen werden; Politik und gesellschaftliche Praxis konstituieren sich in dieser Perspektive durch die ‚wissenschaftlichen‘ Prämissen des ML, wie sie bisher erörtert wurden. Und zum anderen können die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR als „Ergebnisse eines Ensembles von Bedingungen, politischer Umwälzungen“ (ebd. 2035) aufgefasst werden; der ML wird dabei als zu abstrakt begriffen, um mit ihm alle „historische[n] Abläufe“ (ebd. 2035) zu erklären. Nachdem in dieser Arbeit die zweite Position vertreten wird (bzw. der ML ohnehin *nur* als Diskursstrang des Herrschaftsdiskurses begriffen wird), stellt sich aber die Frage, worin die *realen Funktionen* des ML lagen.

Einige theoretische Positionen, die indirekt in Richtung der Funktionalisierung des ML weisen, wurden bereits thematisiert: Die Inhalte waren von der Deutungshoheit der SED, ihrem weitläufig verästelten politischen Apparat und schließlich vom Herrschaftsdiskurs angeleitet und fixiert worden. Ein absoluter Wahrheitsanspruch wurde postuliert, der mit der

‚Wissenschaftlichkeit‘ des ML begründet wurde und zum Trugschluss der immerwährenden Ausrichtung der Partei auf eine objektive Theorie führte. Durch die Grundlage des Diamats bzw. Histomats hypostasierte sich die historische Mission des Proletariats auf die Kompetenzen und Aufgaben der SED; durch ihr Wissen, das sie über das der Bevölkerung stellte, betonte die SED den Fortschrittsoptimismus und die Zukunftsutopie – in der konkreten Gestalt des zu erreichenden Kommunismus – der eigenen Ideologie. Die darauf basierenden Funktionen wurden in der zeithistorischen Forschung vielfach thematisiert. Die folgende Typologisierung, die sich in fünf Punkte gliedert, orientiert sich an Manuel Becker (2009), der im Zuge eines Diktaturvergleichs Analogien zwischen DDR- und NS-Ideologie herausarbeitete:

Die (1) ‚überzeugungsbasierenden‘ Funktionen des ML bieten Möglichkeiten der sozialpsychologischen Orientierung an. Indem der ML als weltanschauliches System in sich geschlossen ist, wird der Einzelne befähigt sich von „erkenntnistheoretischen Unsicherheiten“ (Kuppe 1995: 1382) zu befreien. Die Ideologie fungiert als (abstraktes) Orientierungsmodell, in das sich heterogene Erscheinungen und Erfahrungen der Lebenswelt integrieren lassen; die Lebenswelt wird dadurch erklär- und verstehbar und der ML funktioniert als Deutungs- und Erkenntnisraster (vgl. ebd. 1382). Bereits Niklas Luhmann hat in diese Richtung gewiesen und Ideologien hinsichtlich ihrer Funktionalität ‚positiv‘ bewertet (vgl. 1991). Kuppe merkt kritisch an, dass diese Funktion im Zuge der gesellschaftlichen und sozialen Praxis von Ideologie aber äußerst unterschiedlich und schichtspezifisch wirksam wurde: Zum Beispiel war der ML unter jugendlichen Studenten weitaus stärker verankert als unter Lehrlingen, nachdem die ersteren verpflichtet waren im Zuge ihres (akademischen) Studiums den ML zu lernen und zu ‚internalisieren‘ (vgl. dazu die Ausführungen zu den Mentalitätsentwicklungen der DDR-Jugend, Kap. 4). Die (2) ‚überzeugungsbasierenden und machttaktischen‘ Funktionen zielen in erster Linie auf die politische Integration der Adressaten des ML: Durch eine Überhöhung der Ideologie wird versucht die Identität des Herrschenden und des Beherrschten gleichzusetzen. Ziel war es, die Gesellschaft zu homogenisieren bzw. eine „Ent-Differenzierung“ (vgl. Meuschel 1992) zu erwirken, „in der Subjektivität [...], Spontanität und Individualität nur noch im Rahmen des Kollektivs [...] gelebt werden kann“ (Kuppe 1995: 1383). Mit der Integration ist eine gesellschaftliche Desintegration verbunden, die die ideologisch-politische Opposition ausgrenzt und dem ML wiederum den Charakter von Sicherheit gibt. Die (3) ‚primär machttaktischen‘ Funktionen gehen in mehrere Richtungen: so etwa die Erziehungsfunktion, die im ML besonders stark ausgeprägt ist. Durch umfangreiche pädagogische Anstrengungen sollte die Bevölkerung auf eine regimetreue Linie gebracht werden; v.a. das Schulsystem, aber auch die FDJ und andere politische Organisationen sind an dieser Stelle

hervorzuheben (vgl. Schmitt 1980, Bunke 2005, Grammes/Schluß/Vogler 2006). Daneben führt Becker die Mobilisierungsfunktion an. Indem ein klar definiertes Ziel vorgegeben wurde, sollten alle Gesellschaftsmitglieder zu einem „ideologiekonkludentem Handeln [...] stimuliert“ (Kuppe 1995: 1381) werden. Kuppe weist darauf hin, dass diese Funktion nur Wirkung zeige, wenn der „Erfahrungshorizont“ zwischen „Mobilisierenden und Mobilisierten“ (vgl. 1995: 1381) zumindest teilweise übereinstimme. Mehrheitlich wird in der Forschung betont, dass den vorangegangenen Funktionen die (4) Legitimation des Führungsanspruchs der SED übergeordnet ist (vgl. Kuppe 1995, Weber/Lange 1995, Becker 2009). Wie bereits erwähnt, war es einzig der ML, der den Machtanspruch der SED ideologisch fundierte: Ihm lagen die überzeugungsbasierenden bis machttaktischen Funktionen zugrunde. Ein weiterer Aspekt, den Becker übersieht, wird von Helmut Fleischer angeführt: die Funktion von Ideologie als (5) „Real-Symbolisierung“ (1994: 224) der Macht des politisch-ideologischen Apparates. Der ML hat in dieser Hinsicht nicht mehr etwa den Anspruch einer Handlungsanweisung, sondern, in Anlehnung an Marshall McLuhan, „das Medium [d.h. die Ideologie im Herrschaftsdiskurs, Anm. Verf.] war mit seiner realen Existenz selber schon die Hauptbotschaft“ (Fleischer 1994: 224). (Ein wesentlicher Aspekt, der in dieser Arbeit bezüglich der Vernetzung von Macht, Sprache und Herrschaftsdiskurs noch einmal Erwähnung finden wird, vgl. Abs. 2.4)

Beckers Typologie leistet eine partielle Antwort auf die Frage, ob Ideologie in der DDR „lediglich Ausdruck eines schieren Machtzynismus [war] oder tatsächlich an sie geglaubt“ (Becker 2009: 168) wurde. Er resümiert, dass „auch in der weltanschaulichen Grundierung des SED-Regimes machttaktisch motivierte und überzeugungsbasierte Elemente Hand in Hand gingen“ (ebd. 171). Ideologie in der DDR auf die Funktion eines Herrschaftsinstruments zu verkürzen, kann also den vielfältigen Mechanismen, in die sie in der DDR eingebunden war, nicht allein gerecht werden; schließlich kann ein „authentischer Glaube“ (ebd. 171) an die Dogmen des ML nicht ausgeschlossen werden. Dennoch: Der Ansatz von Ideologie als Teilaspekt des Herrschaftsdiskurses eröffnet ein wesentliches Erklärungs- und Verständnismodell für die Instrumentalisierung von Ideologie in der DDR als Regierungstechnologie.

2.3.2 ‚Herrschaft und Konsens‘²³ - Konsolidierte Sekundärideologie als gesellschaftliche und soziale Praxis

Das Potential des ML zur Sinnstiftung wurde bereits im Zuge der ‚überzeugungsbasierenden‘ Funktionen von Ideologie angedeutet. Verkürzt lautete dort die Auffassung, dass

²³ Die Überschrift ist ebenfalls Titel eines Artikels von Lothar Fritze (vgl. 1998).

Überzeugung und Sinnstiftung in letzter Instanz der Legitimationsfunktion zuzuordnen sind. Wenn Becker (2009) also von politischer Überzeugung *durch* Orientierung bzw. Sinnstiftung spricht, dann reiht er die beiden Begriffe einzig in die intentionale und interessen geleitete Ideologiebildung der SED und ihres ideologischen Apparates ein. Ideologie unterliegt damit keiner kulturellen Hegemonie – dieser Ansicht kann man bereits bei Louis Althusser begegnen –, sondern bedeutet lediglich die Irreführung des Einzelnen durch eine politisch und machtstrategisch motivierte Idee. In dieser Darstellung verschleiert die Partei gewisse Interessen: in erster Linie, so sieht es vor allem die Totalitarismusforschung, die Legitimation ihres Herrschaftsanspruchs. Allgemein steckt in der Frage der Funktionalität von Ideologie die Problematik, dass das Interesse der Ideologieproduzenten das (einzige) konstitutive Element für die Ideologiebildung und ihre Inhalte darstellt. Bereits im Zuge der Diskussion des Marx/Engelsschen Ideologiebegriffs wurde festgestellt, dass das Interesse bei der Ideologiebildung zwar ein bestimmender Faktor und *eine* Ursache für die Funktionen von Ideologie ist; gleichzeitig kann es aber nicht vom Ideologiekritiker objektiv nachgewiesen werden (vgl. Geiger 1962; Fleischer 1994). Bindet man die Funktionen von Ideologie einzig an das Interesse des Produzenten, dann wird die gesellschaftliche und soziale Praxis von Ideologie sowie deren kulturelle Hegemonie ausgeklammert.

Lothar Fritze (vgl. 1998; 2004) geht über eine Ideologiekritik nach Vorbild der *interest theory* (vgl. etwa die Kritik bei Geertz 1973), die monokausal jede ideologische Äußerung durch die Interessen des Ideologen fundiert sieht, hinaus. Er versucht Erklärungen für die Suggestivkraft und interne Logik von totalitären Diktaturen und deren sie fundierenden Ideen und Ideologien zu finden. In seinem Ansatz wird die gesellschaftliche Funktion bzw. das gesellschaftliche Funktionieren von Ideologie durch deren soziale Praxis begreifbar. Ideologie wird bei Fritze analog zum Konzept der konsolidierten Sekundärideologie, der in dieser Arbeit der ML zugeordnet wird, als Doktrin mit „Wahrheits- und Ausschließlichkeitsanspruch“ (Fritze 1998: 105) begriffen, die die kulturelle Hegemonie totalitärer Systeme (mit-)sichert. Realsozialistische Staaten wie die DDR werden von ihm als sog. Weltanschauungsdiktatur bezeichnet. Der Begriff impliziert programmatisch, dass die Beständigkeit eines Staates wie der DDR „allein durch den Hinweis auf Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen nicht hinreichend erklärt werden“ (ebd. 95) kann: Wenngleich Ideologie bei Fritze auch als Bestandteil eines ISA aufgefasst werden muss, schafft sie dennoch Möglichkeiten der Identifikation – oder auch der ‚Selbst-Beherrschung‘ – bei dem Einzelnen.

Fritze konzentriert sich nicht auf Ideologie als explizite Herrschaftstechnik, sondern sucht nach einer Erklärung für den Erfolg und die Akzeptanz von Weltanschauungsdiktaturen ,von

Unten': Weltanschauungsdiktaturen können nur nachvollzogen werden, wenn sie auch die „Sichtweise des Menschen“ (ebd. 95) in Betracht ziehen. Er vermutet in der Stabilität eines totalitären politischen Systems auch eine partielle Eignung von Ideologien für die der Ideologie ‚Unterworfenen‘. Entsprechend können Ideologien, „zumindest partiell geeignet“ (ebd. 105) sein. (Der Mentalitätshistoriker Sellin spricht diesbezüglich auch von ‚erfolgreichen Ideologien‘²⁴, die verschiedenen Ausprägungen von Mentalität entsprechen.) Dieser Ansatz ist vor allem interessant, um einerseits die verengte Darstellung von Ideologie als reinem Herrschaftsmechanismus aufzubrechen und andererseits die Paradoxie von langjähriger Stabilität und (abrupter) Revolution in der DDR (vgl. Meuschel 1992: 9) zu erklären. Ein wesentlicher Unterschied zu den ‚überzeugungsbasierenden‘ Funktionen von Ideologie besteht darin, dass auf die Ursachen eines „authentischen Glaubens“ (Becker 2009) hingewiesen werden soll.

Fritze entwickelt einen anthropologischen Ansatz, der den Menschen als Einheit von „Natur-, Gesellschafts- und Vernunftwesen“ (Fritze 1998: 96) begreift. Dem Einzelnen liegen in diesem Konzept verschiedene Bedürfnisse – Foucault spricht bezüglich der gouvernementalen Praktiken in ähnlicher Weise von ‚Begierden‘ (vgl. 2004a: 111f.) – zugrunde, die es zu erfüllen gilt, um eine ausbalancierte und zufriedene Existenz zu ermöglichen. Fritze fasst diese Bedürfnisse in drei Punkten zusammen: eine „klare [weltanschauliche, d. Verf.] Überzeugung“, eine gesicherte „Reproduktion der Existenzbedingungen“, sowie eine „vertrauensvolle Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft“ (Fritze 1998: 104). In den modernen Gesellschaften wurde aber durch die Erosion tradierter sozialer und kultureller Bindungen, wie Religion oder Familie, eine Wertekrise eingeleitet, die unter anderem zu Individualisierungstendenzen und zur Pluralisierung der Lebensläufe führte bzw. in diesen Entwicklungen ihre Ursache hatte; die Befriedigung fundamentaler menschlicher Bedürfnisse wird in diesen Gesellschaften nicht mehr ‚automatisch‘ gewährleistet. Hier greift Fritze die Ideen und Ideologien von Weltanschauungsdiktaturen, wie dem Nationalsozialismus oder dem ‚real-existierenden Sozialismus‘, auf: Sie können dem Einzelnen (wieder) eine Sinngewissheit geben, indem sie eine fixierte Weltanschauung anbieten – oder auch aufzwingen. Der politische Erfolg von totalitären Systemen und deren Ideologien wird nach Fritze „dann plausibel erklärbar [...], wenn angenommen wird, daß die in Rede stehenden Systeme in der Lage sind oder waren, ‚echte‘ menschliche Bedürfnisse zu befriedigen [...]“ (ebd. 96). Grundlegende Bedingung für Identifikationsmöglichkeiten ist die Präsentation von „einfache[n] und zugleich vollständige[n] Antworten“ (ebd. 107), die einen „psychologischen Stabilisierungseffekt“ (Weber/Lange

²⁴ „Erfolgreiche Ideologien sind selbstverständlich ihrerseits kollektive Verhaltensformen, in denen sich Mentalitäten ausdrücken. Ihre Überzeugungskraft besteht eben darin, daß sie auf eine bereits bestehende Mentalität zugeschnitten sind“ (Sellin 1985: 586).

1995: 2038) bieten. Ein politisches System, das auf solchen Ideen aufbaut, wird zum sozialen und psychologischen Sinnstifter; politische Organisation wird dadurch auch zu einer sozialen und psychologischen Organisation. Aus der Wirkungsmacht der Ideologie ist aber weder zu schließen, „[...] daß eine Akzeptanz durch die betroffenen Menschen unecht, das heißt: *nur* vorgetäuscht, noch, daß sie zwanghaft, also durch Überredung oder Indoktrination, erzeugt sein *müßte*“ (Fritze 1998: 110, Hervorheb. i. O.). Im Zusammenhang von Ideologie *als* sozialer Technik und Praxis führt Fritze verschiedene Faktoren an, die ein Identifikationspotential eröffnen und steigern können:

So wird etwa die Gemeinschaft in den Vordergrund gestellt – im ML vor allem durch die Akzentuierung des sog. Kollektivismus. Gesellschaftliche Ziele, die jeden Einzelnen ‚anrufen‘ (Althusser), werden artikuliert; deren Erfüll- und Realisierbarkeit bleibt aber meist schwer nachweisbar, wie etwa das (utopische) Ziel des Kommunismus als höchste Gesellschaftsformation. Grundsätzlich werden Bedürfnisse angesprochen, die zu großen Teilen auf sozialer Ebene umgesetzt werden; hier vor allem durch Integration. Diesbezüglich wurde weiten Teilen der Gesellschaft die Möglichkeit gegeben an der Herrschaftsausübung zu partizipieren²⁵: Einerseits war der Machtapparat der DDR strikt hierarchisch bzw. pyramidal aufgebaut, andererseits bestand die Möglichkeit durch Partizipation im politischen Prozess, etwa durch die Ausübung eines Funktionärspostens, „Repräsentant dieser Macht“ (ebd. 112) zu sein und sich damit politisch-ideologisch zu integrieren. Damit konnte sich der Einzelne vom Status des passiven politisch-ideologischen ‚Adressaten‘ und ‚Empfängers‘ emanzipieren. Weiters hebt Fritze den Aspekt der Desintegration hervor: Durch die Homogenisierung von ideologischen Ansichten und Werten werden Feinde etabliert. Nach Fritze ist dieser Faktor „in doppelter Hinsicht [...] systemstabilisierend: Zum einen stiftet die Ausgrenzung von Nicht-Dazugehörigen Identität bei den Dazugehörigen. Zum anderen sind die Ausgegrenzten ein Symbol des möglichen Schicksals der Noch-Dazugehörigen und repräsentieren als solche die Drohung, sich dem Konformitätsdruck zu beugen“ (ebd. 114).

Hinsichtlich des Aspekts der sozialen Praxis kann also konstatiert werden, dass Ideologie nicht ausschließlich als Technik der psychologischen und sozialen Repression zu bewerten ist, sondern Möglichkeiten der Identifikation angeboten hat, die sich im Zuge der dargelegten anthropologischen Perspektive eröffnen. Ideologien können den Suggestivcharakter von Weltanschauungsdiktaturen und deren Stabilität erklären helfen. Die Anziehungskraft von Ideologien wie dem ML beruht, nach Fritze, grundlegend „auf ihrer sozialen Funktion, nämlich solche Bedürfnisse zu befriedigen, deren Befriedigung in säkularen, in liberalen, in offenen Gesellschaften – zumindest in bestimmter Hinsicht – defizitär bleiben“ (ebd. 119).

²⁵ Vielfach aber war dieses ‚Angebot‘ aber auch Pflicht oder – wie in der Jugendpolitik – ‚persönlicher Auftrag‘ (vgl. Dennhardt 1991: 32).

Auch in dieser Perspektive eröffnet sich die Ideologie als eine gouvernementale Praxis: Indem Ideologie also zum Teil die Funktion eines Sinnstifters übernimmt, offenbart sie eine positive Funktion, die alle Machtprozesse – mehr oder weniger stark ausgeprägt – vereint: „Sie [die Machtprozesse, d. Verf.] ermöglichen individuelle und kollektive Erfahrungen und bringen neue Wissensformen hervor“ (Lemke 2005: 328).

2.3.2.1 Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) im Kontext der sozialen Praxis von Ideologie

„Klar, daß ab einem gewissen Alter viele den Laden von sich aus satt haben, dem Eingezwängtsein in ein fremdbestimmtes WIR ein autonomes WIR und ICH entgegensetzen wollen. Man versucht, sich der ideologischen Übersättigung, dem politischen Unfehlbarkeitsanspruch der staatlichen Organisationen zu entziehen. Freizeit spielt sich da mehr und mehr außerhalb der öffentlichen Institutionen ab, Jugendliche finden sich in Cliquen zusammen; die Anziehungskraft von Beatles, Stones und Lindenberg und der Drang zu ungefilterten Informationen sind größer als der doktrinaire Anspruch der Partei, durch organisierte Geselligkeit eine im Sinne der SED allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit heranzuziehen. Folge dieses Widerspruchs, den jeder Jugendliche auch in sich selbst trägt, ist, daß das Interesse an den immer wiedergekäuten Formeln des Marxismus-Leninismus gering ist, die FDJ viel zu wenig ernst genommen wird. Manche machen ihrem Unmut in Form von Prügeleien, Diebstählen, Einbrüchen usw. Luft, und trotz harter Jugendstrafen steigt die Kriminalität.“ (Haase/Reese/Wensierski 1983: 62 f., Hervorheb. d. Verf.)

Die FDJ nahm bei jugendpolitischen Maßnahmen die koordinierende und ausführende Rolle ein und fungierte als Transmissionsriemen zwischen der SED und der DDR-Jugend. War sie 1946 noch überparteilich als ‚antifaschistische‘ Gruppe organisiert worden (vgl. Mählert/Stephan 1996: 49 ff.), wandelte sich ihre Funktion in den Folgejahren zu einer sogenannten Massenorganisation, die administrativ und ideologisch eng an den politischen Apparat der DDR gebunden war. Die FDJ hatte als einzige zugelassene Jugendorganisation in der DDR eine Monopolstellung, die ihr einen enormen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Einfluss einbrachte (vgl. Hille 1988). Mit der expliziten Bindung an die SED, die sich auch personell niederschlug (u.a. mit Erich Honecker, Egon Krenz und der Funktion als Kaderreserve der SED), bzw. der Anerkennung des alleinigen Führungsanspruches der SED übernahm die FDJ ebenso die ideologischen Leitlinien des ML. Die Vermittlung von Ideologie an die Jugend der DDR stand neben anderen Aufgaben im Zentrum der Jugendorganisation. So definierte Paul Verner, ein Mitbegründer der FDJ, bereits Ende der 1940er die grundlegenden Aufgabengebiete:

„Die Jugendpolitik unserer Partei und der Freien Deutschen Jugend [FDJ, d. Verf.] muß sich in drei Richtungen bewegen, wenn Demokratie und Fortschritt eine noch wesentlich breitere Basis

in der Jugend finden sollen. Einmal in der Richtung der politischen Aufklärung und Erziehung, zweitens in der Richtung der stärkeren Einbeziehung der Jugend für die Lösung der Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus [...]. Drittens in der Richtung der wesentlich breiteren Entfaltung der Kulturellen Tätigkeit [...].“ (Paul Verner, zit. n. Mählert/Stephan 1996: 62 f.)

Diese allgemeinen Schwerpunkte hatten bis zum Ende der DDR Priorität. Hervorzuheben ist neben der Vermittlung des ML die wirtschaftliche Funktion, die von der FDJ zu erfüllen war (vgl. Dennhardt 1992: 33). In den sog. Jugendobjekten, d.h. „exakt meß- und abrechenbare[n], zeitlich begrenzte[n] Aufgabe[n], die einem Jugendkollektiv zur eigenverantwortlichen Lösung übertragen“ (vgl. Ebert et al. 1975: 124) wurden, setzte man die Jugendorganisation für Bauprojekte verschiedener Größenordnungen ein. Einerseits um die Jugend als Ressource von Arbeitskräften zu aktivieren und andererseits „als wirksames Mittel zur sozialistischen Erziehung der jungen Generation“ (Ebert et al. 1975: 124) und damit – propagandistisch gewendet – als Beweis des Vertrauens, das die DDR-Führungsriege gegenüber der Jugend hatte. Der Arbeitsplatz der jungen (und berufstätigen) Generation wurde vor allem in der Ära Honecker – ideologisch überhöht – als Kampfplatz dargestellt und die Jugend vermehrt in die nationalen wirtschaftlichen Aufgaben miteinbezogen (vgl. Dennhardt 1991: 33). Die Ideologie des ML, insbesondere ihr Vokabular, wurde deutlich in eine soziale und gesellschaftliche Praxis übersetzt. Ein weiteres Merkmal nicht allein der FDJ, sondern der SED-Jugendpolitik allgemein, war die Militarisierung der Jugend analog zum „hochaggregierten Begriff“ (Pappert 2003: 76) des Kampfes: Die FDJ betonte ihre Unterstützung des Wehrdienstes und propagierte einen Beitritt zur Gesellschaft für Sport und Technik (GST), die sich durch einen paramilitärischen Charakter kennzeichnete. Diese Tendenz markiert einen wichtigen Bestandteil der ab Anfang der 1970er Jahre forcierten politischen Erziehung (vgl. Hille 1988: 457). Politisch-ideologische Pädagogik kann also keineswegs auf die Vermittlung des ML reduziert werden, sondern folgte dem Konzept des Menschen als einer biopsychosozialen Einheit, deren höchste politisch-ideologische Ausprägung durch die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ erreicht wird (vgl. Brenner 2002). Diesen hier sehr weit gefassten Aufträgen wurde der Anspruch übergeordnet, die gesamte DDR-Jugend im Einflussbereich der FDJ zu bündeln. Zeitlich gesehen deutete sich eine Intensivierung der politisch-ideologischen Einflussnahme im Jugendgesetz von 1974 an, in dem etwa die Kompetenzen der FDJ entscheidend erweitert wurden (vgl. JG 1974); so wurde etwa die FDJ stärker in die schulischen Aktivitäten bzw. in die Freizeit implementiert. (vgl. zum DDR-Jugendgesetz Kap. 3)

Ideologievermittlung und politisch-ideologische Indoktrination durch die FDJ kann anhand zweier Aspekte beurteilt werden, die jeweils im Kontext einer ganzheitlichen Integration (mit Blickrichtung auf die ‚sozialistische Persönlichkeit‘) zu verstehen sind: (1) einem *qualitativen*

(d.h. was wird vermittelt) und (2) einem *quantitativen Aspekt* (d.h. wie und in welchem Ausmaß werden die ideologischen Inhalte vermittelt).

(1) Die ideologischen Inhalte, die durch die FDJ propagiert wurden, waren seit dem Ausschluss aller „antisowjetischen Elemente“ (Erich Honecker, zit. n. Hille 1996: 210) Ende der 1940er Jahre von der ideologischen Linie der SED diktiert und damit vom ML geprägt worden: „Die FDJ organisiert die Aneignung der wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus durch die Jugend [...].“ (Ebert et al. 1975:77) Nachdem der ML theoriegeschichtlich aber keine konsistente Form hatte, d.h. seine Auslegung und praktische Instrumentierung immer an die jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten gekoppelt war, unterlag er inhaltlichen Veränderungen und „musste für jede Epoche unter Beachtung der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse neu bestimmt werden“ (Bunke 2005: 26) – wenngleich mit konstanten Tendenzen (zum Beispiel dem Freund-Feind-Schema, der Hervorhebung der Rolle der Jugend im Aufbau des Sozialismus etc.). Die Grundausrichtung der politisch-ideologischen Erziehung, nicht einzig innerhalb der FDJ, folgte – spätestens seit der Verankerung im Bildungsgesetz von 1965 – konsequent dem Ideal der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘: Diese habe ein gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein, eine Ausrichtung zur Kollektivität und eine wissenschaftliche Weltanschauung in sich zu vereinen (vgl. Margedant 1996: 559 f.). Tatsächlich orientierte sich die Entwicklung des Leitbildes aber „an ökonomischen und sozialen Problemen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR“ (Bunke 2005: 31) und wird am präzisesten im DDR-Jugendgesetz von 1974, das bis zum Zusammenbruch der DDR Bestand hatte, geschildert. Insofern ist die konkrete, ideologisch fundierte ‚Normation‘ der Jugend in erster Linie dem unmittelbaren politischen und wirtschaftlichen Bedarf geschuldet (vgl. dazu insbesondere die Untersuchung des Jugendgesetzes in Kap. 3).

(2) Zum quantitativen Aspekt wird in der jugendsoziologischen Publikation ‚Jugend Weltanschauung Aktivität‘ (1980) konstatiert, dass

„gute Propagandisten wissen, daß das Wissen darüber, was in das Zentrum der ideologischen Arbeit gestellt werden muß, allein nicht ausreicht, sondern daß die Art und Weise der Vermittlung zu einem großen Teil über die Effektivität entscheidet.“ (Förster 1980: 87)

Wie bei allen DDR-Massenorganisationen lag die Hauptaufgabe in der „Kontrolle und Integration der Gesellschaft, wobei dem Ziel der Kontrolle die eindeutige Priorität [...]“ (Süss 1989: 158) zukam. In der gezielten politisch-ideologischen Durchdringung möglichst weiter Teile der Jugend manifestierte sich ein wesentliches Charakteristikum der FDJ und ein wesentlicher Gesichtspunkt von Ideologie und deren sozialer Praxis. Konsequenterweise

muss aber hinzugefügt werden, dass die Ideologievermittlung und politische Erziehung in erster Linie von der Schule getragen wurde – vor allem durch Fächer wie der Staatsbürgerkunde (vgl. dazu Grammes/Schluß/Vogler 2006) oder (ab 1978) dem Wehrkundeunterricht. Neben der Einwirkung in den Schulalltag oblag es der FDJ in erster Linie die Jugend in der Freizeit zu erreichen bzw. diese Sphäre politisch einzugliedern und dem gesellschaftspolitischen Anspruch folgend „die gesamte Jugend für die Stärkung der DDR“ (Ebert et al. 1975: 76) zu organisieren und zu integrieren. Der Großteil der Freizeitaktivitäten (wie Diskotheken, Nutzung von Sportplätzen und Reisen) wurde von der FDJ geleitet. Man konnte damit sicherstellen, dass die Freizeit – wie es emphatisch proklamiert wurde – ‚sinnvoll‘, also politisch organisiert gestaltet wird. Dieses Bemühen wurde auch von der offiziellen Jugendpolitik vertreten. Das *Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik* vermerkt, dass es „für die sozialistische Jugendorganisation vor allem darum [geht], auch auf diesem Gebiet als Interessenvertreter jedes jungen Menschen der DDR wirksam zu werden und den Einfluß der FDJ auf die Freizeitgestaltung weiter zu erhöhen“ (Ebert et al. 1975: 81). Dem Anspruch der möglichst umfangreichen, politisch-ideologischen Integration wurde 1988 – also kurz vor der ‚Wende‘ – durch die Mitgliedschaft von 89 % der DDR-Jugendlichen entsprochen; Anfang der 1970er Jahre waren es zumindest über 60 %. Diese hohen Zahlen sind aber nicht vordergründig als Auswirkung einer erfolgreichen Indoktrination oder als Beweis eines ‚authentischen Glaubens‘ an den ML zu werten. Vielmehr kam es zu diesem deutlichen Zuspruch, weil „an der Jugendorganisation FDJ [...] kein Jugendlicher vorbei [kam, d. Verf.], der sich nicht seine schulischen und beruflichen Chancen verstellen wollte. Mitgliedschaft in der FDJ und nachweisliches Engagement waren wichtige Voraussetzungen für die Auswahl zur Erweiterten Oberschule (EOS) und zum Abitur sowie zum Studium“ (Hille 1996: 211). Mitte der 1970er Jahre fand diese Praxis sogar Eingang in das Jugendgesetz: „Die Leitungen der Freien Deutschen Jugend sind berechtigt, über die Zulassung zum Studium mitzuentcheiden“ (§ 22 Abs. 2 JG 1974). Der hohe Organisationsgrad war also nicht ausschließlich das Resultat der politisch-ideologischen Indoktrination, versicherte aber dennoch eine stete Einflussnahme auf die junge Generation.

2.3.3 Ideologie und Ideologiebegriff im philosophischen Diskurs

Der Ideologiebegriff des philosophischen Diskurses blieb weitgehend unangetastet von den Entwicklungen der konsolidierten Sekundärideologie des Herrschaftsdiskurses. Eine im Ansatz offene Debatte über den Ideologiebegriff beschränkte sich auf das Ende der 1960er Jahre und war „mit der vollständigen Etablierung der realsozialistischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der DDR“ (Rauh 1992: 115) Anfang der 1970er bereits beendet. Über die gesamte DDR-Geschichte hinweg waren die Bemühungen um eine begriffstheoretische Fixierung des Ideologiebegriffs vom ‚Diskursgefängnis‘, das der

Herrschaftsdiskurs etablierte und strikt regulierte, geprägt; der Ideologiebegriff war damit selbst ideologisch fundiert und theoretisch auffallend eindimensional. In der zeitgenössischen westdeutschen Forschung wurde diesbezüglich – äußerst milde – von einer „methodologische[n] Unschärfe“ (Ludz 1977: 28) gesprochen. Hans-Christoph Rauh, der selbst Philosoph in der DDR war, resümiert „wie unoriginell und bedeutungslos sich im Nachhinein unsere vormalige philosophische Beschäftigung mit dem Ideologieproblem erweist“ (Rauh 1992: 107). Das Potenzial einer freien Diskussion innerhalb des philosophischen Diskurses bestand ohnehin nur dann, wenn

„größere Interpretationsräume keinen politischen Flurschaden anrichteten, [dennoch, d. Verf.] spielte dies außerhalb des engeren philosophischen Bezugsrahmens keine Rolle bei der Verbreitung weltanschaulicher Grundmuster. Hier hatte die Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Sprach- und Weltbildes der marxistisch-leninistischen Philosophie den Vorrang vor der Differenziertheit.“ (Kapferer 1998: 25)

Man kann also annehmen, dass eine offene Debatte über den Ideologiebegriff politisch als zu gefährlich eingestuft wurde. Deshalb musste man sich im „Machtrevier“ (Kuppe 1995: 1379) Ideologietheorie auf eine offizielle und normative Definition beschränken. Prägend wurde dadurch eine Begriffsbestimmung, die sich mittels einer perfektionierten Zitatologie auf die Klassiker Marx, Engels und Lenin stützte – ohne aber inhaltlich bei den genannten Theoretikern anzuknüpfen. So lassen sich die Umriss des Ideologiebegriffs auf die folgenden Aspekte reduzieren: Im Rekurs auf Marx/Engels wird etwa das Basis-Überbau-Modell beschworen. Ideologie, als geistiger Überbau, bringe „bestimmte Klasseninteressen zum Ausdruck“ und sei „darauf gerichtet [...], das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen in deren Sinne zu beeinflussen [...]“ (Buhr/Kosing 1979: 158). Darin wird einerseits ein bereits besprochenes Kernstück der Marx/Engelsschen Ideologiekritik angedeutet. Andererseits wird angenommen, dass die marxistisch-leninistische Partei, also die SED, über die richtige Ideologie verfüge: Damit wird der ursprünglich ideologiekritische Aspekt auf den Kopf gestellt und der Überbau- bzw. Ideologiebegriff positiv konnotiert. Dass alle Aspekte des Ideologiebegriffs einseitig durch den ML und seine drei Hauptelemente (Diamat/Histomat, Politische Ökonomie und Wissenschaftlicher Sozialismus) geprägt sind, entspricht sowohl der gängigen Definition, als auch dem eigenen theoretischen Anspruch (vgl. ebd. 159). Weiters wird auf das ‚ideologiekritische‘ Konzept von Lenin verwiesen, welches Selbstkritik, d.h. eine Kritik des Sozialismus, apodiktisch ausschließt. Lenin war es schließlich auch, der als erster den Ideologiebegriff positiv auffasste und mit dem Überbau gleichsetzte. Ideologiekritik war auf den „Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus“ (ebd. 159) beschränkt; ein ‚Mittelding‘ konnte es schließlich im Zuge der oft strapazierten ‚Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes‘ nicht mehr geben. Diese

Definition hatte mit Beginn der 1970er Jahre bis zum Ende der DDR einen offiziellen Charakter und unterlag keinen wesentlichen Veränderungen mehr.

Die Rezeption und Auseinandersetzung mit der westlichen Ideologietheorie war bereits mit der Etablierung des ML als Staatsideologie (Ende der 1940er) sehr gering (vgl. dazu Rauh 1992; ders. 2005). Ein kurzer Einschnitt, auf den hier kurz eingegangen werden soll, war etwa der XVI. Kongress der Philosophie in Wien, an dem erstmals Philosophen aus der DDR teilnahmen. In erster Linie widmeten sich die Ideologietheoretiker aus der DDR dem überkommenen, von Lenin geprägten Thema der ‚ideologischen Auseinandersetzung‘. Abgesehen von solchen klassischen Begriffsauslegungen erhielt die Diskussion eine flüchtige Wende, indem man die Ideologietheorie mit der ‚marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie‘ verband (vgl. Rauh 1992: 114); Erich Hahn (vgl. 1969) folgend wird im marxistisch-leninistischen Ideologiebegriff eine Auflösung zwischen der Dichotomie von Ideologie und Wissenschaft – Ideologie selbst sei schließlich bereits wissenschaftlich fundiert – angestrebt, die zeitgleich in der westlichen Wissenssoziologie, im Gefolge von Karl Mannheim, noch zentraler Bestandteil der theoretischen Auseinandersetzungen war. Die ‚objektiven‘ und ‚wahren‘ Gegebenheiten sollten sich, laut Hahn, in der Ideologie einschreiben. Diese neuen und bald auch wieder obsolet gewordenen Ansichten waren ihrerseits vom ML und dem Dogma der ‚einzig‘ wissenschaftlichen Ideologie fundiert. Mit Jürgen Schliwa, einem weiteren Proponenten dieser Diskussion, deutet sich kurzzeitig eine Konzeption des Ideologiebegriffs an, die, entgegen aller anderen theoretischen Äußerungen vor und nach ihm, zumindest im Ansatz in Richtung einer konsolidierten Sekundär-ideologie wies und damit den Funktionen von Ideologie im DDR-Herrschaftsdiskurs gerecht geworden wäre. In seinem Aufsatz *Der marxistische Begriff der Ideologie und das Wesen und die Funktion der sozialistischen Ideologie* (1968) argumentiert er relativ offen, dass es „auch nicht gerechtfertigt zu sein [scheint, d. Verf.], die Frage nach der Wahrheit oder Falschheit einer Ideologie zu stellen bzw. von wahrer Ideologie zu sprechen“ (Schliwa 1968: 1037). Wie gesagt sticht hier die Nähe zur konsolidierten Sekundär-ideologie ins Auge: Schliwa folgend sei der Ideologie der „Wille zur Wahrheit“ (Foucault 1973) immanent, womit sich die Frage nach der Wahrheit der Aussage gar nicht stelle. Nicht mehr etwas außerhalb des (ideologischen) Diskurses stehendes definiert die Wahrheit der Ideologie, sondern der Diskurs legt allein durch seine Materialität fest, dass er wahr ist. Foucault hat dazu bemerkt, dass „[...] die höchste Wahrheit nicht mehr in dem [liegt], was der Diskurs *war*, oder in dem, was er *tat*, sie lag in dem, was er *sagte*“ (Foucault 1973: 14, Hervorheb. i. O.). Auch Schliwas Ansatz musste aufgrund der Angst vor etwaigen ‚Flurschäden‘ ohne Auswirkung bleiben. Der Ideologiebegriff war damit auf die erläuterte Definition aus dem *Kleinen Philosophischen Wörterbuch* reduziert; ein analytischer oder ideologiekritischer Ansatz

konnte sich nicht entwickeln (vgl. dazu insbesondere Rauh 1992). Mit der Etablierung und Fixierung dieser statischen Begriffsbestimmung geht auch das Desinteresse an der (öffentlichen) ideologischen Auseinandersetzung einher: „Wer die Bücher lesen wollte, der konnte sie lesen“, stellt Manfred Buhr [ein führender DDR-Philosoph und Ideologietheoretiker, d. Verf.] fest. Aber niemand wollte. Die DDR war – verrückt genug – längst eine Praxis ohne Theorie“ (Dill 1992).

3 Kommunikation - Herrschaftsdiskurs - Medienkultur

„Deswegen haben diese Führungen der kommunistischen Länder so viel Kraft und Energie in die Gestaltung und Aufrechterhaltung der Sprache der offiziellen Ideologie investiert und wurden durch minimale Abweichungen von dieser Sprache so tief irritiert. Sie wußten nämlich, daß sie außer der Sprache eigentlich nichts besitzen – und daß, wenn sie die Kontrolle über die Sprache verlieren, sie alles verlieren werden.“ (Groys 2006: 12)

„Die Macht spricht, und das ist die Regel.“ (Foucault 1977: 85)

Die terminologische Konzeptualisierung des DDR-Herrschaftssystems als „Fürsorgediktatur“ (vgl. Jarausch 1998) schärft die Wahrnehmung für Macht- und Herrschaftsbeziehungen, die nicht ausschließlich auf einem repressiven oder ideologischen Staatsapparat (RSA/ISA) basieren konnten, sondern „Systeme der Beherrschung“ (Foucault 1973: 8) entwickeln mussten, die – wie bisher bereits mehrfach erläutert wurde – unterschwellig wirksam wurden. Der Zeithistoriker Konrad Jarausch resümiert dahingehend, dass „sich die Strategie der SED in den sechziger Jahren von auf Gewalt basierender Einschüchterung verlagern [musste, d. Verf.] auf subtilere Formen der Machtausübung, wie die Etablierung eines eigenen Herrschaftsdiskurses [...]“ (Jarausch 1998: 44). Dieser Aspekt der politischen Herrschaftsausübung, der etwa auch als ‚symbolische Gewalt‘ (Pierre Bourdieu) bezeichnet werden kann, markiert die Grundlage für die vorangegangene Auseinandersetzung mit Ideologie in der DDR und wurde hinsichtlich des Wirkens und der Funktionalität derselben weitläufig diskutiert. Was bisher aber unbeachtet geblieben ist und in der für diese Arbeit impulsgebenden Totalitarismusforschung nur am Rande thematisiert wird (vgl. dazu etwa Becker 2009), ist ein prägender Aspekt des Herrschaftsdiskurses: *Sprache und (mediatisierte) Kommunikation*. Im Folgenden soll in einem ersten Schritt anhand der systematischen Regulierung von Sprache und Kommunikation – unter der Anleitung des Herrschaftsdiskurses – auf eine zentrale, kommunikationsbasierte Regierungstechnologie hingewiesen werden: der strategischen Rationalisierung einer real-sozialistischen Sprach- und Kommunikationskultur; dieses kommunikationswissenschaftlich fundierte Modell, das auf Erkenntnisse der politischen Linguistik zurückgreift, wird in einem zweiten Schritt auf das staatliche Informationsdispositiv der DDR angewandt. Dieser Abschnitt wird sich den Zusammenhängen der sozialistischen Medienkultur widmen und zeigen, dass der Versuch, alternative Medienkulturen und Programmstrukturen zu überwinden, nicht umgesetzt werden

konnte, da auch in der DDR eine „Pluralisierung der Kontextfelder“ (Hepp 2010: 70) zu beobachten war: Diese Pluralisierung zeichnete sich insbesondere ab Anfang der 1970er durch den immer stärker werdenden Einfluss von Programmen der ‚Westmedien‘, v.a. des Fernsehens, ab. Und genauso wie Andreas Hepp bezüglich der Mediatisierung von Kultur in der Gegenwart spricht, muss auch für die DDR vorausgesetzt werden, dass der „alleinige Fokus auf einen national-territorialen Kommunikationsraum zu kurz greift“ (Hepp 2010: 73). Durch die sog. Kommunikationsnetzwerke, welche sich durch die Verbindung von verschiedenen mediatisierten Welten und Kulturen und deren jeweiligen Bedeutungsressourcen kennzeichnen, waren die Mediennutzer in der DDR in der Lage, aus verschiedenen medialen Kommunikationsangeboten eine „Identitätsbricolage“ (ebd. 72) zu konstruieren: Abwechselnd bediente man sich bei den Medien der DDR und bei jenen der BRD, was schließlich zur wirkungsmäßigen ‚Untergrabung‘ des Informationsdispositivs führte. Letztlich muss die Annahme von Gerhards/Neidhardt vertreten werden, dass in totalitären politischen Systemen, die über keine differenzierte Öffentlichkeit verfügen, aufgrund der „politisch inszenierte Öffentlichkeit allenfalls eine Encounter-Öffentlichkeit“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 51) vorhanden war: Deshalb kam es auch dazu kam, dass Problemstellungen der Öffentlichkeit, wie etwa die Unzufriedenheit mit dem Herrschaftsapparat, zunehmend reprivatisiert wurden (vgl. Müller-Dohm 1991).

3.1 Sprache und Herrschaftsdiskurs

Sprache ermöglicht der Ideologie – vor allem in Gestalt einer konsolidierten Sekundärideologie – eine mediale (Re-)Präsentation und gibt ihr eine materielle Erscheinung; ohne Sprache ist eine konsolidierte Sekundärideologie schlicht nicht kommunizierbar, sie ist Teil der Medialität von Ideologie. Natürlich kann der in dieser Arbeit definierte Herrschaftsdiskurs, der sich der Ideologie ‚bedient‘ und sie als Diskursstrang integriert, nicht auf Sprache reduziert werden, wie auch Michel Foucault bezüglich der Materialität des Diskurses betont: „[...] der Diskurs – dies lehrt uns immer wieder die Geschichte – ist auch nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht“ (Foucault 1973: 8). Der (Herrschafts-)Diskurs wird zwar nicht einzig sprachlich getragen – wenngleich er auf eine Form der Medialität zum Zweck der Kommunikation angewiesen ist (vgl. Dreesen/Kumięga/Spiess 2011) –, er setzt jedoch „die Aussage in den Mittelpunkt“ (Lemke 2005: 322) der Analyse des materiellen ‚Symbolhandelns‘. Damit stellt sich vielmehr die folgende Frage: *Womit* und *worauf* wirkt der Herrschaftsdiskurs *sprachlich-kommunikativ*, wenn er bei seiner Produktion „zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird“ (Foucault 1973: 7). Die Frage lässt sich in soziolinguistischer und

kommunikationstheoretischer Hinsicht klar beantworten: Der Herrschaftsdiskurs, dessen Materialität eben nicht nur, aber auch durch Sprache manifest wird, wirkt *durch* eine gezielte und ‚objektivierte‘ Sprachregelung *auf* die Sprache; die normierte Sprache soll in die Sprach- und Kommunikationskompetenz der gesamten Gesellschaft ‚eingepflanzt‘ werden und eine umfassende Integration in alle sprachlich-kommunikativen Diskurse erreichen. Sabrow folgend rekurriert der Begriff des Herrschaftsdiskurses schließlich auch auf „die sprachliche Vermittlung zwischen dem diktatorischen Gestaltungsanspruch der sozialistischen Herrschaft und den ihm unterworfenen Menschen“ (Sabrow 2000: 16 f.) und zielt damit auf eine sprachlich-kommunikative Regulierung im bzw. durch das Feld der politischen Macht. Der Herrschaftsdiskurs erzeugt in seiner Funktion als Sprachregulativ die bereits angesprochene ‚objektive Wirklichkeitsordnung‘, die die ‚subjektive Wirklichkeitsordnung‘ kanalisieren will (vgl. ebd. 13). Harold D. Lasswell, ein zentraler Theoretiker der politischen Linguistik, betont, dass Sprache immer mit Macht in Verbindung steht, „since the indexes of power may be largely verbal“ (Lasswell 1965: 18). Der Neo-Marxist Althusser erweitert Lasswells Verständnis von der Verbindung von Sprache und Macht um einen wesentlichen Aspekt, wenn er sagt, dass „das Spiel der ideologischen Effekte in jeder Kommunikation (discours) zu begreifen“ (Althusser 2010: 27) ist. Damit kann festgehalten werden, dass der Herrschaftsdiskurs – und mit ihm die Ideologie als Diskursstrang – jeden sprachlich-kommunikativen Diskurs betrifft; sprachwissenschaftlich ausgedrückt bedeutet dies, dass die (gesteuerte) *langue* die *langage* zu okkupieren und zu überlagern versucht.

In Bezug auf die sozialistischen und kommunistischen Länder vertritt der Philosoph und Medientheoretiker Boris Groys (2006) eine ähnliche Auffassung: Er bezeichnet Sprache als zentrales Element der politischen und gesellschaftlichen Praxis totalitärer Staaten, die den ‚platonischen Traum‘, wonach der Führungsanspruch des Herrschenden durch seine philosophische und intellektuelle Überlegenheit legitimiert wird, teilweise – sicherlich aber verzerrt – umsetzen. Wesentlich ist aber, dass im Unterschied zum Ideal des Philosophenstaates im Sozialismus/Kommunismus „nicht nur die regierende Schicht gezwungen“ (Groys 2006: 58) war sich über die Philosophie zu legitimieren bzw. diese zu beherrschen, sondern „jeder einzelne [war] dazu verpflichtet [...] ein Philosoph zu sein“ (ebd. 58); somit stand jeder in der Pflicht Träger der herrschenden Philosophie/Ideologie, vielmehr aber des Herrschaftsdiskurses und seiner sprachlich-kommunikativen Formationen zu sein. Darin kommt die für jede Diskussion von Sprache und Kommunikation in der DDR wesentliche Annahme zum Ausdruck, dass es durch eine „ausgeprägte sprachliche Vernetzung“ (Fraas/Steyer 1992: 174) des öffentlichen, halb-öffentlichen und privat-zwischenmenschlichen Diskurses zu einer Vermischung der sprachlich-kommunikativen Sinnkonstruktionen (der jeweiligen Diskurse) kam. Essentiell ist dabei die Annahme, dass

der Herrschaftsdiskurs allen genannten sprachlich-kommunikativen Diskursen *übergeordnet* war und gleichzeitig – aber mit unterschiedlichem Einfluss – auf diese einwirkte. Zu berücksichtigen bleibt, dass der Herrschaftsdiskurs – im Sinne eines sprachlich-kommunikativen Regulativs – natürlich auf die öffentliche Sprache bzw. den öffentlichen Diskurs die stärkste Wirkung ausübte; Herrschaftsdiskurs und öffentlicher Diskurs dürfen aber, wie bereits erwähnt, keineswegs gleichgesetzt werden, wenngleich sie sich großteils überlagerten. ‚Nach unten‘ hin, d.h. innerhalb des halb-öffentlichen und privat-zwischenmenschlichen Diskurses, verlor die durch den ML fundierte Sprache des Herrschaftsdiskurses gezwungenermaßen einen Teil ihrer Wirkung. Schließlich kommt man im Schnittpunkt von Herrschafts-/Diskurs, Kommunikation und Macht zu einer grundlegenden These der aktuellen politischen und zeithistorischen Linguistik:

„[...] von entscheidender Bedeutung ist, ob es dem so strukturierten [totalitären, d. Verf.] System gelingt, einen Großteil der Bevölkerung in den Herrschaftsdiskurs zu integrieren, zumal dies die Voraussetzung dafür ist, das politische System unter dem Deckmantel sprachlicher Sinnkonstruktion zu legitimieren.“ (Pappert 2003: 92)

Bisher wurde also darauf hingewiesen, dass der Herrschaftsdiskurs die Sprache der ihm untergeordneten Diskurse zu regulieren und zu integrieren versuchte. Als Konsequenz des hier vollzogenen *linguistic* bzw. *communicative turns* stellt sich nun aber die Frage, worin einerseits der Zweck (und ferner das *Interesse an*) dieser sprachlich-kommunikativen Regulierung liegt und andererseits welche Methoden angewandt werden, um diese Zwecke zu erreichen. Lasswell attestiert diesbezüglich jedem politischen Sprachgebrauch einen (macht-)pragmatischen Ansatz, der sich im sprachlichen Ausdruck – oder *style* – niederschlägt: „Style varies according to the expectations of the communicator about the arrangement of communication elements that will most economically achieve the *optimum power effect*“ (Lasswell 1965: 26, Hervorheb. d. Verf.). Noch deutlicher wird Georg Klaus, ein Philosoph, Kybernetiker und angewandter Linguist in der DDR, der unzweideutig die Aufgabe von Sprache im Kontext der Politik zum Ausdruck bringt:

„Die Sprache der Politik hat letztlich das Ziel, die Verhaltensweise von Menschen zu beeinflussen (zu stabilisieren oder zu ändern). Es soll mit ihrer Hilfe moralisches Verhalten so geändert werden, daß damit den Zielen des Aufbaus des Sozialismus maximal gedient wird.“ (Klaus 1971: 79 f.)

Drei Ebenen lassen sich bezüglich Zweck und Methode der sprachlich-kommunikativen Regulierung und ihres (intendierten) *optimum power effects* ausmachen:

(1) *Inhaltlich-pragmatische Ebene*: Man wollte die ideologischen/ideologisierten Inhalte, d.h. den *purport* (vgl. Lasswell 1965), des Herrschaftsdiskurses durch den „Appell- und

Antizipationscharakter“ (Ludz 1980: 123) bzw. durch die *appellation* (Althusser) wirksam in allen Ebenen der Gesellschaft, d.h. vom öffentlichen bis hin zum privaten Bereich, verankern. Die regulierte Sprache vermittelt in dieser Hinsicht eine „ideologische Anleitung“ (vgl. Meuschel 1992: 232), die bereits in Bezug auf die Funktionen des ML, als auch im Kontext von Ideologie als sozialer Praxis (Fritze 1998; ders. 2004) untersucht wurde. Lasswell weist bezüglich des politisch-ideologischen Inhalts des Herrschaftsdiskurses auf zwei Aspekte hin: Zum einen prägt er den Begriff der *credenda*, der auf die Überzeugungs- und Anleitungsfunktion von Ideologie und Sprache rekurriert: „The credenda of power [...] contain [sic] the reasons which oblige the intellect to give assent to the continuance of authority“ (Lasswell 1965: 10). Und zum anderen erläutert Lasswell mittels des Begriffs der *miranda* das Identifikationspotential, das in der Sprache des Herrschaftsdiskurses liegt:

„The miranda are the symbols of sentiment and identification [...]. They not only arouse emotions indulgent to the social structure, but also heighten awareness of the sharing of these emotions by others, thereby promoting mutual identification and providing a basis for solidarity.“ (Lasswell 1965: 11)

Die inhaltliche Ebene der Sprache des Herrschaftsdiskurses referiert zum großen Teil auf die funktionalen und sozialen Aspekte von Ideologie, die bereits in den vorangegangenen Kapiteln thematisiert wurden.

(2) *Semantische und syntaktische Ebene*: Eine genuin linguistische Methode des Herrschaftsdiskurses ist die Regulierung der Semantik und Syntaktik, d.h. des *style* (vgl. Lasswell 1965), des sprachlichen Zeichens: In dieser Hinsicht sollte auf den *Sprachgebrauch selbst* eingewirkt werden. Die Semantik ist in diesem Zusammenhang – nur kurz skizziert – als die Bedeutung eines einzelnen sprachlichen Zeichens, die Syntaktik als die Bedeutung der Verbindung von mehreren sprachlichen Zeichen zu verstehen. Indem also der Sinngehalt von einzelnen (Wörter/einzelne Begriffe etc.) bzw. von mehreren, miteinander verbundenen sprachlichen Zeichen (Phrasen/Redewendungen etc.) gelenkt wird, sollten diese neuen Bedeutungen in alle, dem Herrschaftsdiskurs untergeordneten, sprachlich-kommunikativen Diskurse integriert werden. Auch der Mentalitätshistoriker Volker Sellin thematisiert diesen Aspekt (wenngleich nicht im Zusammenhang einer diskursiven Machtausübung): „Die Einstellungen zur Arbeit gehen in die Wortbedeutung ein, oder umgekehrt: die gesellschaftlich vermittelte Wortbedeutung prägt die Einstellung“ (1985: 579). Diese Ebene wurde im Zuge der sog. ‚sprachsteuernden Maßnahmen‘, die in diesem Abschnitt noch ausführlicher thematisiert werden, instrumentalisiert.

(3) ‚*Realsymbolische*‘ Ebene: Schließlich muss ein Aspekt Erwähnung finden, der bereits im Zuge der Funktionen des ML angedeutet wurde: Die „Wort,- Sprach- und Symbolmassen“

(Ludz 1980: 9) mit denen der Herrschaftsdiskurs die DDR-Gesellschaft überflutete, diente ebenso der „Real-Symbolisierung der Mächtigkeit des institutionell-personellen Aufgebots“ (Fleischer 1994: 224). Fleischer relativiert die Bedeutung der inhaltlichen und semantisch-syntaktischen Ebenen und betont, dass es weniger um die „Macht des Wortes“ (Fleischer 1994: 224), als vielmehr um die „materielle Gewalt“ (Fleischer 1994: 224) gehe, die die Dominanz des Herrschaftsdiskurses – vor allem innerhalb der DDR-Medien – zum realen Symbol mache.

In der zeithistorischen Forschung wird zum Teil die (polemische) Annahme vertreten, dass der Herrschaftsdiskurs einen „Eingriff in die Selbstbestimmung des Individuums [vollzog]. Zu dessen psychischer Verformung wurde die Sprache als Mittel eingesetzt“ (Bergmann 1999: 20). Diese und analoge Ansichten wurden aber größtenteils relativiert, nachdem sie den Einfluss des Herrschaftsdiskurses (*über* Sprache und Kommunikation) auf die untergeordneten sprachlich-kommunikativen Diskurse tendenziell überdeterminieren; vor allem aber lässt sich die psychologische Wirkung der Sprachregulierung durch den Herrschaftsdiskurs selbst von der Linguistik und Kommunikationswissenschaft nicht exakt nachweisen. Deshalb muss „vor der Gleichsetzung, Sprachlenkung sei Menschenlenkung, gewarnt werden“ (Bergsdorf 1996: 578), wenngleich sich die Auswirkungen der sprachlich-kommunikativen Regulierung nach der Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland teilweise abzeichneten (vgl. Fraas/Steyer 1992: 176).

3.1.1 Sprachlich-kommunikative Diskurstypologie

Es wurde bereits wiederholt auf die Differenzierung verschiedener sprachlich-kommunikativer Diskurse hingewiesen. Diese Unterscheidung konstituiert sich im Wesentlichen durch den Kommunikationskontext, der *grosso modo* zwischen öffentlich und privat einzuordnen ist. Eine entsprechende Diskurstypologie scheint deshalb essentiell, weil sie nicht den gesamten Sprachgebrauch in der DDR als ‚totalitär‘ oder als Teil des Herrschaftsdiskurses generalisiert, sondern ein Verständnis für verschiedene Ebenen der Kommunikation eröffnet, die sich auch einer politisch-ideologischen Einflussnahme entziehen konnten. Dementsprechend ist vorauszusetzen, dass es „eine äußerst heterogene Menge von Sprechern [gab], die in verschiedenen Kontexten unter verschiedenen Bedingungen Äußerungen/Texte produziert/rezipiert haben“ (Fraas/Steyer 1992: 174). Fraas/Steyer erfassen drei sprachlich-kommunikative Diskurse, die, als wesentliches Merkmal des Sprachgebrauchs in der DDR, nicht immer klar abgegrenzt werden können und sich somit durch eine fließende Vernetzung kennzeichnen:

(1) Der *öffentliche Diskurs* manifestierte sich in erster Linie „auf politischen Veranstaltungen wie Kundgebungen, öffentlichen Versammlungen, Parteitag [...] in Form von Reden, Statements, Toasts“ (ebd. 174). Steyer/Fraas stellen fest, dass der öffentliche Diskurs und dessen Prägung durch den Herrschaftsdiskurs „eine fast autarke Kommunikationswelt dar[stellte], die zu keiner Zeit, darüber sind sich die Experten einig, repräsentativ für das Deutsche in der DDR war“ (ebd.). Der öffentliche Diskurs, der in vielen Bereichen durch den Herrschaftsdiskurs (v.a. in den staatlichen Massenmedien) überlagert war, gilt also nicht als Stellvertreter für den gesamten Sprachgebrauch in der DDR; er stellte aber dennoch einen wesentlichen Aspekt für die sprachlich-kommunikative ‚Realität‘ der DDR-Gesellschaft dar. Über Fraas/Steyer hinausgehend sollen hier auch die Medien (Presse/Fernsehen/Radio/Kino etc.) in der DDR dem öffentlichen Diskurs zugeordnet werden: Entsprechend ihrer Einbettung in die jeweiligen politisch-ideologischen Funktionsmechanismen des Mediums selbst und den Erwartungshaltungen der Konsumenten/Rezipienten, die für ein kommerzielles ‚Funktionieren‘ berücksichtigt werden mussten (vor allem im Kino), oszillierten sie zwischen einer starken (v.a. in der Presse) und einer abgeschwächten Besetzung durch den Herrschaftsdiskurs. Vor allem das Kino – im Speziellen der sog. Jugendfilm – ist ein Beispiel dafür, dass der öffentliche Diskurs nicht gleichzusetzen ist mit dem Herrschaftsdiskurs; dort konnten sich durchaus Wege eines „abweichenden Funktionierens“ (Foucault 1973: 27 f.) etablieren.

(2) Der *halb-öffentliche Diskurs* ist hauptsächlich an soziale Räume und Situationen gebunden, in denen die staatliche Einflussnahme abgeschwächt war; so etwa in „Kirchen und Oppositionsgruppen [...] aber auch im kulturellen Bereich, in Parteien, Interessengruppen usw.“ (Fraas/Steyer 1992: 175) Der halb-öffentliche Diskurs war meist eingebettet in einen institutionellen Rahmen, dessen Ausprägung in Abhängigkeit „von der jeweiligen Gruppenstruktur und den jeweiligen kommunikativen Normen“ (ebd.) stand. Dabei bedienten sich die Diskursteilnehmer einer Sprache, die in enger Verbindung mit dem privat-zwischenmenschlichen Diskurs stand und sich somit (tendenziell) von der Sprache des Herrschaftsdiskurses entfernte.

(3) Der *privat-zwischenmenschliche Diskurs* zeichnet sich durch informelle Kommunikationsformen aus, die sich aber mitunter auch aus den ‚übergeordneten‘ Diskursen, wie auch aus dem Herrschaftsdiskurs speisen konnten. Die zeithistorische Linguistik kommt zu der Erkenntnis, dass die privat-zwischenmenschlichen Kommunikationsformen in der DDR nicht wesentlich verschieden waren von denjenigen in der BRD (vgl. Schlosser 1999).

Diese Einordnung beruht nicht auf einer strikten Abgrenzung, sondern war durch deren Vernetzung gekennzeichnet. Bezeichnend für die sprachlich-kommunikative Situation in der DDR war diesbezüglich das sog. *code-switching*: Damit wird ein sprachlich-kommunikatives Phänomen bezeichnet, bei dem die Inhalte und die codierte Sprache des Herrschaftsdiskurses situations- und kontextbedingt mit der Sprache des halb-öffentlichen und des privat-zwischenmenschlichen Diskurses abwechselte, um sich etwaiger politischer Verdächtigungen zu entziehen. In verschiedenen sozialen Situationen wurde mittels des *code-switchings* etwa auf die Anwesenheit von Angehörigen der Staatsmacht (beispielsweise der politischen und exekutiven Organen) reagiert. Das *code-switching* ist ein Indiz dafür, dass der konkrete Sprachgebrauch des Einzelnen bzw. die Einordnung in einen (oder mehrere) der erwähnten Diskurse auch als „Indikator für dahinter liegende kommunikative Prozesse [...], also für auf ganz bestimmte Sprechhandlungsabsichten ausgerichtete Bewertungsangebote und -muster“ (Fraas/Steyer 1992: 173) verstanden werden muss.

In weiterer Folge soll auf die sprachlich-kommunikativen Mechanismen des Herrschaftsdiskurses und dessen ‚sprachsteuernde Maßnahmen‘ eingegangen werden: Diese Maßnahmen begründen den „normativ ideologisch-politische[n] Charakter“ (Ludz 1980: 144) der Sprache des Herrschaftsdiskurses, den der Politologe und Ideologietheoretiker Peter-Christian Ludz etwa für das *Wörterbuch des Marxismus-Leninismus* nachgewiesen hat.

3.1.2 Sprach- und kommunikationssteuernde Maßnahmen des Herrschaftsdiskurses

„In diesem Sinne ist die Sprache als Werkzeug des Verkehrs gleichzeitig ein Werkzeug des Kampfes und der Entwicklung der Gesellschaft.“ (Stalin 1951: 26)

Josef W. Stalin (1951) höchstpersönlich publizierte 1950 in der UdSSR eine Studie zum Thema der angewandten Sprachwissenschaft.²⁶ Die marxistisch-leninistische Sprachphilosophie folgte diesem Pfad und widmete sich in erster Linie den herrschaftsfunktionalen Aspekten von Sprache. Die Forschungen wurden unter den Schwerpunkt gestellt „die SED-Herrschaft und deren Ideologie durch Modernisierung zu

²⁶ Die deutsche Ausgabe von *Der Marxismus und die Frage der Sprachwissenschaft* von J.W. Stalin erschien in der DDR bereits 1951 im Dietz-Verlag. Eine intensive Rezeption des Werkes in der DDR fand unter Linguisten, den vorliegenden Informationen folgend, aber nicht statt. Es sollte dennoch nicht unerwähnt bleiben, dass Stalin sehr großen Wert auf Sprache als Machtinstrument legte, wenngleich dieser Aspekt in seinem Werk nicht so explizit formuliert wurde. Stalin betonte aber, dass Sprache ein wesentliches kommunikatives Werkzeug von sowohl Überbau, als auch Basis darstelle, vgl. Stalin (1951).

effektivieren und zu stabilisieren“ (Kapferer 1992: 23). Zielsetzung war weiters „die Sprache des Marxismus-Leninismus mit ihrer zum Teil aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert stammenden Symbolik und Metaphorik [zu] erneuern und zu einem machtvollen Herrschaftsinstrument zu schmieden“ (ebd. 24). Insofern muss von einer stark ideologisierten und vor allem politisierten Sprachphilosophie ausgegangen werden, die, bedingt durch den Herrschaftsdiskurs, einerseits die theoretische Basis sowie die Legitimation der Sprache als Machtinstrument entwickelte und andererseits konkrete Anweisungen zur effektiveren Nutzung der ‚political function of language‘ gab (vgl. dazu Pappert 2003:76). Georg Klaus, der sich im philosophischen Diskurs bereits durch die Herausgeberschaft des *Philosophischen Wörterbuchs* hervortat²⁷, nahm in der Entwicklung und selbstproklamierten ‚Verwissenschaftlichung‘ der politischen Nutzbarmachung von Sprache die führende Position ein. In Klaus’ Studien *Sprache und Macht* (1968) sowie *Sprache der Politik* (1971) werden die Begriffe Wahrheit – als semantische Kategorie – und Parteilichkeit – als pragmatische Kategorie – zentral (vgl. Pappert 2003: 75). Sie fundieren bzw. legitimieren in weiterer Folge eine ideologische Agitation im Sinne ihres Produzenten und beschränken die Inhalte politischer Texte – fernab einer positiv konnotierten Orientierungsfunktion (vgl. Luhmann 1991) – auf deren herrschaftsstrategische Funktion. Intendiert waren die Forschungen als wegweisendes Erkenntnismaterial für den zu ‚professionalisierenden‘ Herrschaftsdiskurs:

„Für die Agitation ist die Wahrheit zwar eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung. Für die wahre Aussage müssen solche sprachlichen Formulierungen gewählt werden, die maximal wirksam sind. Es muß empirisch-soziologisch erforscht werden, mit welchen Empfindungen [...] die Menschen, denen man auf dem Wege über die Agitation irgendwelche wahren Aussagen nahebringt, auf bestimmte sprachliche Formulierungen reagieren. [...] Von einer solchen wissenschaftlich betriebenen Agitation sind wir noch ein ganzes Stück entfernt. Bis jetzt sind die Methoden der Agitation im allgemeinen Resultat mehr oder weniger intuitiver praktischer Erfahrungen. Agitation ist im großen und ganzen noch eine Kunst und keine Wissenschaft.“ (Klaus 1968: 128)

Die zentrale Aufgabe, der sich Klaus stellt, entspricht grundlegend der von Harold D. Lasswell attestierten Grundtendenz politischer Sprache, einen *optimum power effect* anzustreben. Klaus expliziert dahingehend die Forderung, dass durch wissenschaftliche Untersuchungen – über die Disziplin der Philosophie hinausführend – sprachlich-kommunikativen Muster ermittelt werden müssen, die die ‚Empfindungen der Menschen‘ ansprechen sollen.

²⁷ Wie Norbert Kapferer (1992) berichtet war Georg Klaus im Zuge eines Modernisierungsschubs in den Geisteswissenschaften zwischen 1963 bis 1967 zum führenden Kaderphilosoph aufgestiegen. Zu jener Zeit also, in der sich auch die kurze Möglichkeit einer Ideologiedebatte im philosophischen Diskurs ergeben hatte.

Bezüglich der angewandten Linguistik von Georg Klaus lässt sich ähnliches attestieren wie für die Ideologiedebatte im Rahmen des philosophischen Diskurses: Die Möglichkeiten ihrer Rezeption und Produktion waren zeitlich stark begrenzt und liefen parallel zur ohnehin bereits vollzogenen Instrumentalisierung von Sprache im Herrschaftsdiskurs. Klaus hatte zwar durch seine präskriptiven Erkenntnisse „das theoretische Fundament für die massive Verwendung von Kampfparolen, Siegesformeln und der daraus resultierenden Sprachrituale“ (Pappert 2003: 79) geliefert, die Praxis Sprache als Herrschaftsinstrument zu nutzen, war aber bereits Teil des Herrschaftsapparats; wenn auch nur, wie Klaus anmerkt, basierend auf ‚intuitiven praktischen Erfahrungen‘.

Als zentrales Moment der Verbindung von Sprache, Macht und Herrschaftsdiskurs in der DDR soll im Folgenden mit dem Hinweis auf verschiedene Methoden der Sprachsteuerung abgeschlossen werden. Mittels einer semantischen und syntaktischen Analyse (Lasswell 1965: 21) des Herrschaftsdiskurses lassen sich verschiedene ‚sprachsteuernde Maßnahmen‘ systematisieren, die, nach Walther Diekmann²⁸ (1968), die ‚Lenkungsfunction der Sprache‘ in der DDR kennzeichnen:

(1) Die „definitorische Bedeutungsfestsetzung“ (Diekmann 1968: 224) und die semantische Normierung einzelner Begriffe, sowie die damit verbundene Entwicklung einer fixierten Phraseologie sind in ihrer Funktion sprachsteuernd, weil sie Kontrolle über die Bedeutung als auch Verwendung einzelner Termini ausüben. So war etwa der Begriff ‚Demokratie‘ mit Konnotationen wie ‚antifaschistisch‘, ‚antiimperialistisch‘ etc. eng verbunden (vgl. Schlosser 1999: 50) und wurde, unabhängig des diskursiven Kontexts, beim Wortgebrauch mit den entsprechenden Konnotationen reproduziert. Begriffe im Sinne einer Ideologie semantisch zu fixieren, musste in letzter Konsequenz bedeuten ihr kritisches Potenzial zu minimieren (Kapferer 1992: 32), denn die Wortbedeutung war schließlich durch den Herrschaftsdiskurs geprägt worden. *Damit reproduzierte sich im jeweiligen Kommunikationskontext also nicht einzig die Konnotation eines vom Herrschaftsdiskurs strikt codierten Terminus, sondern der Herrschaftsdiskurs selbst.* Im Bewusstsein dieser Wirkung hebt Georg Klaus hervor, dass „normierte sprachliche Ausdrücke [...] bei allen Formen der Agitation und Propaganda Verwendung finden“ (Klaus 1968: 155) müssen. Natürlich spielt die Reproduktion des Herrschaftsdiskurses auf einen ‚Idealfall‘ der Reproduktion an: Der Begriff der Freiheit hatte etwa im privat-zwischenmenschlichen Diskurs andere, wohl demokratisch-liberal geprägte Konnotationen, die im öffentlichen Diskurs nicht möglich gewesen wären.

²⁸ Diekmann übernimmt hier die Kategorien von Maria Damaschke (vgl. Diekmann 1986: 224 f.).

(2) Die „bewußte Unterdrückung von Benennungen“ (Diekmann 1968: 224) entspricht ebenso wie die Normierung und ‚Bedeutungsfestsetzung‘ einer Kontrolle über das Sprachrepertoire der Gesellschaft. Es ist evident, dass vor allem politische Begriffe betroffen waren, die in erster Linie außerhalb des sozialistischen Sprachraums Gebrauch fanden und als ideologiekritisch und damit ‚antisozialistisch‘ interpretiert wurden. Ein Beispiel ist der Begriff der ‚Konvergenz‘, der vor allem im westdeutschen Sprachgebrauch bei politischen und kulturellen Vergleichen zwischen der BRD und der DDR Anwendung fand und deshalb bei DDR-Ideologen in Missgunst geraten war.

(3) Die „Prägung politischen Wortgutes mit ‚emotionaler Wertungskomponente““ (Diekmann 1968: 224) entspricht der von Lasswell formulierten Funktion von politischer Sprache als *miranda*: Im Kontext der Sprachregulierung tritt dieser Aspekt in Form von Schlagwörtern, Leitwörtern und Metaphern²⁹ auf, die auf psychologisch-emotionaler Ebene eine „Sinngabungsfunktion“ (Ludz, 1980: 131) erreichen sollen. Klaus bezeichnet die *miranda*, von der er natürlich nicht explizit spricht, als sog. ‚hochaggregierte Symbole‘.³⁰

(4) Außerdem sind „Maßnahmen zur Veränderung im Wortbestand und in der Wortbedeutung“ (Diekmann 1968: 224) anzuführen, die auch als sprachliche „Umwertungsprozesse“ (Bergmann 1999: 22) bezeichnet wurden. Einzelne Begriffe werden dabei nicht lexikalisch (d.h. das Zeichen *an sich*), sondern in ihrer Semantik verändert; beispielsweise der Begriff ‚Hass‘: „In der Sprache des realen Sozialismus wurde das negativ besetzte ‚Haß‘ zu einer erstrebenswerten menschlichen Regung; ‚seine Stärkung und Vertiefung‘ war ‚Aufgabe und Ziel der klassenmäßigen Erziehung““ (ebd. 22).

3.1.3 Explizite und implizite Herrschaftsmechanismen der Kommunikation des Herrschaftsdiskurses

Peter Christian Ludz hebt hervor, dass die „DDR-Gesellschaft seit ihrem Bestehen von wahren Wort-, Sprach-, und Symbolmassen wieder und wieder fast zugeschüttet worden ist“ (Ludz 1980: 9) und verortet in seiner Studie *Mechanismen der Herrschaftssicherung* (1980) den Sprachgebrauch des Herrschaftsdiskurses in erster Linie im Kontext von Ideologie, Propaganda und politischer Information (ebd. 9).

Die Sprache des öffentlichen Diskurses, der als ‚fast autarke Kommunikationswelt‘ (vgl. Fraas/Steyer 1992) weitgehend vom Herrschaftsdiskurs überlagert war, wurde konsequent politisch instrumentalisiert. Der DDR-Herrschaftsdiskurs machte die Etablierung eines von

²⁹ Die Begriffe werden in der Fachliteratur meist synonym verwendet.

³⁰ Eine genaue Begriffsbestimmung findet sich bei Steffen Pappert (vgl. 2003: 76).

der Gesellschaft weitgehend abgeschlossenen öffentlichen Diskurses zum *Usus*. Im Herrschaftsdiskurs selbst wurde die semantische und syntaktische Kontrolle über die politisch-ideologische Terminologie ausgeübt. Input aus dem halb-öffentlichen oder privat-zwischenmenschlichen Diskurs hätten, wie Groys (2006) einfürend zitiert wurde, eine ‚tiefe Irritation‘ bewirkt und (potentiell) zu einem – nicht einzig sprachlich-kommunikativen – Kontrollverlust auf Seiten der SED geführt – vielleicht war das aber lediglich die Sorge eines anti-demokratischen Regimes, dessen absoluter Herrschaftsanspruch (auch in Bezug auf die Sprache) schließlich unantastbar war.

Mit der Etablierung und Konsolidierung des Herrschaftsdiskurses und dessen sprachlich-kommunikativen Herrschaftsmechanismen eröffnen sich schließlich zwei grundlegende Formen der Machtausübung durch (ideologisierte/normierte) Sprache, die, gemessen an repressiveren Methoden, von der politischen Linguistik als „relativ opake Strategien“ (Pappert 2003: 74) der Machtausübung charakterisiert wurden:

(1) Hinzuweisen ist auf den *expliziten (d.h. inhaltlich-pragmatischen) sprachlich-kommunikativen Herrschaftsmechanismus* des Herrschaftsdiskurses; damit ist in erster Linie die Nutzung des ‚Appell- und Antizipationscharakters‘ von Sprache gemeint, die Harold D. Lasswell im Begriff der *credenda* zusammenfasst. Auf diesen Bereich der Instrumentalisierung von Sprache fokussiert etwa die Ideologiekritik, wenn sie beispielsweise sog. *political formulas*, wie politische Reden oder Gesetzestexte, die die „basic public law of the society“ (Lasswell 1965: 12) festlegen, analysiert. (Das DDR-Jugendgesetz ist dementsprechend als *political formula* aufzufassen und wird im folgenden Kapitel demgemäß einer ideologiekritischen Analyse unterzogen.) Im Blick auf die DDR scheint diese Funktion aber im Laufe der 1970er und 1980er Jahre insofern abgeschwächt, als „die SED lange vor ihrem Untergang bereits die Hoffnung auf eine solche [politische] Integration [durch Sprache] aufgegeben hatte und mit der mechanischen Anwendung des ‚Parteijargons‘ als Zeichen sprachlich-kommunikativer Unterwerfung zufrieden gewesen war“ (Schlosser 1999: 177).

(2) Die *impliziten sprachlich-kommunikativen Herrschaftsmechanismen* können in zwei Bereiche gegliedert werden: (a) ‚Psychologische‘ Strategien – nach Lasswell die *miranda* –, die eine Legitimation des politischen Systems auf Basis der Identifikation erreichen sollen und (b) die Entwicklung eines sog. Orwellschen Diskurses, der die Sprachkompetenzen aufgrund der Limitierung und Normierung des (gesamten) gesellschaftlichen Sprachrepertoires steuern soll; Kapferer charakterisiert denselben als die ‚Enteignung von Sprache‘ (vgl. 1992) und damit als die konsequente Unterhöhnung eines kritischen und ideologiefreien Sprachbestands.

3.2 (Sozialistische) Medienkultur und Informationsdispositiv in der DDR

Die Verflechtung der Mediengeschichte mit der Geschichte der Herrschaftsbeziehungen der DDR markiert von jeher eine grundlegende Annahme der einschlägigen Forschungen und hat sich spätestens mit der Etablierung einer stalinistisch fundierten ‚Presse von neuem Typus‘ in den 1950er Jahren festgesetzt (vgl. Holzweißig 1997, ders. 2002): (Massen-)Medien waren aber nicht einzig die bedeutendsten Kommunikationskanälen der SED, wie es etwa im *Kleine Politische Wörterbuch* postuliert wird (vgl. Böhme 1977: 557 f.), sondern „durchweg immer auch konstituierendes Element der Herrschaftsgeschichte“ (Agde 2003: 1) selbst; damit wird an einen zentralen Aspekt der Herrschaftsbeziehungen in der DDR herangeführt, der nahelegt, dass es „heutzutage keine ernstzunehmende Studie über DDR-Geschichte ohne diese fundamentale Grundierung“ (ebd.) gibt. Eine Untersuchung der Machtbeziehungen und ferner der sog. Macht-Wissen-Komplexe muss demgemäß die (diskursive) Geltung der Medien in Anschlag bringen. Anhand der im ersten Kapitel eingeführten Kategorie des Dispositivs, lässt sich diese Hypothese *grosso modo* auf die ‚Formel‘ bringen, dass das Informationsdispositiv der DDR (vgl. Dorer 2008; Abs. 1.3.2), dem die Medien untergeordnet sind und das als Mikrodispositiv begriffen werden muss (vgl. Stauff 2004, vgl. Abs. 1.3.2), an das Gesamtdispositiv der DDR gekoppelt war und „Strategien und Rationalitäten der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion“ (Stauff 2004: 144) apodiktisch umsetzte. Die Konsequenz daraus war, dass der Herrschaftsdiskurs – insbesondere in der politischen Information der Massenmedien – ein prägendes Element dieses Mikrodispositivs darstellte. Der Zeithistoriker Günter Agde widerspricht dieser These nicht, weist aber darauf hin, dass ein generalisierendes Verständnis der DDR-Medien in Richtung einer (unterkomplexen) Gleichsetzung von Herrschaftsdiskurs und Massenmedien sowohl personell (d.h. auf Seiten der Journalisten, Redakteure, bürokratischen Verantwortlichen etc.) als auch inhaltlich (d.h. in Richtung der ‚Bedeutungsressourcen‘ und Mediendiskurse, die von den Medien in der DDR angeboten wurden) eine Simplifizierung des Phänomens darstellt und damit „nicht den Anspruch einer Mediengeschichte erheben sollte“ (Agde 2003: 3): *Herrschaftsgeschichte kann nicht mit Mediengeschichte gleichgesetzt werden*. Obschon die Praxis der Medienproduktion in der DDR von den herrschaftsdiskursiven Vereinnahmungen des (Gesamt-)Dispositivs geprägt war und personell etwa bei den streng reglementierten Ausbildungsmöglichkeiten ansetzte (vgl. Hoff 1990: 393 ff., Holzweißig 1997: 124 ff.), war dennoch ein „abweichendes Funktionieren“ (Foucault 1974: 27) von den parteipolitischen Dogmen ein – wenngleich minoritäres – Element der komplexen Verwicklung von ‚Medienakteuren‘ und politischer Struktur: Dieser politische ‚Ungehorsam zum Regime‘ – von Dissidenz oder Widerstand spricht ausnahmslos kein Beobachter der Praxis der Medienproduktion in der DDR – blieb aber, so Reinfarth/Reus, weitgehend

unerwähnt und die Frage, „ob und wie sich auch innerhalb der Presse Zonen des Zweifels, Zonen des Widerspenstigen, Zonen der Ermutigung des Subjekts durch Phantasie und Utopie erhalten haben“ (2002: 6) bedarf nachwievor einer genauen Aufarbeitung – auch und im Speziellen im Kontext der staatlichen Medienlenkung. Vor allem die Presse markierte innerhalb des massenmedialen Netzwerks einen Bereich staatlich monopolisierter Meinung (vgl. Holzweißig 1996a), nachdem, im Gegensatz zu den elektronischen Medien (Radio und Fernsehen), in diesem Bereich kaum ‚Konkurrenzprodukte‘ aus dem Westen für die DDR-Bevölkerung zur Verfügung standen. Dennoch weisen beispielsweise die ironischen Feuilletons des Autors Heinz Knobloch in der Zeitschrift *Woche*post darauf hin, dass „die kleinen Siege über die Zensur“ (Reinfarth/Reus 2002: 5 f.) mitunter möglich waren, wenngleich sie sich nie als offene Kritik artikulierten, sondern einer aktiven Leistung des Rezipienten bei der Dechiffrierung kritischer Bedeutungsressourcen bedurften (vgl. Reinfarth/Reus 2002): Metaphern und Anspielungen waren die Felder der politischen Kritik und so bekamen auch „die kleinsten Andeutungen [...] [...] großen öffentlichen Wert“ (Schubarth 1990: 425). Wie schmal schließlich der Grat zwischen Anpassung und Distanzierung war, das kann etwa daran ermessen werden, dass „letztendlich [...] sich auch diese ‚Leute dazwischen‘ in das SED-DDR Medienimperium ein[ordnen]“ (Agde 2003: 3, Hervorheb. d. Verf.) mussten. Wer diese Konformität – zumindest nach außen – nicht aufrecht erhalten konnte, dem blieb insbesondere in den 1980er Jahren meist nur der mühevollen Weg über die Medien des Westens, als sog. ‚Gegenöffentlichkeit‘ (vgl. Wolle 1998: 136, vgl. Hesse 1990: 338).

Wenngleich also, wie Günter Agde betont, die ‚kleinen Siegen über die Zensur‘ zu berücksichtigen sind, die eine differenzierte Mediengeschichte der DDR erst möglich machen, steht an dieser Stelle dennoch die Ausübung von staatlicher (Kommunikations-)Macht durch das Informationsdispositiv im Vordergrund. Sieht Hepp die Tendenz der Medien zur Etablierung einer ‚nationalen Medienkultur‘ bereits mit 1950 vorüber³¹, so blieb dieses Konzept in der DDR als strategische Ausrichtung bis 1989, dem Jahr der Zerschlagung des Medienmonopols der SED, bestehen: Die Massenkommunikationsmittel Radio, Fernsehen und Printmedien werden im *Kleinen Politischen Wörterbuch* dementsprechend damit charakterisiert, dass sie als „wichtiger Bestandteil der sozialistischen Demokratie“ zu bewerten sind und „in hohem Maße zur sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung bei[tragen]“ (Böhme 1977: 558) sollen. Drückt sich in diesem Hinweis zum einen der bereits im 19. Jahrhundert etablierte demokratische Grundgedanke der ‚vierten Gewalt‘ aus, welche die Öffentlichkeit – hier im Sinne von Gerhards/Neidhardt (vgl. 1991) – einer Gesellschaft kritisch informiert, so wird mit der ‚Persönlichkeitsbildung‘ der

³¹ Wie in Kap. 1 bereits erläutert wurde, ist diese These vermutlich auf liberal-demokratische politische Systeme ‚gemünzt‘.

strategisch-pädagogische Einsatz der Medien (als Teil des Informationsdispositivs) verankert und das Berufen auf eine demokratische Struktur der DDR-Medien konterkariert. Nicht zuletzt kommt diese ‚demokratische Rhetorik‘ in der Verfassung zur Anwendung, in der festgelegt wird, dass „die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens [...] gewährleistet“ (Art. 27 der Verfassung der DDR) ist – gleiches wird im Übrigen bezüglich der Meinungsfreiheit verfassungsrechtlich festgeschrieben. Der zentrale Aspekt der ‚nationalen Medienkultur‘, der Hepp folgend nach 1950 zunehmend an Relevanz verliert, führt zurück auf den Begriff der Mediatisierung (vgl. Abs. 1.2.1), der anhand von drei (quantitativen) Dimensionen nachzuvollziehen ist: der sozialen, räumlichen und zeitlichen Dimension. Diese lassen sich auch im Rekurs auf die kulturellen Kontextfelder in der DDR diskutieren, um schließlich veranschaulichen zu können, inwiefern die Mediatisierung auch in der DDR vorangeschritten war. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass Mediatisierung kein ‚statischer‘ Begriff ist, sondern einen Prozess darstellt, der historischen Entwicklungen unterworfen ist: Mediatisierung kann demnach *„nicht historisch, sozial und kulturell entkontextualisiert werden“* (Krotz 2007: 39, Hervorheb. i. O.). Hinsichtlich der Medienkultur/-en in der DDR muss also darauf hingewiesen werden, dass sich diese innerhalb des 40-jährigen Bestehens der DDR deutlich veränderten. Die Mediatisierung in der DDR steht also bezüglich ihrer drei Dimensionen (auch) vor der Frage einer zeitlichen Einordnung:

Soziale Dimension der Mediatisierung in der DDR: Hepp folgend konnte bereits ausgeführt werden, dass dieser Aspekt der Mediatisierung in erster Linie auf die ‚Orientierungsfunktion‘ der Medien rekurriert: Medien bescheinigen ihren Inhalten bzw. ihren Ressourcen eine gewisse Bedeutung – was medial vermittelt wird, das zeigt schon durch seine ‚bloße‘ Präsenz bzw. Materialität eine gewisse Signifikanz – und lassen die Rezipienten aus diesem (Bedeutungs-)Pool schöpfen. Bis 1950, so Hepp, „adressierten diese Medien ausgehend von einem spezifischen ‚Zentrum‘ das ‚Massenpublikum‘ einer nationalen Bevölkerung“ (2010: 70, Hervorheb. d. Verf.). Einerseits wird das bei Hepp zeitlich diagnostizierte *Ende* sicherlich auf die technischen, gesellschaftlichen und nicht zuletzt ökonomischen Gegebenheiten bis 1950 zurückgeführt wird – es gab beispielweise noch keinen internationalen Fernsehmarkt, die grundlegenden bilateralen Beziehungen mussten infolge des Zweiten Weltkriegs erst aufgebaut werden und die technischen Voraussetzungen waren noch nicht gegeben etc. Andererseits wurde die *Weiterführung* dieses ‚Zentrums‘ in der DDR (auch über die 1950er Jahre hinaus) durch ein strategischen Kalkül begründet und „folgte einer machtpolitischen Logik“ (Stiehler 1990b: 358): *Bis 1989 hielt man in den verschiedenen Mediendiskursen an diesem (ursprünglich technisch begründeten) ‚Zentrum‘, das durch das Informationsdispositiv strategisch fundiert war, fest.* Es war demnach eine zentrale Bestimmung des Informationsdispositivs, ein national-territoriales bzw. sozialistisches Zentrum zu

konstruieren, das, wenn es zwar nicht auf das Territorium der DDR beschränkt sein konnte, so doch auf den – politischen wie territorialen – Rahmen der Länder unter sowjetischer Hegemonie zentriert werden sollte. Die Berichte der *Aktuellen Kamera*, der Hauptnachrichtensendung des DDR-Fernsehens (DFF/DDR-FS), fokussierten demgemäß auf die innen- sowie außenpolitische Berichterstattung der erfolgreichen Zusammenarbeit (der politischen Führung) der DDR mit den sozialistischen ‚Bruderstaaten‘. Die Etablierung und (nur leidliche) Aufrechterhaltung einer sozialistischen, national-territorialen Medienkultur muss als ein wehrhaftes ‚Dagegenhalten‘ gegen synchrone Entwicklungen der Mediatisierung, insbesondere der Transnationalität, verstanden werden – schließlich war die Mediennutzung seit Anfang der 1970er Jahre immer stärker vom Gebrauch der Programme aus dem Westen gekennzeichnet, der sich in den 1980er noch dramatisch steigern sollte (vgl. Stiehler 1990: 95, Hesse 1988): Das Informationsdispositiv der DDR wurde durch das Kommunikationsdispositiv der BRD – zumindest auf der Ebene der Massenmedien – zunehmend unter Druck gesetzt (zur Dichotomie von Informations- und Kommunikationsdispositiv, vgl. Abs. 1.3.3) . Eben aufgrund der speziellen ‚Angebotssituation‘ – Medienangebote aus West- und Ostdeutschland waren parallel verfügbar – war die Aufrechterhaltung einer monopolen national-territorialen Medienkultur kaum möglich. *Schließlich ist davon auszugehen, dass das Informationsdispositiv in der DDR vermittels der herrschaftsdiskursiven Besetzung der Bedeutungsressourcen, d.h. der (Sendungs-)Inhalte der Massenmedien, eben dieses ‚Zentrum‘ aufrecht erhalten sollte;* durch die auch in der DDR festzustellende Mediatisierung – hier v.a. im Sinne einer Auflösung einer territorialen-nationalen Begrenzung der Medieninhalte und des Mediengebrauchs – erodierte dieses Zentrum aber (spätestens) 1970 zunehmend. Die soziale Dimension der sozialistischen Medienkultur, die im *Kleinen Politischen Wörterbuch* anhand des Eintrags zur Massenkommunikation so treffend als ‚Bewusstseinsbildung‘ verklärt wird, war, so kann bereits vorweggenommen werden, in diesem Sinne also gescheitert.

Räumliche Dimension: Die räumliche Dimension der Mediatisierung bezieht sich in erster Linie auf technologische Entwicklungen, die eine verstärkte Implementierung von Medien in die Lebenswelt bzw. den alltäglichen Gebrauch fördern und insbesondere eine Ablösung von einem „eigenen, besonderen Erlebnisraum[s]“ (Krotz 2008: 55), der grundsätzlich stationär ist, forcieren. Medien sind demnach nicht mehr an einen Ort gebunden, sondern translokal. Zwar gab es in der Technikgeschichte der Kommunikationsmedien der DDR verschiedene Innovationen, wie etwa die Einführung des Farbfernsehens (1969), das sich aus ökonomischen und technischen Gründen erst Ende der 1980er etablieren konnte (vgl. Schneider 1996: 380), des ‚Kleincomputers‘, der aber in erster Linie für Ausbildungszwecke genutzt wurde und privat eine untergeordnete Rolle spielte, und auch des Videorecorders,

der durch Versorgungsprobleme erst Ende der 1980er Eingang in die Medienkultur der DDR gefunden hat (vgl. Stiehler 1990a: 95); doch fundamentale ‚Schübe‘ (vgl. Hepp 2010: 68) der Mediatisierung waren hinsichtlich der räumlichen Dimension in der 40-jährigen Mediengeschichte der DDR nicht zu verzeichnen. Zwei Innovationen, die insbesondere von der DDR-Jugendkultur aufgenommen wurden, sind hier aber dennoch anzuführen: Erstens wurde 1959 das erste Transistorradio eingeführt – das ‚Sternchen‘ der VEB Sternradio Sonnenberg –, welches infolge der kontinuierlichen Ablösung der schweren Röhrenradios sowohl die Translokazität wie auch (transnational) den Empfang von Westprogrammen erleichterte. Und zweitens erfolgte Anfang der 1970er Jahre mit dem Modell ‚Sternrecorder R-160‘ die Einführung des Radiorecorders, der nicht nur den Empfang, sondern auch die Aufnahme von Radioprogrammen ermöglichte. (Es gibt sicherlich weitere Anknüpfungspunkte für diese Dimension der Mediatisierung, wengleich sich bisher noch keine Publikation explizit damit befasst hat. Mediatisierung ist ohnehin in der DDR-Forschung kein präsender Begriff und erstreckt sich (implizit) eher über einschlägige Werken zur Technikgeschichte in der DDR.)

Zeitliche Dimension: Die zeitliche Dimension der Mediatisierung ist mit der fortschreitenden ‚Unmittelbarkeit‘ von Medien verbunden: Hepp folgt dem Medienwissenschaftler John Tomlinson und verbindet den Aspekt der ‚Unmittelbarkeit‘ mit der „Erwartung schneller Lieferung, ständiger Verfügbarkeit und sofortiger Gratifikation von Wünschen“ (Hepp 2010: 73). Man kann diese These beispielsweise an der Programmstruktur des DDR-Fernsehens überprüfen, die seit der Inbetriebnahme des Fernseh Rundfunks 1952 stetig gestiegen war, weil speziell auch die ‚Gratifikation des Wunsches‘ nach Information und Unterhaltung gestiegen war: 1955 hatte man *in toto* lediglich 786 Stunden ausgestrahlt, aber „mit der Aufnahme des offiziellen Programms änderte sich die ökonomische Situation des Fernsehens. Den steigenden Rezipientenzahlen wurde mit einer Erweiterung der Sendezeit und einer Professionalisierung der Sendeinhalte entsprochen“ (Schubert/Stiehler 2007: 38). 1960 war die Anzahl der ausgestrahlten Stunden bereits auf 3007 angewachsen – ein besonders signifikanter Sprung war 1970 zu verzeichnen, als bereits 6028 Stunden zu verzeichnen waren – und wurde somit Ausdruck der besseren Verfügbarkeit und ferner ‚Unmittelbarkeit‘ des Fernsehens, v.a. aber der gesteigerten Mediennutzung. Ebenso rasant entwickelte sich die Versorgung mit Fernsehgeräten: 1959 waren 10 % der Haushalte mit einem Fernseher ausgestattet, ein Jahr darauf bereits 17 %, 1965 knapp 50 % und 1970 82 % (vgl. Hoff 1993: 255 ff.). (1980 lag der Anteil der Versorgung von Haushalten mit Farbfernsehern bei lediglich 16,8 % und stieg bis 1989 auch auf 96,2 %.) Trotz der Ausschnitthaftigkeit dieser Daten kann man festhalten, dass die Mediatisierung auch in der DDR vorangeschritten ist, wengleich medientechnologisch klare Verzögerungen gegenüber

den Entwicklungen der BRD – etwa beim Farbfernsehen, der Einführung der Compact Disc (CD) etc. – zu bemerken waren.

Bezüglich der ‚sozialistischen Medienkultur‘ kommt man zu dem Fazit, dass *das Informationsdispositiv der DDR zwar eine national-territoriale fundierte, sozialistische Medienkultur zu etablieren versuchte, aber insbesondere wegen der parallel sich entwickelnden Dimensionen der Mediatisierungen nicht umgesetzt werden konnte*. Speziell die sich verstärkende Nutzung der medialen Angeboten des Westens – ein Zeichen für die Erosion der Utopie des ‚national-territorialen Kommunikationsraumes‘ – lassen resümieren, dass „in den 40 Jahren ihrer Existenz [...] es der DDR nicht gelungen [ist], kommunikationspolitisch ein souveräner Staat zu werden“ (Hesse 1990: 330) und man auch nicht – entgegen der oft geäußerten Meinung (vgl. Holzweißig 1996b: 410b ff.) – das Meinungs- und Informationsmonopol innehatte. Hans-Jörg Stiehler vertritt neben Günter Holzweißig (vgl. 1997: 169) darüber hinaus die begründete Ansicht, dass das

„dysfunktionale medien-kommunikative Verhältnisse [...] – durch die ungewollte Enthüllung realsozialistischer Macht hinter und zwischen den Bildern und Worten, durch die von ihnen erzwungenen alltäglichen Ersatzlösungen, durch Befestigung des Scheins paradiesischer Konsumverhältnisse im ‚Westen‘ usw. – die Krise der DDR bis hin zur ‚Immunschwäche‘ mitbedingt und öffentlich gemacht [haben]“ (Stiehler 1990b: 359).

Wurde an dieser Stelle in das – zur Utopie geronnene – Konzept der sozialistischen Medienkultur eingeführt, soll im Weiteren der Blick auf das staatlich zentralisierte Informationsdispositiv der DDR und die – machtpolitisch unterminierenden – Einflüsse der Westmedien hingewiesen werden. Damit gilt es zwei Fragen zu klären: (1) Mit welchen medienpolitischen Maßnahmen und (herrschafts-)diskursiven Strategien sollte das Informationsdispositiv aufrecht erhalten werden, um eine sozialistische Medienkultur zu etablieren bzw. stabilisieren. (2) Wie beeinflusste die Erweiterung des Kommunikationsraumes Richtung Westen, in dem bereits ein Kommunikationsdispositiv vorhanden war, das Informationsdispositiv in der DDR.

3.2.1 (Staatliches) Informationsdispositiv

Eine Konzeptualisierung der Massenmedien in der DDR als Teil des staatlichen Informationsdispositivs folgt grundsätzlich der Annahme, dass nicht die gesamte Praxis der Medienproduktion unter dem Aspekt einer herrschaftsdiskursiv vereinnahmten Medienlandschaft zur Betrachtung kommt, sondern, wie von Agde (2003) und Reifarth/Reus (2002) gefordert, auch ‚abweichende‘ diskursive und nicht-diskursive Praktiken aufgezeigt werden können. Desweiteren bietet sich mit dem Begriff des Dispositivs an, dass ebenfalls

Institutionen (Fernseh-, Rundfunkanstalten etc.) oder technische wie ökonomische Aspekte (Druckrechte der Presse etc.) (kurz: Nicht-Diskursives) in einem strategischen Netzwerk mit den Bedeutungsressourcen der Medien (Diskursives) verbunden werden können und sich somit eine Ordnung zwischen den jeweiligen Elementen nachverfolgen lässt: „In Bezug auf Medien umfasst ein solches Netzwerk Elemente wie eine bestimmte Architektur, eine topografische Anordnung, Technologien, soziale und kulturelle Praktiken der Mediennutzer, Diskurse, Bilder und vieles mehr“ (Fürst 2009: 130). Die vorangegangenen Ausführungen zur sozialistischen Medienkultur dienten diesbezüglich dem Hinweis, dass die strategische Funktion des staatlich fundierten Informationsdispositivs (und der ihr untergeordneten Medienpolitik) darin lag, eine national-territorial fundierte Medienkultur zu etablieren. Im Folgenden soll dargestellt werden, in welchem Verhältnis die Utopie einer dirigistischen Medienkultur zu den Entwicklungen der Medienpolitik und der Mediendiskurse/Bedeutungsressourcen steht. Schließlich wird auf die Bedeutung und den Einfluss der Westmedien (als Grenze des ‚national-territorialen Kommunikationsraums‘, vgl. Hepp 2010: 74) auf das Informationsdispositiv und die Medienkultur in der DDR eingegangen.

3.2.1.1 Zur Regulation von Medienkultur: Aspekte der Medienpolitik im Kontext des Informationsdispositivs

Bereits die Sowjetische Militäradministration (SMAD) hatte in den Nachkriegsjahren eine Medienpolitik nach leninistischem Vorbild eingeleitet und dabei auf (vergleichsweise) liberale Richtlinien gesetzt (vgl. Gehrman/Müller 2006: 48). Wenngleich in der sog. antifaschistisch-demokratischen Phase bis Ende der 1940er Jahre teilweise auf inhaltliche Breite Wert gelegt wurde, entwickelte sich jedoch der Rundfunk in der Sowjetisch besetzten Zone (SBZ) ab 1946 immer mehr „zu einem Sprachrohr der SED“ (Mühl-Benninghaus 1993: 10). Spätestens mit der Etablierung der ‚Presse eines neuen Typus‘ (1950), die eng mit der Perpetuierung der SED im Staatsgebilde der DDR verknüpft war, ordnete man die Funktionen der Medien weitgehend der Agitation und Propaganda unter. Programmatisch kam diese Ausrichtung bei einer Konferenz des SED-Parteivorstands zur politischen Funktion der Presse zum Ausdruck, die den bildlichen Titel trug ‚Unsere Presse – die schärfste Waffe der Partei‘ (vgl. Holzweißig 1997: 9); als ‚Schutzschild‘ galt in dieser martialischen Metapher übrigens das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Damit waren Ende der 1940er bis Anfang der 1950er Jahre bereits die Weichen gestellt für eine (stalinistisch geprägte) Medienpolitik, die bis 1989 als Fundament Geltung beanspruchte, deren jeweilige Ausrichtung aber immer in Abhängigkeit zur politischen Administration und – gewissermaßen in letzter Instanz – zum Generalsekretär der SED stand (vgl. Holzweißig 1997: 51 ff.). Obschon die Medienpolitik der SED verschiedenen gesellschaftlichen

‚Wetterlagen‘ ausgesetzt war, änderte sich innerhalb von 40 Jahren ein zentraler Grundsatz nicht: Die Kontrolle des Informationsdispositivs bzw. die Medien- und Kommunikationsmacht blieb unverändert in den Händen der SED. Die in der Verfassung gesetzlich verankerte Pressefreiheit wurde als die Freiheit der Arbeiterklasse festgesetzt, welche wiederum von der SED ‚demokratisch‘ vertreten wurde: Damit konnte die Monopolstellung der SED auf dem Gebiet der Massenmedien problemlos legitimiert werden. Diese Vormachtstellung zeichnete sich auch bei der Presse ab: Neben den Zeitungen bzw. Zeitschriften, die im Besitz der SED waren bzw. diesen nahestanden – 1947 waren 80 %, 1989 über 90 % der Presseerzeugnisse in der DDR in sozialistischem Eigentum (Holzweißig 1996a: 402) –, existierten nur wenige Presseprodukte, etwa der Kirche oder der Blockparteien, die insbesondere durch die Begrenzung der Druckauflagen – die staatliche Druckerei ZENTRAG verfügte über 90 % der Druckkapazitäten – in ihrer Reichweite und Wirkung erheblich eingeschränkt wurden (Holzweißig 1996a: 402 ff., Meyen 2003: 120 f.). 1946 kam es auch zur Gründung einer zentralen, 1953 institutionalisierten Einrichtung der Medienpolitik: dem Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN), der staatlichen Nachrichtenagentur. Diese kann, Holzweißig folgend, als „effektivstes Instrument der SED-Informationsdiktatur“ (1999: 584) bezeichnet werden, denn sie „diente ebenso wie das Presseamt in erster Linie als Transmissionsriemen für die Informationspolitik der SED-Führung zur Durchsetzung ihres Meinungsmonopols“ (Holzweißig 1997: 83). Ebenso hatten die Redaktionen des ADN strikte, herrschaftsdiskursiv verankerte Arbeitsrichtlinien, die sich an dem (aktuellen) SED-Parteiprogramm sowie an den Beschlüssen der SED und der staatlichen Organe orientierten. Das staatliche Diktum – besser: Mantra –, wonach es keine Zensur gäbe, war bis 1989 nicht verklungen und schließlich noch von Honecker durch die verklärende Ansicht gestützt worden, dass es „bei uns [...] nur die Kraft des Bewußtseins [gab]“ (Erich Honecker, zit. n. Holzweißig 1997: 14). Die Aussage des seit 1971 amtierenden Generalsekretärs der SED ist lediglich insofern richtig, als es keine *institutionalisierte Zensur*, wie etwa im Dritten Reich, gab. Die Festsetzung einer ‚Zensur ohne Zensor‘, wie Holzweißig (vgl. 1997) eine Publikation zur ‚SED-Informationsdiktatur‘ betitelte, machte diesen Schritt aber auch nicht nötig, bestand doch die Medienlenkung – neben staatlichen Institutionen wie dem ADN – weniger aus Verboten und offenen Zensurmaßnahmen, als vielmehr aus (sich informell gebenden) Direktiven; diese wurden als ‚Empfehlungen‘ bezeichnet, waren aber als Weisungen zu behandeln (vgl. Holzweißig 1999: 574). Ab etwa 1953, dem Jahr des Aufstands am 17. Juni, nahm man ebenso von den sog. ‚Schauprozessen‘, die kritische Journalisten in stalinistischer Manier diskreditieren sollten (vgl. Holzweißig 1999: 576), Abstand und verschrieb sich in der Medienpolitik – auch infolge des von Ulbricht proklamierten Endes der ‚antifaschistisch-demokratischen Phase‘ – zunehmend subtileren Methoden der Medienlenkung. Beispielhaft sind etwa die sog. ‚Donnerstags-Argus‘, d.h.

Sitzungen an denen die Chefredakteure des Fernsehens und des Rundfunks sowie der großen Zeitungen Berlins beim Leiter der Abteilung Agitation des ZK der SED teilnehmen mussten, um politische Order in Empfang zu nehmen (vgl. Wilke 2007: 291). Der Chefredakteur des ‚Neuen Deutschland‘ musste im Übrigen nicht an den ‚Argus‘ teilnehmen, zumal er *direkt* von der Abteilung Agitation und mitunter persönlich von Honecker, der bekannt war für seinen ‚persönlichen‘, zeitaufwendigen Einsatz in Belangen der ‚medienpolitischen Praxis‘ war, politisch-ideologische Weisungen zur inhaltlichen Gestaltung der Zeitung bekam. Generell waren die 1950er Jahre insbesondere im Gefolge der sich konsolidierenden Herrschaft der SED ein Abschnitt der Zentralisierung der Medien(-Macht): 1952 wurde beispielsweise das Staatliche Komitee für Rundfunk (StKfR) gegründet. Im selben Jahr wurde vom Fernsehen der DDR, welches aber bis Ende der 1950er Jahre „in den Augen der DDR-Führung [...] noch kein Massenprogramm“ (Mühl-Benninghaus 1993: 13) war, erstmals ein Testprogramm ausgestrahlt. Das staatliche Fernsehen nahm seinen regulären (Massen-)Betrieb aber bereits 1956 unter der Bezeichnung Deutscher Fernsehfunk (DFF) auf und verstand sich noch, wie die Bezeichnung als *Deutscher* Fernsehfunk nahelegt, als Programm für das gesamtdeutsche Gebiet. (Die Idee der politisch-ideologischen Einflussnahme auf das bundesdeutsche Gebiet war bis zum Ende der Ära Ulbricht – insbesondere aber in den 1950er Jahren – äußerst präsent.) Außerdem nahm man, ganz im Sinne der ‚Massenwirksamkeit‘ der Medien, ab etwa 1953 bei den Printmedien erstmals gezielt Rücksicht auf Leserinteressen, die in den Jahren davor (bewusst) zugunsten einer pädagogisch-ideologischen Einflussnahme vernachlässigt wurden (vgl. Mühl-Benninghaus 1993: 11); infolgedessen kam es etwa zur Gründung der „relativ unpolitischen“ (Meyen 2003: 144) Wochenzeitschriften ‚Wochenpost‘ und ‚Eulenspiegel‘ kam (vgl. Holzweißig 1999: 582). Das politische Zentrum der Presse bildete aber nachwievor das bereits 1946 gegründete Zentralorgan der SED, das ‚Neue Deutschland‘ (ND). Die ‚Aktuelle Kamera‘, die Hauptnachrichtensendung des DFF/DDR-SF, und das ‚ND‘ galten gemeinsam als die politischen ‚Leitmedien‘ (vgl. Holzweißig 1996b: 411) und waren demgemäß den unmittelbarsten politischen Einflussnahmen, wie bspw. telefonischen „Last-Minute-Befehle[n]“ (Holzweißig 1996e: 55), ausgesetzt (vgl. Holzweißig 1997: 60). (Die Redakteure der ‚Aktuellen Kamera‘, die noch bis 1990 auf Sendung ging, nahmen nach der Zerschlagung des Medienmonopols der SED 1989 die Gelegenheit wahr, sich für ihre Mitschuld an den Problemen der DDR zu entschuldigen, vgl. Hesse 1990:33.) Mit dem Mauerbau 1961 und der inneren Konsolidierung der DDR in den 1960er Jahren – zumindest hinsichtlich der systembedrohlichen Abwanderungsströme – waren auch einige Entwicklungen der Medien verbunden. Dem Rundfunk wurden weitere ‚Spielräume‘ ermöglicht, die man der Presse allerdings verwehrt hat: Im Zuge des sog. Jugendkommuniqués des Politbüros von 1963, das der Jugend mehr Freiheiten und mehr

Entfaltungsmöglichkeiten versprach, wird 1964 das Jugendprogramm DT64 als neue Sparte des Hörfunks gegründet. Die Periode des Tauwetters wird aber kulturpolitisch mit dem berüchtigten ‚Kahlschlagplenum‘ (1965), auf dem auch das kurz zuvor gegründete DT64 scharf kritisiert wurde (Jugendliche würden man mit diesem Programm zu „Exzessen aufputschen“ Meyen 2003: 132), sowie außen- und innenpolitisch mit der Niederschlagung des Prager Frühlings (1968) abrupt beendet. In diesen Jahren gab es aber mit dem enormen Anstieg der Versorgungslage mit Fernsehen eine wesentliche Entwicklung der Medienlandschaft – 1969 hatten bereits 69,1 % der Haushalte in der DDR ein Fernsehgerät (vgl. Holzweißig 1999: 587). Dadurch gewann das Fernsehen an immer höherer Relevanz für die strategischen Aufgaben des Informationsdispositivs. 1968 wurde deshalb, neben dem bereits etablierten Rundfunkkomitee, das Fernsehkomitee gegründet und 1969 das DFF 2, das zweite Programm des DDR-Fernsehens, eingeweiht. Gleichzeitig implementierte man das SECAM-System für Farbfernsehen. Nachdem also das massenwirksame Potential des Fernsehen politisch (an-)erkannt wurde – auf Seiten der Medienpolitik der SED war man ohnehin nie darüber hinaus gekommen „das eigene Urteilsvermögen und andere Aktivitäten der Rezipienten in [...] [zu] berücksichtigen“ (Mühl-Benninghaus 1993: 11), d.h. das Publikum war immer eine ‚atomisierte‘ Masse – entwickelte es sich, der drastischer Diktion von Holzweißig folgend, zu einem Instrument der Verschleierung sowie der Herrschaft (Holzweißig 1999: 588). Nachdem das daraus resultierende Ignorieren der außerpolitischen (Unterhaltungs-)Bedürfnisse der Rezipienten auf Dauer Seher abschreckte und insbesondere die Wirkungskraft des Fernsehens unterminierte, deutete sich unter Honecker eine ‚liberale‘ Wende an (vgl. Meyen 2008: 43), die jedoch an der (totalitären) Struktur der Medienhierarchie nichts änderte (vgl. Holzweißig 1997: 13): Auf die berühmt gewordene Aussage Honeckers auf einer Tagung des ZK der SED (1971), wonach es in der (sozialistischen) Kunst keine Tabus geben dürfe, folgte etwas später die offene und überraschende Kritik an den nationalen Medien, die, so Honecker, weder unterhaltsam, noch ‚lebensnah‘ seien (vgl. Holzweißig 1999: 589). Wenngleich dieser Angriff auf die eigenen Medien wie ein ostentativer Aufruf zu einer Modernisierung der Programmstruktur wirkte, entspricht er speziell dem funktionalen und strategischen Verständnis von Medien im Sozialismus: Sie sollten in erster Linie – auch im Sinne von ‚Agitprop‘ – ‚massenwirksam‘ sein. Insofern sind die Aussagen von Honecker als pragmatische Aufforderung zu deuten, den agitatorischen und propagandistischen Mehrwert der Medien wieder zu verstärken. Schließlich musste Honecker auch zu dem Eingeständnis kommen, dass man den Kampf um die Gunst der Zuseher bereits an die Medien des Westens verloren hatte; eine Tatsache, die den Generalsekretär wohl auch zu dem (schein-)liberalen Gebären veranlasste, zu sagen, dass jeder DDR-Bürger auch die Westmedien anschauen solle und „nach Belieben ein- und ausschalten kann...“ (Erich Honecker, zit. n. Hesse 1988: 19, vgl. auch Holzweißig

1997: 589). Folge der Vorherrschaft der Westprogramme insbesondere im Bereich der Unterhaltungen, war etwa die Gründung der Abteilung ‚Heitere Dramatik‘ 1971/1972 im Fernsehstudio Adlershof oder die Produktion ‚hausbackener‘ Fernsehshows, wie die überaus erfolgreiche Sendung ‚Ein Kessel Bunt‘ (vgl. Mühl-Benninghaus 1993: 16). Ein wesentlicher Fortschritt bezüglich der Programmstruktur des DDR-Fernsehens war im darauffolgenden Jahrzehnt die Einführung der ‚alternativen Programmstruktur‘ (1982), die der Vormachtstellung der Westprogramme ebenfalls entgegenwirken sollte. Dieses ‚publikumsfreundliche‘ Konzept sah vor, dass im Hauptabendprogramm auf beiden Sendern des ‚Fernsehens der DDR‘ (DDR-FS) – man wechselte 1972 offiziell die Bezeichnung des staatlichen Fernsehens von DFF zu DDR-FS, um der Tatsache Ausdruck zu verleihen, dass es sich um einen genuin in der DDR verankerten Sender handelt – Unterhaltungsprogramme ausgestrahlt und innen- sowie außenpolitische Sendungen auf spätere Sendetermin versetzt werden (vgl. Meyen 2003: 10). Bezüglich der Einführung des ‚alternativen Programms‘ gab es parteiintern aber auch den Vorwurf der „Banalisation und Entideologisierung“ (vgl. Meyen 2003: 76) sowie der Verwestlichung des Fernsehprogramms. Die Informationssendungen waren inhaltlich von dieser Entwicklung aber nicht betroffen und auch die Struktur des staatlichen Informationsdispositivs blieb bis 1989 unverändert. Nicht zuletzt deshalb hatte sich zunehmend eine „Reprivatisierung öffentlicher Angelegenheiten“ (Müller-Dohm 1991: 97) etabliert: Insofern zeigte das staatliche Informationsdispositiv letztlich durchaus ‚Massenwirksamkeit‘ – lediglich in die entgegengesetzte Richtung.

3.2.1.2 Mediendiskurse bzw. Bedeutungsressourcen und (strategische) Leerstellen des Informationsdispositivs

Der Begriff des Mediendiskurses folgt an dieser Stelle Dreesen/Kumięga/Spiess, die mit dieser relativ neuen Terminologie auf „die mediale Verfasstheit des zu untersuchenden Diskurses“ (2011: 12, vgl. ausführlicher Abs. 1.3.2) fokussieren. In erster Linie soll an dieser Stelle auf die Nachrichten- und Informationssendungen eingegangen und darauf hingewiesen werden, dass sich der Herrschaftsdiskurs in den Mediendiskursen dieser Sendungen deutlich ‚ablagerte‘.

Die Nachrichtensendungen hatten, nach Michael Meyen, grundsätzlich drei Aufgaben zu folgen:

„Auch die ‚Aktuelle Kamera‘ hatte für DDR-Bürger eine Orientierungsfunktion. Wie das ‚ND‘ [‚Neue Deutschland‘, Anm. d. Verf.] und die SED-Bezirkszeitungen lieferte sie nicht nur die Themen, um die es am nächsten Tag, in der nächsten Versammlung gehen würde, sondern auch die offizielle Sichtweise und die entsprechende Formulierungen – so konnte, so musste man es sagen, um nicht anzuecken.“ (2003: 94, Hervorheb. d. Verf.)

Meyen weist hier auf eine Funktion hin, die bereits im Abschnitt ‚Sprache und Herrschaftsdiskurs‘ erläutert wurde (vgl. Abs. 3.1.3): die Normierung der Sprache bzw. der systemspezifischen ‚Formulierungen‘ und ‚Sichtweisen‘, als *expliziter* sprachlich-kommunikativen Herrschaftsmechanismus. Meyen beschreibt darüber hinaus eine Orientierungsfunktion der Nachrichten, indem sie (auch in ihrer Eigenschaft als *Agenda-Setter*) zeigen, worum ‚es am nächsten Tag, in der nächsten Versammlung gehen würde‘. Dass der Diskurs der Information, der innerhalb der einschlägiger Informationssendungen und in den Tageszeitungen produziert wurde, ohnehin von den ‚Symbolmassen‘ (P.-C. Ludz) des Herrschaftsdiskurses ‚verwässert‘ wurde, lag auch an der Auffassung einer richtigen bzw. ‚wirklichen‘ Agitation:

„[...] es muss die Ordnung herrschen, daß man in Versammlungen mehr sagt und auch mehr sagen darf, als in der Zeitung steht. Es soll nicht so gehen, daß nun jedes Wort aufgeschrieben und veröffentlicht wird. [...] Man muß daher eine solche Ordnung schaffen, daß die wirklichen Agitationen in der Partei mündlich durchgeführt wird und daß in den Parteiaktivtagungen und Betriebsversammlungen von den Arbeitern gesagt werden kann. [...] Bei Veröffentlichungen muß man sich das immer reiflich überlegen.“ (Holzweißig 1997: 57)

Darin kommt der Standpunkt zum Ausdruck, dass offene Kritik an politischen, ökonomischen und kulturellen Fragen grundsätzlich nicht veröffentlicht werden konnte, weil damit die Angst einherging, man würde dem ‚Gegner‘ kompromittierende Hinweise auf eigene Entwicklungsdefizite geben. Richtschnur für die politische Berichterstattung bezüglich (meist offenkundiger) Probleme war der einfache Satz: Die Defizite „müssen lösbar sein“ (Holzweißig 1997: 41, vgl. Holzweißig 1996b: 412). Aus diesem Grund konnten etwa die ökologischen Probleme Ende der 1980er Jahre, die ein enormes Protestpotential entwickelten (vgl. etwa Gensicke 1992), nicht thematisiert werden. Mit dem Diktum der ‚Lösbarkeit‘ ging auch die strikte Einhaltung des Verbots problembehafteter Ausdrücke einher, wie ‚Staatszirkus‘ oder ‚Volksschwimmhalle‘; v.a. durfte „nichts über Putten, Schlößchen und Boulevards [berichtet werden, Anm. d. Verf.] (das weckt Bedürfnisse, die wir nicht befriedigen können.)“ (Holzweißig 1996b: 412). Als Beispiel führt Holzweißig das Wirtschaftsmagazin ‚Prisma‘ an, das ab 1963 auf Sendung ging und mit solchen Probleme fortwährend konfrontiert war (vgl. Scheumann 1993), jedoch zumindest über „vermeidbare Ärgernisse des Alltags, Behördenschlampereien oder persönliche Versäumnisse von Staats- und Wirtschaftsfunktionären auf der mittleren und der unteren Ebene“ (Holzweißig 1996e: 58) berichten konnte: kurz: ‚Lösbarem‘. Mit dieser Reglementierung wird bereits der erste wesentliche Aspekt der herrschaftsdiskursiv durchdrungenen Informationssendungen angedeutet: (1) die sog. *Erfolgspropaganda* (vgl. Holzweißig 1997: 41) bzw. ‚Lösbarkeitspropaganda‘. Die Informationssendungen der DDR-Massenmedien waren darauf

angewiesen, sich auf positive Meldungen zu konzentrieren, die, so könnte man formulieren, eine ‚lichte Zukunft‘ nicht grundsätzlich ausschlossen. Insbesondere die ‚Aktuelle Kamera‘ produzierte dementsprechende Nachrichten, die im sog. ‚Funktionärsdeutsch‘ etwa die Übererfüllung des wirtschaftlichen Plans – dem Grundsatz des sozialistischen Planwirtschaft – eines Betriebs, der Landwirtschaft oder der gesamten Volkswirtschaft rühmten (Meyen 2003: 49, 96). Michael Meyen, der eine qualitative Studie über die Nutzung und Rezeption des DDR-Fernsehens nach der Wende durchführte, zitiert einen Ingenieur bezüglich dieser Meldungen – womit ein klares Fazit zur vermeintlichen ‚Wirkmächtigkeit‘ der Erfolgspropaganda einhergeht: „Wissen Sie, wenn Sie einen Hammer immer auf die gleiche Stelle schlagen, dann wird die irgendwann taub“ (Meyen 2003: 49). Auch der langjährige Chefredakteur des ‚ND‘ stützt sich darauf, dass die ‚Erfolgspropaganda‘ für die Berichterstattung ein politisch aufgetragener Usus war:

„Es gab die Erfolgspropaganda als ein Gesetz – ich will das mal hier ohne Umschweife so sagen –, und zwar mit dem Argument, wenn man das nicht mit einem Argument versieht, kann man darüber nicht zu Schlüssen kommen, daß, wenn man dann etwas ändere, der Gegner, ich meine der politische Gegner, ich meine jetzt nicht irgendwelche Kräfte in der DDR, ich meine den politischen Gegner, der damals wie heute die DDR nicht gedeihen lassen will [...] Damit der davon profitiert, wenn wir selbst Eingeständnisse unserer Unzulänglichkeiten, unserer Probleme, unserer Schwierigkeiten machen [...]“ (Joachim Herrmann, zit. n. Holzweißig 1996e: 69)

Dieses ‚Gesetz‘ hat auch die Berichterstattung von innen- sowie außenpolitischen Nachrichten zu Parteitag, politischen Beschlüssen oder Besuchen von Funktionären in den sog. Volkseigenen Betrieben (VEB) betroffen. Interessant scheint hier der Selbstversuch des deutschen Autors Stefan Heym, der seine Informationen vier Wochen einzig aus der ‚Aktuellen Kamera‘ bezog:

„Zur Struktur der Sendungen schreibt er in einem feuilletonistischsten Bericht, daß am Anfang anstelle von ‚aufregenden Hauptnachrichten, die den Zuschauer packen und an den Fernsehschirm fesseln könnten, [...] ein optimistisches Allerlei von kleinen, mit Statistiken und Kurzinterviews dekorierten Feuilletons aus dem Wirtschaftsleben der DDR‘ stehe sowie ‚Staatstelegramme und Staatsempfänge, offizielle Reden und offizielle Begrüßungen.“ (Stefan Heym, zit. n. Hesse 1988: 87)

Zur Formalität des Sprache bzw. gewisser Grußformeln kommt Heym – nicht ohne Ironie – zu dem folgenden Resümee:

„Man bemerkt [...] das Gewicht, das Rang und Titeln bei solchen Hofnachrichten zugeordnet wird. Die Rekordleistung kam bei dem Bericht über die Ordensverleihung an die Kosmonauten Bykowsky und Axjonow in Berlin, als der Sprecher die Namen sämtlicher bei dem Festakt anwesenden Würdenträgern verlas, sowjetischer wie deutscher, in summa 43 Namen mitsamt allen akademischen, Regierungs- und Parteititeln in genau 108 Sekunden, bei fünfmaligem Atemholen.“ (ebd. 88).

Einzigem Ausgleich zu den staatlich aufgetragenen Erfolgsmeldungen waren, nach Meyen, die in den 1970er Jahren immer öfter produzierten Krimiserien, die als einzige Medienprodukte Themen wie Raub, Mord und Gewalt zur Darstellung darstellte (2003: 450). Ein weiterer zentraler Aspekt der Nachrichtensendungen war weitaus tiefgreifender: (2) die Strategie der *Desinformation* bzw. der *Verschleierung*. Die langjährige Chefredakteurin der Zeitschrift ‚Wochenpost‘ zitiert diesbezüglich eine informelle Anweisung des stellvertretenden Leiters der Abteilung Agitation im ZK der SED: „[...] Unsere Aufgabe sei es nicht, über die Gründe von Ausreisewünschen zu schreiben, sondern so zu arbeiten, daß die Leute zum Sozialismus ständen, auch wenn es ein halbes Jahr keinen Zucker gäbe“ (Brigitte Zimmermann, zit. n. Holzweißig 1996e: 57). Ein Paradebeispiel für die Desinformationsleistung der Informationssendungen war der ‚Schwarze Kanal‘, einer von Eduard von Schnitzler moderierten, selektiven Zusammenstellung von Berichten des bundesrepublikanischen Fernsehens – das als *schwarzer Kanal* bezeichnet wurde –, die sich durch die offene Diffamierung und die teilweise schiere Entstellung der ursprünglichen Sendungsinhalte kennzeichnete. Als „immer gereizter Wurmfortsatz“ des DFF bezeichnet, hatte das „Flagschiff [sic] der ‚ideologischen Gegenoffensive““ (Müncheberg 1993: 130) in erster Linie einen Stellenwert als ideologische Bildungssendung, etwa bei der Nationalen Volksarmee (NVA) oder in der (schulischen) Staatsbürgerkunde; auch in Studentenheimen soll Schnitzlers Programm Pflichtprogramm gewesen sein. Wenngleich auch (seltene) Sympathien für dessen Sendung im Publikum auszumachen waren (vgl. Meyen 2003: 98), so sprachen die Einschaltquoten in den 1980er Jahren – meist um die 5 % – für sich. Etwas höher waren die Zuschauerzahlen der ‚Aktuellen Kamera‘, die sich nach der Zerschlagung des Informationsdispositivs auf eine Quote von 40 % (1990) kletterte (vgl. Hoff 1990). Insbesondere für die ‚Aktuelle Kamera‘ galt, dass etwa die Problematik der Republikflucht ausgeklammert wurde. Ein konkretes Beispiel für die Verschleierung ist die Kernreaktorkatastrophe in Tschernobyl: Wurde der Vorfall anfangs zwei Tage lang nicht zur Kenntnis genommen, kam er am dritten Tag kurz zur Erwähnung: Aber hier „verliert [der Sprecher] auch nur eine aus insgesamt vier Sätzen bestehende Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, der zufolge sich im Kernkraftwerk in Tschernobyl eine ‚Havarie‘ ereignet habe und einer der Kernreaktoren ‚beschädigt‘ wurde“ (MDR). In den darauffolgenden Tagen wird konsequent die Problematik der Verbreitung radioaktiver Strahlung in die DDR heruntergespielt und auch von Spezialisten aus den USA – bezeichnenderweise zur Untermauerung der Seriosität dieser Nachricht – bestätigt.

Unter diesen Umständen, die die Mediendiskurse der Informationsprogramme bis 1989 prägten, musste die Glaubwürdigkeit des staatlichen Informationsdispositivs leiden und der ‚Realitätsgehalt‘ der Informationssendungen wurde dementsprechend vom Publikum

durchwegs negativ bewertet (Meyen 2003: 45). Ein weiterer Grund hierfür war aber, vor allem infolge der Etablierung des Fernsehens Ende 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre, der sich intensivierende Empfang der elektronischen Medien der BRD in der DDR.

3.2.2 Die (offenen) Grenzen des ‚national-territorialen Kommunikationsraums‘

Wenn von der Erweiterung des Kommunikationsraums der DDR die Rede ist, dann bezieht sich diese Annahme in erster Linie auf die standardisierten, elektronischen Medien Fernsehen und Radio. Für die Presse galten insofern andere Bedingungen, als man etwa die Einfuhr von Presseerzeugnissen über das Postwesen der DDR besser kontrollieren bzw. überwachen konnte. Kurt R. Hesse folgend, kann „von einem Spezifikum der deutsch-deutschen Konstellation in der grenzüberschreitenden Kommunikation“ (1988: 19) gesprochen werden kann. Er führt an, dass in ähnlichen kulturellen Konstellationen – wie etwa zwischen Süd- und Nordkorea oder der Volksrepublik China und der Republik China (Taiwan) – andere technische wie geographische Bedingungen herrschen, die die Situation der ‚medialen Konfrontation‘ zwischen BRD und DDR weltweit einzigartig macht. Insbesondere das Fernsehen ist in diesem Kontext hervorzuheben, welches quantitativ gesehen einen starken Aufschwung Ende der 1960er erlebte und dessen damit verfestigter Status als Massenkommunikationsmittel immer mehr in den Fokus der SED geriet. Es besteht bei den Medien- und Kommunikationswissenschaftlern Konsens darüber, dass die Sendungen von ARD und ZDF infolge der Informationssendungen des DFF, welche allzu frappant von Verschleierungen oder Desinformationen geprägt waren (vgl. oben), Informationslücken der Rezipienten schließen sollten. Michael Meyen konnte in einer Untersuchung zur Mediennutzung von Bürger der ehemaligen DDR ermitteln, dass darüber hinaus ein allgemeiner (Objektivitäts-)Skeptizismus herrschte, der die Frage aufkommen ließ, ob „man überhaupt irgendwo objektive Informationen bekommen könne“ (Meyen 2003: 64). Die Einstellung mancher Mediennutzer in der DDR, dass man Informationen aus West und Ost komplementär lesen könne (vgl. Schubarth 1990: 426) und „die Wahrheit in der Mitte“ (Meyen 2003: 64) finden würde, war demgemäß weit verbreitet. Schließlich kommt selbst der ehemalige Leiter der Abteilung Agitation im ZK nach der Wende zu der (verspäteten) Einsicht, dass man sich „im Westen über uns informieren mußte“ (Heinz Geggel, zit. n. Holzweißig 1997: 165). Neben der oft artikulierten, höheren Glaubwürdigkeit der Informationsprogramme aus dem Westen, war auch die Befriedigung von Unterhaltungsbedürfnissen ein gleichberechtigter – wenn nicht sogar überwiegender – Grund für die Wahl der Sendungen aus der BRD. Die überlegene Professionalität des Westfernsehens war im Speziellen im Bereich der Unterhaltung erkennbar.

Eine häufig vertretene These bezüglich des DDR-spezifischen Kommunikationsraums ist, dass durch die parallele Rezeption von west- und ostdeutschen Programmen ein deutsch-deutsches Zusammengehörigkeitsgefühl fundiert wurde (vgl. Hesse 1990: 334): Helmut Hanke spricht etwa davon, dass „die politische und kulturelle Kommunikation [...] in der DDR stets gesamtdeutsch [war]“ (1990: 320) und weitere Kommunikationswissenschaftler gehen von der allabendlichen ‚Wiedervereinigung‘ vor dem Fernseher aus. Dass insbesondere die Informationssendungen von ZDF und ARD eine gewisse ‚deutsch-deutsche Wirkung‘ entfalteten, lag auch daran, dass in den Statuten der beiden Sender ein entsprechender Programmauftrag verankert war (vgl. Krüger/Rinz 1990: 104). Die entsprechenden Sendungen hatten teilweise sogar eine größere Resonanz in der DDR als in der BRD (vgl. Meyen 2003: 8). Von der Bedeutung des Westfernsehens für die Mediennutzung in der DDR ist also nicht abzusehen, obwohl repräsentative Studien bzw. Statistiken fehlen – zumal zur gesamten Bevölkerung der DDR und nicht nur zu Teilpopulationen – und infolgedessen meist nur konstatiert werden kann, dass in den 1970er Jahren eine verstärkte Zuwendung zu den Westsendern und speziell in den 1980er Jahren „eine drastische Verschiebung“ (Stiehler 1990a: 98) zugunsten der Programme der BRD stattgefunden hat (vgl. Hesse 1990: 329). *Westmedien waren also für das Informationsdispositiv der DDR ein wesentlicher „Störfaktor“ (Holzweißig 1996b: 413) und hinderten die von der SED kontrollierten Medien bei der Etablierung einer national-territorial fundierten, sozialistischen Medienkultur. Aber nicht einzig das Problem des schrittweise in sich zusammenbrechenden DDR- Informationsdispositivs wurde zunehmend zur Realität, sondern auch zwei weitere Faktoren: Zum einen die „Demaskierung der politisch gefärbten Darstellungen“ (Meyen 2003: 9) und zum zweiten die dadurch erzwungene „permanente Defensive“ (vgl. Holzweißig 1997: 174 ff.) insbesondere der Nachrichtensendungen. Enthüllend wirkten speziell Ereignisse, die, wie etwa das Unglück im ukrainischen Tschernobyl, gänzlich oder aber verspätet – und dann noch verzerrt – in den Medien der DDR thematisiert wurden. Insbesondere in den 1980er Jahren, als sich die Situation des Staatshaushaltes immer mehr zuspitzte, konnte man auch die gängige Taktik der Diffamierung des ‚imperialistischen‘ Gegners nicht ohne weiteres aufrecht erhalten, war man doch zunehmend in eine finanzielle Abhängigkeit zum Westen geraten (vgl. Holzweißig 1997). Hatte man im Unterhaltungsbereich verschiedene Gegenstrategien entwickelt – u.a. Anfang der 1970er Jahren die Produktion von Fernsehshows, in den 1980er Jahren die ‚alternative Programmstruktur‘ und seit 1989 das erfolgreiche Jugendformat ‚Elf99‘ –, so entwickelte sich die mediale Defensive im Speziellen im Informationssektor zur einen außerordentlichen Belastung: Hier kam es wiederholt zu der paradoxen Situation, dass, wie Heinz Geggel eingangs zitiert wurde, für das Verständnis der Nachrichten des DFF/DDR-FS die Berichterstattung von ARD und ZDF dem Rezipienten bekannt sein musste: Die Nachrichten in der DDR waren demnach oft nur mehr eine*

Abwehrreaktion gegen die einschlägigen Meldungen aus der BRD. Ob man allerdings davon sprechen kann, dass eine Entscheidung für die Programme aus dem Westen auch eine „innere Emigration“ (Holzweißig 1997: 168) für die Rezipienten in der DDR bedeutete, soll hier nicht zur Diskussion stehen. Deutlich wird aber, dass das rigide Informationsdispositiv den Medien des Westen die Zuschauergunst zuspielte (vgl. Meyen 2003: 9): Die Sendungen der DDR-Medien hatten „gleichermaßen zur Substitution durch solche der BRD wie auch eine schleichende De-Politisierung“ (Stiehler 1990a: 99) eingeleitet.

3.3 Der Konflikt zwischen dem Informationsdispositiv und den (internationalen) Kommunikationsnetzwerken

In den vorangegangenen Abschnitten sollte insbesondere nachgewiesen werden, dass *durch die Erweiterung des nationalen Kommunikationsnetzwerkes seit Anfang der 1970er Jahre bzw. mit Beginn der Ära Honecker die zunehmende Erosion einer homogenen, sozialistischen Medienkultur vorangetrieben wurde*. Mehrfach konnte darauf hingewiesen werden, dass die DDR eine (heterogene) Medienkultur entwickelte, die speziell inhaltlich immer stärker von den Programmangeboten bzw. den Bedeutungsressourcen des Westen geprägt wurde; damit drückt sich auch in der DDR ein wesentlicher Aspekt der Mediatisierung aus: *die Auflösung des national-territorialen Kommunikationsraumes*. Das Festhalten der SED an der Kommunikationshegemonie bzw. am Informationsdispositiv hatte zur Abwendung der Rezipienten von den nationalen Medienprodukten und (parallel) zur Hinwendung zu den Angeboten aus der BRD geführt. Der durch eine machstrategische Logik fundierte Fehler der Medien- und Informationspolitik bestand insbesondere darin, die „prinzipielle Gleichrangigkeit“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 56) der öffentlichen, halb-öffentlichen und der privat-zwischenmenschlichen Diskursebene zu ignorieren und auf einem rigorosen Informationsdispositiv zu verharren. Im Bereich der (Massen-)Medien wird die von Boris Groys (2006) konstatierte Angst der kommunistischen Systeme vor dem Verlust der Sprach- sowie Kommunikationshegemonie allzu deutlich. *Durch die Hinwendung der Mediennutzer zu den Programmen der (elektronischen) Medien der BRD, entwickelt sich aus der Angst vor dem realen Verlust der Kommunikationshegemonie*. In den Unterhaltungsprogrammen vollzog sich eine immer stärkere Angleichung an die Programmstruktur des Westens und im Sektor der Information bzw. Berichterstattung verfiel man in eine unablässige Defensive, die nur mit der Zerschlagung des Informationsdispositivs 1989 zu überwinden war. Die zunehmende Dysfunktionalität der Kommunikationsverhältnisse (vgl. Stiehler 1990b) durch das von der SED angeleitete Informationsdispositiv hatte den irreversiblen Verlust der Sprach- und Kommunikationshegemonie der SED maßgeblich begründet.

Dieses Resümee lässt sich auch auf das (totalitäre) Kommunikationsmodell der Verbindung von Herrschaftsdiskurs und Sprache, das in Abs. 3.1 erörtert wurde, ausweiten: Hatte man im Gefolge der marxistisch-leninistischen Sprachwissenschaft ein Konzept zur Lenkung von Sprache und Kommunikation entwickelt, sollte dieses Modell analog – zwar ohne explizite Erwähnung, sicherlich aber strategisch – in der Medienpolitik umgesetzt werden. Medien waren hier insofern prädestiniert, als sie, seit der Perpetuierung der SED in den staatlichen Strukturen der DDR Ende der 1940er Jahre, ein zentrales Element der Propaganda und der Agitation darstellten (vgl. Abs. 3.2). ‚Leitmedien‘ des Agitprop waren demgemäß das ‚ND‘ und die ‚Aktuelle Kamera‘; die Programme des Hörfunks spielten in dieser Hinsicht eine lediglich untergeordnete Rolle. Zwar weist Michael Meyen (2003: 45) darauf hin, dass die mediale Verarbeitung herrschaftsdiskursiver Elemente, welche in der Bevölkerung bereits ‚internalisiert‘ waren (wie v.a. Friedenspolitik und Antifaschismus), mitunter positiv wahrgenommen wurden und diesbezüglich auch die Funktion des ‚emotionalen Agenda-Settings‘ (vgl. Döveling 2005: 45) mit Erfolg ausgespielt wurde; gleichermaßen waren aber die sprach- und kommunikationssteuernden Strategien (vgl. Abs. 3.1.2), die in den Medien der DDR praktiziert wurden, durch die Erweiterung des Kommunikationsnetzwerkes in Richtung der BRD zunehmend untergraben worden. Der öffentliche Diskurs war zwar ein, nach Fraas/Steyer (1992), fast ‚autarker Kommunikationsraum‘, dennoch kennzeichnete er sich in der Ära Honecker immer mehr dadurch, dass er von den Mediendiskursen aus dem Westen zunehmend *ein-* bzw. *überholt* wurde: Sowohl die seit 1970 steigende Rezeption der Sender aus der BRD als auch die immer deutlicheren Reaktionen der DDR-Medien auf diesen zunehmenden Einfluss ‚von außen‘, lassen erahnen, dass sich der öffentliche Diskurs immer mehr aus Informationen aus dem Osten *und* dem Westen speiste; darin liegt ein klarer Hinweis dafür, dass die Implementierung des Herrschaftsdiskurses in alle Diskursebene (vgl. Fraas/Steyer 1992 bzw. Abs. 3.1) – als „Voraussetzung dafür, das politische System unter dem Deckmantel sprachlicher Sinnkonstruktion zu legitimieren“ (Pappert 2003: 92) – schlussendlich fehlgeschlagen war.

4 Ideologie - Mentalität - Normation

„All das, was dem außenstehenden Beobachter, der nicht die Schule sowjetischer Lebensweise durchlaufen hat, als Lüge, Demagogie, Formalismus, bürokratische Komödie und Propaganda erscheinen mag, stellt in Wirklichkeit Fleisch und Blut eben dieser Lebensform dar. Es ist tatsächlich dieses Leben selbst. Das aber, was die bittere Wahrheit, die tatsächliche Lage der Dinge oder der Überlegungen des gesunden Menschenverstandes aussieht, ist in Wirklichkeit nur die unbedeutende Schale eines realen Prozesses. Wer das nicht begreift, kann das Wesen der sowjetischen Lebensform, des klassischen Beispiels einer kommunistischen Lebensform [...] nicht verstehen.“ (Sinowjew 1983: 74 f.)

Die vorangegangenen Kapitel machen eine Diskussion des Verhältnisses zwischen den Phänomenen Mentalität und (herrschaftsdiskursiv instrumentalisierte sowie mediatisierte) Ideologie, die bislang lediglich getrennt behandelt wurden, evident. Der Historiker Michel Vovelle schlägt dahingehend vor, das Begriffspaar zugunsten einer Mentalitäten-Geschichte ‚aufzulösen‘ (vgl. Abs. 1.1). Jacques LeGoff konstatiert andererseits, dass „die Mentalität [...] keine Widerspiegelung“ (1987: 18) darstelle; er weist damit zu Recht eine die Problematik simplifizierende Überlagerung von Ideologie und Mentalität dezidiert zurück. Was in der Disziplin der Mentalitäten-Geschichte tendenziell unberücksichtigt bleibt – vor allem weil Ideologie nicht im Zentrum von deren Untersuchungen steht –, ist die sich aufdrängende Frage der Dialektik. Zu bedenken ist außerdem, dass Ideologie, die zum Teil als „dogmatische Fiktion“ (vgl. Meuschel 1992: 236) verklärt wurde, einen wesentlichen Bestandteil der Lebenswelt aller Gesellschaftsteilnehmer in der DDR markierte – etwa über die herrschaftsdiskursiv durchdrungenen Bedeutungsressourcen der Medien (vgl. Abs. 3.2). Das Verhältnis zwischen Ideologie und Mentalität wird im Folgenden durch zwei theoretische Prämissen fundiert, die in den vorangegangenen Kapiteln bereits größtenteils erörtert wurden:

(1) Die Mehrzahl der Begriffskonzepte von Ideologie kennzeichnen sich entweder durch (a) den fehlenden Rekurs auf Mentalität und damit durch die Exklusion von gesellschaftlichen, sozialen und psychologischen Praktiken, die (auch) im Zusammenhang mit Ideologie stehen oder (b) eine fehlende Abgrenzung zwischen Ideologie und dem Aspekt der Mentalität; im zweiten Fall wird eine (irreführende) Überschneidung von Mentalität und Ideologie bewirkt, die von Theodor Geiger als „Panideologie“ (vgl. 1968: 32, 152) bezeichnet wird. Als grundlegende Voraussetzungen, um die Wechselbeziehung diskutieren zu können, muss einerseits Ideologie über eine diskursive Materialität/Medialität verfügen – nach Theodor Geiger etwa in Form einer ‚Aussage‘ (vgl. 1968) – und andererseits muss mit einem

funktionalen oder substantiellen Mentalitätsbegriff, wie er in Kap. 1 dargestellt wurde, operiert werden.

(2) Darauf aufbauend ist zu konstatieren, dass Ideologie als ein zentrales Mentalitätsthema (vgl. Kuhleemann 1992) der ‚sozialistischen/kommunistischen Lebensform‘ (Sinowjew 1983) zu begreifen ist. Für die DDR-Forschung markiert diese Annahme eine Grundvoraussetzung, die wiederholt in Studien zur politischen Bildung und zur Sozialisation – vor allem während des Kindes- und Jugendalters – thematisiert wurde und die für die Analyse der Lebenswelt in der DDR kaum zu unterschätzen ist (vgl. etwa Lemke 1991). Theodor Geiger gibt diesbezüglich zu bedenken, dass auch „eingehämmerte Ideologien die Mentalität umformen, daß Gedankengehalte ‚zur zweiten Natur werden‘ und sich in der psychischen Tiefenschicht einnisten können [...]“ (1932: 79).

Dieses Kapitel widmet sich zwei Aufgaben: Zum einen wird Theodor Geiger (1932; 1968) folgend das Verhältnis von Mentalität und Ideologie diskutiert und in den bisher erarbeiteten, theoretischen wie terminologischen Zusammenhang integriert. Diese Debatte mündet in das Konzept der theoretischen Ideologiekritik (vgl. Geiger 1968), die „die wahren Machtstrukturen und die Verflechtungen der Interessen bloßlegt, die vom Nebel der politischen Propaganda verdeckt werden“ (Willems 2002: 177). Zum anderen wird das DDR-Jugendgesetz von 1974 einer ideologiekritischen Analyse unterzogen. Wurden Ideologie und Ideologiebegriff in der DDR bisher in erster Linie nach funktionalen Aspekten untersucht, soll mit der Analyse des Jugendgesetzes, das nach Lasswell als *political formula* zu verstehen ist (vgl. Abs. 3.1), Ideologie im Feld der DDR-Jugendpolitik zur Untersuchung kommen. Damit ergibt sich ein wesentlicher Einblick in die (ideologische) „Normation“ (vgl. Foucault 2004a) der DDR-Jugend und in das politisch-ideologische Ideal der jungen Generation in der DDR.

4.1 Wissenssoziologische Aspekte des Verhältnisses von Ideologie und Mentalität

Der Soziologe und Ideologietheoretiker Theodor Geiger erfasst Ideologie und Mentalität als dichotomes Begriffspaar und eröffnet damit innerhalb der Ideologieforschung einen positivistischen Ansatz (vgl. Topitsch 1966: 15; Knoblauch 2005: 112), der konträr zur gängigen Lehrmeinung – vor allem bei dem Wissenssoziologen Karl Mannheim – steht. Geiger führt in seinen Untersuchungen eine grundlegende Differenzierung zwischen Ideologie in Form einer manifesten ‚Aussage‘ und Mentalität als formloser ‚psychischer Disposition‘ ein. In der Forschung wird diesbezüglich hervorgehoben, dass er der erste Sozialwissenschaftler war, der eine derartige (kontrastive) Unterscheidung vorgenommen hat (vgl. Neumann 2000: 271). Um nicht in eine theoretische und terminologische Verwirrung

zu geraten, muss einführend der Ideologiebegriff von Geiger erläutert werden; vor allem die Studie *Ideologie und Wahrheit - Eine soziologische Kritik des Denkens* (erstmalig veröffentlicht 1953) gibt diesbezüglich instruktive Hinweise (vgl. Roters 1998: 74; Willems 2002: 176).

4.1.1 Operationalisierung des Ideologiebegriffs (II): Ideologie und Wahrheit

Die folgende operationale Definition des Ideologie- und Mentalitätsbegriffs bei Theodor Geiger stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es soll an dieser Stelle lediglich eine Stütze für die zielgerichtete Integration in den theoretischen und methodischen Rahmen der vorliegenden Arbeit geboten werden.

(1) *Ideologie / ideologische Aussagen*: Ideologie ist nach Geiger der Wirklichkeit nicht entgegengesetzt, wie es verschiedene Konzepte im Sinne einer Verschleierung von ‚wirklichkeitsadäquater‘ Erkenntnis postulieren, sondern grundlegend an diese gekoppelt. Ideologie bezieht sich auf „Aussagen, nicht aber auf Denkprozesse [...]“ (Geiger 1968: 7); schließlich könne sich der Analytiker nicht „über die Denkprozesse in den Hirnen anderer aussprechen“ (ebd. 6). Indem der Wissenssoziologe eine objektive Erkenntniswirklichkeit zur Stütze seines Ideologiekonzepts macht (vgl. ebd. 28 ff.), stellt er die Ideologie dieser gegenüber: Alles von ihm als *ideologisch* oder *Ideologie* (vgl. zur Differenzierung ebd.: 59) bezeichnete, charakterisiert sich dadurch, dass es in Bezug auf einen objektiv erfassbaren Gegenstand – den (adäquat) zu erfassen eine theoretische Aussage voraussetzen würde – eine a-theoretische und damit illegitime Aussage trifft. Die Ideologie scheitert also an (der Deskription) der Wirklichkeit – aus welchen (vielleicht sogar intentionalen) Gründen auch immer. Geiger fasst diesen Grundsatz in der folgenden Formel zusammen:

„Als ideologisch sollen jene Aussagen bezeichnet werden, die ihrer sprachlichen Form und dem ihnen ausgedrückten Sinne nach sich als theoretische Sachaussagen geben, die aber a-theoretische, nicht der objektiven Erkenntniswelt zugehörige Bestandteile enthalten.“ (ebd. 58)

Durch die Verwendung einer ‚theoretischen Form‘ objektiviert der Ideologe also eine falsche Aussage. (Eine bemerkenswerte Parallele zum ML: Auch hier werden a-theoretische Ausführungen durch eine theoretische Form zu einer – angeblichen – Objektivität erhoben, vgl. Abs. 2.2) Der Begriff der Ideologie selbst beinhaltet für Geiger – ähnlich wie bei Marx/Engels – einen „*kritischen*“ Sinn. Er mißt das ‚Denken‘, also vielmehr die Aussage, an der Wirklichkeit, was immer mit Wirklichkeit gemeint sein mag“ (ebd. 6, Hervorheb. i. O.). Für Geiger manifestiert sich Ideologie zumeist sprachlich bzw. "in Worten und Handlungen" (ebd.

6), womit sie – wie in der vorliegenden Arbeit – als Teil eines Diskurses (vgl. Abs. 2.3) begriffen werden kann.

(2) *Nicht-Ideologische Aussagen*: Die Konzeption eines entsprechenden Ideologiebegriffs impliziert nicht-ideologische und sog. wert(urteils-)freie (vgl. ebd. 47 ff.) Aussagen. Ein Kernpunkt der Kritik, die Geiger an anderen zeitgenössischen Konzepten des Ideologiebegriffs übt, ist deren sog. noologische Determinierung allen Denkens durch eine Ideologie; keine Kommunikation wäre entsprechenden theoretischen Entwürfen zufolge möglich, die frei von (einer) Ideologie ist. Das Resultat solcher Ideologiekonzepte ist Geiger zufolge, dass mit der ihnen impliziten „These von der Unausweichlichkeit der Ideologie [...] nicht nur der moralische, [...] [sondern, d. Verf.] auch der intellektuelle Vorwurf gegen den Denkenden“ (ebd. 151) entfällt. Das Nicht-Ideologische, das Geiger dem Ansatz der Panideologie entgegensetzt, beschreibt er als „der Wirklichkeit entsprechende Gedankengänge und Aussagen“, die man „wenn nicht als praktische Möglichkeiten, so doch als ideellen Gegensatz im Auge“ (ebd. 155) behalten solle. Die nicht-ideologische Aussage bildet auch die praktische Grundlage für eine Ideologiekritik im Sinne Theodor Geigers.

(3) *Mentalität und/als psychische Disposition*: Alles was „vor der Aussage“ (ebd. 6) und damit auch vor der sich manifestierenden Ideologie liegt, fasst er als (formlose) psychische Disposition (vgl. ebd. 1968) bzw. als Mentalität (vgl. Geiger 1932) zusammen. Mentalität, die entgegen der Ideologie keine Materialität besitzt, wird von Geiger als Ebene begriffen, die „zwischen (vorwiegend ökonomisch bestimmtem) ‚Sein‘ und ideologischem ‚Bewußtsein‘“ (Neumann 2000: 276) zu verorten ist. Durch ihren Charakter als „ziemlich diffuser Komplex von vorthoretischen Vorstellungen, Meinungen, Haltungen und Werten“ (ebd. 276) ist sie schwer zu erfassen. Geiger merkt dazu an, dass sie nur bestimmt werden könne, wenn man eine große Menge an Informationen zur Analyse heranziehe:

„Die Kleinarbeit müßte bei den Symptomen beginnen, die das äußere Leben des Menschen darbietet. Sie hätte mit recht eigentlich behavioristischen Methoden anzufangen, ehe sie an die verstehende Deutung gehen kann. [...] tausend Einzelheiten des Alltagslebens bilden im Ensemble *den Typ des Lebensduktus* und dieser ist *Ausdruck der Mentalität*.“ (Geiger 1932: 80, Hervorheb. i. O.)

Es wird offensichtlich, dass Geigers Mentalitätsbegriff dem in dieser Arbeit erörterten funktionalen Mentalitätsbegriff nahesteht: Hier wie dort wird Mentalität als dem Handeln vorgelagert begriffen „ohne daß die formale Dispositionsleistung aber konkret zu beschreiben wäre“ (Kuhlemann 1995: 186). Wenngleich Geiger eine (konzeptionelle) Nähe zur *Annales*-Historiographie und der Mentalitäten-Geschichte zugeschrieben wird (vgl. Neumann 2000: 270), schenkt er dem Begriff der Mentalität hauptsächlich im

Zusammenhang seines Modells der sozialen Schichtung Aufmerksamkeit (vgl. Geiger 1932). Schließlich relativiert er aber die empirische Erfassbarkeit von (funktionaler) Mentalität. Diese Problematik, die bereits in dieser Arbeit ausgeführt wurde (vgl. Abs. 1.1), begründet Geiger wie folgt:

„Alles vermeintliche Wissen über ihn [d.h. den mentalen Vorgang bzw. die Mentalität eines Subjekts, d. Verf.] könnte nur introspektiv abgeleitet sein, und Introspektion kann zwar Vermutungen zeitigen, die sich als nützliche Hypothesen für empirische Untersuchungen erweisen mögen, aber im Wege der Introspektion und auf ihrer Ebene lässt sich nichts verifizieren.“ (ebd. 142)

(4) *Mentalität/Ideologie und deren (schichtspezifische) Zuordnung*: Mentalität ist eng mit dem von Geiger entwickelten Schichtungsmodell verbunden, das er bereits in den 1930er Jahren entwickelte. In Ablehnung eines eindimensionalen marxistischen Gesellschaftsmodells, das das (ökonomische) Kapital und die damit verbundenen Produktionsverhältnisse als alleinige Determinanten der Gesellschaftsstruktur begreift, konzipiert Geiger als erster Sozialwissenschaftler ein „mehrdimensionales Modell der Schichtung“ (Neumann 2000: 274): Nicht mehr einzig das ökonomische Kapital, sondern umfangreichere Einflussfaktoren und Kapitalformen (Pierre Bourdieu), die kulturelle und soziale Aspekte berücksichtigen (vgl. Neumann 2000: 274; Knoblauch 2005: 112), werden für die gesellschaftliche Schichtung in Betracht gezogen. Nach Geiger kann jeder Schicht eine ihr typische Mentalität zugeordnet werden, die aus der Lebenswelt und dem damit verbundenen Lebensduktus resultiert: „Das Element der Mentalität ist im Begriff der Schicht schon enthalten, denn die Schicht ist ein Bevölkerungsteil, dem eine gewisse Mentalität zugeschrieben wird“ (Geiger 1932: 78). An anderer Stelle fasst Geiger bezüglich der ‚Zuordnung von ökonomisch-sozialen Schichten‘ zusammen, dass „eine Mentalität oder ein Mentalitätszug [...] einem nach objektiven Merkmalen abgrenzbaren Bevölkerungsteil [...] als adäquat zugeschrieben [wird], die Mentalität wird als Charakter eines nach objektiven Kennzeichen beschreibbaren Typus ‚verstanden‘“ (ebd. 5). Mentalität ist also unmittelbar mit der sozialen Lage verbunden und kann nicht frei gewählt werden, nachdem sie ursächlich aus der Prägung der Lebenswelt und der Lebensführung resultiert: „[...] die Ideologie kann ‚falsch‘ sein; gegenüber der Mentalität ist die Frage ‚richtig oder falsch?‘ logisch unerlaubt“ (ebd. 78). Zur Mentalität, deren aktives Wirken Geiger in erster Linie einem Individuum und weniger einem Kollektiv zuordnet, gibt es „keine Alternative“ (Neumann 2000: 275, Hervorheb. i. O.).

Im Gegensatz dazu ordnet Geiger Ideologie vermehrt einem Kollektiv – mitunter auch einer Epoche – zu: Das erlaubt ihm beispielsweise von einer „Ideologie der Bauern oder Intellektuellen, von einer Ideologie oder der Ideologie eines Zeitalters“ (Geiger 1968: 149) zu sprechen. Der Soziologe erfasst also nach eigener Ansicht in erster Linie „Ideologien einer

Menschenkategorie“ (ebd. 149). Nach Geiger kann nicht jedem Einzelnen bzw. jeder Aussage eines Einzelnen eine Ideologie unterstellt werden; denn Zuordnungen erfolgen für ihn über „ein statistisches Massengesetz, [das] eine Korrelation zwischen der Aussage und einem objektiv umschriebenen Personenkreis fest[stellt]“ (ebd. 149). An anderer Stelle führt Geiger aber auch an, dass ebenso politische Manifeste eine (Doktrinär-)Ideologie darstellen (vgl. ebd. 79).

(5) *Ideologiekritik*: Dem Begriff der Ideologie kann nach Geiger nur dann eine analytisch-kritische Funktion zugeschrieben werden, wenn die Überprüfung einer „Nicht-Übereinstimmung des ideologischen Denkens oder Denkergebnisses mit der Wirklichkeit“ (ebd. 155) für den Analytiker (erkenntnis-)theoretisch gewährleistet ist. (Geiger spricht infolgedessen dem soziologischen Ideologiekonzept von Karl Mannheim jegliches ideologiekritische Potential ab.) Daraus resultiert das Konzept der „theoretischen Ideologiekritik“ (ebd. 160 ff.): Der Schwerpunkt dieser Methode liegt darauf, Wechselbeziehungen zwischen Ideologien und „greifbaren Erscheinungen der Außenwelt festzustellen“ (ebd. 162) und so zu ergründen, „welchen Einfluß die Vorherrschaft gewisser Ideologien auf das gesellschaftliche Handeln und den Geschichtsverlauf hat“ (ebd. 162).

(6) *Ideologie und Diskurs*: Nach dem Verständnis des Verfassers ist Ideologie bei Theodor Geiger wesentlich an einen Diskurs gebunden. Diese Ansicht stützt sich unter anderem darauf, dass er, wie bereits erwähnt, die ‚Aussage‘ in das Zentrum seiner ideologiekritischen Analyse stellt; analog dazu wurde bezüglich der Diskursanalyse ausgeführt, dass diese ebenfalls „die Aussage in den Mittelpunkt“ (Lemke 2005: 322, vgl. auch Abs. 1.4) bringt. Weiters zieht Geiger eine klare Trennlinie zwischen Ideologie und Mentalität, die auch bei Foucault und dessen Diskurstheorie zu erkennen ist: Nach Lemke schaffe Foucault eine deutliche Abgrenzung „gegen Theorievarianten, die Diskurse als Ausdruck oder Abbild einer ökonomischen Basis oder *spezifischer Mentalitäten* begreifen“ (2005: 323, Hervorhebung d. Verf.). Es zeigt sich, dass die Diskurstheorie in ihrem ‚archäologischen‘ Verständnis (vgl. Lemke 2005: 321 f.) Analogien mit den Bemühungen Geigers aufweist; in erster Linie hinsichtlich deren gemeinsamer Beschränkung auf die Untersuchung eines Forschungsgegenstandes, der sich durch eine Materialität und Medialität (vgl. Dreesen/Kumiega/Spiess 2011) kennzeichnet.

4.1.2 Zum Verhältnis von Ideologie und Mentalität / Ansätze einer theoretischen Ideologiekritik

Im dritten Kapitel der sozialwissenschaftlichen Studie *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes* (erstmalig veröffentlicht 1932), das sich dem sog. Schichtungsbild³² widmet, äußert sich Geiger explizit zum Verhältnis von Ideologie und Mentalität³³. Kritik an der zeitgenössischen Lehrmeinung von Ideologie ist dabei ein wesentlicher Antrieb zur Entwicklung seines Konzepts (vgl. Roters 1998: 72 ff.).

Als zentralen Proponenten für die von ihm kritisierten zeitgenössischen Theorien wird Karl Mannheim herangezogen (vgl. auch ebd. 73); dieser mache zwar innerhalb einer Ideologie einen psychischen Faktor geltend, unterlasse dabei aber eine konzeptionelle Differenzierung von Ideologie und Mentalität (vgl. Geiger 1932: 77). Mentalität kursiere bei Mannheim einzig als ein nicht näher bestimmbarer subjektiver Faktor einer Ideologie, „denn [Mannheims, d. Verf.] Begriff der Totalideologie umfasst mit dem Gedankensystem offenbar auch“ (ebd. 77) die Mentalität. Damit konzentriere sich Mannheims Ideologiebegriff „auf Ideen und Gedankengebäude oder er bezieht zwar psychische Verfassungen mit ein, legt aber den Ton auf den ideellen Ausdruck, in dem sie sich differenzieren“ (ebd. 77). Im Rekurs auf Mannheim negiert Geiger die Annahme, dass jedwedes Denken in einer Ideologie verhaftet sei; schließlich musste er entsprechende Konzepte als Zersetzung jeglicher ideologiekritischen Analyse auffassen.³⁴ Kurt Lenk äußert bezüglich Mannheims Ansatz, dass dieser „den Ideologiebegriff zu 'neutralisieren' [suchte, d. Verf.], indem die Seinsverbundenheit jeglichen Denkens und Wissens behauptet wurde, womit dieser seiner einstigen gesellschaftskritischen Funktion verlustig ging“ (Lenk 1994: 27). Geigers Bemühung hinsichtlich des Ideologiebegriffs bestand zu einem Großteil darin, wieder eine ‚gesellschaftskritische Funktion‘ in die Ideologielehre einzuführen (vgl. dazu Roters 1998: 72 ff.). Entsprechend führt er zum Begriff der Ideologie folgendes aus:

„Wie fruchtbar immer der Ideologiebegriff unserer neueren Forschung für die Frageabsichten einer kritischen Geistesgeschichte sein mag – es ist meine Meinung, daß die Erforschung der Schichten und Klassen, soweit sie Kritik des standortgebundenen Geistes ist, nicht vorwärtskommen kann, wenn sie sich nicht entschließt, für *ihre* Zwecke den Ideologiebegriff weiter zu differenzieren.“ (Geiger 1932: 77)

³² Geiger kritisierte in dieser Studie in erster Linie den Begriff des Mittelstands (vgl. Geiger 1932: 106 ff.).

³³ In der späteren Studie *Ideologie und Wahrheit* (1968) tritt Mentalität - ohne explizite begriffliche Erwähnung - einzig als sog. Denkprozess auf, dem ein funktionaler Denkstil zuordenbar ist.

³⁴ Clifford Geertz kritisierte Mannheims Ideologieverständnis in einer ähnlichen Richtung; Geertz forderte aber ein Ideologieverständnis, das Ideologie verstärkt als ‚Sinnkonstruktion‘ begreift (vgl. 1973).

In der ostentativen Ablehnung eines marxistisch orientierten, totalen bzw. partikulären Ideologiebegriffs, den Karl Mannheim Ende der 1920er Jahre in seinem Werk *Ideologie und Utopie* entwickelte (vgl. 1965), kommt Geiger zur folgenden, zunächst separaten Definition der Termini Ideologie und Mentalität:

„Unter *Ideologie* seien verstanden: Lebens- und Weltdeutungen oder auch Gedankengefüge, die sich auf enger abgesteckte Gegenstandsgefüge, z.B. auf die Wirtschaft oder einzelne wirtschaftliche Tatsachen beziehen. Gemein ist diesen umfassenden sowohl gegenständlich begrenzten Ideologien, daß sie als Doktrin oder Theorie auftreten. Sie sind also mitteilbar, sind mögliches Lehrgut, können gepredigt und verbreitet werden. Die *Mentalität* dagegen ist geistig-seelische Disposition, ist unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und die von ihr ausstrahlenden, an ihr gemachten Lebensformen.“ (Geiger 1932: 77, Hervorheb. i. O.)

Geiger folgend äußert sich Ideologie als ein ‚abgestecktes Gegenstandsgefüge‘, das ‚mittelbar, mögliches Lehrgut‘ sein kann; der Soziologe hebt in diesem Kontext ‚Doktrinen‘ und ‚Theorien‘ hervor. Es wird an dieser Stelle deutlich, dass sich Geigers Ideologiebegriff mit dem in dieser Arbeit erörterten Konzept der konsolidierten Sekundärideologie überschneidet. Der Mentalitätsbegriff entspricht weitgehend dem funktionalen Mentalitätsbegriff (vgl. Abs. 1.1), der sich im Lebensvollzug als (vor- bzw. unbewusste) Tendenz einschreibt. Dieser ersten Annäherung folgt eine „aphoristische“ (Geiger 1932: 77) Definition, die Ideologie und Mentalität konsequent aufeinander bezieht:

„Mentalität ist *subjektiver* (wenn auch Kollektiv-) Geist – Ideologie ist *objektiver* Geist. Mentalität ist geistig-seelische Haltung, Ideologie aber geistiger *Gehalt*. Mentalität ist *Geistesverfassung* – Ideologie ist Reflexion, ist *Selbstausslegung*. Mentalität ist ‚früher‘, ist erster Ordnung – Ideologie ist ‚später‘ oder zweiter Ordnung. Mentalität ist *formlos-fließend* – Ideologie aber *fest-geformt*. Mentalität ist *Lebensrichtung* – Ideologie ist *Überzeugungsinhalt*. Aus der Mentalität wächst die Ideologie als Selbstausslegung hervor – und umgekehrt: kraft schichttypischer Mentalität bin ich für diese oder jene ideologische Doktrin empfänglich: sie ist mir adäquat. Mentalität ist, im Bilde gesprochen, *Atmosphäre* – Ideologie ist *Stratosphäre*. Mentalität ist eine Haut – Ideologie ein Gewand.“ (ebd. 78, Hervorheb. i. O.)

Im angeführten Zitat eröffnet sich ein essentieller Aspekt der Beziehung von Ideologie und Mentalität: Geiger stellt eine Hierarchie auf, die in der „prinzipiell unhintergehbaren“ (Neumann 2000: 275) Mentalität die Basis einer ihr adäquaten und „erfolgreiche[n] Ideologie“ (Geiger 1932: 78) sieht. Geiger spricht nicht von einer Wechselbeziehung, sondern Ideologie gehe *ab ovo* – und als ‚Selbstausslegung‘ – aus der Mentalität hervor. Jede soziale Schicht sei nach Geiger entsprechend ihrer Mentalität für eine oder mehrere Ideologien empfänglich. Er exemplifiziert diese Annahme anhand eines Beispiels, das im Zusammenhang dieser Arbeit wichtig erscheint: Bezüglich der politischen Praxis von Ideologie erörtert der Soziologe, dass „der Mentalität [...] die Schicht (oder Klasse), der Ideologie aber die Partei [entspricht, d. Verf.]. *Proletarisches Klassenbewusstsein ist Mentalität – kommunistisches*

Manifest und Parteiprogramme sind Ideologie“ (Geiger 1932: 79, Hervorheb. d. Verf.). Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Ideologie und Mentalität führt für Geiger zu der Annahme, „daß unter dem Mantel einer Doktrinärideologie mehrerlei Mentalitäten schlummern, daß ein Mentalitätstypus sich in verschiedenen Doktrinärideologien auslegen kann“ (ebd. 78). Nachdem, wie Geiger betont, Ideologien begrenzt sind, bedeutet das im Fall einer ‚Doktrinärideologie‘ – oder im Fall einer konsolidierten Sekundärideologie – die Reduzierung vielfältiger Mentalitäten³⁵ auf eine Ideologie. Vor allem durch eine totalitäre und „eingehämmerte Ideologie“ (Geiger 1932: 79) kann/muss eine partielle Ablehnung auf Seiten eines Einzelnen bzw. eines Kollektivs resultieren, deren Mentalität nicht ‚für diese oder jene doktrinäre Ideologie empfänglich‘ ist. Geiger spricht in diesem Zusammenhang – und im strikten Gegensatz zu Mentalität – von einer ‚falschen‘ Ideologie; einer Ideologie also, die Mentalität unberücksichtigt lässt.

Es wäre nun die Aufgabe der Ideologiekritik, weniger nach den systemimmanenten Strategien der Ideologie zu fragen, als vielmehr eine „Aufzeichnung der externen Quellen von Denkfehlern“ (Geiger 1968: 160) zu erarbeiten. Denkfehler sind für Geiger der grundlegendste Ausdruck der mangelnden oder fehlenden Übereinstimmung zwischen einer (grundsätzlich a-theoretischen) Ideologie und den „außer-theoretischen Gegebenheiten“ (ebd. 158). Die Sachverhalte bzw. ‚außer-theoretischen Gegebenheiten‘, an denen die Ideologie zu messen sei, können gesellschaftlich, charakterologisch oder auch biologisch sein – Geiger hebt diese drei Bezugspunkte aber lediglich exemplarisch hervor (vgl. ebd.159). Der Grundgedanke der theoretischen Ideologiekritik besteht nun darin, dass „die Abweichung der Aussage von der Wirklichkeit [...] vom Ideologiekritiker nicht festgestellt [...], sondern auf einen außerhalb der theoretischen Ebene liegenden Sachverhalt bezogen“ wird, womit der Analytiker „die Gesetzmäßigkeiten [sucht], die hinter den falschen Aussagen walten“ (ebd. 159). Geiger fasst schließlich die Ideologiekritik in vier Punkten (vgl. ebd. 159 f.) zusammen, die zum Großteil bereits angesprochen wurden: (1) Es müssen nicht-ideologische Aussagen möglich sein; (2) ideologische Aussagen und Ideologie sind a-theoretisch und genügen damit „nicht den Anforderungen der Wirklichkeitsfindung“ (ebd.160); (3) durch die Ideologiekritik besteht die Möglichkeit sich einer ideologiefreien Kommunikation anzunähern; (4) „die theoretische Ideologiekritik ist aber in keinem Falle selbst eine Berichtigung der Aussagen, sondern nur eine Aufzeichnung der externen Quellen von Denkfehlern“ (ebd. 160). An diesem Punkt kann ein kurzes Resümee bezüglich Geigers Ideologie-Theorie gezogen werden:

³⁵ In der Mentalitätsgeschichte wird, entsprechend der jeweiligen Komplexitätsstruktur, ebenfalls angenommen, dass sich verschiedene Mentalitäten überlagern können, vgl. Abs. 1.1

(1) Wie mehrmals hervorgehoben wurde, ist sein Ideologiebegriff grundlegend an erfassbare Tatsachen – d.h. ‚Aussagen‘ (eines Diskurses) – gebunden und damit grundlegend von der Annahme befreit, wonach Ideologie – im marxistischen Verständnis – einzig ein ‚falsches Bewusstsein‘ darstelle. Ideologie an sog. außer-theoretische Tatsachen zu koppeln und sie einer *externen* Untersuchung zu unterziehen, fundiert wesentlich eine theoretische Ideologiekritik.

(2) Im Zuge des von Geiger erarbeiteten Ideologiebegriffs, der inhaltlich der konsolidierten Sekundärideologie nahe steht, wird Mentalität in die Ideologiedebatte eingeführt und damit „Denkprozessen“ (Geiger 1968: 7) – in expliziter Abgrenzung von Ideologie – Eingang in dieselbe gewährt.

(3) Ideologie und Mentalität werden von Geiger konsequent in Beziehung gesetzt. Zusammenfassend eröffnet der Soziologe zwei Ansätze: Einerseits einen (a) *hierarchischen Ansatz*, wonach sich die Ideologie als ‚Selbstausslegung‘ aus der Mentalität entwickelt; andererseits einen (b) *ideologiekritischen Ansatz* (Theoretische Ideologiekritik), der einer bestimmten Ideologie „außertheoretischen Gegebenheiten“ (ebd. 158) gegenüber eine mangelnde oder fehlende inhaltliche Entsprechung attestiert. Mittels einer ideologiekritischen Analyse soll „die Abweichungen der Aussagen [d.h. der Ideologie, d. Verf.] von der Wirklichkeit [...] auf einen außerhalb der theoretischen Ebene liegenden Sachverhalt“ (ebd. 159) bezogen werden.

4.1.3 Zum Ansatz der theoretischen Ideologiekritik in der vorliegenden Arbeit

Grundsätzlich soll in den folgenden Abschnitten dem Konzept der theoretischen Ideologiekritik gefolgt werden: Sie bietet im Wesentlichen die Möglichkeit die Inhalte einer Ideologie an einem Feld heterogener „Sachverhalte“ (Geiger 1968: 159), die die Ideologie mit konstituieren, zu messen. Geschieht dies allerdings, wie im Falle der vorliegenden Arbeit, anhand eines (Gesetzes-)Textes, der *nicht Ideologie schlechthin* darstellt, sondern dessen Argumentation auf den Prämissen einer Ideologie (d.h. dem ML) basiert, müssen zwei Aspekte erwähnt werden: (1) Ein Gesetzestext – zumal in der Legislative der DDR – trägt nicht die Form einer (vermeintlich) theoretischen Aussage, die sich am empirischen Gegenstand gemessen als illegitim herausstellt und an der die Ideologiekritik nach Geiger anzusetzen hätte. Wie etwas später für die DDR-Gesetzgebung und insbesondere für die Grundrechtsdebatte nachgewiesen wird, tritt die Rechtssetzung als „primär affirmative Argumentation“ (Roggemann 1995: 769) auf; Pflicht und Recht überschneiden und überhöhen sich zu „Forderungs-“, und „Befehlssätzen“ (vgl. Geiger 1968: 47), die ihrer Form nach keinerlei Theoriegebäude implizieren/explicieren. Das Jugendgesetz ist demnach

lediglich als *political formula* zu begreifen, die bezüglich der DDR-Jugend die „basic public law of the society“ (vgl. Lasswell 1965: 12) festlegt. Nachdem im Folgenden aber auch gezeigt wird, dass das Recht in der DDR klar der Ideologie des ML und – der These dieser Arbeit folgend – in letzter Instanz dem Herrschaftsdiskurs untergeordnet ist, kann nach Ansicht des Verfassers dennoch eine theoretische Ideologiekritik durchgeführt werden. (Diese kann ihrem Ansatz nach nicht minder als Diskursanalyse bezeichnet werden.) Die außer-theoretischen Sachverhalte, die mit der Ideologie in Beziehung zu setzen sind, erscheinen so vielfältig, wie die Inhalte des Gesetzes selbst: Sie folgen weitgehend den ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Bedürfnissen, die der (Jugend-)Politik in der DDR immanent sind. (2) Geigers theoretische Ideologiekritik erweiternd, muss auch ein zeitlicher Faktor berücksichtigt werden: Ideologien entstehen nicht *sui generis* in einem singulären historischen Moment, sondern bauen (meist) auf vorangegangenen Konzepten auf. Insofern muss die theoretische Ideologiekritik Entwicklungstendenzen – d.h. inhaltliche Kontinuitäten und Brüche – einer Ideologie herausarbeiten.

4.2 DDR-Jugendgesetz (1974)

Anhand des DDR-Jugendgesetzes von 1974 (im Folgenden: JG 1974) soll auf die Bestrebungen der ideologischen „Normation“ (Foucault 2004a) der DDR-Jugend hingewiesen werden. Das Jugendgesetz liefert entsprechend „eine genaue Definition davon, welche wesentlichen Merkmale die jungen Menschen nach Vorstellung der politischen Machthaber“ (Bunke 2005: 31) zu erfüllen hatten. Insbesondere das Recht hatte in der DDR eine besondere Brisanz, nachdem es „die Formen der Herrschaft selbst“ (Meuschel 1992: 257) thematisierte. Der Gesetzestext wird in der vorliegenden Arbeit vor allem im Kontext der Re-Ideologisierung (der Jugend) im Laufe der 1970er Jahre gelesen (vgl. dazu Becker 2009: 141; Bunke 2005: 30; Eppelmann 1996: 315; Dennhardt 1991: 30; Lemke 1991: 83). Eine zeithistorische Ent-Kontextualisierung – vor allem der vielfältigen politischen und ökonomischen Ansprüchen der SED – hätte eine Verkürzung bzw. Verklärung der ideologischen Inhalte auf eine rein ‚dogmatische Fiktion‘ (Meuschel 1992) zur Folge. Deshalb soll hier immer auch „die ökonomische, soziale und politische Entwicklung der DDR [als außer-theoretischer Sachverhalt, d. Verf.] in die Untersuchung miteinbezogen“ (Lemke 1980: 15) werden; schließlich kennzeichnete sich die (konsolidierte Sekundär-)Ideologie in der DDR etwa hinsichtlich ihres sozial-anthropologischen Leitbildes – der sog. ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ – auch durch eine Anpassung an diese Sachverhalte (vgl. Lemke 1991: 83). Wie in bezüglich der Beziehung von Sprache und Herrschaftsdiskurs (vgl. Abs. 3.1) bereits herausgearbeitet wurde, soll der Gesetzestext in erster Linie hinsichtlich seiner expliziten sprachlich-kommunikativen Herrschaftsmechanismen untersucht werden. Vorab widmet sich

ein Exkurs dem Begriff der ‚Normation‘, welcher die Funktion und das Wesen eines disziplinierenden sowie ideologisch fundierten Leitbildes – vor allem im Zusammenhang der Rechtssetzung – erklären hilft.

4.2.1 Exkurs // Normativität, Normation und Normalisierung – Gouvernementale Aspekte juristisch-diskursiver Formationen

In seiner Vorlesung *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung* nimmt Michel Foucault (vgl. 2004a) erstmals eine Differenzierung verschiedener Methoden der Disziplin/Disziplinierung und der Sicherheit vor (vgl. Lorey 2007). Hierzu expliziert er drei wesentliche – aber häufig missverstandene und/weil durcheinandergebrachte – Begriffe, die auf verschiedene Techniken der Gouvernementalität abzielen: *Normativität/Norm*, *Normalisierung* und *Normation*.

Die Norm und das – für die Belange dieses Kapitels zentrale – Recht bzw. Gesetz werden von Foucault ihrer (machtstrategischen) Denkweise nach in enger Verbindung gedacht (vgl. Lorey 2007). Er stellt fest, dass „es zwischen dem Gesetz und der Norm eine grundlegende Beziehung gab, die nicht fehlen durfte, und daß jedes Gesetzssystem sich auf ein Normensystem bezieht“ (Foucault 2004a: 88). Foucault behandelt in seinem gesamten Werk das Recht durchgehend als juristisch-diskursive Formation zur Durchsetzung, Repräsentation und Verschleierung von Macht. Indem er wiederholt das Bild des Königs als souveränen Machthaber zeichnet (vgl. 1999a: 175; 2004: 34), beschreibt er das Recht als einen *negativen Machttyp, der anhand einer Norm selektiert was erlaubt ist und was nicht*. Das Recht *kodifiziert* die Norm und beruht maßgeblich auf „der widersprüchlichen Realität der verbietenden Form“ (Gehring 1999: 20): Folglich ist das Recht „ein königliches Befehlsrecht“ (Foucault 1999b: 33), das in erster Linie über Verbote funktioniert. Normativität bedeutet in diesem Zusammenhang also, dass das Recht auf der Basis einer Norm Einschränkungen vorgibt, die von der Entscheidungsgewalt eines Souveräns bzw. eines souveränen Machthabers abhängen. Die Normativität kann als „dem Gesetz intrinsisch“ (Foucault 2004a: 88) bezeichnet werden.

Nun stellt Foucault bei seiner historischen Analyse aber fest, dass im Zuge der Entwicklung der sog. Disziplinargesellschaft die Ausübung juristisch-diskursiver Macht keine – vor allem seit dem 18/19.Jhdt. – moderne Praxis der Herrschaft mehr darstellt. Bereits mit seiner Repressionshypothese kritisiert er bezüglich der Machtausübung das Primat des Gesetzes und des Rechts (vgl. Foucault 1977). Er stellt dem Gesetz eine neue – und ‚überlegenere‘ – Methode der Regierung gegenüber: die *Normalisierung*. Diese verfährt nicht mehr ausschließlich über die Unterdrückung oder das Verbot, sondern versucht ein „empirisches

Substrat“ (Gehring 1999: 22) der Bevölkerung zu ermitteln, das etwa „über statistische Instrumente in Begriffen der Wahrscheinlichkeitsrechnung“ (Foucault 2004: 91 f.) erfasst werde. Indem also diese Daten – etwa zur Sterblichkeit, zu Krankheitsfällen etc. – gewonnen werden, können feingliedrigere und weniger repressive Methoden entwickelt werden; statt Repression schafft man nunmehr (bedürfnisbefriedigende) Anreize, die maßgeblich aus Statistiken – als „Quantifizierung der Phänomene“ (Foucault 2005c: 167) – hervorgehen. Es ist das Ziel der Gouvernamentalität eine Legitimität der Macht zu erreichen, indem man daran ansetzt „das Los der Bevölkerung zu verbessern, ihre Reichtümer, ihre Lebensdauer und ihre Gesundheit zu mehren [...]“ (Foucault 2005c: 168). Petra Gehring bezeichnet diese neue Praxis als die „im wörtlichen und wirklichen Sinne ‚Einrichtung‘ des objektivierbaren Menschen“ (1999: 21). Foucault selbst merkt das Folgende an:

„Die disziplinarische Normalisierung besteht darin, zunächst ein Modell, ein optimales Modell zu setzen, das in Bezug auf ein bestimmtes Resultat konstruiert ist, und der Vorgang der disziplinarischen Normalisierung besteht darin, zu versuchen, die Leute, die Gesten, die Akte mit diesem Modell übereinstimmen zu lassen, wobei das Normale genau das ist, was in der Lage ist, sich dieser Norm zu fügen, und das Anormale ist das, was dazu nicht in der Lage ist.“ (Foucault 2004: 89 f.)

An dieser Stelle kann über die Normalisierung zum dritten – hier zentralen – Begriff übergegangen werden: der Normation. In erster Linie führt Foucault den Begriff ein, um einen disziplinarischen Aspekt der Norm von der Normalisierung abgrenzen zu können. Wie gesagt beruht die Normalisierung auf der empirischen Ermittlung des ‚Normalen‘ (man könnte in anderen Worten auch vom ‚Durchschnittlichen‘ sprechen). Indem die Normalisierung sich auf Informationen der ‚Wahrscheinlichkeitsrechnung‘ stützt, bedarf es nun aber einer Instanz, die „*nicht* von der Norm loskommt und in der Logik des Gesetzes und des Rechts verbleibt“ (Lorey 2007) – eine Instanz also, die ein „utilitaristisch optimale[s] Modell“ (Lorey 2007, Hervorheb. i. O.) anbietet: Dies ist nach Foucault die Normation (vgl. 2004a: 90). Sie deutet der Normalisierung ein – etwa politisch-ideologisch motiviertes – Muster an, das grundsätzlich disziplinär verfährt: „Das Charakteristische einer solch juristischen Logik sind *binäre* Grenzziehungen zwischen Souverän und Untertan, Gesetz und Rechtssubjekt, kurz: zwischen Erlaubtem und Verbotenem“ (Lorey 2007, Hervorheb. i. O.). Die Normation, die in erster Linie dem Recht zugeordnet wird, gibt also Auskunft darüber, wie die Norm auszusehen und woran sich die Normalisierung zu orientieren hat. Kurzum: Die Normation macht deutlich, wie – in der Perspektive der Machthaber – der Idealfall der (ideologischen) Norm gestaltet ist.

Wie sind diese Hinweise in die vorliegende Arbeit einzuordnen? Die Normation bezeichnet im Verständnis des Verfassers alle Bemühungen der ideologischen (Über-)Zeichnung der DDR-Jugend; sie bringt das politisch-ideologische Ideal der Jugend – und aller Agenden die

mit ihr verbunden sind – hervor, an dem sich die Politik und die Gesellschaft zu orientieren habe. Darin liegt auch der Unterschied zur Normalisierung: Die Normation orientiert sich nicht an einem empirischen ‚Material‘, sondern an der Richtschnur der (ideologischen) Norm. Deshalb wird im Zuge der Ideologiekritik des DDR-Jugendgesetzes implizit auch der *ideologischen Normation der Jugend* nachgegangen.

Vorab soll die Beziehung von Ideologie und Recht in der DDR erörtert werden, um auf die ideologische Durchdringung und die propagandistische Funktion der DDR-Gesetzgebung – vor allem im Bereich der Grundrechte – aufmerksam zu machen.

4.2.1 *Ideologie, Recht und der Mediendiskurs des Rechts*

(a) *Ideologie / Herrschaftsdiskurs / Recht*: Der Rechtsphilosoph Heinrich Henkel führt an, dass jegliche totalitäre Herrschaft

„den Weg ihrer Herrschaftsbegründung als Ideologie einer Gruppe [angetreten hat, d. Verf.], jedoch mit dem totalen Herrschaftsanspruch, aufgrund dessen der Widerstand anderer Gruppen und ihrer Gruppeninteressen machtmäßig überwunden und die Ideologie zur allgemeingültigen Staatsideologie erhoben worden ist.“ (Henkel 1973: 23)

Dem fügt er hinzu, dass „diesem *totalen Unterwerfungsanspruch* [...] in aller Härte der Konsequenz auch das *Recht*“ (Henkel 1973: 23, Hervorheb. i. O.) unterliegt. Henkel expliziert, dass eine totalitäre Ideologie³⁶ alle Lebensbereiche erfasst und damit grundlegend auch den juristischen Diskurs miteinschließt. Der Legislative, die maßgeblich von einer Ideologie fundiert ist³⁷, kommt im Kontext von gouvernementalen Strategien der Machtausübung ein besonderer Stellenwert zu:

„Der *Akt der Rechtssetzung* verläuft als *ideologischer Gleichschaltungsprozess*; der Normgeber erscheint lediglich als *Transformator*, der die normativen Anforderungen der Ideologie in Rechtsnormen umsetzt. Da den Rechtsnormen im traditionellen Bewußtsein der Bevölkerung Verbindlichkeit zuerkannt wird, knüpft sich daran die Erwartung, sie in ihrer Lenkungs- und Stabilisierungsfunktion nutzbar machen zu können. Hinter diesen beherrschenden Aspekt treten die anderen Funktionen des Rechts zurück. Das gilt vor allem für die anthropologisch-personale Funktion des Rechts, die den Sinn hat, dem Einzelnen im gesellschaftlichen Leben einen Spielraum für die Entfaltung seiner Persönlichkeit und die Betätigung seiner individuellen Lebensinteressen zu gewährleisten, ihm einen rechtlich geschützten Raum seiner persönlichen Existenz zu garantieren, der nicht nur dem Zudrang der anderen, sondern auch dem Eingriff der öffentlichen Gewalt verschlossen ist.“ (Henkel 1973: 24 f., Hervorheb. i. O.)

³⁶ Henkels Ideologieverständnis im Zusammenhang eines totalitären Staates entspricht den bisherigen Ausführungen zum Begriff der konsolidierten Sekundärideologie.

³⁷ In der DDR/SBZ war eine Einbindung des ML in das materielle Recht bereits seit Mitte der 1940er Jahre zu bemerken. Die konsequente ideologische Gleichschaltung fand aber erst Ende der 1950er Jahre statt (vgl. Roggemann 1995: 767 f).

Mit dem Blick auf das DDR-Jugendgesetz sind zwei Aspekte der Gesetzgebung hervorzuheben: Zum einen wird das Recht in totalitären Regimen der herrschenden Ideologie – und in letzter Instanz dem Herrschaftsdiskurs – subordiniert. Das Recht stellt verstärkt (nicht aber ausschließlich) die politischen Funktionen derselben „als ein Moment der gesellschaftlichen Praxis“ (Roggemann 1995: 775) in den Vordergrund. Herwig Roggemann, Experte für osteuropäisches Recht, relativiert aber gleichsam die oft wiederholte Annahme, wonach das Recht in der DDR einzig als Regierungstechnologie diene und spricht von einem „staatssozialistische[n] Politikvorbehalt gegenüber dem Recht“ (1995: 775). Recht in der DDR unterlag zwar der Ideologie des ML, es diene aber nicht ausschließlich der Durchsetzung von Machtinteressen oder der Legitimation von Herrschaftsansprüchen. Zum anderen kommt der Gesetzgebung in der DDR die Funktion zu, die herrschende Ideologie zu ‚objektivieren‘ (vgl. Henkel 1973: 24). (Ideologische) Propaganda in Form von Gesetzestexten profitierte demnach vom suggestiven ‚Gültigkeitsanspruch‘ des Rechts und hatte – etwa im Vergleich bzw. Gegensatz zu den sog. Wörterbuch-Einträgen – „als Tatsachenaussage oder ‚evidente‘ Wahrheit einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf das Motivationsbewußtsein der Menschen [...]“ (Topitsch 1966: 34).

Nach Georg Brunner waren in der Ära Honecker die Gesetzgebung im Allgemeinen und die Rechtswissenschaft im Speziellen davon geprägt, die „Grundrechtsdiskussion in propagandistische Bahnen zu lenken“ (Brunner 1995: 315). Dem entsprach das 1974 ratifizierte Jugendgesetz, das die Wahrung der Grundrechte der Jugend aber bereits seit 1946 – explizit durch die FDJ – für ‚gesichert‘ ansah (vgl. Präambel des JG 1974; vgl. Ebert 1975: 113). Dass das nämliche Gesetz in erster Linie eine propagandistische Funktion erfüllte, drückt sich ebenso in dem ausschließlich positiv gezeichneten Bild (besser: der Norm) der Jugend aus. Für konkrete Strafhandlungen oder ein deviantes Verhalten kamen andere juristische Teilbereiche in Betracht (vgl. Hille 1977: 33). Nach Christa Mahrad ist die Jugendgesetzgebung in der DDR ohnehin zu unterscheiden nach „zentralen Jugendgesetzen [wie dem hier zur Diskussion stehenden DDR-Jugendgesetz, d. Verf.] und Gesetzen, die einen bestimmten Bereich im Leben eines Jugendlichen berühren“ (Mahrad 1981: 347), wie unter anderem das Bildungsgesetz (1965), das Wehrpflichtgesetz (1962) und das Hochschulgesetz (1971). Im Bereich der zentralen Jugendgesetze – bzw. der Grundrechte – war es *Usus*, eine „primär affirmative Argumentation“ (Roggemann 1995: 769) und Sprache zu verwenden. Dementsprechend war zum Zweck der Normation eine ideologische Überhöhung der Jugend geltend gemacht worden, die mehr als „Integrationsraum“ (Hille 1977: 33), denn als Sicherung von Individual- oder Grundrechten (vgl. Brunner 1995: 298) diene. Die DDR-Ideologen, so hebt der Politikwissenschaftler

Georg Brunner hervor, waren der Ansicht, dass es sich bei den Grundrechten „um den ‚günstigsten Weg der Entfaltung und gesellschaftlichen Nutzbarmachung‘ der Möglichkeiten der Bürger“ (Brunner 1995: 298) handle.

(b) *Der Mediendiskurs des Rechts*: Die mediale Diskursivierung des Rechts war eng an den von Henkel erwähnten ‚ideologischen Gleichschaltungsprozess‘ gebunden. Insbesondere die Massenmedien, als zentrale „Foren der Öffentlichkeit“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 49), konnten eine schnelle Verbreitung neuer Gesetzestexte, die schließlich im Falle der Grundrechte in ‚propagandistische Bahnen‘ gelenkt wurden, garantieren. Das Jugendgesetz wurde dementsprechend massiv in Jugendzeitungen und -zeitschriften, wie u.a. der ‚Jungen Welt‘, präsentiert und in teils überlangen Abschnitten wiedergegeben; gleiches galt für die DDR-Verfassung. Um die Gesetzgebung – insbesondere der Grundrechte, die in der Verfassung, aber auch etwa im Jugendgesetz verankert wurden – als ein propagandistisches Instrument aufzubauen, wurde der Diskurs des Rechts konsequent auf die Medien erweitert. (Eine diskursanalytische Untersuchung, die in dieser Arbeit nicht vorgenommen werden kann, würde diesbezüglich interessante Einsichten bieten.)

4.2.2 DDR-Jugendgesetz 1964/1974 – Ideologiekritische Aspekte der Legislative in der DDR

Das dritte DDR-Jugendgesetz³⁸ (1974) prolongierte in einigen Bereichen die juristischen, ideologischen und politischen *patterns* von Jugend, die bereits in den 1960er Jahre entwickelt wurden (vgl. Hille 1988: 453). Bereits im zweiten DDR-Jugendgesetz (1964) (im Folgenden: JG 1964) war, parallel zum Bildungsgesetz von 1965 (vgl. Bunke 2005: 23), offiziell das Ziel formuliert worden, die Jugend zu einer ‚allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit‘ zu erziehen. Das JG 1964 diene ebenfalls dazu, ‚selbstverschuldete‘ Tendenzen der kulturellen Öffnung mittels einer weitläufigen Ideologisierung entgegenzuwirken (vgl. Mählert/Stephan 1996: 160). Ein Mitarbeiter des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), das vor Inkrafttreten des JG 1974 Meinungsumfragen bei DDR-Jugendlichen durchführte, hebt emphatisch die inhaltliche Kontinuität des JG hervor: „Wenn vom Neuen gesprochen wird, so bedeutet das nicht, daß wir ‚Altes‘ in der Jugendpolitik über Bord zu werfen hätten. Keinerlei Grund zur Abkehr vom Bisherigen. Keine Wende! Das haben wir nicht nötig!!!“ (BArch, DC 4/2278). Das ‚Neue‘ manifestiere sich dem Dokument folgend in drei Punkten, die der affirmativen Diktion des Jugendgesetzes entsprechen:

³⁸ Die genaue Bezeichnung lautet programmatisch „Gesetz über die Teilnahme der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik“.

„In noch größeren Aufgaben der Jugend, in noch höherer Eigenverantwortung der Jugend, in noch wirksamerer Förderung der Jugend durch alle ges. Kräfte in allen Lebensbereichen. Das Neue im Jugendgesetz steckt im einzelnen Paragraphen!“ (BArch, DC 4/2278, Hervorheb. i. O.)

In Analogie zur DDR-Verfassung gibt es trotz aller – selbstproklamierten und tatsächlichen – Kontinuitäten aber zahlreiche Veränderungen, die mit der konstatierten Verstärkung der ideologischen Propaganda (vgl. Luchterhandt 1985) in den 1970er Jahren einhergehen. Das Jugendgesetz wird so zu einem Spiegelbild des politischen Profils und der politisch-ideologischen Strategien der SED; auch deshalb, weil – wie die Präambel des JG 1974 bescheinigt – „in der Deutschen Demokratischen Republik [...] die grundlegenden Ziele und Interessen von Gesellschaft, Staat und Jugend überein[stimmen]“ (vgl. Präambel JG 1974). Interessen (und Pflichten) der gesamten Gesellschaft werden, dem Dogma der gesellschaftlichen Einheit folgend, also auch auf die Jugend projiziert. Gemessen an der Seitenzahl war das JG 1974 signifikant länger als das JG 1964; ebenso erhöhte sich die Anzahl der gliedernden Abschnitte von sechs auf zehn, womit eine zunehmende Spezifizierung und Differenzierung der Geltungsbereiche des JG forcierte wurde. Allein diese quantitativen Hinweise suggerieren eine verstärkte juristische Regulierung der Jugendphase und damit ein nachdrücklicheres ideologisches Kontroll- bzw. Normationsverlangen seitens der SED. Wesentlicher sind im direkten Vergleich zwischen dem JG 1964 und dem JG 1974 aber die qualitativen Veränderungen, die im Folgenden diskutiert werden. Sie geben ein klares Zeugnis der in den 1970er Jahren forcierten Koppelung der Ideologie und des Herrschaftsdiskurses an die Bedürfnisse von Partei und Staat:

(1) Wurde die FDJ im Jugendgesetz von 1964 nur in einem einzigen Paragraphen erwähnt, der (vage) die Umsetzung des Jugendgesetzes betrifft (vgl. § 34 Abs. 3 JG 1964), wird 1974 die Rolle der Jugendorganisation in nahezu allen Bereichen (von der Ökonomie und Bildung bis hin zur Freizeit) hervorgehoben. Ihr Einfluss wird juristisch kodifiziert und damit gesellschaftspolitisch ausgebaut (vgl. auch Hille 1996: 210). Zur Umsetzung des JG 1974 wird etwa angemerkt, dass die FDJ das weitläufige Recht hat, die „Durchführung des Jugendgesetzes zu kontrollieren“; die Jugendorganisation solle „Vorschläge für Beschlüsse und Entscheidungen auf jugendpolitischem Gebiet [...] unterbreiten und an der Vorbereitung von grundsätzlichen Beschlüssen und Entscheidungen, die Einfluß auf das Leben der Jugend haben, [...]“ (§ 54 Abs. 1 JG 1974) mitwirken. *Vice versa* sollen „Gesellschaft und Staat [...] die Tätigkeit der Freien Deutschen Jugend [fördern]. Die Staats- und Wirtschaftsfunktionäre und die Lehrer und Erzieher sind verpflichtet, bei der sozialistischen Erziehung der Jugend mit der Freien Deutschen Jugend zusammenzuwirken. Sie berücksichtigen in ihrer Tätigkeit die Beschlüsse der Freien Deutschen Jugend“ (§ 2 Abs. 4 JG 1974).

(2) Die Wehrausbildung findet verstärkt Erwähnung im JG 1974 (vgl. auch Hille 1977: 32), womit der offenkundigen Tendenz zur Militarisierung innerhalb der (nicht nur) politisch-ideologischen Erziehung entsprochen wird (vgl. Hille 1988: 457; Mählert/Stephan 1996: 223 ff.). Der Abschnitt ‚Das Recht und die Ehrenpflicht der Jugend zum Schutz des Sozialismus‘ findet diesbezüglich Eingang in das JG 1974. Es wird propagiert, dass „dieser Ehrendienst [...] [hier vor allem der Dienst in der Nationalen Volksarmee (NVA), d. Verf.] durch die sozialistische Gesellschaft hoch geachtet“ (§ 24 JG 1974) wird und – insbesondere – der Sicherung des Sozialismus nach Außen diene. Nicht zuletzt die Rekrutierung neuer militärischer Kader sollte durch diese inhaltliche Akzentsetzung befördert werden (vgl. § 25 Abs. 1 JG 1974).

(3) Die Bindung an die UdSSR und – weit weniger explizit – die sozialistischen Staaten des Warschauer Paktes (die sog. ‚sozialistische Staatengemeinschaft‘) wird, gemäß der Außenpolitik der Ära Honecker, stärker in den Vordergrund gebracht. Die Betonung der sowjetischen Hegemonie, die unter Walter Ulbricht in Teilbereichen abgeschwächt war, wurde damit auch in der Jugendpolitik verankert (vgl. Mählert/Stephan 1996: 206). Bereits in der Präambel des JG heißt es, dass auch die Jugend „im festen Bruderbund mit der Sowjetunion an der allseitigen Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft mitzuwirken“ (vgl. Präambel JG 1974) habe. Ebenso wird die Jugend zunehmend auf die DDR als eigenständige Nation eingeschworen und – damit verbunden – der bisher verwendete Ausdruck der ‚Deutschen Nation‘ negiert. (Im JG 1964 wird vergleichsweise noch dazu aufgerufen, dass im Bezug auf die Kunstszene und -produktion eine „Weiterentwicklung der sozialistischen *deutschen Nationalkultur*“ (§ 23 Abs. 1 JG 1964, Hervorheb. d. Verf.) stattfinden solle.) Diese Maßnahme sollte der diffamierten ‚Konvergenztheorie‘ (vgl. Böhme 1978: 483 f.) entgegenwirken und schließlich der DDR eine eigene, genuin sozialistische Identität geben (vgl. auch Mahrad 1981: 348). Dieselbe Entwicklung war im Übrigen ebenfalls in der Verfassung der DDR zu beobachten (vgl. Mählert/Stephan 1996: 206).

(4) Der Jugend wird im JG 1974 verstärkt eine Rolle als ‚Produktivkraft‘ und Wirtschaftsfaktor zugesprochen, wie der wiederholte Verweis auf die sog. Jugendbrigaden/-objekte und die ‚wirtschaftsleitenden Organe‘ verdeutlicht. Die Akzentuierung des Bereichs der Ökonomie und der Wirtschaft, die prägend für das JG 1974 ist, muss im Kontext der DDR-Wirtschaftspolitik gesehen werden: Diese proklamierte mit der sog. ‚Hauptaufgabe‘, die auch verfassungsrechtlich besiegelt wurde (vgl. Art. 2 Abs. 1 der Verfassung der DDR), eine Steigerung des Lebensniveaus (vgl. auch Kap. 2), unter der Bedingung des ‚Wachstums der Arbeitsproduktivität‘. Die intendierte Steigerung des Wirtschaftspotenzials durch die

Aktivierung aller Teile der Gesellschaft betraf also nicht einzig die erwachsene Bevölkerung, sondern auch – ideologisch überhöht, aber realpolitisch umgesetzt – die Jugend (vgl. beispielhaft zu den Jugendobjekten Mählert/Stephan 1996: 207).

(5) Generell wird im JG 1974 deutlich, dass neben der Schule und der Arbeit – als organisatorisch vergleichsweise leicht zu erreichende Sphären der jugendlichen Lebenswelten – alle Lebensbereiche der Jugend politisch noch stärker integriert und mit den neuen Richtlinien der Ära Honecker durchdrungen werden sollten. Vor allem der VIII. Parteitag der SED (1971), in dessen Rahmen der politische Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker fixiert wurde, war als inhaltliche Richtschnur maßgebend. In einem Bericht des ZIJ wird etwa konstatiert, dass es

„für die gesamte Formulierung der einzelnen Paragraphen, auch der Präambeln, [...] erforderlich [ist], stärker als bisher, die auf dem VIII. Parteitag und auf dem 6. Plenum erarbeiteten Prinzipien der Einheit von Politik, Ökonomie und Kultur zu beachten. Junge sozialistische Persönlichkeiten sowie die sozialistische Lebensweise entwickeln sich in der Arbeit und der Freizeit.“ (BArch DC 4/2278, Hervorheb. i. O.)

Vor allem die Freizeit sollte durch die Integration der Jugend in politisch instrumentierte (Massen-)Organisationen oder Brigaden einer stärkeren Kontrolle unterzogen werden. Im JG 1974 sind Rechte verankert, die in der Mehrzahl nicht von einer Person (als Pflicht) umgesetzt bzw. (als Recht) eingefordert werden können, sondern meist nur durch ein Kollektiv realisierbar sind (vgl. Lohmann 1989: 478). Das Konzept des Kollektivismus, dessen Bedeutung als Mittel der Integration offenkundig durch den ML fundiert war, wurde klar manifest – sowohl im (ideologisierten) Begriff selbst, als auch in dessen sozialer Praxis. Das *Kleine Politische Wörterbuch* hält diesbezüglich fest,

„daß die freie Entfaltung der Menschen sowie die Befriedigung ihrer Interessen und Bedürfnisse nur in der Gemeinschaft und nur durch sie möglich ist, und die daher freiwillige, auf der Übereinstimmung der grundlegenden gesellschaftlichen und individuellen Interessen beruhende Einordnung des Individuums in die Gesellschaft anstrebt.“ (Böhme 1978: 441)

Die Einschätzung, dass die Freizeit vor allem hinsichtlich informeller, d.h. nicht kollektiv bzw. parteipolitisch organisierter Gruppen (vgl. Rytlewski 1989: 217) eine ‚Achillesferse‘ der politisch-ideologischen Erziehung darstelle, kommt in einer Expertise des ZIJ zur Ausarbeitung des Jugendgesetzes deutlich heraus:

„[...] Frühere Einschätzungen [...] treffen im wesentlichen noch zu: Die Freizeitgestaltung wird vor allem auf den entscheidenden unteren Leitungsebenen nicht mit der Notwendigen Planmäßigkeit betrieben. Spontanität und Subjektivität haben in diesem Bereich des gesellschaftlichen Lebens zu viel Spielraum. [...] Deutlich muß erkannt werden, daß durch die im Ganzen unbefriedigende Lage im Freizeitbereich relativ günstige Bedingungen für das

Eindringen feindlicher Auffassungen über Form und Inhalt der Freizeitgestaltung gegeben sind.“ (BArch DC 4/2278)

Das ‚Eindringen feindlicher Auffassungen‘ – die Anlehnung am kanonisierten Freund-Feind-Schema tritt hier deutlich hervor – sollte beispielsweise durch die Regulierung (ferner: der Disziplinierung) der (jugend-)kulturellen Aktivitäten gehemmt werden. So heißt es im JG 1974, dass

„die zuständigen staatlichen Organe [...] das Entstehen und die Verbreitung von Tanzmusik und Unterhaltungsprogrammen mit hoher künstlerischer Qualität [sichern]. Die Räte der Kreise sind verpflichtet, stärkeren Einfluß auf die gesellschaftliche Aktivität und künstlerische Entwicklung der Tanzkapellen zu nehmen.“ (§ 30 JG 1974)

Dasselbe galt für die sog. Touristik und die Feriengestaltung, die in jeweils eigenen Abschnitten des JG 1974 erfasst wurden. Bezüglich der Schulferien heißt es symptomatisch, dass „die örtlichen Volksvertretungen, die staatlichen Organe und die Leiter und Vorstände, besonders die Direktoren der Schulen, [...] für die Vorbereitung und Durchführung der organisierten Feriengestaltung für alle Schüler verantwortlich“ (§ 40 Abs. 1 JG 1974) zeichnen. Und schließlich war die „Entwicklung von Körperkultur und Sport unter der Jugend“, dem Abschnitt 6 des JG 1974, vom politischen Organisationsgedanken geleitet: Insbesondere hier wird deutlich, dass dem sozial-anthropologischen Leitbild, d.h. der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘, das Konzept einer biopsychosozialen Einheit (vgl. Brenner 2002) inhärent war; denn „die regelmäßige sportliche Betätigung ist Anliegen und Aufgabe jedes jungen Menschen für seine Persönlichkeitsentwicklung“ (§ 34 JG 1974). Schließlich gilt speziell für den Bereich der Freizeit, was für das Jugendgesetz insgesamt prägend ist: Als Teil der jugendpolitischen Maßnahmen sollte eine umfassende soziale Kontrolle der Jugend gewährleistet werden (vgl. Dennhardt 1991: 32). Hans-Jörg Stiehler, ein Kultur- und Mediensoziologe des ehemaligen Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung, sieht diese Strategie im Bereich der Freizeit als logische Konsequenz des allgemeinen staatlichen Kontrollverlangens:

„Freizeit als Zeitraum individueller Entfaltung mit den dazugehörigen Phänomenen wie Individualisierung, Moden, eigenen Habitusformen und ‚Subkulturen‘ war für eine auf Administration, Kontrolle und Erziehung fundierte Gesellschaft ein schwer kalkulierbarer bis suspekter Bereich, der zusätzlich durch die diversen ‚Westeinflüsse‘ - ein Standardargument für alles ‚Schädliche‘ in jenen Jahren – geprägt war. Daraus erwuchs sowohl Interesse als auch mißtrauische Fürsorge.“ (Stiehler 1995: 113)

(6) Das JG 1974 differenzierte erstmals zwischen verschiedenen Gruppen der Jugend: von Lehrlingen und Arbeitnehmern (den sog. ‚Werk tätigen‘), über Schüler und Studenten bis hin zu im Wehrdienst Beschäftigten. Damit reagierte man einerseits auf ein gruppenabhängiges

‚weltanschauliches Abwandern‘ (vgl. Rytlewski 1989) und andererseits folgte man mit der begrifflichen Akzentuierung des Arbeiters dem ideologischen Dogma der Arbeiterschaft als Grundpfeiler des DDR-Staates (vgl. Mahrad 1981); die allgemeine „Mythologisierung der Arbeiterschaft“ (Meuschel 1992: 232) war schließlich eine grundlegende Stütze des ML und trug sich folgerichtig auch im JG 1974 fort.

(7) Das JG 1964 spart zwar den Appell an die Eltern nicht aus, eine Betonung der ideologisch-pädagogischen Aufgabe auf Seiten der Erziehungsberechtigten entstand aber erst im JG 1974. Im ersten Abschnitt des JG 1974 („Zur Entwicklung der Jugend zu sozialistischen Persönlichkeiten“) heißt es zur Position der Eltern, dass „diese gegenüber der Gesellschaft große Verantwortung für die sozialistische Erziehung ihrer Kinder, für ihre geistige, moralische und körperliche Entwicklung, für ihre Vorbereitung auf die Arbeit und das Leben im Sozialismus [tragen]“ (§ 2 Abs. 3 JG 1974). Insofern äußert sich auch in diesem Bereich, der schließlich auch durch seinen Bezug auf die Freizeit ‚belastet‘ ist, die Forcierung der politisch-ideologischen Einflussnahme. Im Laufe der 1970er Jahre wird die Sorge um den Verlust der Eltern als ‚Partner‘ in der Vermittlung von sozialistischen Werthaltungen immer deutlicher; nicht zuletzt weil „die Familie auch über die Kindheit hinaus ein[en] Schonraum, ein Refugium“ (Rytlewski 1989: 89) und einen (potentiellen) Bestandteil apolitischer bzw. außerpolitischer Sozialisation (vgl. Lemke 1991: 15) darstellt. Darüber hinaus wird die Familie Ende der 1970er sogar vermehrt als Ursache für Devianz, also für ein Abweichen von der ideologischen wie gesetzlichen Norm genannt (vgl. Zimmermann 2004: 122 ff.). Die Sorge um eine ‚falsche‘ politisch-ideologische (weil etwa religiös geprägte) Einflussnahme artikuliert sich aber bereits in den 1960er Jahren in der UdSSR und kann damit nicht ausschließlich als Phänomen in der DDR der 1970er Jahre bezeichnet werden. So heißt es dementsprechend in einem sowjetischen Fachartikel, dass „unsere besondere Sorge [...] darauf gerichtet [ist], die Kinder vor dem Einfluß gläubiger Eltern und Verwandter zu bewahren. [...] Es darf aber niemandem erlaubt sein, ein Kind geistig zu verderben und Zwang auf sein noch ungefestigtes Bewußtsein auszuüben“ (*Komsomolskaja prawda* vom 17.4.1962, zit. nach Bartsch 1963: 13). Gemessen an den Bemühungen der politisch-ideologischen Indoktrination in den sozialistischen Ländern, kann dieser Hinweis nicht ohne eine gewisse ‚Ironie‘ gelesen werden.

(8) Mit dem Eintritt in die sog. Finalitätsphase der DDR eröffneten sich neue Probleme der Legitimation des SED-Führungsanspruchs (vgl. Meuschel 1992: 221 ff.). Für die Politikwissenschaftlerin Sigrid Meuschel manifestierte sich mit Beginn der 1970er Jahre ein doppelter Utopieverlust: Weder der Kommunismus als die „höchststrangige Bestimmung“ der sozialistischen Gesellschaft, noch die nahtlose „Verbindung technokratischer Effizienz mit

einer sozialistischen Menschengemeinschaft“ (Meuschel 1992: 230) schienen erreichbar. Darauf musste mit neuen Strategien der Legitimation reagiert werden, wie etwa dem sog. „Konsumsozialismus“ (vgl. Staritz 1985: 203). Durch die Befriedigung materieller Bedürfnisse sollte im Speziellen die Jugend von den Errungenschaften des Sozialismus überzeugt werden. Das JG 1974 widmet sich deutlich diesem neuen materiellen Aspekt: So heißt es etwa, dass „die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Bürger planmäßig verbessert“ (§ 39 JG 1974) werden sollen. Im Bezug auf die Konsumbedürfnisse der Jugend wird hervorgehoben, dass

„die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe [...] für die Entwicklung, die Herstellung und das Angebot von solchen Konsumgütern verantwortlich [sind], die dem spezifischen Bedarf der Jugend entsprechen. Die Anzahl der Verkaufsstellen mit einem spezifischen Angebot für die Jugend und das Netz von Ausleiheinrichtungen für Sport-, Touristik- und Kulturwaren sind zu erweitern.“ (§ 42 Abs. 1 JG 1974)

Erwähnung finden in diesem Kontext auch zahllose Jugendeinrichtungen, wie etwa Jugendklubs oder ‚jugendtouristische‘ Organisationen (vgl. § 43 Abs. 3 JG 1974). Das größte und prestigeträchtigste Projekt der Ära Honecker – die Verbesserung der Wohnsituation durch etliche großangelegte Wohnbauten (vgl. dazu Cornelsen 1989: 274) – findet ebenso seinen Niederschlag im JG 1974; es wird dabei aber gleichsam auf Ehepaare mit Kindern zugeschnitten (vgl. § 41 Abs. 2). Das JG 1964 formulierte in diesem Zusammenhang noch weitaus zurückhaltender und eröffnete für die Rechtsadressaten lediglich eine Beratung von Ehepartnern bei Fragen der Unterkunft und Wohnung (vgl. § 33 Abs. 3 JG 1964).

(9) Die Medien erfahren im JG 1974 zwar eine Intensivierung hinsichtlich ideologischer Prämissen, werden aber – ähnlich dem JG 1964 – eher spärlich erwähnt:

„Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen der Deutschen Demokratischen Republik sind verpflichtet, die Qualität und die Anzahl von Veröffentlichungen, Sendungen und Produktionen zu erhöhen, die den vielseitigen Interessen der Jugend und den Erfordernissen sozialistischer Jugenderziehung entsprechen.“ (§ 4 Abs. 2 1974)

Im Weiteren sollten die Medien laut dem JG 1974 stärker zur Vermittlung von sozialistischen Kunstwerken hervortreten (vgl. § 21 Abs. 3 JG 1974). Dass das Jugendgesetz vor allem durch die Veröffentlichung im FDJ-Zentralorgan ‚Junge Welt‘ selbst stark medialisiert wurde, darf an dieser Stelle nicht übersehen werden.

In dieser exemplarischen ideologiekritischen Gegenüberstellung zeigen sich einerseits die Entwicklungstendenzen der DDR-Ideologie – vor allem im Kontext des Übergangs der Administration von Ulbricht zu Honecker – und andererseits die explizite Koppelung derselben an die Bedürfnisse des politischen und ökonomischen Systems in der DDR. Dem

JG 1964 und dem JG 1974 liegt darüber hinaus eine äußerst engmaschige Eingrenzung des Jugendalters zugrunde: Beide Gesetzestexte fixieren die Jugendphase auf alle unter 25-jährigen Staatsbürger, sowie auf „junge Bürger aus dem Ausland, die zeitweilig in der Deutschen Demokratischen Republik arbeiten und studieren“ (§ 57 Abs. 2 JG 1974). Damit deutet sich an, dass die (verstärkte) gesetzliche Reglementierung der Jugendphase bereits in den 1960er Jahren angesteuert wurde. Barbara Hille macht dahingehend auf einen konzeptionellen Widerspruch zwischen der ideologischen Wahrnehmung der Jugend und der sie betreffenden Gesetzgebung aufmerksam:

„Einerseits wird ausdrücklich bestritten, daß Jugend eine Eigen- bzw. Sondergruppe darstellt. Ihr wird ein Platz in der sozialistischen Gesellschaft, aber keine besondere Rolle zugewiesen. Das wird mit der (in der Präambel hervorgehobenen) grundlegenden Interessenübereinstimmung aller im Sozialismus, mit der gemeinsamen Klassenlage begründet, die für westliche, bürgerliche Sonder- bzw. Subkulturenkonzepte keinen Raum bieten. Dann aber hätte sich ein neues Jugendgesetz erübrigt.“ (Hille 1977: 32)

Der Ostblock-Experte Wolf Oschlies kommt zur einer ähnlichen Feststellung, wenn er sagt, dass man in der DDR

„die Ortungsschwierigkeiten des Nicht mehr – Noch nicht, das ‚Jugend nun einmal auszeichnet, kühn mit der Feststellung beiseite [räumte], daß es ‚Jugend‘ überhaupt nicht gibt: Wer in einer Gesellschaft ein einheitliches, unwiederholbares Kollektiv ‚Jugend‘ ausmacht, verwischt in unzulänglicher Weise Grenzen von Klassen und Klassenkämpfen.“ (Oschlies 1984: 83)

4.2.3 Exkurs // Zur Gleichsetzung von Recht und Pflicht in der DDR-Gesetzgebung und im ML

Dass vermeintliche Individual- sowie Grundrechte vermehrt als Pflichten begriffen wurden, war nicht einzig in der zeitgenössischen westdeutschen Forschung Gegenstand der Kritik (vgl. Hille 1977), sondern ebenfalls in der Präambel des JG explizit geäußert worden (vgl. Präambel JG 1974). Im rechtswissenschaftlichen Diskurs und dessen Diskussion der Begriffe des Rechts und der Pflicht (vgl. Luchterhandt 1985: 68 ff.) besteht *grosso modo* Einvernehmen darüber, dass „das *Recht* [...] den Adressaten mehr auf die ‚Vermittlung von Motiven und Anreizen des Verhaltens‘ [orientiere]; bei der *Pflicht* hingegen dominiere die unbedingte Forderung“ (Luchterhandt 1985: 68, Hervorheb. i. O.). Einerseits wird von den führenden DDR-Rechtswissenschaftlern eine Gleichsetzung zurückgewiesen, andererseits besteht Konsens darüber, dass Recht und Pflicht im selben Maße zur Entfaltung der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ (vgl. Luchterhandt 1985: 67) führen: Damit wäre die Trennung von Recht und Pflicht *dem Resultat nach* irrelevant. Dementsprechend wird im ML vehement

die Übereinstimmung von Recht und Pflicht – ohne jedwede Grenzziehungen – verfochten, wie im *Kleinen Politischen Wörterbuch* folgendermaßen dargestellt wird:

„Erst der Marxismus-Leninismus deckt den historischen, klassenbedingten Charakter der Pflichtauffassung auf und begründet die Pflichten der Arbeiterklasse, die sich aus ihrer historischen Mission ergeben und nach und nach zu Pflichten des ganzen Volkes werden. Damit wird die in der Ausbeutergesellschaft entstandene Trennung von Pflichten und Rechten beseitigt, *die Pflichten der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft werden mit ihren Rechten in Übereinstimmung gebracht.*“ (Böhme et. al. 1978: 687, Hervorheb. d. Verf.)

Der inhärenten Logik des ML folgend macht eine Unterscheidung zwischen Recht und Pflicht keinen Sinn: Durch die proklamierte Harmonisierung aller gesellschaftlichen Interessen und damit der Auflösung der Dichotomie/-n von Staat und Bürger, Gesellschaft und Individuum, öffentlichem und persönlichem Interesse etc. (vgl. Luchterhandt 1985: 64) ist die Unterscheidung von Recht und Pflicht obsolet. Im *Kleinen Politischen Wörterbuch* wird der Eintrag zum Begriff der Pflicht mit dem programmatischen Hinweis abgeschlossen, dass „in immer stärkerem Maße [...] die Wirksamkeit der Pflicht im Sozialismus auf der freien und bewussten Entscheidung der sozialistischen Persönlichkeit“ (Böhme et. al. 1978: 688) beruhe. Überträgt man diesen Hinweis auf das JG 1974, dann ergibt sich der Zirkelschluss, dass einerseits durch die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ die Pflichten (und Rechte) des JG zur Wirksamkeit gebracht bzw. umgesetzt werden und andererseits, dass das JG eine ‚sozialistische Persönlichkeit‘ formen solle. Die Frage, ob man bezüglich des Verhältnisses von Recht und Pflicht dem ML oder der Rechtswissenschaft folgen soll, kann im Rahmen dieser Arbeit aufgrund von zwei Überlegungen nicht beantwortet werden: (1) Unabhängig davon, ob es sich im JG 1974 um Rechte oder Pflichten handelt, sind beide Kategorien geltendes Recht, d.h. „rechtlich positivierte Pflichtbindungen“ (Luchterhandt 1985: 39). (2) Nach Luchterhandt ist die Frage danach, in welchen Punkten die (Grund-)Rechte zwischen Recht und Pflicht zu differenzieren seien, nur dann zu beantworten, wenn geklärt wird, „ob die Grundrechte als subjektive Rechte schon als solche ein Element der Pflicht in sich tragen, ob bei der Definition des Grundrechts eine Pflichtbindung immer schon mitgedacht ist, und, wenn ja, in welcher Weise“ (Luchterhandt 1985: 63). Man müsse nicht nur, so Luchterhandt, eine Unterscheidung zwischen Recht und Pflicht vornehmen (der selbst eine unklare Differenzierung vorausgeht), sondern auch die funktionale Durchdringung von Rechten mit Pflichten und *vice versa* diskutieren. Diesen Problemen kann in dieser Arbeit nicht weiter nachgegangen werden. Es soll an dieser Stelle aber festgehalten werden, dass das Jugendgesetz von einer Überschneidung – und bisweilen sogar Gleichsetzung – von Rechten und Pflichten geprägt ist. Kurz gefasst: Grundrechte haben im JG 1974 – maßgeblich durch den bereits zitierten ‚staatssozialistischen Politikvorbehalt gegenüber dem Recht‘ – eine untergeordnete Rolle und folgen damit den inhaltlichen Entwicklungen der DDR-Verfassung (vgl. Lohmann 1989: 480; Schlosser 1999: 57 ff.).

Zwei von der DDR-Rechtswissenschaft konstatierte Funktionen des DDR-Rechts sind in diesem Kontext schließlich noch hervorzuheben: Einerseits „die Moralisierung des Rechts“ und andererseits „die Verrechtlichung der Moral“ (Luchterhandt 1985: 47). Diese von der Rechtswissenschaft offen artikulierten Tendenzen dienten zu einem Teil auch der politisch-ideologischen (und suggestiven) Wirksamkeit der sozial-anthropologischen Norm der DDR-Jugend: der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘.

4.2.4 Kontinuität und Wandel – Vom ‚neuen Menschen‘ zur ‚sozialistischen Persönlichkeit‘

Bereits 1963 konstatierte Günther Bartsch, dass sich im Kommunismus bzw. Sozialismus zwei grundlegende Strategien der revolutionären Machtsicherung manifestieren: „Objektiv sei die Schaffung der materiell-technischen Basis [...], subjektiv die Formung eines neuen Menschen nötig“ (Bartsch 1963: 3). In der Entstehung einer neuen, reduktionistisch geprägten Sozialordnung, deren Grundlage der ‚neue Mensch‘ sei, (an-)erkennt Bartsch den „beachtenswertesten Plan“ (Bartsch 1963: 3) kommunistischer und sozialistischer Systeme. Mit dem Ziel der Entwicklung eines ‚neuen Menschen‘ wird das Bewusstsein der Bevölkerung verstärkt zum „strategische[n] Punkt“ (Luchterhandt 1985: 101) der politisch-ideologischen Erziehung. Im Laufe der 1960er Jahre wurde das Konzept, das in der UdSSR von Nikita Chruschtschow geprägt (vgl. Bartsch 1963) und von Ulbricht für die DDR transformiert wurde, durch den Begriff der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ (vgl. Lemke 1980: 30 ff.) der Form, aber weniger des Inhalts nach weiterentwickelt. Die Politikwissenschaftlerin Antonia Grunenberg merkt an, dass mit dem Beginn der Ära Honecker zwar an den Grundlagen des ML festgehalten wurde, aber gleichzeitig auch die Abhängigkeit des sozial-anthropologischen Leitbildes von ökonomischen und politischen Zwängen in den Vordergrund trat:

„Nur so ist es zu erklären, daß in den siebziger und achtziger Jahren zunehmend gesellschaftliche Werte und Leitbilder in den Vordergrund rücken, die durch allgemeinhensliche, traditionelle Tugenden wie Leistung, Disziplin, Verantwortung, Fleiß u.a. bestimmt sind. Sie werden zu sozialistischen Tugenden erhoben“ (Grunenberg 1989: 222).

Grunenberg bemerkt dahingehend eine Zurückdrängung „weltanschauliche[r] Werte“, wengleich der „Sozialismus [...] weiterhin auch ideologisch begründet [wurde]“ (1989: 222). Diese Entwicklung sollte gesellschaftliche Ungleichzeitigkeiten abfedern, wengleich man ideologisch nach wie vor im „diskursabwehrenden Ideal der Arbeiterähnlichkeit“ und des „Produzentenideals“ (Meuschel 1992: 233) verhaftet war. Die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ stellt bis Ende der 1980er Jahre das unerlässliche Ziel der politisch-ideologischen Erziehung

und *pars pro toto* der neuen ‚sozialistischen‘ Sozialordnung dar. Das Attribut ‚sozialistisch‘ entpuppt sich aber als Pleonasmus, nachdem der Persönlichkeit – in expliziter Abgrenzung vom Individuum (vgl. Böhme et. al. 1978: 686) – in der Definition des ML ohnehin sozialistische Werte implizit seien:

Der Begriff „umfasst [...] vor allem den bewusst und aktiv handelnden Menschen im Produktionsprozeß und im gesellschaftlichen Leben, d.h. im Geschichtsprozeß, den ein bestimmtes produktives, politisches, kulturell-geistiges sowie moralisches Verhalten und entsprechende Qualitäten auszeichnen, die ihn zu dieser Rolle befähigen.“ (Böhme et. al. 1978: 686)

Der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ werden nach Christiane Lemke drei grundlegende Eigenschaften zugeordnet (vgl. 1980: 59): (1) Ein gesellschaftliches Bewusstsein, das den Einzelnen dazu auffordert, sich vor allem im Zusammenhang der Gesellschaft zu begreifen. Es sollen die „Zusammenhänge von Produktion und Gesellschaft“ (Margedant 1996: 561) erkannt und zu deren Gestaltung beigetragen werden. (2) „Kollektivität in den sozialen Beziehungen“ (Margedant 1996: 561) – sowohl im beruflichen als auch im privaten Bereich – soll Teil des Selbstverständnisses sein. (3) Schließlich soll das Bewusstsein von der Weltanschauung des ML (vgl. Margedant 1996: 561) geprägt sein. Aus diesen vorausgesetzten Eigenschaften, „die nicht als ein endgültiges Ideal verstanden [wurden], sondern [...] für jede Epoche unter Beachtung der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse neu bestimmt werden“ (Bunke 1995: 26; vgl. auch Lemke 1980: 59) mussten, entfaltet sich das reduktionistische Konstrukt der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘. Wie im Folgenden dargestellt wird, schreibt sich diese Norm richtungsweisend in die ideologische Normation des JG 1974 ein:

Die Norm der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ – und damit die Grundlage der Normation der DDR-Jugend – wird im JG 1974 einerseits durch einen eigenen Abschnitt hervorgehoben und andererseits eng in die übrigen Abschnitte verflochten. Man transponierte zwar das sozial-anthropologische Leitbild aus dem JG 1964, betonte aber im Zuge der Re-Ideologisierung die seit den 1960er Jahren kanonisierte Norm. Die Jugend, so heißt es im JG 1974, trage nunmehr zu deren Entfaltung „selbst hohe Verantwortung“ (§ 1 Abs. 1 JG 1974). Das in der Literatur als „globale[s] Ziel der Jugendpolitik“ (Mahrad 1981: 348) bezeichnete Leitbild, wird anhand eines ideologisch überzeichneten ‚Moralkatalogs‘ dargestellt (vgl. in diesem begrifflichen Kontext etwa die *10 Gebote der sozialistischen Moral und Ethik* (1958) der Ära Ulbricht), dessen Kern bereits im ersten Paragraf des JG 1974 umrissen wird:

„Alle jungen Menschen sollen sich durch sozialistische Arbeitseinstellung und solides Wissen und Können auszeichnen, hohe moralische und kulturelle Werte ihr eigen nennen und aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben, an der Leitung von Staat und Gesellschaft

teilnehmen. Ihr Streben, sich den Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, anzueignen und sich offensiv mit der imperialistischen Ideologie auseinanderzusetzen, wird allseitig gefördert. Die jungen Menschen sollen sich durch Eigenschaften wie Verantwortungsgefühl für sich und andere, Kollektivbewußtsein und Hilfsbereitschaft, Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit, Ehrlichkeit und Bescheidenheit, Mut und Standhaftigkeit, Ausdauer und Disziplin, Achtung vor den Älteren, ihren Leistungen und Verdiensten sowie verantwortungsbewußtes Verhalten zum anderen Geschlecht auszeichnen. Sie sollen sich gesund und leistungsfähig halten.“ (§ 1 Abs. 2 JG 1974)

Auffallend ist, dass die Diktion hier weniger einem deskriptiven, als vielmehr einem präskriptiven Zugang folgt. Darin wird deutlich, dass einerseits „diese Appelle normativer Pädagogik [...] eine perfektionistische Überforderung der jungen Menschen“ (Hille 1977: 32) beschreiben; und andererseits tritt die besprochene Überschneidung von Recht und Pflicht wesentlich hervor. Die drei bereits erwähnten Eigenschaften der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ (gesellschaftliches Bewusstsein - Kollektivismus - wissenschaftliche Weltanschauung) werden auf alle Lebensbereiche übertragen. Margedant hebt diesbezüglich hervor, dass „in diesem Konstrukt [...] Aufgaben und Eigenschaften der Persönlichkeit miteinander verbunden [wurden], die in keinem logischen Zusammenhang stehen“ (Margedant 1996: 561). Die vorgegebene Homogenität des Leitbildes war demnach nur durch den *ML als (abstraktes) Bindeglied* umsetzbar. Aus ideologiekritischer Perspektive sind die folgenden Merkmale der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘, wie sie im JG 1974 dargestellt wird, herauszustreichen:

(1) Ein Aspekt kann als *Leistungsbezogen* subsumiert werden: Werner Rossade bemerkt diesbezüglich, dass „das Leistungsprinzip [...] zu den grundlegenden Orientierungsmustern einer realsozialistischen Gesellschaft [gehört] und [...], zumal in der DDR, eine besondere Rolle“ (1987: 233) spielt. Es wird von der Jugend vor allem in den Bereichen der Arbeit und der Bildung – aber auch der Körperkultur und des Sports (kurz: KKS) – ein verstärkter Einsatz gefordert, der gemäß des Dogmas der Einheitlichkeit – kritischer: Ent-Differenzierung (vgl. Meuschel 1992) – gesellschaftlichen Interessen zu folgen habe. Der sog. ‚werk tätigen Jugend‘ wird auferlegt,

„ihre Initiative auf ein hohes Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion, die Erhöhung der Effektivität, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und das Wachstum der Arbeitsproduktivität [zu richten]. Durch fleißige Arbeit, hohes berufliches Können und durch ständige Qualifizierung mehren sie den gesellschaftlichen Reichtum des Volkes und dienen damit auch ihrer eigenen Entwicklung.“ (§ 8 Abs. 1 JG 1974)

Demgemäß trägt auch die ‚lernende und studierende Jugend‘ die Pflicht sich „hohes Wissen und Können anzueignen, sich auf die Anforderungen im Beruf gut vorzubereiten, ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten stets zu vervollkommen und das erworbene Wissen zum Nutzen der sozialistischen Gesellschaft anzuwenden“ (§ 18 JG 1974). Diese im JG 1974 oft wiederholte Pflicht ist ein klarer Ausdruck des ideologisch überhöhten

‚gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins‘. Der Leistungsaspekt offenbart sich weiters in einer genuin sozialistischen ‚Arbeitsmoral‘, die im ML als „der wichtigste Teil der gesamten moralischen Beziehungen in der sozialistischen Gesellschaft“ (Böhme 1978: 76) bezeichnet wird. Dementsprechend wird auf die marxistische Annahme Bezug genommen, dass „die Arbeit das gesellschaftliche Wesen des Menschen ausmacht“ (Böhme 1978: 77). Im Bereich der Berufsbildung stelle sich folgerichtig die Aufgabe die Lehrlingen dazu anzuleiten „ihre Liebe zum Beruf und ihre Verbundenheit zum Betrieb [zu] festigen“ (§ 21 Abs. 2 JG 1974).

(2) Ein weiterer Aspekt ist die *innen-* sowie *außenpolitische Orientierung*: Wie bereits erwähnt, wird eine stärkere Bindung der Jugend an die DDR, die UdSSR und die ‚sozialistische Staatengemeinschaft‘ gefordert (vgl. dazu etwa die Präambel JG 1974). So soll es „Aufgabe der Jugendlichen [...] [sein], ihre Kenntnisse und Erfahrungen über die Entwicklung und das Leben in der Sowjetunion und in den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft zu vertiefen“ (§ 5 Abs. 2 JG 1974).

(3) Weiters kommen der Sphäre der *Freizeit*, deren politisch-ideologische Integration bereits besprochen wurde, und die sie tangierenden Bereiche der *kulturellen Entfaltung* und der *sportlichen Betätigung* ein ausgeprägtes Interesse zu: Im Zusammenhang des sog. ‚kulturvollen Lebens der Jugend‘ solle es einerseits „Anliegen und Aufgabe der Jugendlichen sein, ihr Leben kulturvoll zu gestalten, ihre Freizeit sinnvoll zu nutzen, sich kulturell-künstlerisch zu betätigen und schöpferisch an der Entwicklung von Kultur und Kunst mitzuwirken“ (§ 27 JG 1974); andererseits habe auch der Staat

„das Streben der Jugend [zu fördern], sich die sozialistische Kunst und Literatur der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, die humanistische Kunst und Literatur der Völker der Welt sowie die Schätze des proletarisch-revolutionären und demokratisch-humanistischen Erbes anzueignen.“
(§ 27 JG 1974)

Im Rekurs auf die bereits angesprochene biopsychosoziale Einheit (vgl. Abs. 4.2.2), als die die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ begriffen werden muss, wird auch auf einen physischen Aspekt hingewiesen: „Körperkultur und Sport gehören zum Leben der Jugend in der sozialistischen Gesellschaft. Die regelmäßige sportliche Betätigung ist Anliegen und Aufgabe jedes jungen Menschen für seine Persönlichkeitsentwicklung [...]“ (§ 34 JG 1974).

(4) Die *gesellschaftliche Teilnahme* und vor allem die Betonung des sog. ‚Kollektivismus‘ markiert einen weiteren essentiellen Aspekt: Das ‚sozialistische Kollektiv‘ gilt in der offiziellen Definition des ML

„als Gemeinschaft von Menschen in allen Lebensbereichen der sozialistischen Gesellschaft, die durch gemeinsame gesellschaftlich notwendige Tätigkeit und durch die auf der Identität der grundlegenden gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen entstehende kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe charakterisiert sind.“ (Böhme 1978: 838)

Das JG 1974 stellt diesbezüglich fest, dass die Jugend dem (aufgetragenen) Bedürfnis folgen solle „aktiv an der Gestaltung der sozialistischen Demokratie mitzuwirken und ihre Fähigkeit zur Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben zu erhöhen“ (§ 3 Abs. 1 JG 1974). Die Jugendlichen sollen sich in erster Linie im Kollektiv durch grundlegende

„Eigenschaften wie Verantwortungsgefühl für sich und andere, Kollektivbewußtsein und Hilfsbereitschaft, Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit, Ehrlichkeit und Bescheidenheit, Mut und Standhaftigkeit, Ausdauer und Disziplin, Achtung vor den Älteren, ihren Leistungen und Verdiensten sowie verantwortungsbewußtes Verhalten zum anderen Geschlecht auszeichnen.“ (§ 1 Abs. 2 JG 1974)

Dass der ‚Kollektivismus‘ nicht zuletzt als Mittel der politischen Integration fungierte (z.B. durch die FDJ, Jugendbrigaden etc.), kam bereits wiederholt zur Sprache.

(5) Als konstitutive Grundlage für die vier vorangegangenen Eigenschaften fungierte der Aspekt der ‚wissenschaftlichen Weltanschauung‘, der in den Mittelpunkt der politisch-ideologischen Erziehungsstrategien gerückt wurde (vgl. Bunke 2005: 33). Die Erfüllung der Pflicht sich „den Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, anzueignen“ (§ 1 Abs. 2 JG 1974), musste demgemäß umfangreich gefördert werden, um die Inhalte nicht einzig im Bewusstsein zu verfestigen, sondern um eine „organische Einheit von Wissen, Überzeugung und Handeln“ (Protopopowa, zit. nach Bartsch 1963: 4, Hervorheb. d. Verf.) zu erreichen. Vermittels der Internalisierung des ML sollte die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ die vorangegangenen Eigenschaften gänzlich ‚automatisch‘ und selbstverständlich im Habitus erfüllen; denn, so die Argumentation, die „objektiven Gesetze des Sozialismus und Kommunismus [können] sich nur im bewußten Handeln der Menschen durchsetzen [...]“ (Böhme 1978: 359). Letztlich war es im Verständnis des ML das Ziel die sozialistische/kommunistische Überzeugung des Einzelnen soweit zu führen, dass es etwa einer gesetzlichen Regulierung durch den Staat nicht mehr bedürfe und jede Form der politischen Intervention obsolet würde – eine These, die der revolutionären Staatstheorie von W. I. Lenin bzw. Friedrich Engels und der Vorstellung des ‚Absterben des Staates‘ entspringt (vgl. etwa Lenin 1949: 23 ff.). Die Norm der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ sollte im harmonischen Einvernehmen mit den Interessen der gesamten Gesellschaft stehen. Nicht zuletzt sollte die Jugend „immer mehr befähigt [sein], offensiv gegen alle Varianten der reaktionären Ideologie, gegen alle imperialistischen,

rechtsoportunistischen und linksradikalen Theorien und Gesellschaftskonzeptionen [...] zu kämpfen“ (Böhme 1978: 360).

4.3 Zur Relation von (herrschaftsdiskursiver) Ideologie und Mentalität in der Ära Honecker

Die Ideologiekritik des JG 1974 hat zwei (funktionale) Gesichtspunkte der Ideologie und des sozial-anthropologischen Leitbilds der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ offengelegt (vgl. auch Lemke 1991: 72): Einerseits – und in weitgehender Übereinstimmung mit der Kategorisierung von Manuel Becker (vgl. 2009; Kap. 2) – eine machttaktische bis überzeugungsbasierende Funktion vor allem in Form von Appellen³⁹ (vgl. Hille 1977: 32), die nicht zuletzt auf der Überschneidung von Rechten und Pflichten gründet (vgl. Luchterhandt 1985); andererseits eine inhaltliche Pragmatik, die, mit Theodor Geiger gesprochen, ‚außertheoretische‘ Faktoren in die Ideologieproduktion miteinbezieht. Kennzeichnend ist für den zweiten Aspekt beispielsweise die Übernahme der politstrategischen Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik, wie auch die Hervorhebung der – wieder forcierten – sowjetischen Hegemonie unter Erich Honecker.

Dass sich diese Gesichtspunkte bereits seit Ende der 1950er Jahre abzeichneten und bis zum Zusammenbruch der DDR bestanden (vgl. Lemke 1991: 73), soll keineswegs den zentralen Hinweis relativieren, dass die DDR-Ideologie auch in ihrem zeithistorischen bzw. herrschaftsdiskursiven – und damit ökonomischen, politischen und sozialen – Kontext gelesen werden muss; dahingehend konnten in der vorangegangenen Analyse wesentliche Einblicke gewonnen werden, die vor allem durch den Vergleich von JG 1964 und JG 1974 erbracht wurden. Der prägende Anstoß für die inhaltlichen Veränderungen des Jugendgesetzes war der VIII. Parteitag der SED (1971), mit dem man nunmehr offiziell die Auffassung propagierte, dass das Konzept der ‚sozialistischen Menschengemeinschaft‘, das noch in den 1960er Jahren vehement vertreten wurde, mit den realen gesellschaftlichen Gegebenheiten nicht mehr übereinstimme (vgl. Müller 1997: 33). Der Leiter der sog. ‚Ideologischen Kommission des Politbüros beim ZK der SED‘ und damit der ‚Chefideologe‘ in der DDR, Kurt Hager, der – sicherlich auch unter ideologischen Gesichtspunkten – bereits 1963 für die Verstärkung der empirischen Jugendforschung eingetreten war (vgl. Friedrich 1999: 15), findet bezüglich des Konzepts der ‚sozialistischen Menschengemeinschaft‘ lediglich ablehnende Worte:

³⁹ Kap. 2 folgend handelt es sich hierbei um einen expliziten (d.h. inhaltlich-pragmatischen) sprachlich-kommunikativen Herrschaftsmechanismus.

„Auf den gegenwärtigen Entwicklungsabschnitt des sozialistischen Aufbaus in der DDR angewandt, ist er [der Begriff der ‚sozialistischen Menschengemeinschaft‘, d. Verf.] aber wissenschaftlich nicht exakt, da er die tatsächlich vorhandenen Klassenunterschiede verwischt und den tatsächlichen Stand der Annäherung der Klassen und Schichten überschätzt.“ (Kurt Hager, zit. n. Peter 1990: 23)

Hatte man also in den 1960er Jahren im Zuge der ‚wissenschaftlich-technischen Revolution‘ (WTR) noch den nahenden Kommunismus proklamiert – und parallel dazu auch die Vermassung der Ideologie betrieben (vgl. Meuschel 1992) –, so verabschiedete man sich in den 1970er Jahren vom „kommunistischen Telos“ (Meuschel 1992: 254); seit 1973 wurde der Epochenterminus ‚real-existierender Sozialismus‘ vertreten, mit dem man „zumindest einen weniger normativen, nahezu positivistischen Begriffsrahmen gefunden [hatte], der offen genug ist, um zukünftig neuartige Vermittlungsformen aufnehmen zu können“ (Rytlewski 1989: 212). Mit dem Beginn der Ära Honecker hielt in der Ideologie des Herrschaftsdiskurses – nicht aber des philosophischen Diskurses (vgl. Abs. 2.3.3) – eine pragmatische Tendenz Einzug, die stärker an der Gegenwart orientiert war und bisher Erreichtes bzw. kurzfristig zu Erreichendes in den Vordergrund stellte (vgl. Meuschel 1992: 221 ff.). Kurzum: In den 1970er Jahren wurde die ehemals ‚lichte Zukunft‘ (Sinowjew 1983) von einem ideologischen Pragmatismus abgelöst. Antonia Grunenberg behauptet dahingehend, dass die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ weniger weltanschaulich fundiert wurde (vgl. Grunenberg 1989: 221 f.). Wie sich gezeigt hat, lässt sich diese Annahme durch den Vergleich des JG 1964 und des JG 1974 kaum verifizieren – eher im Gegenteil. Die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ kennzeichnet sich im JG 1974 nach wie vor durch eine offen artikuliert, vom ML fundierte ideologisch und herrschaftsdiskursive Inanspruchnahme. Auch Christiane Lemke (1991) meint ein Bemühen zu erkennen, das das Persönliche und Individuelle innerhalb des Leitbildes der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ stärker akzentuiert. Gleichzeitig weist sie aber darauf hin, dass in dieser Entwicklung „auch deutlich leistungs- und effizienzorientierte Züge“ (Lemke 1991: 74) hervortreten; diese neuen ‚Züge‘ im JG 1974 – etwa betreffend der Jugend als ‚Produktivkraft‘ und Wirtschaftsfaktor – konnten in diesem Kapitel mehrfach nachgewiesen werden. An früherer Stelle wurde diesbezüglich ein Dokument des ZIJ angeführt, das die Forcierung persönlicher Rechte durch die ‚höhere Eigenverantwortung der Jugend‘ realisiert sah; analog dazu wird auch im JG 1974 bekräftigt, dass die Verantwortung der Jugendlichen selbst zur Entwicklung der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ wachse (vgl. § 1 Abs. 1 JG 1974). Daraus kann gefolgert werden, dass das Persönliche wie Individuelle im Leitbild in erster Linie im Zusammenhang mit einer ‚Steigerung des Verantwortungsgefühls‘ – in marxistischer Lesart vor allem gegenüber der Gesellschaft – zum Tragen kommt. Diese inhaltliche Entwicklung kann aber, wie bereits dargestellt worden ist, keinesfalls mit der Erweiterung von Individual- oder Grundrechten gleichgesetzt werden. Intensive Bemühungen im Bereich der (Jugend-)Kultur, wie etwa die

gezielte Produktion von speziellen Konsumwaren für Jugendliche oder die organisatorische und materielle Unterstützung von Jugendklubs, die im JG 1974 Erwähnung finden – aber auch *in realiter* umgesetzt wurden –, müssen zum Teil als Versuche der politischen Integration der Jugend gewertet werden (vgl. Mahrad 1989: 348): Diese Anstrengungen waren aber gleichermaßen Zeichen für eine partielle Öffnung gegenüber der Jugend und ihrer spezifischen und zum Teil vom ‚Westen‘ geprägten Kultur.

Schließlich bleibt die Frage der Wechselbeziehung von Ideologie und Mentalität in der DDR zu klären: Allein der Hinweis, dass sich das JG 1974 – wie auch allgemein die DDR-Ideologie der 1970/80er – nicht an gegenwärtigen Mentalitäten orientiert, würde zu kurz greifen; vor allem hinsichtlich der *political formulas*, denen hier schließlich auch das JG zugeordnet wird und die massiv vom Herrschaftsdiskurs in der DDR geprägt waren, käme man mit dem Schluss, dass Ideologie Mentalität/-en unberücksichtigt lässt, zu einem einseitigen und verkürzten Ergebnis. Auf Basis der vorangegangenen Analyse kann im Folgenden resümiert werden, inwieweit die Ideologie in der DDR zwischen Ablehnung und Berücksichtigung von Mentalität/-en oszillierte; diesbezüglich gilt es aber nach verschiedenen Gesichtspunkten zu differenzieren:

(1) *Zur ‚objektiven Wissenschaftlichkeit‘ des ML*: Die fehlende Berücksichtigung von Mentalität/-en durch die Ideologie des ML, der im juristischen Diskurs vor allem die Grundrechtsdebatte unterminierte (vgl. Luchterhandt 1985), resultiert weniger aus dem Erkenntnismonopol der Partei – wer das Monopol hat, so könnte man überspitzt argumentieren, kann schließlich bis zu einem gewissen Grad den eigenen Interessen folgen; vielmehr begründet sich die fehlende Berücksichtigung einerseits durch die dogmatische These, dass die wissenschaftliche Anschauung des ML historisch unveränderbar sei und andererseits durch die Annahme, dass das (alltägliche) Bewusstsein – und damit auch die Mentalität – lediglich eine „bloße Erscheinungsform“ (Schaefer 1996: 560) darstelle: Während der ML also auf einer ‚objektiven‘ Wissenschaft basiere, wird Mentalität – der Ideologie gleichermaßen entgegengesetzt wie untergeordnet – auf eine veränderbare, kontingente und vor allem subjektive Erscheinung reduziert. Der hierarchische Aspekt von Ideologie – d.h. Ideologie als Selbstausslegung von Mentalität (Geiger 1932: 78) – wird im Selbstverständnis des ML schlichtweg umgedreht: Es soll Ideologie vielmehr in Mentalität übergehen oder gleichermaßen ‚eingehämmert‘ werden (vgl. Geiger 1932: 79) und, wie das *Kleine Politische Wörterbuch* erläutert, „das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen entsprechend [...] beeinflussen, und in entsprechenden Verhaltensnormen, Einstellungen und Wertungen ihren Ausdruck finden“ (Böhme 1978: 359). Damit begründet sich auch, warum der ML – weniger aber die *political formula* – gegenüber der Mentalität *a priori* ablehnend

eingestellt war. Die Ideologie an Mentalität/-en zu orientieren hätte, wie Christiane Lemke betont, ohnedies eine präzise Sozialstrukturanalyse erfordert, „die eine Untersuchung der unterschiedlichen Lebensbedingungen sowie der verschiedenen aus den Lebensbedingungen resultierenden Bewußtseinsformen einschließen müsste“ (Lemke 1980: 61). Dabei wäre keinesfalls *eine* (ideologische) Norm oder ein „einheitliche[r] Typus der Persönlichkeit“ das Resultat der Untersuchung gewesen, „sondern eher die Entwicklung sehr vielfältiger, auch widersprüchlicher Persönlichkeitstypen“ (Lemke 1980: 61). In den 1960er Jahren wurden entsprechende sozialwissenschaftliche Bemühungen zwar von einzelnen politischen Kadern gefordert und – etwa mit der Gründung des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) – auch zum Teil umgesetzt; diese Ansätze wurden aber im Laufe der 1970er Jahre, als sich vermehrt resistente Einstellungen unter den Jugendlichen konstituierten, bald wieder verworfen (vgl. Bussemer 2009: 232). Dass sich die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ also empirisch widerlegen lässt, war (vermutlich) auch von der politischen Führung in der DDR erkannt worden; also klammerte man sich folgerichtig im Herrschaftsdiskurs an die ideologische Norm und argumentierte mit der wissenschaftlich-objektiven Gesetzmäßigkeit der Ideologie.

(2) *Zur Normativität des Rechts:* Zieht man in Betracht, dass sich Ideologie – vor allem durch den Herrschaftsdiskurs – auch innerhalb eines Gesetzes manifestiert, dann kann aus der (gouvernementalen) Funktion des Rechts selbst erschlossen werden, warum Mentalität für Ideologie keinerlei ‚Referenzpunkt‘ darstellt: Nachdem das Recht, das essentiell auf einer Norm basiert bzw. aus ihr hervorgeht, nicht – oder nur bedingt – als eine Technologie der Normalisierung fungiert, greift es nach Foucault nicht auf die Bedürfnisse der Unterworfenen und ihre ‚Naturalität‘ zurück. Recht und Normalisierung sind – zumindest typologisch gesehen (vgl. Gehring 1999: 32) – wesensfremd. Eine Berücksichtigung von Mentalität/-en würde weitestgehend der Technik der Normalisierung entsprechen, die die ‚Begierden‘ der Bevölkerung zu ermitteln versucht (vgl. Foucault 2004a: 111 f.). Indem das Recht also (ideologisch) normativ verfährt, muss es Mentalität unberücksichtigt lassen.⁴⁰

(3) *Zur Pragmatik der political formula im Zusammenhang der kulturellen und sozialen Pluralisierung in der DDR:* Die Ideologiekritik des JG 1974 hat vor allem auf die Verbindung

⁴⁰ Abgesehen davon hat Foucault das Recht einzig als Repressionsmechanismus und als Mittel der Verschleierung von Macht begriffen. Recht und Gesetz wirken als Diskurse – in diesem Kapitel wurde bereits auf die ‚juridisch-diskursive Formationen‘ hingewiesen –, die keinerlei positive Praktiken aufweisen und nur mit „dem stummen Zugriffen der Geständniserzwingung, der Strafe, dem Zugriff, dem bloßen ‚Vollzug‘“ (Gehring 1999: 29) arbeiten. Foucault verstand das Recht in erster Linie als unterdrückenden Aspekt der Machtausübung: „Was mit der Konzentration auf das Verbot [...] verlorengelassen ist [dementsprechend, d. Verf.] die Angebotsseite des Rechts“ (Gehring 1999: 29).

zu den sog. ‚außertheoretischen‘ bzw. herrschaftsdiskursiven Faktoren aufmerksam gemacht. Man gewinnt damit einen exemplarischen Einblick in die politischen, ökonomischen und sozialen (An-)Forderungen des DDR-Staates. Es wäre demgemäß nicht sachgerecht zu behaupten, dass sich die Ideologie, die sich im juristischen Diskurs ‚abgelagert‘ hat, nicht an der ‚Wirklichkeit‘ – und ferner an einzelnen Mentalitäten – orientierte. Sigrid Meuschel weist etwa darauf hin, dass die Ideologie in den 1970er Jahren „den Anspruch derer [beschreibt], die sie formulierten, [...] aber immer zugleich die Wirklichkeit, wenn auch eher aus der Perspektive der Entwicklungspotentiale, die sie in ihr sehen wollten“ (1992: 223). Man muss Meuschel zwar Recht geben, dass die Ideologie die ‚wirklichen‘ Ansprüche des Ideologie-Produzenten zur Darstellung bringt; die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ hat, dem JG 1974 folgend, schließlich eine Vielzahl an Pflichten zu erfüllen, die die ‚Entwicklungspotentiale‘ der Jugend aktivieren sollten. Aber entwickelte der Ideologie-Produzent – hier: der Gesetzgeber – diese Ansprüche ausschließlich aus seiner eigenen, abgeschlossenen Perspektive und ließ er damit die ‚Begierden‘ der Jugend völlig unbeachtet? Zwei Antworten drängen sich hierzu auf:

(a) Bezüglich der ‚Entwicklungspotentiale‘ kann man diese Fragen sicherlich bejahen: Das Konzept der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ richtet sich – vornehmlich den tradierten Konzepten des ML, als auch den systemimmanenten Bedürfnissen der SED folgend – nach einem leistungsorientierten Jugendlichen; einem produktiven, sich in den Dienst der Gesellschaft stellenden Menschen. (b) In einzelnen Bereichen muss man diese Fragen aber ebenso verneinen. Widmet man sich der Funktion und Wirkung von Ideologie – und damit auch einer Geschichte ‚von oben‘ –, dann kann schnell außer Acht geraten, dass man in den 1970er Jahren in der Gesellschaft der DDR ebenso in eine Phase der kulturellen und sozialen Pluralisierung eingetreten war. Es kann zwar keineswegs behauptet werden, dass sich das im Herrschaftsdiskurs verankerte Jugendgesetz den vielfältigen Ausformungen der Pluralisierung bzw. der Individualisierung, die Ralf Rytlewski in den Bereichen der Ökonomie, der Sozialstruktur, der Kunst, der Kultur und der Weltanschauung verortet (vgl. 1989: 209 f.), öffnete – vor allem die weltanschauliche Pluralität war gewiss kein Feld auf das der Ideologie-Produzent Rücksicht nehmen konnte. Aber im Speziellen das Gebiet der (Jugend-)Kultur hat sich sehr wohl in das JG 1974 eingeschrieben; hier wurde der/den Mentalität/-en durchaus Einlass in die Ideologie – besser: in die *political formula* – gewährt. Dass die Jugend etwa im Bereich der Freizeit (vgl. § 27-33 JG 1974) wie beispielsweise bei Jugendklubs und Sportmöglichkeiten gefördert wurde, ist als ein Entgegenkommen an gewisse Mentalitäten zu werten; auch das Verlangen nach Konsumgütern, die „dem spezifischen Bedarf der Jugend entsprechen“ (§42 Abs. 1 JG 1974), sollte gezielt befriedigt werden. Schließlich sind das aber Tendenzen, die lediglich innerhalb der *political formula*

aufgetreten sind: Dort entfaltete der Herrschaftsdiskurs (legitimierende) Methoden der Machtsicherung, die die Begierden der Jugendlichen *berücksichtigen mussten* – wollte man sich zumindest der Loyalität der jungen Generation versichern. Nachdem der Herrschaftsdiskurs aber allzu bestimmend von der konsolidierten Sekundärideologie des ML durchdrungen war, konnte das „Vermittlungsdilemma“ (Rytlewski 1989: 211 ff.), das mittels einzelner Zugeständnisse an die Jugend abgeschwächt werden sollte, bis zum Zusammenbruch der DDR nicht überwunden werden. Denn das grundlegende Problem, das sich auch in der Ideologie und ihrer geringen Rücksichtnahme auf gegenwärtige Mentalitäten widerspiegelte, bestand seit Anfang der 1970er Jahre vor allem darin, dass „in dem sowjetsozialistischen, autoritär-bürokratischen System der alten Generation soziale und kulturelle Pluralität nicht in politische Pluralität übergehen [...]“ (Rytlewski 1989: 210) konnte.

5 Mentalität - Filmrezeption - Resistenz

Für das abschließende Kapitel stellt sich die bisher kaum behandelte Frage, wie sich die Mentalitäten der DDR-Jugend im Wandel der 1970er und 1980er Jahren insbesondere vor dem Hintergrund der gouvernementalen Praktiken der SED – von der Forcierung der Sozialpolitik (vgl. Abs. 2.1) bis hin zur zunehmenden Erosion des Informationsdispositivs (vgl. Abs. 3.2) – entwickelt haben. Dass die ideologische Normation der Jugend, wie sie sich im zirkulären Austausch mit dem Herrschaftsdiskurs paradigmatisch in das Jugendgesetz von 1974 eingeschrieben hat (vgl. Abs. 4.2), lediglich einen politischen Idealtypus – ganz im Sinne der nach Foucault definierten Normation (vgl. Abs. 4.2.1) und den damit verbundenen Herrschaftszuständen – darstellt, konnte hinlänglich nachgewiesen werden. Zur Thematik der Mentalitätsentwicklung der Jugend gibt es eine Fülle an sozialwissenschaftlicher Sekundärliteratur, die sich diesem Aspekt der DDR-Historiographie zugewendet hat; denn seit der ‚Wende‘ 1989 und insbesondere mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten steht ein wachsendes Konvolut an Primär- und Sekundärquellen, d.h. vor 1990/91 unveröffentlicht gebliebene Daten der DDR-Sozialwissenschaft (sog. ‚graue Literatur‘) oder Publikationen, die auf diese Materialien zurückgreifen, zur Verfügung: ein bedeutsamer Wissens- und Informationsbestand, der von Sozialwissenschaftlern der ehemaligen DDR sowie von vormals ‚westdeutschen‘ Forschern sukzessive aufgearbeitet wurde.⁴¹ Vor dem Hintergrund dieses gut aufgearbeiteten Gebietes der (zeithistorischen) Sozialwissenschaft sollen in dieser Arbeit weniger die Ergebnisse der jugendsoziologischen Demoskopie, sondern die kaum aufgearbeiteten Daten der Filmrezeptionsforschung behandelt werden: Die empirisch ausgerichtete Mediensoziologie in der DDR, die sich neben dem Film auch dem Theater und der Rezeption von Massenmedien widmete, war einerseits innerhalb der DDR-Jugendforschung – genauer: am Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) Leipzig – institutionalisiert, aber andererseits nur ‚Spielwiese‘ (vgl. Wiedemann 1998: 134) innerhalb des Dispositivs der Sozialwissenschaft. Sie ist aber insofern von Interesse, als in dieser Nische auch Fragen zur Untersuchung kamen, die in anderen Bereichen der Sozialwissenschaft nicht explizit thematisiert werden konnten. Was man in den Untersuchungsergebnissen außerhalb der ‚unverdächtigen‘ Bereiche der Sozialwissenschaft, wie eben der Medienforschung, nicht findet, sind (auch aufgrund der Standardisierung der

⁴¹ Die diesbezüglichen Forschungsvorhaben sind aber seit Ende der 1990er Jahre – auch aufgrund der natürlich begrenzten Datenlage – deutlich zurückgegangen. Zu erwähnen sind aber die folgenden Publikationen, die auch im Literaturverzeichnis angeführt werden: Bertram 1999, Förster 1990, Friedrich 1990, ders. 1991, ders. 1999, Gensicke 1991, ders. 1992, ders. 1996.

Umfragen) kritische Fragestellungen und daraus hervorgehende „resistente“ (Kleßmann 1996) bis hin zu subversiven Aspekten der politischen Mentalität. Friedrich bringt dahingehend den Begriff der „Gegenidentifikationen“ (Friedrich 1991: 227) ins Treffen, der weniger auf Kritik, als vielmehr auf eine sich abzeichnende (politische) Distanzierung der Studienteilnehmer von der SED hinweist. Deshalb soll in dieser Arbeit weniger der politischen Demoskopie, die einzig derartige ‚Gegenidentifikationen‘ aufzeichnen konnte, als vielmehr den politisch-resistenten Ergebnissen der Medienforschung nachgegangen werden.

Zunächst wird in diesem Kapitel in das Dispositiv der Sozialwissenschaft eingeführt (Abs. 5.1), um auf den politischen und strategischen Kontext der Sozialwissenschaften in der DDR aufmerksam zu machen. Danach wird eine prägnante Zusammenfassung von politischen und außer-politischen Mentalitätsentwicklung gegeben, die sich nach sog. Metaanalysen der demoskopischen DDR-Jugendforschung richtet. In einem letzten Schritt wird auf die genauen Umstände eingegangen, die für die diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken der Filmsoziologie prägend waren, um schließlich einige Ergebnisse darzustellen, die auch auf resistente Mentalitäten junger DDR-Bürger seit Ende der 1970er hinweisen.

5.1 Das Dispositiv der Sozialwissenschaft in der DDR und das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ)

Um die strategischen Ensembles, in die das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) eingebunden war, in ihrem politischen Kontext lesen und verstehen zu können, wird hier der Aspekt des Dispositiv der Sozialwissenschaft erörtert; schließlich war dieses Netzwerk, das zum Teil einer sog. Arkanpolitik folgte, gestützt von einer „dominante[n] strategische[n] Funktion“ (Foucault, zit. n. Agamben 2008: 8), die im konkreten zeithistorischen Kontext gedeutet werden muss. Der Vorzug, die DDR-Sozialwissenschaft als Dispositiv zu konzeptualisieren, liegt vor allem darin, dass nicht die gesamte Forschungstätigkeit unter dem Aspekt einer politisch-ideologisch bzw. herrschaftsdiskursiv ‚korrumpierten‘ Wissenschaft betrachtet werden muss, sondern dass auch abweichende (nicht-)diskursive Praktiken dargestellt werden können – beide ‚Pole‘, d.h. regimetreue und -kritische Positionen, lassen sich folgerichtig innerhalb des ‚Netzes‘ des Dispositivs der Sozialwissenschaft erklären und konterkarieren das teilweise kanonisierte Bild einer *scientific community*, die ausschließlich im Dienste der politischen Führung stand.

Die einseitige Wahrnehmung, dass die Sozialwissenschaft in der DDR lediglich eine loyale Informationsquelle der SED war, ist maßgeblich mit den offiziellen Statuten der jeweiligen Institutionen verbunden. Bereits die Definition der empirischen Sozialwissenschaft im

Wörterbuch der leninistisch-marxistischen Soziologie gibt in programmatischer Weise Einblick in deren systemfunktionale Bedeutung:

„Die empirische soziologische Forschung erfüllt [...] eine direkt Funktion gegenüber der Leitung und Planung sozialer Entwicklungsprozesse der sozialistischen Gesellschaft. [...] Entsprechend ihrer parteilichen Position unterstützt sie durch empirische Analysen die Führungstätigkeit der Partei der Arbeiterklasse [...]. Sie schafft dabei wichtige theoretische Grundlagen für die Sozialpolitik der marxistisch-leninistischen Partei und für die Leitung und Planung sozialer Prozesse.“ (Aßmann 1977: 158)

Darin kommt (1) die politische ‚Praxisverbundenheit‘, d.h. „die Bereitstellung von Entscheidungshilfen sowie die Erarbeitung von ‚theoretischen Grundlagen‘ [...] für die Gesellschafts- und Sozialpolitik der SED“ (Ludz 1980: 184) zum Ausdruck. Es wird explizit eine Koppelung an die Parteitätigkeiten gefordert und damit die politische und ökonomische „Service-Funktion“ (Peter 1992: 621) verankert. Umfrageforschung, als die die empirische Sozialwissenschaft hier vornehmlich zu verstehen ist, diene in ihrer Aufgabe als Parteiinstrument aber nicht einzig der Informationssammlung, die in operative Prozesse der Sozial- und Wirtschaftspolitik umgeleitet werden sollte, sondern auch ganz wesentlich als (2) „Loyalitätserkundung, der Führungskontrolle wie schließlich als Krisenbarometer“ (Ludz 1980: 198) um „die Beziehungen zwischen Partei, Staat und Bevölkerung noch enger zu gestalten“ (Ludz 1980: 197). Damit geht im politischen Alltag der Umfrageforschung eine weitere Funktion einher, nämlich (3) „die Bevölkerung für jeweils *bestimmte* Ziele zu mobilisieren“ (Ludz 1980: 199, Hervorheb. i. O.). Diese Ansätze legen in bündiger Weise die wissenschaftsfremden Aufgaben der Sozialwissenschaft dar (vgl. Peter 1997: 342), geben dabei dem Konzept des ‚Mechanismus der Herrschaftssicherung‘ (vgl. Ludz 1980) eine klare Kontur und vermitteln schließlich ein eng dimensioniertes Profil, das der Sozialwissenschaft als „machtkritische Subkultur“ (Peter 1992: 611) zunächst klar entgegensteht. Die gegebene Definition lässt keinen Zweifel am staatlich intendierten Konsens zwischen sozialwissenschaftlichem Diskurs und politischem System aufkommen. Es kulminiert die Bedeutung der Umfrageforschung darin, dass „die Informationen, die [...] bereitgestellt werden, und die Mobilisierung, die mit ihrer Hilfe erfolgt, [...] die Herrschaftsausübung durch die SED-Führung erleichtern“ (Ludz 1980: 200) soll. Ein weiteres, zu berücksichtigendes Merkmal der soziologischen Forschung in der DDR ist die sogenannte ‚Hierarchie des Wissens‘, die einerseits die Koppelung von Empirie und Theorie postulierte und andererseits die quantitative Forschung teilweise als ‚Positivismus‘ zu disqualifizieren versuchte. „Empirisches Wissen ist gleichsam eine ‚niedrige‘ Form“ und „mit Hilfe eines ‚qualitativen Sprungs‘ geht empirisches Wissen in theoretisches über“ (Ludz 1972: XXVI), um darin seine Zweckbestimmung zu erreichen (vgl. dazu auch Sparschuh/Weiß 1997: 325f.).

Wolfgang Engler (1991) warnt in diesem Zusammenhang vor ‚Alternativkonzepten‘, die eine klare Polarität zwischen Macht-/Sicherung und Wissens-/Generierung innerhalb der Wissenschafts-Community beschreiben. Er stellt fest, dass „kein Teilfeld der Gesellschaftswissenschaft [...] der ideologischen Kopplung von Macht- und Wissensstrukturen entrann“ (1991: 62) und plädiert dafür, das ideologische Profil für jede Disziplin verschieden abzustufen. Dennoch gilt festzuhalten: Die DDR-Sozialwissenschaft stand im Spannungsfeld von zwei Polen, dessen erster und gleichzeitig wohl dominanter bereits erörtert wurde: (1) Der in der genannten Definition sich klar akzentuierte politische Auftrag, der sich zum Teil zu einem ‚Herrschaftsmechanismus‘ erweitern lässt und (2) der wissenschaftliche Erkenntnisdrang, dessen konkrete und auch machtkritische Ausformung maßgeblich in Abhängigkeit von den Diskursgesellschaften der Sozialforschung stand.

Der Aspekt einer davon abweichenden Forschungspraxis kann anhand des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) expliziert werden. In der westdeutschen Wahrnehmung galt das Institut als „das vielleicht wissenschaftlich bedeutsamste Zentrum der Umfrageforschung [...] vor allem auch [wegen, d. Verf.] der ständigen Verfeinerung der sozialwissenschaftlichen Methodologie und Methodik“ (Ludz 1980: 192, vgl. dazu auch Meyer 1995: 43). Stärker als andere, wissenschaftlich ähnlich gelagerte Forschungseinrichtungen nahm das ZIJ, das hierarchisch gesehen dem Amt für Jugendfragen beim Ministerrat unterstellt war (vgl. Friedrich 1999: 19 f.), „gleichzeitig aber intensive Kontakte mit universitären Einrichtungen pflegte, eine Art Mittelstellung zwischen der politisch orientierten akademischen und der partei- beziehungsweise staatseigenen Forschung ein“ (Ludz 1980: 192). Das ZIJ konstituierte sich 1966 auch als Reaktion auf die Gründung des Deutschen Instituts für Jugendforschung (DIJ) in München und gilt im Kontext der Wissenschaftspolitik als Ausdruck einer kurzen Phase der Wissenschaftseuphorie in der politischen Administration Walter Ulbrichts. Weiters spiegelt sich in der damit vollzogenen Institutionalisierung der DDR-Jugendforschung, der bis dahin nur vereinzelt nachgegangen wurde, „ein Indiz für die beginnende Sorge der Partei- und Staatsführung, die Jugend nicht mehr politisch zu erreichen“ (Wiedemann 1998: 117) bzw. eine sich unter den DDR-Jugendlichen andeutende Erosion der Legitimation der SED-Parteiherrschaft. Denn, so wird insbesondere von Sigrid Meuschel hervorgehoben, die Legitimation der Herrschaft stellt den Grundstein der Fixierung derselben dar (vgl. Meuschel 1992).

In den Statuten des ZIJ wird ausgeführt, dass die Hauptaufgabe des Instituts darin liege,

„die Grundtendenzen, Grundprobleme und Grundprozesse der Entwicklung und sozialistischen Erziehung der jungen Generation sowie die Hauptmethoden der Jugendforschung zu erarbeiten und dadurch die Entwicklung der Jugendforschung in der DDR inhaltlich und methodisch zu fördern. [...] Das Zentralinstitut stellt enge Beziehungen zu den für die Leitung der

sozialistischen Jugendpolitik“ verantwortlichen staatlichen Organen und Leitungen gesellschaftlicher Organisationen her, besonders zum Zentralrat der FDJ, berät mit ihnen Grundprobleme der Entwicklung der jungen Generation und der sozialistischen Jugendpolitik.“ (Statut des ZIJ, zit. n. Friedrich 1999: 21 f.)

Im zeithistorischen Kontext der Sozialwissenschaft konnte sich, wie Walter Friedrich betont, die Bindekraft derart politisch-doktrinärer Statuten relativieren. Die konkrete Ausprägung der Forschungstätigkeit stand maßgeblich in Abhängigkeit vom wissenschaftlichen Personal selbst:

„Wie in vielen anderen Fällen war das Statut nur die eine Seite der Medaille, es definierte die allgemeinen Rahmenbedingungen. Was aus dem ZIJ im Laufe der Jahre wirklich geworden ist, welche Strukturen und Forschungsstrategien sich herausgebildet haben, [...] das ist entscheidend durch die Akteure des Instituts, durch Kooperationspartner und durch zahlreiche Förderer aus Kreisen der Wissenschaft, Kultur und verschiedener politischer Ebenen, wie auch durch bestimmte politische Entscheidungen und Repressionen sowie durch einflußreiche Gegenkräfte determiniert worden.“ (Friedrich 1999: 22)

So unterstreicht Dieter Wiedemann den Kontrast zwischen dem politisch-ideologischen Anspruch an die Jugendforschung und der Forschungsrealität mit dem Hinweis, dass „die Jugendforschung im ‚inoffiziellen‘ gesellschaftlichen Diskurs aber nicht selten als Korrektor bzw. Kritiker der ‚offiziellen‘ Jugendpolitik“ (Wiedemann 1998: 119) fungierte. Schließlich sammelte man empirische Daten, die vom anthropologischen ‚Sollwert‘ der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ (vgl. Abs. 4.2) deutlich abwichen. Friedrich, der einzige Direktor der Leipziger Forschungseinrichtung, forcierte in seinem „anthropologische[n] Institut“ (Friedrich 1999: 24) mithin Forschungsvorhaben abseits der Herrschaftssicherung der SED, die mittlerweile relativ konzise Darstellungen der Wertorientierungen und Mentalitätsentwicklungen der DDR-Jugend zulassen. Methodisch ermöglicht wurden diese Ergebnisse durch die Konzentration auf Langzeit- und Intervallstudien, die hauptsächlich auf standardisierten Fragebögen basierten. Sie stellten insbesondere durch „die hohe Auswertungseffektivität, die relativ niedrigen Kosten und das erreichte Niveau in der Fragebogenkonstruktion“ (Wiedemann 1998: 123) die bevorzugte Umfragetechnik dar. Damit ging der „Indikatorencharakter“ (Ludz 1980: 214) der Fragen einher, der in den 1970er Jahren zunehmend regressive Tendenzen der politisch-ideologischen Orientierung der Jugendlichen nachvollziehbar machte. Die Verwendung von Indikatoren war dadurch auch politisch massiver Kritik ausgesetzt und „von den zentralen Leitungen [wurde, d. Verf.] sogar verlangt, auf unsere bewährten Standard-Fragen zu verzichten, um exakte Trendaussagen von vornherein auszuschließen“ (Friedrich 1999: 33). Um diesem Verbot ausweichen zu können, wurden etwa Zusatzbögen ausgegeben, die die Möglichkeit von freien Kommentaren zu allgemeinen Themen, wie etwa der Zufriedenheit mit der DDR, boten: „Für die Widerspiegelung und Darstellung der zunehmend kritischen Situation in der DDR in den Köpfen der Jugendlichen waren die oft

sehr ausführlichen und offenen Antworten der Jugendlichen dann eine wahre Fundgrube [...]“ (Förster 1999: 77).

Ein „abweichendes Funktionieren“ (vgl. Foucault 1974: 27) gegenüber der dogmatischen DDR-Wissenschaftspolitik und dem pädagogischen Idealbild der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘ konnte sich folglich partiell etablieren. In der Intention artikuliert es sich nicht vordergründig subversiv, dafür aber „im Sinne eines ‚reformierten Sozialismus‘“ (Lindner/Wiedemann 1999: 345) und gleichsam „gesellschaftskritisch“ (Wiedemann 1998: 119). Entsprechend begründet sich die Motivation zur Jugendforschung der Kultur- und Medienforscher des ZIJ im „Dranbleibenwollen an dem, was auch in dieser Gesellschaft als kreativ, innovativ, originell und z. T. auch als oppositionell galt: an der jungen Generation“ (Lindner/Wiedemann 1999: 301).

5.2 Mentalitätsentwicklung/-en der DDR-Jugend in der Ära Honecker: Aspekte der Metaanalysen der DDR-Demoskopie

Ausgehend von der Gouvernamentalität des real-existierenden Sozialismus und der ideologischen Fundierung des Herrschaftsdiskurses in der DDR wirken kollektive Mentalitätsentwicklungen oft als kausal direkt erklär- bzw. ergründbar.⁴² Dem steht aber nicht selten entgegen, dass einzelne Trends und Entwicklungstendenzen aufgrund der nur in Ansätzen rekonstruierbaren Lebenswelt und wegen der, mit Theodor Geiger, Unmöglichkeit sich über ‚Denkprozesse in den Hirnen anderer aussprechen‘ zu können (vgl. Abs. 4.1) lediglich annähernd und damit nur unzureichend erklärt werden können. Der deutsche Philosoph Heinz Engelstädter weist im Kontext der ähnlich gelagerten Debatte um den Werte-Begriff darauf hin, dass „Vorstellungen und Ideale der Menschen, [...] als solche nicht erzwungen werden können. Sie sind weder nur rational noch intuitiv erfassbar und andererseits auch nicht biologisch vorgegeben“ (Engelstädter: 1, Hervorheb. d. Verf.). Infolgedessen fällt man mitunter auf die generalisierende Annahme zurück, dass konkrete Werthaltungen aus einem Konglomerat von „politischen Erfahrungen, Propagandaerfolgen, formal-pragmatischer Zustimmung und Uniformiertheit“ (Gensicke 1992: 28) resultieren, wie Thomas Gensicke hinsichtlich der wertebezogenen Wahrnehmung der BRD auf Seiten der Bevölkerung der DDR ausführt. Will man valide Erklärungen für Einstellungen, Werte oder Mentalitäten finden, so setzt man sich unweigerlich der Gefahr einer ‚Hermeneutik des Verdachts‘ (Paul Ricoeur) aus – schließlich gilt es (nochmals) zu bedenken, dass „die

⁴² Im Anschluss daran war es nicht minder ein Begehren der DDR-Regierung durch eine voluntaristisch geprägte Sozialpolitik entsprechend auf die Mentalität der Bevölkerung einwirken zu können. Der Gedanke, dass die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ auch eine ihr entsprechende Mentalität aufweisen sollte, ist daher evident.

Einstellungen, die eine Mentalität konstituieren, [...] den Angehörigen der Kollektivitäten nicht gegenwärtig zu sein“ (Sellin 1985: 587) brauchen: Der Historiker, der substantiell von dieser ‚Kollektivität‘ abgeschnitten ist, ist also mit dem Problem konfrontiert, Bedingungen und Einflüsse, die ein Konstituens einer bestimmten Mentalität darstellen, zu benennen.⁴³

Trotz dieser unauflösbaren Problematik, die mitunter einen ‚erkenntniskeptizistischen‘ Moment in sich birgt, soll der Informationswert der resistenten Mentalitäten, die im vorliegenden Fall über die Filmrezeptionsforschung erarbeitet wurde, aber keinesfalls gemindert werden. Um aber die kausalen Zusammenhänge zwischen den zeithistorischen Trends der Mentalität und den heterogenen Einflüssen der Lebenswelt – d.h. politische, ökonomische, soziale etc. – zumindest *grosso modo* benennen zu können, scheint vor allem eine These von Thomas Gensicke instruktiv: Der Sozialwissenschaftler kommt bei einer Meta- bzw. Sekundäranalyse, d.h. einer nach bestimmten Indikatoren geleiteten, selektiven Zusammenfassung empirischer Einzelstudien, zu dem Ergebnis, dass eine *Wertsynthese* das vorherrschende Phänomen der Mentalität der DDR-Bevölkerung darstellt. Im Anschluss an Helmut Klages Konzept des Wertewandels prägt Gensicke damit eine Terminologie, die der „Verknüpfung von Autorität und menschlicher Entfaltung“ (1991: 276), die augenscheinlich kennzeichnend für weite Teile⁴⁴ der DDR-Bevölkerung war, Rechnung trägt. Die ‚Harmonisierung‘ zwischen dem (individuellen) Anspruch auf Autonomie und dem (staatlichen) Anspruch auf Pflichterfüllung, resultiert nach Gensicke aus den spezifischen „Rahmenbedingungen des Sozialismus und [dessen] ‚wertmischenden‘ Folgen“ (ebd. 278). Der Sozialwissenschaftler nennt zwei für die Ausprägung bestimmter Mentalitäten konstitutive Elemente, die auch im Zentrum der vorliegenden Arbeit stehen: Zum einen die Ideologie, die er als einen „bestimmende[n] Faktor“ (ebd. 279) für Mentalitätsentwicklungen bezeichnet, und zum anderen die (gouvernementale) Sozialpolitik, die für ihn eine „fusionistische Ideologie“ (ebd. 281) darstellt. Den Ausdruck der ‚fusionistischen Ideologie‘ prägt Gensicke deshalb, weil sich seiner Ansicht nach in der konkreten Ausformung der Sozialpolitik die konsequenteste Praxis der Ideologie manifestiere: Einerseits nivelliere die ‚Fürsorgediktatur‘ die Gesellschaft – im Sinne einer sozialen Ent-Differenzierung (Meuschel 1992) – und andererseits aktiviere sie (durchaus positiv konnotiert) die Potenziale der Angehörigen der ‚Unterschicht‘ sowie der Frauen und Jugendlichen. Unabhängig davon wie ‚erfolgreich‘ man den Einfluss der gouvernementalen Sozialpolitik und der (herrschaftsdiskursiven) Ideologie auf die Mentalitätsentwicklungen auch veranschlagen mag: Diese beiden Aspekte können neben den ebenso zentralen real- bzw.

⁴³ Eine ähnliche Schwierigkeit wurde im Anschluss an Volker Sellin bereits in Bezug auf ein der Mentalität entsprechendes Verhalten angesprochen, vgl. Abs. 1.1.

⁴⁴ Wie in Abs. 1.1 bereits gesagt wurde, rekurriert der Mentalitätsbegriff in erster Linie auf ein Kollektiv, wengleich sich eine vom kollektiv getragene Mentalität auch beim Einzelnen einschreibt und widerspiegelt (vgl. Sellin 1985: 593).

symbolpolitischen Gesichtspunkten der Ära Honecker (vgl. Förster 1999: 94 ff.) – etwa der Friedens- und Außenpolitik, wie beispielsweise der Grundlagenvertrag zwischen DDR und BRD 1972, die UNO-Mitgliedschaft 1973, die KSZE-Verträge 1975 – als Mentalitätsthemen nicht hoch genug eingeschätzt werden. *Die reale bzw. symbolische Außen- und Friedenspolitik, die Sozialpolitik als auch die Ideologie innerhalb des Herrschaftsdiskurses bilden ein untrennbar verflochtenes Netz, das die jeweiligen Mentalitäten, wie sie für die 1970er und 1980er Jahre nachweisbar sind, wesentlich mitbestimmte* – wenngleich deren jeweilige Wirksamkeit schlussendlich nicht exakt nachgewiesen werden kann.

5.2.1 Mentalitätsentwicklungen der DDR-Jugend (1970/71-1989)

Wie bereits angesprochen wurde, hat die zeithistorisch orientierte Sozialwissenschaft in Bezug auf die Mentalitätsentwicklungen der DDR-Jugend instruktive Ergebnisse geliefert, die sich v.a. auf demoskopischen Daten des ZIJ stützen. In Anlehnung an Walter Friedrich (1990) soll nach zwei grundlegenden Aspekten der Mentalität der DDR-Jugend differenziert werden: einerseits nach den (a) politisch-ideologischen Einstellungen und andererseits nach den (b) Bewusstseinsentwicklungen in Bezug auf (außerpolitische) Bedürfnis- und Orientierungsmuster.

(a) Politische Mentalitäten: Zeitlich gesehen lassen sich die politischen Mentalität/-en anhand der folgenden Periodisierung zusammenfassen (Förster 1999: 78 ff., Friedrich 1990: 26): Mit *Anfang der 1970er* ist eine Konsolidierung sozialistischer und nationaler Werte zu erkennen, die *Mitte der 1970er* einen Höchststand erreicht; als Gründe der diesbezüglichen Entwicklung nennt Peter Förster Aspekte, die in erster Linie in den Rahmen der symbolischen und realen (Außen-)Politik sowie der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fallen (KSZE-Verträge, wirtschaftliche Stabilisierung sowie die Weltfestspiele der Jugend 1973). Diese müssen aber letztlich auch um die zunehmende Re-Ideologisierung des Herrschaftsdiskurses – auch im Zusammenhang der Aufwertung der Friedenspolitik, durch eine schleichende Militarisierung u.a. im Bereich der Erziehung (vgl. Hille 1988: 457; Mählert/Stephan 1996: 223 ff.) – erweitert werden. Nachdem das ZIJ „über viele Jahre hinweg den zentralen Leitungen in Berlin Serien von Erfolgsmeldungen senden [konnte], die es damals zweifellos mit vor der immer wieder drohenden Schließung bewahrt haben“ (Förster 1999: 79), waren *Ende der 1970er* erstmals regressive, d.h. gegen die DDR bzw. SED und den Sozialismus gerichtete, Tendenzen der politischen Mentalität zu erkennen, die sich vor allem auf Seiten der Lehrlinge und jungen Arbeiter bemerkbar machten. Diese Entwicklung erfährt aber *Anfang der 1980er Jahre bis Mitte der 1980er Jahre* eine kurzzeitige Umkehr: In diesem Zeitraum deuten sich nach Förster die Angst „vor einem nicht mehr auszuschließenden Atomkrieg“ (Förster 1999: 79) und die – nur kurz währende –

Hoffnung auf einer Reformierung des Sozialismus im Gepräge der sowjetischen Glasnost und Perestroika an. Ab 1987 erreicht der „systemgefährdende Wertewandel“ (Gensicke 1991: 286) ein Hoch und wird so zum Ausdruck eines „revolutionären Unmuts“ (Gensicke 1992: 46), der in den Jahren der Wende einen deutlichen realpolitischen Ausdruck findet.

(b) *Außer-politische Mentalitäten*: Die außerpolitischen Mentalitäten, mit denen die materiell-hedonistischen als auch die sozialen Ausrichtungen erfasst werden und welche insbesondere die dahingehende Bedürfnisse berühren, können wie folgt zusammengefasst werden: Der Bereich der materiell-hedonistischen Neigungen war insgesamt gekennzeichnet von den Individualisierungstendenzen, die sich im Verlauf der 1980er Jahre immer deutlicher herausbildeten. Im direkten Vergleich zwischen der DDR und der BRD war dieser Prozess aber mit einer zeitlichen Verzögerung, d.h. einem *cultural lag* (William Ogburn), von etwa 10 bis 15 Jahren zu beobachten (vgl. Gensicke 1996: 128). Die Bedürfnisse der sozialen Sicherheit waren dagegen bis zum Ende der DDR weitgehend stabil geblieben, nachdem sie von der einschlägigen gouvernementalen Sozialpolitik erfolgreich ‚gesättigt‘ wurden. Konservative Werthaltungen, die sich etwa im Wunsch eine Familie zu gründen ausdrücken, waren ebenso stabil geblieben, wenngleich sie auch durch die zunehmende Individualisierung zurückgedrängt wurden.

5.3 Zur Filmsoziologie des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ): Ausgewählte Aspekte einer resistenten (politischen) Mentalität:

Die Forschungsarbeit der Abteilung für ‚Jugend und Politik‘ des ZIJ unterlag, wie wiederholt betont wurde, einer strengen politischen Reglementierung und war damit in ihrem kritischen Erkenntnisdrang maßgeblich beeinträchtigt worden. Der politischen Meinungsforschung war insofern die Möglichkeit genommen worden resistente⁴⁵ bis hin zu subversiven Einstellungen der DDR-Jugend auf- bzw. nachzuzeichnen. Obschon im Laufe der 1980er Jahre in den einschlägigen Abteilungen auch ‚illegale‘ Umfragemethoden zur Anwendung kamen, war man nicht in der Lage politik- und ideologiekritische Ergebnisse, die aus den Untersuchungen hervorgingen, in den Berichten zu verarbeiten und einem größeren Kreis an Rezipienten zur Kenntnis zu bringen. Selbst in Berichten, die den strikten

⁴⁵ Der Resistenzbegriff geht auf Christoph Kleßmann (1996) zurück, der denselben der Opposition (fließend) gegenüberstellt: Während die Opposition, so Kleßmann, ein aktives Handeln etwa gegen einen totalitären Staat impliziert, so ist die Resistenz dadurch gekennzeichnet, dass sie auf „die sozialen Bedingungen für die Möglichkeit von Widerstand auch des ‚kleinen Mannes‘ oder der ‚kleinen Frau‘“ (Kleßmann 1996: 462) eingeht. Resistenz kann demnach als Aspekt einer stillschweigenden, sich in den politischen Nischen artikulierenden Opposition bezeichnet werden, die (noch) keinen direkten Schluss auf ein oppositionäres Verhalten zulässt. Die Artikulation von politischen oder strukturellen Missständen, wie sie in den filmsoziologischen Forschungen aufgezeichnet wurden, sind diesbezüglich als ‚resistent‘ zu bezeichnen.

Sicherheitsmaßnahmen der sog. ‚Prinzipien der revolutionären Wachsamkeit‘ unterworfen waren und denen damit ohnehin jede Öffentlichkeit entzogen wurde, war man nicht imstande abweichende politische Positionen der DDR-Jugend anzuführen.

Ausgehend von dieser (politisch erzwungenen) Leerstelle der empirischen Sozialwissenschaft, soll auf die filmsoziologischen Untersuchungen des ZIJ hingewiesen werden; in den äußerst umfangreichen, kulturwissenschaftlichen Forschungen war man z.T. in der Lage, auch kritische Stellungnahmen, welche bereits Ende der 1970er auf die oft erlebte Disparität zwischen den politisch-ideologischen Ansprüchen und der lebensweltlichen Realität hingewiesen haben, aufzugreifen und in den Berichten – *en passant* oder mitunter auch sehr direkt – zu integrieren. Die (politisch geduldete) Dokumentation dieser Ergebnisse offenbart nicht zuletzt, dass das sozialwissenschaftliche Dispositiv auch „staatlich geförderte Spielwiese[n]“ (Wiedemann 1998: 134) bot, die der politischen Meinungsforschung maßgeblich verwehrt blieben.

Die DDR-Filmsoziologie soll mit Foucault als ‚Diskursgesellschaft‘ verstanden werden, welcher die Aufgabe zukommt, „Diskurse aufzubewahren oder zu produzieren, um sie in einem geschlossenen Raum zirkulieren zu lassen und sie nach bestimmten Regeln zu verteilen, so daß die Inhaber bei dieser Verteilung nicht enteignet werden“ (Foucault 1973: 27 f.). Es soll an dieser Stelle den von der Filmsoziologie ‚produzierten‘ und ‚aufbewahrten‘ Aussagen nachgegangen und damit gezeigt werden, dass es sozial- und kulturwissenschaftliche Bereiche gab, die im Widerspruch zur politischen Dogmatik der marxistisch-leninistischen Soziologie ein „abweichendes Funktionieren“ (Foucault 1973: 27) etablieren konnten. Neben den zeitlich und thematisch verstreuten Ergebnissen, die dem Hinweis auf eine resistente Mentalität folgen, stehen desweiteren die Voraussetzungen für die Etablierung der Filmsoziologie, die Entwicklung des Konzepts eines ‚aktiven‘ Rezipienten, die Auswahl der untersuchten Filme und schließlich die Praktiken der Eingriffe gegen die Filmsoziologie zur Diskussion, um die (ebenso politisch geprägten) Diskurse, die die Filmsoziologie geprägt und hervorgebracht hat, auch im Zusammenhang des sozialwissenschaftlichen Dispositivs adäquat verorten zu können. Es soll im Folgenden also nicht einzig darum gehen, zeithistorisch relevante Ergebnisse der medien- und sozialwissenschaftlichen Forschungen bereitzustellen; auch die Rahmenbedingungen und Hintergründe eines Segments des sozialwissenschaftlichen Dispositivs, der Filmsoziologie, sollen näher betrachtet werden.

5.3.1 Etablierung der Filmsoziologie am ZIJ

Die Etablierung der Filmsoziologie im Bereich der Jugendforschung war verschiedenen Ursachen geschuldet. Ein ehemaliger Mitarbeiter der Abteilung für Kultur- und Medienforschung, Hans-Jörg Stiehler, führt diesbezüglich vier Aspekte an, die hauptsächlich dem für die DDR-Sozialwissenschaft konstitutiven Axiom von ‚Praxisverbundenheit und Sicherheitsbedürfnis der SED‘ (Ludz 1980) geschuldet sind: (1) Einer Gesellschaft, deren Fundamente maßgeblich von „Administration, Kontrolle und Erziehung“ (Stiehler 1995: 112) geprägt waren, mussten die Bereiche der nicht politisch organisierten Freizeit ein gewisses ideologisches Unbehagen bereiten, waren diese doch schwer erreich- bzw. beeinflussbar. Das Resultat war eine Mischung aus „Interesse als auch mißtrauischer Fürsorge“ (Stiehler 1995: 112). Das Bild, das man sich in politischen Kreisen durch die Jugendforschung zu machen erhoffte, sollte ein dementsprechend umfangreiches sein. Das Kino, als eine der wichtigsten ‚Freizeitstätten‘ für DDR-Jugendliche⁴⁶, sollte folgerichtig in dieses ausgedehnte Bild der Jugend integriert werden. (2) Die Freizeit der Jugendlichen hatte sich seit den 1960er Jahren grundlegend geändert, denn „wohl kaum ein anderer Bereich im Leben der DDR-Jugendlichen war in den vergangenen Jahrzehnten so stark in die internationale Entwicklung eingebunden wie ihr Kulturverhalten“ (Lindner 1991: 99). (3) Mit dem Kino verband man nach wie vor die Hoffnung ein pädagogisches Instrument im Sinne einer ‚sozialistischen Erziehung‘ zu besitzen. (4) Schließlich hebt Stiehler den Jugendzentrismus hervor, der vor allem in der Ära Honecker einsetzte. Die angeführten Gründe können durch eine zumindest intendierte ‚Praxisverbundenheit‘ ergänzt werden: (5) Die Ergebnisse der Studien sollten nicht zuletzt in die Filmproduktion fließen. So heißt es etwa in einer Analyse der Repräsentativstudie ‚Kino-DDR 80‘ durch die Hauptverwaltung Film (HV Film), dass sich „für die weitere Entwicklung der nationalen Spielfilmproduktion [...] aus den Feststellungen der Studie eine Reihe langfristiger Aufgaben“ (BArch, DR 1/15025) ergeben, die den Auswertungen folgend unter anderem auf eine Steigerung des Marktanteils bei Jugendlichen zielen. So sollte beispielsweise in der DEFA mehr Rücksicht auf Literaturverfilmungen für Jugendliche genommen werden und „im Studio eine Kaderentwicklungskonzeption für den sogenannten ‚Genrefilm‘ erarbeitet werden, in die vor allem der künstlerische Nachwuchs“ (BArch, DR 1/15025) miteinbezogen werden sollte. Man kann von (zumindest anvisierten) Maßnahmen sprechen, die gemäß den Erwartungen und Bedürfnissen der Jugend den DEFA-Film für dieselben interessanter machen sollte.⁴⁷

⁴⁶ Die Gründe für die kulturelle und soziale Bedeutung des Kinos für Jugendliche werden von Dieter Wiedemann aufgelistet (vgl. Wiedemann 1995: 121).

⁴⁷ Eine Berücksichtigung der Studienergebnisse in der Filmproduktion fand allerdings nur eingeschränkt statt, nachdem die Berichte – nicht anders als die Studienergebnisse der anderen Abteilungen des ZIJ – strengen Sicherheitsbestimmungen unterlagen. Die Filmemacher durften außerdem von den Studien zu einzelnen DEFA-Produktionen nicht ‚offiziell‘ erfahren, obwohl ein informeller Austausch von Informationen eine gängige Praxis war. (vgl. Wiedemann 1998; Wiedemann

Methodisch fällt die Filmsoziologie in der DDR in den Bereich der Wirkungs- bzw. Rezeptionsforschung und ist gegenüber der bisher besprochenen Meinungsforschung „ein ausgeprägter, auch theoretisch-methodologisch gesondert abgehandelter Zweig der empirischen Sozialforschung“ (Ludz 1980: 209). Sie behandelt in erster Linie Fragen der Filmwirkung, welche definiert wird als

„ein Resultat kommunikativer Prozesse zwischen Filmrezipienten und Filmproduzenten [...] vermittelt des Mediums Film über für die Kommunikationspartner interessierende Fragen. Dieses Resultat äußert sich in Bestätigungen oder auch Veränderungen in Persönlichkeitsdispositionen und Verhaltensweisen der Kommunikationspartner.“ (Bisky/Wiedemann 1985: 94)

Ferner widmete sie ihre Untersuchungen zwei Schwerpunkten, deren Ausrichtung inhaltlich aber variierten: (1) Dem „Kinobesuch und [...] [der] Aufnahme von Spielfilmen im Fernsehen durch verschiedene Gruppen der Jugend (Ergebnisse zur Häufigkeit der Rezeption, zu Interessen in bezug auf Spielfilme, Erwartungen Jugendlicher an die Gestaltung von Filmhelden, Motivation zum Sehen von Gegenwartsfilmen, Faktoren, die die Häufigkeit des Kinobesuchs beeinflussen u.a.)“ (Bisky/Wiedemann 1977: 1 f.). (2) Der „Rezeption und Wirkung einzelner DEFA-Filme“ (Bisky/Wiedemann 1977: 2), um „die Kenntnisse über Rezeptions- und ansatzweise über Wirkungsprozesse zu erweitern und zu vertiefen“ (Bisky/Wiedemann 1977: 2). Trotz der Konzentration auf Wirkungs- und Rezeptionsforschung bestand man auf der Bezeichnung Filmsoziologie, wie folgendermaßen begründet wird:

„[...] es darf Einvernehmen vorausgesetzt werden, daß die Soziologie innerhalb jener Disziplinen, die sich mit dem Thema Filmkommunikation beschäftigen, theoretische und methodologische Prämissen setzt als gemeinsamen Bezugsrahmen für Kooperation. Das ist evident, wenn Film nicht 'apart', sondern in seinem gesellschaftlichen Zweck, Kommunikationsmittel zu sein, gesehen wird. Und sie ist auch deshalb gerechtfertigt, da die meisten veröffentlichten und die Mehrheit der empirischen Arbeiten sich mehr oder minder umfangreich angelegter soziologischer Forschungen bedienen oder sich auf Ergebnisse beziehen, die mit ihrer Hilfe erhoben wurden.“ (Stiehler/Wiedemann 1979: 1)

5.3.2 Die kommunikationstheoretische Konzeption des Rezipienten

Im Zusammenhang der These einer system- und gesellschaftskritischen Filmsoziologie muss an dieser Stelle die Entwicklung der Konzeption vom ‚aktiven‘ Rezipienten nachgezeichnet werden, die auch internationalen Standards der Wirkungs- und Rezeptionsforschung folgte.

2011) So soll Konrad Wolf etwa den Beschluss gefasst haben, den ›Jugendfilm‹ *Solo Sunny* (1980) zu realisieren, weil eine aktuelle filmsoziologische Studie ein dahingehendes Interesse der Jugendlichen dokumentierte.

Wieso aber hat das Verständnis eines ‚aktiven‘ bzw. ‚produktiven‘ Zuschauers an dieser Stelle eine derart zentrale Bedeutung?

Um in den Studien der ‚Dichotomie von Lebenswelt und politischem System‘ (vgl. Niemann 1993) nachgehen zu können, musste das Modell einer rein ‚mechanistischen‘ Beziehung zwischen Medienprodukt und Zuschauer relativiert bzw. revidiert werden. Dem Publikum musste in der Filmrezeption eine gewisse Autonomie zugestanden werden, damit für die Studienteilnehmer der filmische Text mit deren Lebenswelt in Verbindung gebracht werden konnte. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass einerseits „die Aneignung ein- und desselben Films durch verschiedene Zuschauer sehr unterschiedlich erfolgen kann“ (Stiehler/Wiedemann 1985: 64). Zum anderen benennen Stiehler/Wiedemann (1985: 64 ff.) anhand einer Analyse verschiedener ‚Rezeptionsebenen‘ eine in diesem Zusammenhang grundlegende, kulturwissenschaftliche Erkenntnis: Es „wird das im Film Gesehene und Gehörte in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt, indem die Rezipienten ihre Erfahrungen, Kenntnisse und Wertorientierungen in ihre Filmerlebnisse einbringen“ (Stiehler/Wiedemann 1985: 67). Nur unter diesen Voraussetzungen war es möglich „die Differenzen in der Realitätswahrnehmung zwischen politischer Führung und Publikum“ (Stiehler 1995: 115) aufzuzeichnen.

Die Filmsoziologie konnte sich relativ früh innerhalb der Abteilung für Kultur und Medienforschung des ZIJ entwickeln. Wenngleich dies eher als Ursache einer „Zufallsbekanntschaft“ (Stiehler 1995: 117) von Wissenschaftlern mit ‚Filmaffinität‘ geschah, denn als gemeinhin intendierter Forschungsschwerpunkt. Der Fokus der frühen Forschungen richtete sich darauf, den „Anteil und Nutzen [zu präzisieren, die, d. Verf.] die sozialorientierende und verhaltensdeterminierenden Funktion der Filmkunst bei der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung“ (Bisky/Netzeband 1970: 193) hat. An anderer Stelle wird hervorgehoben, dass es „nicht um die Wirkung des Films auf die Jugendlichen [geht, d. Verf.], sondern um a) Habitualisierungseffekte, und zwar um solche, die b) in starkem Maße zur Realisierung ideologischer Zielfunktionen der sozialistischen Gesellschaft beitragen und die c) sich in einem komplexen System kulturell-ideologischer Einflüsse durchsetzen“ (Bisky/Netzeband 1970: 86, Stiehler/Wiedemann 1979: 14, Hervorheb. i. O.). Die frühe Filmsoziologie kann methodisch in den Zusammenhang des auch international zeitgemäßen Stimulus-Response Modells gestellt werden, das die Medienwirkung in erster Linie als direkten Effekt des Medieninhalts begreift. In der Studie zu *Ich war 19* (R: Wolf, 1967), die die filmsoziologischen Forschungen am ZIJ 1969 eröffnete, lautet das Resümee weniger zur Wirkung des Films, als viel mehr zu dessen ‚ideologischer Zielfunktion‘ wie folgt:

„Es zeigt sich insgesamt ein positives Bild, d.h. daß das ideologische Niveau der von uns untersuchten Gruppen hoch zu veranschlagen ist. [...] Andererseits zeigt sich, daß solche ideologischen Probleme, auf die der Film zielt, noch immer nicht den Grad der Zustimmung erhalten, wie es zu wünschen wäre. Das ist auch ein Zeichen dafür, daß dieser Film eine wichtige ideologische Funktion erfüllen kann.“ (BArch, DC 4/4832)

Die Anfänge des Forschungsgebietes mussten der gängigen Doktrin von ökonomischer und ideologischer Nutzbarkeit Folge leisten, um ihre Durchführung zu legitimieren:

„Eine empirische Wirkungsforschung passte nun [d.h. Ende der 1960er Jahre, d. Verf.] also in das Kalkül einer Gesellschaft, die mit Hilfe kybernetischer Modelle versuchte, ihre wirtschaftlichen und ideologischen Probleme zu lösen. Wirkungsforschung wurde als eine Methode der Kulturprognostik interpretiert und damit auch von den Machthabern akzeptiert“ (Wiedemann 2001: 68 f.).

Von Anfang bis Mitte der 1970er Jahre kommt der sog. ‚Bildtest‘ zur Anwendung, der unter anderem die filmische Wirkung bzw. die ‚verhaltensdeterminierende Funktion‘ von historischen Ikonen des Sozialismus, wie Karl Marx im Film *Mohr und die Raben von London* (Regie: Dziuba, 1969) oder Ernst Thälmann in *Aus meiner Kindheit* (Regie: Stephan, 1974), auf das Publikum überprüfbar machen sollte. Der Forschungsmethodik folgend wird dabei ein Fragebogen einige Tage vor bzw. nach der Vorführung eines Films ausgegeben, um in einer vergleichenden Analyse die Wirkung des Films überprüfen zu können. Eher enttäuschend fällt für Lothar Bisky, dem wesentlichen Initiator der Filmsoziologie am ZIJ, das Resultat der *Mohr*-Studie aus:

„Die Tatsache, daß Marx von allen Filmpersonen mit 1,41 die höchste Bewertung erfährt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es dem Film offensichtlich nicht gelungen ist, die Struktur des Marx-Bildes bei den Befragten entscheidend positiv zu verändern.“ (BArch, DR 1/4831)

Eine weitere frühe Studie widmete sich der Frage nach den ‚Erwartungen Jugendlicher an die Gestaltung sozialistischer Filmhelden‘ (1972). Aufgabe war es, durch

„die Ermittlung von Erwartungen Jugendlicher an die Gestaltung sozialistischer Filmhelden Schlußfolgerungen für Filmproduktion, Werbung und Einsatz von Filmen zu ziehen, damit die Filmkunst mit noch größerer Massenwirksamkeit für die sozialistische Persönlichkeitsbildung und Bewußtseinentwicklung Jugendlicher eingesetzt werden kann.“ (BArch, DR 1/4831)

Desweiteren stellt man sich die Aufgabe den Einfluss des Fernsehens (v.a. des Westfernsehens) auf die Rezeptionsgewohnheiten im Kino – auch mittels einer groben Differenzierung der ‚Ideologietreue‘ verschiedener Besuchergruppen – zu ermitteln. Das Resümee vor allem hinsichtlich des ideologischen Einflusses und des Unterhaltungswerts des Films lautet folgendermaßen: „Filmpolitisch wesentlich ist [...] die Frage, womit wir unterhalten, mit welchen Filmen von welcher ideologisch-künstlerischen Qualität wir unterhaltend vom sogenannten Alltag ‚ablenken‘ [...].“ Und die „Vielseitigkeit der Erwartungen und Wünsche hinsichtlich der Filme bedingt, daß es keine fertigen Rezepte für den

Filmhelden und den ‚idealen Film‘ für Jugendliche geben kann“ (alle BArch, DR 1/4831, Hervorheb. i. O.).

Eine von ideologischen Prämissen getragene Forschungstätigkeit bleibt bis in die 1970er Jahre hinein vorherrschend, differenziert sich im Forschungsdesign aber zunehmend aus. Die beginnende Abkehr vom Wirkungs- hin zum Nutzenansatz war Ursache und Voraussetzung für eine neue kommunikations- und medientheoretische Konzeption des Rezipienten. Die Veränderung stand dabei gleichsam im Zeichen des Übergangs vom „Erziehungs- zum Alltagsparadigma“ (Stiehler 1995, 113), das von den gesamten DDR-Sozialwissenschaften getragen wurde.⁴⁸ Es wird demnach nicht mehr einzig „die Wirkung bestimmter Medieninhalte untersucht, sondern das Medienangebot wird zu den Bedürfnissen der Rezipienten in Beziehung gesetzt. Diese werden als aktives und heterogenes Publikum mit bestimmten Bedürfnissen konzeptualisiert“ (Winter 1995: 9). Die Studie ‚Kultur 73‘, die sich der veränderten „(politischen) Medienkommunikation“ (Stiehler 1995: 114) widmete, forcierte die „Hinwendung zum ‚aktiven Rezipienten‘“ (Stiehler 1995: 114) vor allem hinsichtlich des allgemeinen Freizeit- und Medienverhaltens Jugendlicher. Insbesondere die Korrelation und lebensweltliche Dominanz verschiedener Medienangebote stand im Vordergrund „um erste Aussagen zur differenzierten Funktion dieser Kunstgattungen für Jugendliche zu machen“ (BArch, DC 4/2078). Auch wurde die „Kanalisation und Filterung der Medieninhalte durch die interpersonale Alltagskommunikation“ (Winter 1995: 8) zunehmend nachgewiesen. Sie maß derselben eine wesentliche Rolle im Rezeptionsprozess einzelner Medienprodukte zu und beeinflusste „die Entscheidung über den Besuch dieses Films z.T. stärker als die gesellschaftlichen Werbemaßnahmen zu diesen Filmen“ (BArch, DC 4/2078). Damit wurde konsequent die „Vorstellung der Omnipotenz der Medien und der Gleichsetzung von Inhalt und Wirkung“ (Winter 1995: 9) unterlaufen, die noch in den frühen Wirkungsstudien dominierte.

1977 zeichnete sich eine Standardisierung des Forschungsmodells in der Studie ‚Zu Zusammenhängen zwischen Filmerwartungen und Filmrezeption Jugendlicher‘ (bei Hans-Jörg Stiehler (vgl. 1995) auch als ‚Filmkommunikation 77‘ bezeichnet) ab, die nachzuzeichnen versuchte „wie Jugendliche mit dem Film umgehen“ (Stiehler 1995: 114). Ebenso wurde die Rezeption von zwei Filmen untersucht: *Mama, ich lebe* (Regie: Wolf, 1974) und *Die unverbesserliche Barbara* (Regie: Warneke: 1976). Auch die Auswahl der Filme markiert den Wandel der Filmsoziologie hin zum durchaus alltagskritischen Genre des ‚dokumentaren Realismus‘. Wesentlich ist zu dieser Zeit ebenso der beginnende personelle

⁴⁸ Diese Wende hin zum ‚Alltag‘ konnte sich allerdings nicht bei Sozial- und Meinungsforschungen mit politischen Inhalten vollziehen „wäre das aufgrund forschungshemmender und -verhindernder Eingriffe [doch, d. Verf.] undenkbar gewesen“ (Stiehler: 1995 113)

Wechsel der Forschungsleitung der filmsoziologischen Studien durch eine jüngere Generation von Wissenschaftlern; hervorzuheben sind an dieser Stelle Dieter Wiedemann und Hans-Jörg Stiehler.

Das Wissen um die kulturelle und soziale Bedeutung des Kinos für Jugendliche sollte durch die erste Repräsentativstudie zum Kinobesuch der DDR-Bevölkerung (‚Kino-DDR 80‘) durch ein empirisches Fundament bekräftigt werden – wengleich eine derartige Untersuchung „nicht unbedingt in die Aufgabenpalette des ZIJ“ (Stiehler 1995: 115) gehörte. So ist in der vorbereitenden Konzeption der Studie auch gleichsam die Legitimation für dieselbe angeführt: „Repräsentative Ergebnisse zu diesen Problemkreisen würden Leistungsempfehlungen, auch in Form von Prognosematerialien, Schlußfolgerungen und theoretische Aussagen für unsere Jugend-, Kultur- und Filmpolitik ermöglichen.“ (BArch, DR 1/4835) Die Ergebnisse von ‚Kino-DDR 80‘ belegten mit einem Anteil der Jugendlichen von 70 % an den gesamten Besucherzahlen, die auch quantitativ hohe Bedeutung des Kinos für die DDR-Jugend. Das in der Studie ‚Kino-DDR 80‘ entwickelte Untersuchungsmodell wurde in verkleinerter Form (vgl. Stiehler 1995: 115) auch für Studien zu einzelnen DEFA-Produktionen der 1980er übernommen – den sogenannten ‚Sofortumfragen‘.

Schließlich können bezüglich der kommunikationstheoretischen Konzeption des Zuschauers zwei wesentliche Aspekte hervorgehoben werden: (1) *Die Entwicklung des Konzepts eines ‚aktiven‘ Rezipienten eröffnete die Möglichkeit, dass auch Alltagswahrnehmung in die Rezeption der einzelnen Filme bzw. in deren Analyse einfließen konnte.* Bezüglich der Methodik muss aber ebenfalls angemerkt werden, dass, wengleich die Aktivität des Zuschauers und damit seine Alltagserfahrungen eine immer bedeutendere Rolle in den Studien spielte, dennoch „viele Untersuchungen zu wenig den politischen und kulturellen ‚Eigensinn‘ der Filmrezeption Jugendlicher zum Ausdruck gebracht haben. [...] Die Filmrezeption wurde durchaus als aktiver Prozeß betrachtet, blieb aber konzeptionell ‚werkorientiert‘“ (Stiehler 1995: 117). (2) Zeitlich gesehen begann die hier in aller Kürze nachgezeichnete Entwicklung mit der Studie ‚Kultur 73‘ und erreichte ihre endgültige Ausformung mit der Untersuchung ‚Zu Zusammenhängen zwischen Filmerwartungen und Filmrezeption Jugendlicher‘. Die darin integrierte Rezeptionsanalyse des Films *Die unverbesserliche Barbara* weist erstmals explizit auf eine gesellschafts- und herrschaftskritische Perspektive der DDR-Jugend hin, die sich vor allem in den Studien der 1980er Jahre manifestierte. Die Studie betont, dass es die „Tendenz [gibt, d. Verf.], den Film auf der Basis eigener Realitätserfahrungen zu bewerten“ (BArch, DR 1/4832, Hervorheb. i. O.). Ein bemerkenswertes Beispiel in den Auswertungen ist etwa die Antwortposition „Ein junger Wissenschaftler wird unter seinem Qualifikationsniveau eingesetzt“: 87 % der 18-20

Jährigen – also zumeist Jugendliche, die sich in der Ausbildung befinden – stimmten dieser Aussage zu. Eine Erkenntnis, die vermutlich in keinem anderen Sozialforschungsinstitut in einer ähnlichen Deutlichkeit vorgelegen hat und gleichsam das erste Ergebnis in einer filmsoziologischen Studie, das als politisch resistent bezeichnet werden kann.

5.3.3 Untersuchungsgegenstand und Forschungsauftrag der Filmsoziologie

Bei der Auswahl des Untersuchungsgegenstandes hatte man im Vergleich zu anderen Forschungsgebieten der Sozialwissenschaft einen gewissen Spielraum. Allerdings relativiert Stiehler diese vermeintliche Autonomie durch die auch hier aufgetragene ‚Praxisverbundenheit‘:

„Es gab keine finanziellen Probleme, Untersuchungen durchzuführen, sondern das Problem war die politische Legitimation für ein Forschungsprojekt. Das hat man natürlich am besten damit gerechtfertigt, daß es wertvolle Einblicke in die Struktur des Ganzen bringt – und dann entstehen die besseren Filme“ (Hans-Jörg Stiehler, zit. n. König/Wiedemann/Wolf 1995: 134).

Der Auftraggeber der filmsoziologischen Untersuchungen war in erster Linie die HV Film, die gegenüber dem Minister für Kultur die Agenden des Film- und Lichtspielwesens verantwortete. Der Forschungsvertrag, der zwischen dem ZIJ und der HV Film abgeschlossen wurde, regelte unter anderem die Abgabe eines Schnellberichts und eines abschließenden Forschungsberichts, sowie alle ökonomischen und juristischen Belange, wie beispielsweise die restriktiven Sicherheitsbestimmungen der Forschungsergebnisse:

„Alle Forschungsberichte, Expertisen, Studien etc., die empirische Forschungsergebnisse beinhalten, unterliegen den Sicherheitsbestimmungen des ZIJ und sind demgemäß aufzubewahren. Alle zwischen den Vertragspartnern ausgetauschten Materialien sind grundsätzlich als Dienstgeheimnisse zu betrachten, stets unter Verschluss aufzubewahren und entsprechend der Prinzipien der revolutionären Wachsamkeit und des Geheimnisschutzes zu behandeln.“ (BArch, DR 1/4835)

Die Sicherheitsbestimmungen trugen wesentlich dazu bei, dass kritische Ergebnisse nicht nach außen, d.h. an Leser außerhalb der ‚offiziellen Empfängerliste‘, dringen konnten. Die Verhandlungen mit dem ZIJ über ein mögliches Forschungsprojekt führte ein Mitarbeiter der Abteilung Wissenschaft und Information der HV Film, meist Siegfried Friese. Dieser konnte bereits im Vorfeld sagen, ob ein Forschungsantrag Möglichkeit auf eine Bewilligung hatte, wengleich des Öfteren ein ‚vorausseilender Gehorsam‘ geboten war, wenn es in der HV Film „schon eine Meinung“ (Wiedemann 2011) zu bestimmten Filmen gab. Einige Male konnte man sich über Vorbehalte hinwegsetzen, wie etwa bei der erwähnten Studie zu *Die unverbesserliche Barbara* (vgl. Wiedemann 2011). Der letztendliche Beschluss über ein Forschungsprojekt lag dann aber nicht bei der Abteilung ‚Wissenschaft und Information‘, der

auch eine eher ‚informelle‘ Sektion Filmsoziologie unterstellt war (vgl. Wiedemann 2011), sondern beim Direktor der HV Film. Dass Fragen bzw. konkrete Problemstellungen innerhalb des Fragebogens direkt von der HV Film bestimmt wurden, kann zwar zum Teil für frühe Studien bestätigt werden (wie aus dem folgenden Ausschnitt hervorgeht), muss aber vor allem für die späteren Studien relativiert werden: „Die folgenden Meinungen [zum Film *Ich war 19*, d. Verf.] sind vorwiegend aufgrund von praktischen Problemstellungen in der gegenwärtigen Filmproduktion interessant. Die Probleme wurden vom Auftraggeber vorgegeben“ (BArch, DR 1/4831).

Die Auswahl der Filme folgte keiner strengen Systematik, sondern ergab sich aus verschiedenen, teils sehr heterogenen Impulsen: Klarerweise orientierte man sich an der aktuellen Kinoproduktion, schließlich sollte man mittels der Analyse gegenwärtiger Produktionen Erkenntnisse für das zukünftige Filmschaffen bzw. ab etwa 1980 für die Verwertung von aktuellen Produktionen gewinnen. Bei Forschungsanträgen waren es die Forscher des ZIJ selbst, die Interesse an einem Film bekunden konnten. Außerdem konnten Dramaturgen der DEFA-Studios oder auch Filmemacher an die Wissenschaftler herantreten. Grundsätzlich wurde eine Entscheidung aber im Dialog zwischen der HV Film und den Wissenschaftlern des ZIJ getroffen. Die Filmwahl lässt sich im zeitlichen Wandel grob nach Genre kategorisieren:

Die frühen Studien bis ca. Mitte der 1970er Jahre, mit ihrem zum Teil ideologischen Impetus wie beispielsweise der Untersuchung anhand von *Mohr und die Raben von London*, waren dominiert von Filmen, denen das Genreetikett des ‚sozialistischen Realismus‘ entspricht und die ebenso zeithistorische Inhalte vermitteln konnten (z.B. *Ich war 19*). Mitte bis Ende der 1970er Jahre wendete man sich zunehmend dem ‚dokumentaren Realismus‘ zu, der auch den sich ändernden Forschungsinteressen (Stichwort: Alltagsparadigma) entsprach. Die Studien heben aber schon früh die Präferenz, die teilweise auch ideologisch begründet war, für das nämliche Genre hervor. Der Gegenwartsfilm, so wird etwa in einem Thesenpapier der Filmsoziologie von ca. 1980 herausgearbeitet, sei für die „Auslösung filmkommunikativer Wirkungen“ (BArch, DR 1/4827) besonders geeignet, weil einerseits ein Erkennen und andererseits ein Vergleichen mit der eigenen Lebenswelt des Rezipienten stattfindet. Diese Wirkungen sollten „später auch in der Realität mit den ihnen [den Jugendlichen, d. Verf.] bisher unbekanntem Situationen, Anforderungen usw. konfrontiert [...] werden. Damit ist bei ihnen auch die Entwicklung von Verhaltensantizipationen möglich“ (BArch, DR 1/4827). Ein Beispiel für das Genre des ‚dokumentaren Realismus‘, der sich formal durch eine äußerst direkte, unverstellte und sachliche Erzählweise kennzeichnet (vgl. Schittly 2002: 183 f.), ist etwa *Die unverbesserliche Barbara*.

Mit Beginn der 1980er Jahre kamen verstärkt, nicht aber ausschließlich, Jugendfilme zur Untersuchung, die zwar immer noch die genrespezifischen Eigenschaften des ‚dokumentaren Realismus‘ aufweisen, sich aber stärker an den Ansprüchen nach Autonomie der Jugendlichen orientierten; so z.B. *Insel der Schwäne* (Regie: Zschoche, 1983), *Schwierig sich zu verloben* (Regie: Heymann, 1983), *Und nächstes Jahr am Balaton* (Regie: Zschoche, 1980) oder *Bockshorn* (R: Beyer, 1983/84). All diese Filme suggerieren eine starke Zielgruppenabhängigkeit, die auch einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Filmproduktion der DEFA Anfang der 1980er Jahre markierte. Der Mainstream war zu diesem Zeitpunkt bereits an US-amerikanische Produktionen verloren, dementsprechend versuchte man sich bei der DEFA innerhalb einer Zielgruppe zu etablieren.

Auffällig ist weiters das Ausbleiben von Untersuchungen zu Abenteuer- und Kriminalfilmen und vor allem zu Filmen aus dem ‚Westen‘, die die größten kommerziellen Erfolge verzeichneten. Die Gründe hierfür sind verschieden gelagert: (1) Die US-amerikanischen Produktionen waren, so muss vermutet werden, wegen politisch-ideologischer Vorbehalte nicht zur Untersuchung gekommen – obwohl wiederholt ein dahingehendes Interesse von den Filmsoziologen artikuliert wurde. Einzig in der groß angelegten Studie *Kultur 73* konnten US-amerikanische Filme erwähnt und ansatzweise untersucht werden. Dabei spielte Lothar Bisky, der vor seinem Ruf zur Humboldt Universität bzw. zur Akademie der Gesellschaftswissenschaft bis Ende der 1970er Jahre dem ZIJ angehörte, eine wichtige Rolle als „starker Mann“ (vgl. Wiedemann 2011) der Medienforschung im ZIJ. Die Untersuchung argumentierte ihr Forschungsinteresse an US-amerikanischen Produktionen damit, dass

„mit Hilfe dieser Typenstudie [d.h. eine Differenzierung der Zuschauer nach Gefallen oder Nicht-Gefallen von DEFA-Produktionen, d. Verf.] [...] untersucht werden [sollte, d. Verf.], inwieweit der Besuch oder Nichtbesuch der DEFA- bzw. amerikanischen Filme Rückschlüsse auf bestimmte ideologische und kulturell-künstlerische Einstellungen und Verhaltensweisen zulässt, ob sich Besonderheiten im Filmverhalten dieser Jugendliche nachweisen lassen.“ (BArch, DC 4/2078)

So konnte etwa die US-amerikanische Produktion *The Strawberry Statement* (R: Hagman, 1970), die eine Studentenrevolte nachzeichnet und vermutlich gerade deshalb beliebtester Film der jugendlichen Studienteilnehmer war, nach Gefallen bewertet werden. In derselben Studie sticht weiters ein Hinweis ins Auge, der die herausragende Bedeutung des US-amerikanischen Kinofilms für DDR-Jugendliche andeutet: „Bei Jugendlichen wird der Filmbesuch offensichtlich stärker von den mit dem jeweiligen Herstellungsland und dessen bisher gesehenen Produktion verbundenen Erfahrungen (Einstellungen) beeinflusst als vom Ausprägungsgrad bestimmter Genreinteressen“ (BArch, DC 4/2078). Die Ergebnisse zur

quantitativen Bedeutung der Produktionen aus dem ‚Westen‘ wurden in den publizierten Studien, die meist in filmwissenschaftlichen Zeitschriften erschienen, aber gestrichen und mussten damit auf einer „informelle[n] Informationsebene“ (Wiedemann 1998: 130) bleiben.

(2) Das Ausbleiben von Untersuchungen zu Abenteuer- bzw. Kriminalfilmen wird evident, wenn man die ‚offizielle‘ Intention der Filmsoziologie berücksichtigt: Die Filmproduktion sollte mittels der Ergebnisse der Rezeptionsforschung optimiert und damit ‚wirkungsvoller‘ gemacht werden – sowohl ökonomisch als auch pädagogisch. Die nämlichen Genres, die vor allem das Fernsehen dominierten, hatten nach den bisherigen Erkenntnissen der Filmsoziologie für das Publikum aber „wenig aktuelle Wirkungspotenzen, weil der Bezug dieser Filme zur eigenen Lebenssituation nur sehr gering ist“ (Bisky/Wiedemann 1985: 98). Darin manifestiert sich einerseits die teilweise Geringschätzung der ‚primär unterhaltenden‘ Filme und andererseits deutet sich die Präferenz für den (sozialistischen) Gegenwartsfilm an. Folgerichtig kam Filmen, deren Wirkung „kaum über den aktuellen Zeitraum“ (Bisky/Wiedemann 1985: 98) hinausgehen und „kaum Aufforderungscharakter“ (Bisky/Wiedemann 1985: 109) haben, kein Nutzen als Untersuchungsgegenstand zu. Diese Argumentation rekurriert gleichermaßen auf die dogmatische Praxisverbundenheit. Die Filmsoziologen artikulierten zwar gegenüber der HV Film wiederholt ihr Interesse an entsprechenden Filmen, scheiterten aber an einer Genehmigung durch die HV Film (vgl. Wiedemann 2011).

5.3.4 Politisch-ideologisch bedingte Einschränkungen der Forschungstätigkeit

Einschränkungen der filmsoziologischen Forschung konnten in jeder der Phasen des Forschungsprozesses erfolgen – vom Forschungsantrag bis hin zum abschließenden Bericht. Diese restriktiven Maßnahmen sollen hier exemplarisch angeführt werden:

Mit der Ablehnung eines Forschungsantrags bei der HV Film verband sich die erste Möglichkeit einer Studie Vorschub zu leisten. Interessant ist in diesem Zusammenhang beispielsweise die Ablehnung der HV Film einer prospektiven Studie zu *Erscheinen Pflicht* (R: Dziuba, 1984), dessen Produktion bereits zu Kontroversen geführt hatte. Kritikpunkte ergaben sich, wie aus den Akten der HV Film hervorgeht, bei einzelnen Szenen:

„Die S-Bahn-Szene mit den betrunkenen Bauarbeitern hat durch Streichung der Sätze: ‚Eine richtige kleine FDJ-Idiotin‘ und ‚Ich sag dir, auf deine Partei scheiß ich, Freundschaft; Und wie ich darauf scheiße!‘ wenigstens etwas an Schärfe verloren. Trotzdem scheint mir nach wie vor diese Szene als nicht sehr glücklich, um Elisabeths politisches Bekenntnis zu dokumentieren“ (BArch, DR 1-Z / HV 117 / F 66).

Nach Margot Honecker, der langjährigen Ministerin für Volksbildung, würde der Film ‚die Leistung des sozialistischen Bildungswesens in den Dreck schmeißen, wie die blaue Fahne

am Schluß und so was dürfe doch nicht sein und dann hat die Hauptverwaltung Film Angst gekriegt und hat gesagt: ‚Nein!‘“ (vgl. Wiedemann 2011).

Konnte ein Forschungsprojekt zwischen dem ZIJ und der HV Film vertraglich vereinbart werden, mussten die Fragen der schriftlich fixierten Fragebögen von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik genehmigt werden, welche ebenso politisch motivierte Eingriffe durchführte (vgl. Wiedemann 2011). Wesentlich erscheint hinsichtlich entsprechender ‚Korrekturen‘ ebenso der sogenannte Primär- oder Zentralverteiler, dem alle Forschungsergebnisse vorgelegt werden mussten. Neben der HV Film waren dies die dem ZIJ übergeordneten politischen Stellen, wie etwa das Amt für Jugendfragen, der Zentralrat der FDJ und die Abteilung Jugend im ZK. Es gab seitens der Filmsoziologen (beschränkte) Möglichkeiten der Intervention gegen die Streichung von Fragen, wenn beispielsweise begründet werden konnte, dass eine Frage den Anschluss an eine weitere bot (vgl. Wiedemann 2011). Wie bereits erwähnt, regelte der Forschungsvertrag die Abgabe eines Schnellberichts, der die vorläufigen Ergebnisse der Studie präsentierte, und eines abschließenden Forschungsberichts. Resultate des Schnellberichts, die kritische Tendenzen andeuteten, sollten nach Hinweisen der jeweiligen politischen Institutionen, wie bspw. „interpretiert das mal nicht so eindeutig“ (vgl. Wiedemann 2011), von den Filmsoziologen im Forschungsbericht gelegentlich dezimiert werden. Betroffen war davon etwa ein zeithistorischer Rezeptionsvergleich zum Antikriegsfilm *Ich war 19* (R: Wolf, 1967), bei dem Ergebnisse einer Studie von 1969 mit jenen einer aktuellen Umfrage von 1986 verglichen wurden. Hier war eine wesentliche Erkenntnis zutage gefördert worden, die im sozialwissenschaftlichen Diskurs bisher unberücksichtigt bleiben musste: Einerseits wurden „die prononcierten Vertreter des Faschismus eindeutig als unsympathischer bewertet [...] als 2 Jahrzehnte früher (!)“ (vgl. BArch, DC 4/707), andererseits war die Sympathie für das NS-Regime bzw. ihre Vertreter signifikant gewachsen (vgl. Wiedemann 1998: 133, ders. 2011).

Entscheidend war auch die Einschätzung eines weiteren ‚Lesers‘ innerhalb des ZIJ: einem Mitarbeiter bzw. Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit; dieser konnte einzelne Passagen diskussionslos streichen. Ließen die dennoch oft zielgerichteten Restriktionen und Repressionen noch immer Freiraum für kritische Forschungen, die in anderen Abteilungen des ZIJ nicht möglich gewesen wären, so bestanden die wesentlichsten Eingriffe, so Wiedemann, dennoch wo anders: Den Studien war insbesondere zu einzelnen DEFA-Filmen eine Publikation strikt verwehrt worden, weswegen sie im Archiv der Diskursgesellschaft Filmsoziologie liegen bleiben mussten.

5.3.5 Aspekte einer resistenten Mentalität anhand der Ergebnisse der DDR-Filmsoziologie

Um in den filmsoziologischen Untersuchungen des ZIJ kritische Einstellungen der Studienteilnehmer zum politischen System oder auch zu Alltagsproblemen aufnehmen zu können, mussten durchwegs ‚indirekte‘ Methoden angewandt werden. Diese lassen sich auf zwei Praktiken eingrenzen, die an dieser Stelle anhand entsprechender Studienergebnisse erläutert werden sollen:

(1) Eine Möglichkeit bestand darin, über standardisierte Fragen entweder zu selektiv gewählten Themen des Films oder über die Zustimmung bzw. Ablehnung von sogenannten ‚Hauptproblemen‘ eines Films, die ab Mitte der 1970er Jahre einen festen Bestandteil der Befragungen darstellten, entsprechende Ergebnisse zu gewinnen. Dahingehend können die folgenden Ausschnitte angeführt werden:

In der bereits erwähnten Studie zu *Die unverbesserliche Barbara* von 1978 wird Kritik an strukturellen Problemen im Berufs- und Alltagsleben der DDR geübt: In einem Zwischenergebnis wird etwa betont, dass 70 % der Studienteilnehmer „es für wahrscheinlich [halten, d. Verf.], daß in einem Betrieb eine nicht auslastbare EDV-Anlage gebaut wird. Immerhin noch 28 % halten den illegalen Bau einer Schwimmhalle für wahrscheinlich. Insgesamt gesehen wird deutlich, daß die im Film dargestellten Sachverhalte für relativ realitätsadäquat angesehen werden“ (BArch, DR 1/4832). Sehr direkt wird von den Kulturwissenschaftlern des ZIJ darauf hingewiesen, dass mittels dieser Ergebnisse „Rückschlüsse auf die Art und Weise der Vorstellungen von bzw. Erfahrungen mit der Kader- bzw. Investitionspolitik in bestimmten Betrieben“ (BArch, DR 1/4832) gezogen werden können.

In einer 1983 durchgeführten Studie zum Film *Insel der Schwäne* (R: Zschoche, 1983) wird Kritik an den Wohnverhältnissen – vor allem hinsichtlich der sog. Plattenbauten – artikuliert. Diese Ergebnisse scheinen vor allem im Kontext einer Untersuchung zum Alltagsverhalten Jugendlicher Mitte der 1980er interessant, bei der es von politischer Seite die explizite Weisung gab die „Wohnbedingungen nicht [zu] analysieren“ (Wiedemann 1998: 126). In Bezug auf die Antwortposition „Stefans Sehnsucht nach der Insel der Schwäne, trotz des Wohnkomforts in der Stadtwohnung“ haben schließlich 87 % der Besucher ein ‚sehr gutes‘ Verständnis und die Aussage „Die Kinder und Jugendlichen zerstören den frisch betonierten Spielplatz“ ist für 70 % der Besucher nachvollziehbar. Der zweite Wert wurde im Forschungsbericht als ein „Verständnis für [...] anarchistische[s] Verhalten“ (BArch, DC 4/685) gedeutet, das nach Ansicht der Autoren auf persönlichen sozialen Erlebnisse gründet.

Die Filmsoziologen kommen infolge dieser Ergebnisse zu dem klaren Urteil, dass es „hier also nicht um ästhetische Wertmaßstäbe der Kinobesucher und auch nicht um ihre Rezeptionsgewohnheiten [geht, d. Verf.], sondern *eindeutig um soziale Erfahrungen und Wertmaßstäbe*“ (BArch, DC 4/685, Hervorheb. d. Verf.).

Der Film *Schwierig sich zu verloben* (R: Heymann, 1983) thematisiert einen weiteren, vor allem in den 1980er Jahren virulenten Reibungspunkt innerhalb der DDR-Gesellschaft: den Generationskonflikt. So kommt eine Studie von 1989 zum genannten Film zur Konklusion, dass

„ausgehend von ihren persönlichen Erfahrungen [...] junge Kinobesucher verschiedene Situationen im Film als weit weniger wirklichkeitsadäquat als ältere Kinobesucher [beurteilen, d. Verf.]. Während die Mehrheit der jungen Kinobesucher z.B. eine schnelle Schwangerschaftsunterbrechung *nicht* als typisch für junge Leute bezeichnen, sind die Mehrheit der erwachsenen Kinobesucher einer solchen Auffassung!“ (BArch, DC 4/684, Hervorheb. i. O.)

Deutliche Kritik äußert der Forschungsleiter dieser Untersuchung, Dieter Wiedemann, demgemäß zu den offensichtlichen Verständnisproblemen zwischen den Generationen Ende der 1980er Jahre:

„Diese erheblichen Unterschiede zwischen der Übereinstimmung des Gezeigten mit den Erfahrungen des jugendlichen Publikums einerseits und den Beobachtungen des erwachsenen Publikums andererseits signalisieren ein recht oberflächliches – von Vorurteilen bestimmtes – Bild von vielen dieser erwachsenen Kinobesucher [...] über junge Leute bei uns. Als ein Beleg für die falschen bzw. unzulässigen verallgemeinerten Beobachtungen soll hier der Hinweis stehen, daß nur etwa ein Fünftel der Schwangerschaftsunterbrechungen bei uns auf junge Frauen unter 20 Jahren fallen, die Mehrheit auf Frauen über 25 Jahren entfällt!“ (BArch, DC 4/684)

(2) Eine weitere Möglichkeit, um kritische Einstellungen dokumentieren zu können, eröffnete sich durch die von den Studienteilnehmern frei zu formulierenden Kommentare. Insbesondere in den Studien der 1980er Jahre wurden diese (oft sehr persönlichen) Äußerungen ausführlich im Anhang des Forschungsberichts dokumentiert:

In einer Studie von **1982** zum Film *Märkische Forschungen* (R: Gräf, 1982) wird vom Studienleiter explizit hervorgehoben, dass die Kommentare meist „das Problem Macht und Machtmißbrauch in unserem Lande [thematisieren, d. Verf.]. Es wird deutlich, daß solche Stellungnahmen fast ausschließlich von Angehörigen der – wahrscheinlich wissenschaftlichen – Intelligenz formuliert werden und daß dabei Erfahrungen widerspiegelt werden, die unabhängig vom Film gemacht worden sind“ (BArch, DR 1/4836, d. Verf.). Stellvertretend wird dazu der folgende Kommentar angeführt:

„...das unter UNSEREN konkret-historischen Bedingungen mögliche Unterdrücken der Wahrheitsfindung – der Zynismus des Kaufs (und Verkaufs) von Meinungen in festgefühten institutionellen Strukturen, die Brutalität dieses Gesellschaftsspiels: der kaputte Pötsch“ (BArch, DR 1/4836, Hervorheb. i. O.).

Dass man auf Seiten der Filmsoziologen auch Bedenken hat, eine derartig deutliche Stellungnahme unkommentiert anzuführen, bestätigt sich durch den abschließenden – man könnte sagen relativierenden – Hinweis, dass es

„zur Einordnung solcher Meinungsäußerungen [...] wichtig [ist], noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Besucher von ‚Märkische Forschungen‘ weder repräsentativ für das Publikum noch für die Bevölkerung der DDR sind. Sicher lassen diese Ergebnisse aber Rückschlüsse auf das Problembewußtsein der kulturell interessierten (wissenschaftlichen) Intelligenz zu.“ (BArch, DR 1/4836)

In der bereits erwähnten Studie von 1983 zum Film *Insel der Schwäne* wird in den freien Kommentaren, denen die Frage nach der ‚Hauptaussage‘ des Films vorangestellt wurde, nochmals Kritik an der Wohnsituation in den Neubaugebieten geübt:

„Für mich bestand das Hauptproblem darin, das unmögliche Wohnen in den Neubaughettos darzustellen.“ (22 Jahre, Studentin)

„Eine ehrliche Lösung zu finden zwischen Verwirklichung eigener Lebensansprüche und -vorstellungen und allgemeinem Anliegen. Kontrast zwischen herkömmlicher Lebensweise und moderner, durch den gesellschaftlichen Fortschritt bedienten, am Beispiel der Jugend in der DDR.“ (20, weiblich)

„Ein Krebschaden aller Neubaugebiete soll gezeigt werden - die Vermenschlichung unserer selbst, erst einmal in die Enge und Anonymität getrieben, die die Menschen hart im Umgang miteinander macht und keinem den nötigen Raum zur Entfaltung bietet.“ (5 Studenten) [...]

Hauptproblem: ist das Leben in einer Großstadt auf Dauer möglich? Wie können wirklich wissende Menschen ihren Interessen in der Großstadt nachgehen? Wie kann man den Menschen erklären, daß die Großstädte nicht überlebensfähig sind (auch ihre Bewohner nicht!) (20, Facharbeiterin)

„Es geht hauptsächlich darum, daß bisher soziale Probleme in Neubaugebieten nicht gelöst sind“ (25 Jahre, Fachschulabsolventin) [...]

„In Neubaugebieten bequem wohnen aber schlecht leben.“ (33 Jahre, männl.)“ (BArch, DC 4/685, Hervorheb. i. O.)

In derselben Untersuchung findet sich auch der folgende Hinweis, der kennzeichnend für die system- und gesellschaftskritischen Bemühungen der Medienwissenschaftler ist und explizit auf eine kritische ‚Lesart‘ der vorliegenden Studien aufmerksam machen soll:

„Die Haltung der Zuschauer zu den Figuren des Films wird nicht nur in den diesen entgegengebrachten Sympathien und nicht nur in der Benennung besonders gelungener oder misslungener Szenen deutlich sondern auch in dem Verständnis, daß sie dem Verhalten der Figuren in bestimmten Situationen entgegenbringen. Gleichzeitig ermöglichen solche Ergebnisse auch Rückschlüsse auf die Realitätssicht und das Problembewusstsein der Zuschauer: ‚*Wer Ähnlichkeiten sieht, muß Gründe haben*‘ (Helga Königsdorf).“ (BArch, DC 4/685, Hervorheb. d. Verf.)

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat wird in den Kommentaren einer Studie von **1988** zum Film *Einer trage des anderen Last* (R: Warneke, 1988) thematisiert. Hier drückt sich die

persönliche Einstellung der Studienteilnehmer zur konfliktbehafteten Situation zwischen Kirche und DDR-Staat aus. Dieter Wiedemann erwähnt im Bericht explizit, dass der Gegenstand des Films nach der Verhaftung des Oppositionellen Stephan Krawczyk, der sich vor allem im Umkreis der Kirche bewegte, von besonderem Interesse sei (vgl. BArch, DC 4/722). Die Kommentare lassen nach Ansicht der Filmsoziologen die folgende Schlussfolgerung zu:

„Die hier zitierten Meinungen verweisen gleichermaßen auf Stimmungen in der Gesellschaft, auf die der Film nach Ansicht der Zuschauer aufmerksam macht, die er artikuliert als auch auf Anforderungen der Zuschauer an die filmische Gestaltung verschiedener gesellschaftlicher Stimmungen. Deutlich wird eine gewisse Diskrepanz zwischen den eigenen Erfahrungen mancher Zuschauer mit dem ‚Dialog zwischen Andersdenken‘ und den im Film dargestellten ‚Ideal‘, das Messen der Realität an diesem Ideal, das ja auch ein gesellschaftliches ist (‘Koalition der Vernunft‘, ‚Streit der Ideologien‘)“ (BArch, DC 4/722).

Im Hinblick auf die dargelegten Studienergebnisse der Filmsoziologie und die sich darin abzeichnenden resistenten (politischen) Mentalitäten, kann abschließend das folgende Resümee gezogen werden:

(1) Es war insbesondere dem vermeintlich unpolitischen Charakter des Forschungsgegenstands Film geschuldet, dass kritische bis resistente Einstellungen der Studienteilnehmer gesammelt werden konnten, genauso wie die Behandlung durch die übergeordneten politischen Stellen als „staatlich geförderte Spielwiese“ (Wiedemann 1998: 134) dem zuträglich war. Dass auch die Studienteilnehmer eine derartige Artikulationsmöglichkeit nutzten, mag allgemein an der ‚Ventilfunktion‘ der Meinungsforschung, wie vor allem bei den frei zu formulierenden Kommentaren (vgl. Ludz 1980, 37), und im Speziellen an den „soziokommunikativen Funktionen der Künste in der DDR“ (Wiedemann 1998: 123) liegen. Der von einem Alltagsparadigma bestimmte Ansatz der Filmsoziologie, der politisch gesehen im Kontext des ‚reformierten Sozialismus‘ zu verorten ist (vgl. Wiedemann 1995: 126), war in den Studien bereits seit etwa 1977 deutlich ausgeprägt. Es war zeithistorisch betrachtet auch der Moment, in dem sich durch die Ausbürgerung von Wolf Biermann (1976) ein allgemeines herrschaftskritisches Potenzial entwickelte, das dahingehend auch eine kritische filmsoziologische Forschung ‚mobilisierte‘ (vgl. Wiedemann 2011). Günter Gaus hebt etwa hervor, dass mit 1977 „der Widerspruch nicht nur von namhaften Schriftstellern [kam, d. Verf.], sondern auch von unbekanntem Intelligenzler an Universitäten und Instituten in der Provinz“ (Gaus 1983: 223).

(2) Zahlreiche aufschlussreiche Studien verschwanden damals als ‚graue Literatur‘ in der gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit. Die grundlegendsten Eingriffe bestanden nicht primär in den erläuterten Repressionen, sondern im Verbot der Veröffentlichung von Studien

zu einzelnen DEFA-Filmen. Verschiedene Untersuchungen, die methodische und theoretische Probleme sowie grundsätzliche Fragen der Filmrezeption und des Kinobesuchs erörterten, konnten zwar regelmäßig in filmwissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht werden, aber zum Teil nur mit Zugeständnissen der Wissenschaftler. So vertrat man unter den Filmsoziologen teilweise auch die Meinung, eher eine Studie zu veröffentlichen, die auf ausgewählte statistische Werte verzichtet, als eine mögliche Fälschung der Daten zu riskieren. Die Studien haben nunmehr zwar eine zeithistorische Bedeutung, eine zeitgenössische aber blieb ihnen verwehrt: Womöglich fehlten dafür auch die kritischen Leser (vgl. Wiedemann 2011). Zumindest konnte sich in der Nische, die die Filmsoziologie innerhalb der DDR-Jugendforschung einnahm, zeitweilig ein kritisches, wenngleich gesellschaftlich wirkungsloses *Abseits* der Herrschaftssicherung etablieren, das auch ein „abweichendes Funktionieren“ (Foucault 1974: 27) der Diskursgesellschaft andeutete. Die Studien bieten dadurch einen instruktives – wenngleich nur ausschnitthaftes – Bild resistenter politischer Mentalität/-en der Jugend.

6 Herrschaft ohne Macht – ein Resümee

Wie bereits erörtert wurde, bestehen zwischen den Phänomenen Herrschaft und Macht fundamentale Differenzen (vgl. Abs. 1.3.1): Herrschaft bezeichnet ein starres Konstrukt, das mittels sog. ‚juridisch-diskursiver Formationen‘ disziplinierende Verbote und Einschränkungen artikuliert; Herrschaft hat die Tendenz sich institutionell zu manifestieren und in vertikal organisierten Strukturen, wie etwa Partei- und Staatsapparaten (vgl. Althusser 2010), in denen eine fixierte Hierarchie besteht, abzulagern. Macht wurde demgegenüber als produktiver Prozess eingeführt, der in all jenen Beziehungsgeflechten zu verorten ist, die – unter der Voraussetzung eines Widerstands – Praktiken, Diskurse, Wissen etc. hervorbringen und produzieren. Die Macht zirkuliert zwischen den produzierenden bzw. produktiven Akteuren und muss daher als dezentraler Prozess ohne materielle bzw. mediale (Re-)Präsentation verstanden werden. Wesentlich ist innerhalb der sich ständig neu konstituierenden Machtbeziehungen auch die Rolle der Freiheit: „[...] in diesem Spiel erscheint die Freiheit sehr wohl als die Existenzbedingung von Macht (sowohl als ihre Voraussetzung, da es der Freiheit bedarf, damit Macht ausgeübt werden kann, wie auch als ihr ständiger Träger, denn wenn sie sich völlig der Macht, die auf sie ausgeübt wird, entzöge, würde auch diese verschwinden und dem schlichten und einfachen Zwang der Gewalt weichen)“ (Foucault 1994: 256). Damit ist aber nicht gesagt, dass Macht und Herrschaft nicht in Verbindung stehen – im Gegenteil: Die Herrschaft benötigt Macht, um sich reproduzieren zu können: Herrschaftszustände konstituieren sich nicht selbst, sondern gehen originär aus Machtbeziehungen hervor. *Um sich konstituieren, etablieren und schließlich konsolidieren zu können, benötigt Herrschaft also das Element der Macht.* Wenn Machtbeziehungen also soweit ‚gediehen‘ sind, dass sie sich anhand empirisch nachweisbarer Institutionen – nicht etwa im Sinne von Ämtern, Gerichten etc., sondern insbesondere hinsichtlich normativer sozialer Arrangements, die eine Gruppe von Individuen orientieren, anleiten und (im vorliegenden) Fall unterwerfen (u.a. auch eine konsolidierte Sekundärideologie, vgl. Abs. 2.2.3) – als Herrschaftszustände konsolidiert haben, dann wird der repressive Prozess aktiviert, der der Herrschaft immanent ist: die Macht zu blockieren und auf sich selbst, d.h. das Innere bzw. die Träger der Herrschaft, zu limitieren (vgl. Lemke 2005: 339). Der Widerstand ‚alternativer‘ Mächte, die ihre Macht gegenüber der Herrschaft zum Ausdruck bringen – etwa der Kampf zwischen einem repressiven Staatsapparat und den Kräften der *società civile*, wie er bei Gramsci beschrieben wurde –, ist immer schon *ante portas* und äußert seine eigenen Ansprüche. *Was also passiert, wenn die Macht der Herrschaft*

erodiert? Wie erodiert diese Macht und anhand welcher Bereiche kann der Verlust der Souveränität nachgewiesen werden? Und welche Strategien bzw. Regierungstechnologien stehen der Herrschaft zur Verfügung, um dieser Erosion, d.h. dem Aufbegehren widerständiger Mächte, entgegenzuwirken? (In strenger Auslegung kann eigentlich nicht von der Erosion von Macht gesprochen werden, sondern von einer relationalen ‚Umverteilung‘.) Die (fragmentarische) Beantwortung dieser Fragen bildet das Fundament für einen Rückblick auf die vorliegende Arbeit:

Es ist eine der bedeutendsten Leistungen der Demoskopie des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), auch abseits des Dispositivs der Sozialwissenschaft (vgl. Abs. 5.1) die Werte- und Mentalitätsentwicklungen der Jugend, die großteils mit jenen der Elterngeneration kongruent sind (vgl. Förster 1999: 71, Gensicke 1992: 389), für die Jahre der Ära Honecker nachgezeichnet zu haben (vgl. Abs. 5.2.1): Sie verdeutlichen, dass die 1970er und 80er Jahre nicht ausschließlich als ‚Finalitätsphase‘ (Meuschel 1992) zu bezeichnen sind, sondern auch eine Zeit der Legitimation der Herrschaftszustände darstellen – wenngleich diese auch nach dem Übergang von Ulbricht zu Honecker nachwievor dem politischen Monopol der SED untergeordnet waren. Obschon also das erste der beiden letzten Jahrzehnte der DDR die Phase eines (annähernden) nationalen und politischen Konsens waren und die SED, wie Walter Friedrich (1994) hervorhebt, nicht ausschließlich gegen den Willen der Bevölkerung regierte – die Identifikation mit der DDR hatte Mitte der 1970er ein Höchstmaß erreicht (vgl. Förster 1999) –, so war die Ära Honecker von einer Zersetzung der Souveränität durch den Verlust von Macht gekennzeichnet, der sich 1989 in einem (überraschend plötzlichen) Zusammenbruch entladen sollte. Zwei Aspekte der vorliegenden Arbeit können hervorgehoben werden, um das schleichende Abhandenkommen der Macht der (SED-)Herrschaft, die immer mehr von (äußeren) Zwängen ökonomischer, politischer und auch kultureller Art – von der zunehmenden Abhängigkeit von ausländischen Finanzstützen bzw. der ruinöse Wirtschafts- und Sozialpolitik, über ein fortwährendes Ablehnen demokratischer Partizipationsmöglichkeiten bis hin zu Einflüssen aus dem Westen, die den Mangel der eigenen Gesellschaft verdeutlichen – bedrängt wurde, zu verdeutlichen: (1) die auf sozial-, konsum- und wirtschaftspolitischem Gebiet etablierte *stumpfe Gouvernementalität* (vgl. die Abs. 1.3.3 und 2.1), die sich auf die Aspekte der Ideologie und des Herrschaftsdiskurs ausweiten lässt, und (2) die *sozialistische Medienkultur*.

(1) *Stumpfe Gouvernementalität*: Michel Foucault hat in einem Vortrag zur *Geschichte der Gouvernementalität* ausgeführt, dass in den modernen (Industrie-)Staaten, zu denen mitunter auch die DDR der Ära Honecker gerechnet wird (vgl. etwa Gensicke 1991: 104 und

Abs. 2.1.1), nicht mehr von einer singulären und zentralen Macht gesprochen werden kann, sondern von *Mächten*, die nunmehr ein Kennzeichen der Regierung sind (vgl. Abs. 1.3.3). Jede Ausübung von Macht – *auch diejenige die sich in Herrschaftszuständen konsolidiert hat* – ist darauf angewiesen, nicht-repressive Regierungstechnologien anzuwenden; die Praktiken der Macht, so lautet eine zentrale These der Gouvernamentalität, läuft daher auf eine Rationalisierung der Regierung hinaus (Lemke 2005: 335). Das trifft in gewissen Bereichen auch auf die (in den 1970er Jahren nachwievor zentralisierte) Herrschaft der SED zu: Die Forcierung der Sozialpolitik, die schließlich darauf abzielte, durch gewisse Gratifikationen das Leistungsverhalten des Einzelnen zu steigern (vgl. Bouvier 2002: 68 ff.), etablierte sich mit Beginn der 1970er Jahre als zentrale Strategie der Machtausübung und wurde terminologisch in die Form der sog. Hauptaufgabe gegossen (vgl. Abs. 2.1): Die Berücksichtigung verschiedener, in der Ära Ulbricht unbeachtet gebliebener Wünsche, Bedürfnisse und – wie Foucault sich ausdrücken würde (vgl. 2004a: 111 f.) – Begierden, wurden immer mehr zur tonangebenden politischen Agenda der SED (vgl. Abs. 2.1). Mit der Hauptaufgabe sollte nicht weniger erreicht werden, als eine sozialistische Variante der ‚Regierung des Selbst‘: Wer die Maßnahmen der gegenwärtigen Politik in Anspruch nimmt, soll auch die Herrschaftszustände verinnerlichen – und damit stützen. Die Sozial- und Konsumpolitik war offenkundig „auch Mittel im Machtkampf der SED-Führung“ (Bouvier 2002: 81). Nachdem man in den 1970er Jahren zu der Erkenntnis gekommen war, dass die Loyalität für eine Erhaltung der Machtbeziehungen zu wenig ist (vgl. Meuschel 1992), fungierte die Sozialpolitik als zentraler Part, damit der real-existierende Sozialismus und schließlich die konkreten politischen Herrschaftszustände nicht nur geduldet, sondern auch im *Bewusstsein* der Bürger verankert werden. Die Idee des sozialistischen Bewusstseins tauchte bereits bei Marx‘ deterministisch-teleologischen Geschichtsverständnis auf, das er mit dem Postulat zusammenfasste, dass alle gesellschaftlichen Missstände infolge einer Systemkrise und (proletarischen) Revolution (vgl. Fleischer 1994: 203) durch ein homogenes sozialistisches Bewusstsein automatisch gelöst würden. Bei Marx ist diese Idee in einen aufklärerischen Pathos gekleidet: Die Vernunft und der Drang des Einzelnen im Sinne der (sozialistischen) Gesellschaft zu agieren, würde – früher oder später – dem Sozialismus bzw. Kommunismus zum Durchbruch verhelfen. Dieser Pathos einer egalitären bzw. entdifferenzierten Gesellschaft wurde in der DDR spätestens mit dem Zusammenbruch der Idee einer ‚sozialistischen Menschengemeinschaft‘ – den sogar der Chefideologe der SED, Kurt Hager, eingestehen musste – in den 1960er Jahren abgelegt (vgl. Müller 1997: 33). Stattdessen wandte man sich immer mehr der Idee zu, die Legitimation der Herrschaft mit einer regierungstechnologisch instrumentierten Sozial- und Konsumpolitik zu koppeln: Zwar wurde der Bevölkerung keine ökonomische Freiheit eröffnet und schon gar nicht konnte von neuen politischen Partizipationsmöglichkeiten außerhalb der SED gesprochen werden;

zumindest sollte etwa durch eine erweiterte Konsumgüterproduktion befriedigt werden, was in den Jahrzehnten zuvor noch – auch infolge der Diffamierung der ‚Konsumideologie‘ – vernachlässigt wurde: materielle und auch hedonistische Wünsche. Spielräume, d.h. kleine, unpolitische Freiheiten bzw. Nischen, wurden im Zuge eines neuen ‚Arrangements‘ zwischen Herrschaft und Bevölkerung in der Ära Honecker häufiger ermöglicht (vgl. Grunenberg 1989: 221): insbesondere „nachdem das revolutionär-heroische Unterfangen, den inneren Menschen umzukrempeln gescheitert war, und es nur mehr darum [ging], den äußeren Menschen in Schach zu halten“ (Engler 1997: 37 f.). Die Freiheiten waren nachweisbar in der Jugendkultur, der Kunst oder ganz allgemein im Privatleben angesiedelt. Die Gouvernamentalität der SED war nicht zuletzt auch immer mehr davon geprägt, dass man „eine Reihe unterschiedlicher, abweichender und sogar gegensätzlicher Verhaltensweisen [zu tolerieren gezwungen war, d. Verf.], sofern diese Verhaltensweisen sich in einem gewissen Rahmen bewegen, der als gefährlich erachtete Dinge, Menschen oder Verhaltensweisen ausschließt“ (Foucault 2005a: 141). Die Stumpfheit der Gouvernamentalität bzw. die gouvernementale Unvernunft der SED (vgl. Abs. 2.1.2) war letztlich insbesondere dadurch gekennzeichnet, dass dem Entgegenkommen im Bereich hedonistisch-materialistischer und auch sozialpolitischer Bedürfnisse nur Nischen oder Spielwiesen, aber keine ökonomischen oder politischen Freiheiten folgten, die das Innerste der (produktiven) Machtbeziehungen moderner Staat ausmachen.

Die Gouvernamentalität des real-existierenden Sozialismus hatte sich aber auch in einem anderen Bereich manifestiert: im *Herrschaftsdiskurs*. Es wurde in dieser Arbeit ausführlich argumentiert, dass im Herrschaftsdiskurs die inneren und auch legitimatorischen Belange der Herrschaftszustände sprachlich-kommunikativ erfasst wurden, um die Herrschaft auch *diskursiv zu stützen* (vgl. Abs. 1.3.2 und 2.3): Der Herrschaftsdiskurs, so führt Martin Sabrow aus, war die „sprachliche Vermittlung zwischen dem diktatorischen Gestaltungsanspruch der sozialistischen Herrschaft und den ihm unterworfenen Menschen“ (2000: 16 f.). Die Ideologie spielt hier sicherlich eine richtungsweisende Rolle, aber, wie Thomas Gensicke mit dem „Abbau der idealistischen Werten“ (1991: 287) andeutet, wurde ihrem Potential einer (produktiven) Machtausübung, d.h. ihrer Funktion als Instrument der Überzeugung, ab Anfang der 1970er zunehmend misstraut (vgl. Bouvier 2002: 77): ein wichtiger Hinweis, der auch die mitunter dominante Rolle der Ideologie in der DDR-Historiographie relativiert. Mit der schleichenden Abwendung von der Ideologie als Machtinstrument – nicht aber als sog. Realsymbol der Herrschaft (vgl. Abs. 3.1 und Fleischer 1994: 224) –, war auch der Herrschaftsdiskurs verstärkt mit den gouvernementalen Strategien (insbesondere der Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie der Konsumpolitik) beladen worden und entwickelte sich immer mehr zum mediale Kampfplatz der Vermittlung der (jeweils aktuellen)

Regierungstechnologien. Kurzum: Die stumpfe Gouvernamentalität war das deutlichste Zeichen neuer diskursiver (Herrschaftsdiskurs) und nicht-diskursiver Praktiken (Gouvernamentalität) des Regierens, die angesichts des zunehmenden Verlusts von Macht entwickelt werden *mussten*; infolge der andauernden Zurückweisung eines konstitutiven Elements der Gouvernamentalität moderner Staaten – der Freiheit –, waren diese Praktiken aber spätestens 1989 grundlegend gescheiterte.

(2) *Sozialistische Medienkultur*: Ein Teilaspekt der Herrschaft in der DDR, der in der vorliegenden Arbeit am deutlichsten die Zwänge ‚von außen‘ und den Machtverlust der Herrschaft der SED offenlegt, ist das Konzept der sozialistischen Medienkultur. Mit der Etablierung eines strategisch fundierten Informationsdispositivs (vgl. Abs. 1.3.2) und der Konsolidierung der Kommunikationsherrschaft ab Ende der 1940er Jahre, waren die Massenmedien an das Gesamtdispositiv der DDR gekoppelt und mussten „Strategien und Rationalitäten der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion“ (Stauff 2004: 144) apodiktisch umsetzen; diesbezüglich konnte klar nachgewiesen werden, dass die Medienpolitik der SED unverkennbar im Zeichen des Informationsdispositivs stand (vgl. Abs. 3.2.1.1). Spätestens Anfang der 1970er Jahre bzw. mit dem Beginn der Ära Honecker war aber ein deutlicher Wendepunkt eingetreten: Das Fernsehen wurde immer mehr zum ‚Leitmedium‘ und die Programme der BRD wurden in die DDR immer stärker rezipiert. Die Kommunikationsherrschaft der SED begann zu zerbrechen und auch der erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, musste feststellen, dass die Sendungen aus dem Westen gleich beliebt – oder gar beliebter – waren als diejenigen des DFF (Deutscher Fernsehfunk): Die Bedeutung der BRD-Medien konnte also nicht mehr länger geleugnet werden und die Idee – oder vielmehr der Wunsch der SED – einer homogenen sozialistischen Medienkultur verflüchtigte sich immer weiter. Die Kommunikationsherrschaft sah sich infolge ihres zunehmenden Machtverlustes, der leider nicht anhand der Zuschauerzahlen (repräsentativ) erfasst werden kann, dazu gezwungen, gewisse Formate oder auch Programmstrukturen aus dem Westen zu adaptieren (vgl. Abs. 3.2.1.1). Im Unterhaltungsbereich war man relativ aktiv, indem etwa in den 1970er Jahren die Produktion von Shows und (Krimi-)Serien forciert und Anfang der 80er Jahre die ‚alternative Programmstruktur‘ eingeführt wurde. In den Informations- und Nachrichtensendungen hielt man dagegen bis zum Zusammenbruch des Medienmonopols der SED an den Vorgaben bzw. den ‚strategischen Leerstellen‘ des Informationsdispositivs fest und verantwortete damit einen weitgehenden Vertrauens- und nicht zuletzt Machtverlust dieser Programme (vgl. Abs. 3.2.1.2). Auch für den Bereich der Massenmedien konnte also nachgewiesen werden, dass die Herrschaft insbesondere seit Anfang der 1970er Jahre mit gewissen Zwängen – hier vor allem die Programme aus der

BRD – konfrontiert wurde und mit Eingeständnissen reagierte, die, wie die Gouvernamentalität, stumpf geblieben sind und kaum wirksam wurden.

Die gouvernementale Unvernunft, die sicherlich auch eine Ursache für die ‚rätselhafte Stabilität der DDR‘ (vgl. Port 2010) darstellt, und die sozialistische Medienkultur sind nur zwei Indikatoren für den Machtverlust der Herrschaft und die daraus resultierende strategische Neuorientierung in der Ära Honecker. Tatsächlich waren es viele weitere Gebiete, die diesen Verlust dokumentieren, jedoch in der vorliegenden Arbeit aus inhaltlichen Gründen nicht berücksichtigt werden konnten. Dennoch konnte durch die Rekontextualisierung bereits tradierter Erkenntnisse, insbesondere anhand der für die DDR-Forschung zum Teil neuen Perspektiven der Gouvernamentalität und der Medienkultur, neue Einsichten in das Verhältnis von Herrschaft und Macht in der DDR gewonnen werden.

Literatur

- Agamben, Giorgio (2008): Was ist ein Dispositiv? Zürich, Berlin: diaphanes.
- Aßmann, Georg (Hg.) (1977): Wörterbuch der leninistisch-marxistischen Soziologie. Berlin: Dietz.
- Aron, Raymond (1957): Opium für Intellektuelle: oder Die Sucht nach Weltanschauung. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Althusser, Louis (2010): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aus Anlass des Artikels von Michael Verret über den ‚studentischen Mai‘, Ideologie und ideologische Staatsapparate, Notiz über die ISAs Hamburg: VSA.
- Bartsch, Günther (1963): Der ‚neue Mensch‘ des Kommunismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 24/1963. S. 3-15.
- Becker, Manuel (2009): Ideologiegeleitete Diktaturen in Deutschland: zu den weltanschaulichen Grundlagen im "Dritten Reich" und in der DDR. Bonn: Bouvier.
- Belwe, Katharina (1989): Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, in: Deutschland-Handbuch: Eine doppelte Bilanz 1949 - 1989. München, Wien: Hanser, S. 125-143.
- Bergmann, Christian (1999): Totalitarismus und Sprache, in: APuZ, B 38/99, S. 18-24.
- Bergsdorf, Wolfgang (1996): Sprache und Politik, in: Eppelmann, Rainer (Hg.): Lexikon des DDR-Sozialismus: das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Paderborn; Wien (u.a.): Schöningh. S. 574-580.
- Bertram, Barbara (1999): Forschungen zu Jugend und Arbeit, in: Friedrich/Griese/Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 -1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: edition ost, S. 268-300.
- Bischoff, Joachim / Hüning, Hasko / Lieber, Christoph (2005): Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernamentalität, in: Prokla Nr. 141, Dezember 2005. Zugriff http://www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Prokla141Rifonda.pdf (27.06.2012)
- Bisky, Lothar / Netzeband, Günter (1970): Film und jugendliches Publikum, in: Institut für Filmwissenschaft (Hg.): Sozialistisches Menschenbild und Filmkunst. Berlin: Henschel, S. 193-219.
- Bisky, Lothar / Wiedemann, Dieter (1977): Jugend und Spielfilm. (Aus Theorie und Praxis des Films: Kulturpolitik - Kunst; 3/1977)
- Bisky, Lothar / Wiedemann, Dieter (1985): Der Spielfilm. Rezeption und Wirkung. Berlin: Henschel
- Böhme, Waltraut (Hg.) et al. (1978): Kleines politisches Wörterbuch. Berlin (Ost): Dietz.
- Bouvier, Beatrix (2002): Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker. Berlin: Dietz.
- Brenner, Hans-Peter (2002): Marxistische Persönlichkeitstheorie und die ‚biopsychosoziale Einheit Mensch‘: Studie zur Entwicklung des Menschenbildes in der DDR. Bonn: Pahl-Rugenstein.

- Brunner, Georg (1995): Das Rechtsverständnis der SED (1961-1989), in: Jansen, Marlies (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Band IV, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 293-337.
- Brunner, Georg (1996): Führungsanspruch der SED, in: Eppelmann, Rainer (Hg.) et al.: Lexikon des DDR-Sozialismus. Paderborn u.a.: Schöningh, S. 220-225.
- Bublitz, Hannelore (2008): Macht, in: Kammler/Parr/Schneider: Foucault Handbuch. Leben –Werk – Wirkung. Stuttgart, Weimar: J. B. Metzler, S.273-277.
- Buhr, Manfred / Kosing, Alfred (Hg.) (1979): Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie. Berlin (Ost): Dietz.
- Bunke, Florian (2005): „Wir lernen und lehren im Geiste Lenins ...“: Ziele, Methoden und Wirksamkeit der politisch-ideologischen Erziehung in den Schulen der DDR. Oldenburg: BIS.
- Burguière, André (1987): Der Begriff der ‚Mentalitäten‘ bei Marc Bloch und Lucien Febvre: zwei Auffassungen, zwei Wege, in: Raulff, Ulrich (Hg.): Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, S. 33-49.
- Bussemer, Thymian (2008): Propaganda: Konzepte und Theorien. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Cornelsen, Doris (1989): Die Volkswirtschaft in der DDR, in: Deutschland-Handbuch: eine doppelte Bilanz 1949 - 1989. München, Wien: Hanser, S. 258-275.
- Dennhardt, Rudolf (1991): Zur Programmatik der Jugendpolitik der SED, in: Friedrich/Griese: Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren. Opladen: Leske + Budrich, S. 27-34.
- Donges, Patrick (2005): Medialisierung der Politik: Vorschlag einer Differenzierung, in: Rössler/Krotz (Hg.): Mythen der Mediengesellschaft. Konstanz: UVK-Verlag, S. 321-339.
- Dorer, Johanna (2008): Das Internet und die Genealogie des Kommunikationsdispositivs, in Hepp, Andreas (Hg.): Kultur- Medien – Macht. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft, S. 353-365.
- Dreesen, Philipp / Kumięga, Lukasz / Spiess, Constanze (Hg.) (2011): Diskurs und Dispositiv als Gegenstände interdisziplinärer Forschung, in: dies.: Mediendiskursanalyse. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ebert, Horst et al. (Hg.) (1975): Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik. Berlin (Ost): Dietz.
- Engler, Wolfgang (1991): Stellung, Stellungnahmen, Legenden. Ein ostdeutscher Erinnerungsversuch, in: Deppe, Rainer/Dubiel, Helmut; Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 48-75.
- ders. (1997): ‚Aushandlungsgesellschaft‘ DDR, in: Beck, Ulrich/Sopp, Peter: (Hg.): Individualisierung und Integration. Opladen: Leske + Budrich. S. 23-36.
- Engelstädter, Heinz: Wertbegriff. Zugriff: <http://www.berliner-wertekritiker.de/wertbegriff.htm> (29.06.2012)
- Eppelmann, Rainer et al.(Hg.) (1996): Lexikon des DDR-Sozialismus: das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Paderborn; Wien (u.a.): Schöningh.
- Etzioni, Amitai (2009): Die aktive Gesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fix, Ulla (1999): Was hindert die Bürger am freien Sprechen. Die Ordnung des Diskurses, in: Union der Deutschen Akademie der Wissenschaften / Sächsische Akademie der Wissenschaften

- (Hg.): ‚Werkzeug Sprache‘ – Sprachpolitik, Sprachfähigkeit, Sprache und Macht. Hildesheim (u.a.): Georg Olms Verlag, S. 141-164.
- Fleischer, Helmut (1994): Marxismus: Sieg der Ideologie über die Ideologiekritik, in: Ders. (Hg.): Der Marxismus in seinem Zeitalter. Leipzig: Reclam, S. 201-234.
- Foucault, Michel (1973): Die Ordnung des Diskurses. Inauguralvorlesung am Collège de France – 2. Dezember 1970. München: Carl Hanser Verlag.
- ders. (1977): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. Frankfurt/Main (u.a.): Suhrkamp.
- ders. (1978): Dispositive der Macht. Berlin: Merve.
- ders. (1986): Die Archäologie des Wissens. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- ders. (1994): Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, Hubert L. / Rabinow, Paul: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Weinheim: Beltz, S. 243-266.
- ders. (1999a): Die Maschen der Macht, in: Ders.: Botschaften der Macht. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, S. 172-186.
- ders. (1999b): In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France 1975 - 1976. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- ders. (2003): Nietzsche, die Genealogie, die Historie, in: Hamacher, Werner (Hg.): Nietzsche aus Frankreich. Berlin/Wien: Philo. S. 99-124.
- ders. (2004a): Die Geschichte der Gouvernementalität. 1. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung: Vorlesung am Collège de France 1977 - 1978. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- ders. (2004b): Die Geschichte der Gouvernementalität. 2. Die Geburt der Biopolitik: Vorlesung am Collège de France 1978 – 1979. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- ders. (2005a): Die Sicherheit und der Staat, in: Ders.: Analytik der Macht. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 137-143.
- ders. (2005b): Die Disziplinargesellschaft in der Krise, in: Ders.: Analytik der Macht. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 144-147.
- ders. (2005c): Die Gouvernementalität, in: Ders.: Analytik der Macht. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 148-174.
- ders. (2005d): Die Geburt der Biopolitik, in: Ders.: Analytik der Macht. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 180-187.
- ders. (2005e): ‚Omnes et singulatum‘: zu einer Kritik der politischen Vernunft, in: Ders.: Analytik der Macht. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S.188-219.
- Förster, Peter (1980): Jugend, Weltanschauung, Aktivität: Erkenntnisse und Erfahrungen in der ideologischen Arbeit mit der Jugend. Berlin (Ost): Verl. Neues Leben.
- Förster, Peter (1999): Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989, in: Friedrich/Griese/Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 -1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: edition ost, S. 77-165.
- Fraas, Claudia/Steyer, Kathrin (1992): Sprache der Wende - Wende der Sprache? Beharrungsvermögen und Dynamik von Strukturen im öffentlichen Sprachgebrauch, in: Deutsche Sprache 2/92. Berlin: Schmidt, S. 172-184.

- Frerich, Johannes / Frey, Martin (1993): Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Band 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. München, Wien: Oldenbourg.
- Frese, Jürgen (1965): ‚Ideologie‘. Präzisierungsversuch an einem wissenssoziologischen Begriff. Dortmund: Inaugural-Diss.
- Friedrich, Walter (1984): Jugend konkret. Berlin: Verlag Neues Leben.
- ders. (1990): Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17/1990, S. 25-37.
- ders. (Hg.) (1991): Jugend und Jugendforschung in der DDR: Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren. Opladen: Leske + Budrich.
- ders. (1994): Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes, in: Keller, Dietmar (Hg.): Ansichten zur DDR. Band 5. Eggersdorf: Kirchner.
- ders. (1999): Weltanschauliche Positionen der Jugend, in: Friedrich/Griese/Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 -1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: edition ost, S. 184-205.
- Fritze, Lothar (1998): Herrschaft und Konsens. Über Stabilitätsbedingungen von Weltanschauungsdiktaturen, in: Heydemann /Jesse (Hg.): Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis. Berlin: Duncker & Humblot, S. 95-119.
- ders. (2004): Verführung und Anpassung. Berlin: Duncker & Humblot.
- Fürst, Michael (2009): Emersive Bilder, in: Reichle, Ingeborg / Siegel, Steffen: Maßlose Bilder. München: Fink, S. 127-142.
- Geertz, Clifford (1973): The interpretation of cultures. New York: Basic Books.
- Gehring, Petra (1999): Epistemologie? Archäologie? Genealogie? – Foucault und das Recht, in: Internationale Zeitschrift für Philosophie, 2/99, S. 18-33.
- Gehrmann, Christoph / Müller, Katharina (2006): (Nah)Sprechen und (Fern)Sehen: Kommunikativer Alltag in der DDR. Berlin: Frank und Timme.
- Geiger, Theodor (1932): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes: soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Stuttgart: Enke.
- ders. (1962a): Kritische Bemerkungen zum Begriffe der Ideologie, in: Ders.: Methode, moderne Großgesellschaft, Rechtssoziologie, Ideologiekritik. Darmstadt: Luchterhand, S. 412-430.
- ders. (1962b): Befreiung aus dem Ideologiebann, in: Ders.: Methode, moderne Großgesellschaft, Rechtssoziologie, Ideologiekritik. Darmstadt: Luchterhand, S. 431-459.
- ders. (1968): Ideologie und Wahrheit : eine soziologische Kritik des Denkens. Neuwied: Luchterhand.
- Gensicke, Thomas (1991): Sind die Ostdeutschen konservativer als die Westdeutschen?, in: Reißig, Rolf / Glaeßner, Gert-Joachim: Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit. Berlin: Dietz, S. 268-295.
- ders. (1992): Mentalitätsentwicklungen im Osten Deutschlands seit den 70er Jahren. Vorstellungen und Erläuterung von Ergebnissen einiger empirischer Untersuchungen in der DDR und in den neuen Bundesländern von 1977 bis 1991. Speyerer Forschungsberichte Nr. 109.
- ders. (1996): Modernisierung, Wertewandel und Mentalitätsentwicklungen in der DDR, in: Betram, Hans (Hg.): Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen: Leske + Budrich, S. 101-140.

- Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: Müller-Dohm / Neumann-Braun: Öffentlichkeit – Kultur – Massenkommunikation. Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Univ., S. 31-90.
- Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik (1974): Jugendgesetz der DDR; vom 28. Januar 1974. Berlin (Ost) : Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik.
- Golder, Ben / Fitzpatrick, Peter (2009): Foucault's law. Abingdon (u.a): Routledge.
- Grammes, Tilman / Schluß, Henning / Vogler, Hans-Joachim (2006): Staatsbürgerkunde in der DDR: ein Dokumentenband. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Grieder, Alfons (1992): 'Unbegriffenes' an einem abgegriffenen Begriff? In: Salamun, Kurt (Hg.): Ideologien und Ideologiekritik: ideologietheoretische Reflexionen. Darmstadt: Wiss. Buchges., S. 17-30.
- Groys, Boris (2006): Das kommunistische Postskriptum. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Grunenberg, Antonia (1989): Bewusstseinslagen und Leitbilder in der DDR, in: Deutschland-Handbuch: eine doppelte Bilanz 1949 - 1989. München, Wien u.a.: Hanser, S. 221-240.
- Günther, Friedrich / Kuhirt, Ullrich (Hg.) (1960): Grundlagen des Marxismus-Leninismus: Lehrbuch. Berlin: Dietz.
- Günther, Stefan (2007): Wer die Macht hat. Debatetn um internationale Herrschaft und Hegemonie. Zugriff: <http://www.sopos.org/aufsaeetze/46424fad404d6/1.phtml> (10.08.2012)
- Gutmann, Gernot (1996): Neues Ökonomisches System, in: Eppelmann, Rainer (Hg.) et al.: Lexikon des DDR-Sozialismus. Paderborn u.a.: Schöningh, S. 435-437.
- Haase, Norbert / Reese, Lothar / Wensierski, Peter (1983): VEB Nachwuchs. Jugend in der DDR. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Hahn, Daphne (2000): Modernisierung und Biopolitik: Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch in Deutschland nach 1945. Frankfurt am Main (u.a.): Campus-Verlag.
- Hahn, Erich (1969): Ideologie: zur Auseinandersetzung zwischen marxistischer und bürgerlicher Ideologietheorie; eine Betrachtung zum XIV. Internationalen Kongreß für Philosophie 1968. Berlin: Dietz.
- Hahn, Kristina (2006): Die Freiheit des Akteurs in den Machttheorien von Bourdieu und Foucault und ihre Relevanz für die Internationalen Beziehungen. Papier für die Drei-Länder-Tagung „Politik und Persönlichkeit“ ÖGPW-SVPW-DVPW, 30.11.-2.12.2006, Wien. Zugriff: http://www.oegpw.at/tagung06/papers/ak6_hahn.pdf (01.09.2012)
- Hanke, Helmut (1990): Kommunikation in Aufruhr – Medien im Wandel, in: Rundfunk und Fernsehen, 38 Jg. 1999/3, S. 319-327.
- Hanke, Irma (1987): Alltag und Politik : zur politischen Kultur einer unpolitischen Gesellschaft ; eine Untersuchung zur erzählenden Gegenwartsliteratur der DDR in den 70er Jahren. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Helmer, Gerd / Lieber, Hans-Joachim (Hg.) (1988): Marx-Lexikon: zentrale Begriffe der politischen Philosophie von Karl Marx. Darmstadt: Wiss. Buchges.
- Henkel, Heinrich (1973): Ideologie und Recht. Tübingen: Mohr.
- Hepp, Andreas (2010): Mediatisierung und Kulturwandel: Kulturelle Kontextfelder und die Prägkraft der Medien, in: Hartmann, Maren (Hg.): Mediatisierung der Alltagswelt. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65-84.

- ders. (2011): Medienkultur. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft.
- Hesse, Kurt R. (1988): Westmedien in der DDR. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- ders. (1990): Fernsehen und Revolution. Zum Einfluß der Westmedien auf die politische Wende in der DDR, in: Rundfunk und Fernsehen, 38. Jg. 1990/3, S. 328-342.
- Hille, Barbara (1977): Jugendsoziologische Probleme unter dem Aspekt der Integration und Desintegration, in: Lessing / Fischer: Überlegungen zu Stellenwert und Darstellung der deutschen Frage im politischen Unterricht, Stuttgart. S. 27-47.
- dies. (1988): Jugend und Jugendpolitik in der DDR. Eine kritische Zwischenbilanz, in: Glaeßner, Gert-Joachim: Die DDR in der Ära Honecker. Opladen: Westdt. Verlag. S.453-465.
- dies. (1996): Freie Deutsche Jugend, in: In: Eppelmann, Rainer (Hg.) et al.: Lexikon des DDR-Sozialismus. Paderborn u.a.: Schöningh, S. 209-211.
- Hockerts, Hans Günter (1994): Soziale Errungenschaft? Zum sozialpolitischen Legitimationsanspruch der zweiten deutschen Diktatur, in: Kocka, Jürgen et al. (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. München: Saur, S. 790-800.
- Hoff, Peter (1990): ‚Vertrauensmann des Volkes.‘ Das Berufsbild des ‚sozialistischen Journalisten‘, in: Rundfunk und Fernsehen, 38. Jg. 1990/3, S. 385-399.
- Hoff, Peter (1993): Organisation und Programmentwicklung des DDR-Fernsehens, in: Hickethier, Knut (Hg). Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland. Band 1. München: Wilhelm Fink Verlag 1993, S. 245-286.
- Holzweißig, Günter (1996a): Massenmedien, in: Eppelmann, Rainer: Lexikon des DDR-Sozialismus. Paderborn, Wien: Schöningh, S. 402-404.
- ders. (1996b): Meinungsmonopol, in: Eppelmann, Rainer: Lexikon des DDR-Sozialismus. Paderborn, Wien: Schöningh, S. 410-414.
- ders. (1996c): Agitation und Propaganda, in: Eppelmann, Rainer: Lexikon des DDR-Sozialismus. Paderborn, Wien: Schöningh, S. 45-46.
- ders. (1996d): Allgemeiner Pressedienst, in: Eppelmann, Rainer: Lexikon des DDR-Sozialismus. Paderborn, Wien: Schöningh, S. 49-50.
- ders. (1996e): Medien und Medienlenkung, in: Kuhrt, Eberhard: Am Ende des realen Sozialismus. Opladen: Leske + Budrich, S. 51-82.
- ders. (1997): Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur. Bonn: Bouvier.
- ders. (1999): Massenmedien in der DDR, in: Wilke, Jürgen: Mediengeschichte der BRD. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 573-601.
- Hornstein, Walter / Schefold, Werner (1998): Kap. 6 Sozialpädagogik, in: Führ, Christoph: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte: 1945 bis zur Gegenwart, Teilband 2. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. München: Beck. S. 281-315.
- Hüning, Hasko (1990): Individualisierung und Gesellschaftsentwicklung in der DDR. Berlin: Freie Univ.
- Jarauschk, Konrad H. (1998): Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR. B 20/1998. S. 33-46.
- Joas, Hans (2005): Die kulturellen Werte Europas. Frankfurt/Main: Fischer, S. 11-39.
- Kapferer, Norbert (1992): Von der ‚Macht des Wortes‘ zur ‚Sprache der Macht‘ zur Ohn-Macht der Vernunft. Über die Enteignung der Sprache im real existierenden Sozialismus durch die

- marxistisch-leninistische Philosophie, in: Burkhardt/Fritsche (Hg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von Wende und Vereinigung. Berlin (u.a): De Gruyter, S. 19-40.
- Karis, Tim (2011): Massenmediale Eigenlogik als diskursive Machtstruktur, in: Dreesen/Kumięga/Spiess (Hg.): Mediendiskursanalyse. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47-74.
- Keller, Reiner (Hg.) (2001): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Wiesbaden: Verl. für Sozialwissenschaften.
- Klaus, Georg (1968): Die Macht des Wortes: ein erkenntnistheoretisch-pragmatisches Traktat. Berlin: Dt. Verl. der Wiss.
- Klaus, Georg (1971): Sprache der Politik. Berlin: Dt. Verl. d. Wiss..
- Klein, Eckart (1996): Demokratischer Zentralismus, in: Eppelmann, Rainer et al.(Hg.): Lexikon des DDR-Sozialismus: das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Paderborn u.a.: Schöningh, S. 157-158.
- Kleißmann, Christoph (1996): Opposition und Resistenz in zwei deutschen Diktaturen, in: Historische Zeitschrift, Bd. 262, H. 2 (April 1996), S. 453-479.
- Knoblauch, Hubert (2005): Wissenssoziologie. Konstanz: UVK.
- Kocka, Jürgen (1994a): Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 40/1994, S. 34-45.
- Kocka, Jürgen(1994b): Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaelble et. al. (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547-553.
- König, Ingelore / Wiedemann, Dieter / Wolf, Lothar (1995): Zwischen Bluejeans und Blauhemden: Jugendfilm in Ost und West. Berlin: Henschel.
- Krüger, Udo Michael / Rinz, Bodo: DDR-Berichterstattung – Renaissance der Information?, in: Media Perspektiven 2/90, S. 104-120.
- Krotz, Ferdinand (2008): Kultureller und gesellschaftlicher im Kontext des Wandels von Medien und Kommunikation, in: Thomas, Tanja (Hg.): Medienkultur und soziales Handeln. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft, S. 43-62.
- Kuhlemann, Frank-Michael (1996): Mentalitätsgeschichte. Theoretische und methodische Überlegungen am Beispiel der Religion im 19. und 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft. Sonderheft, Vol. 16, Kulturgeschichte Heute (1996), S. 182-211.
- Kumięga, Lukasz (2011): Medien im Spannungsfeld zwischen Diskurs und Dispositiv, in: Dreesen/ders./Spiess: Mediendiskursanalyse. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 25-45.
- Kuppe, Johannes L. (1995): Zur Funktion des Marxismus-Leninismus, in: Jansen, Marlies (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Band III/2, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 1370-1400.
- Lasswell, Harold Dwight (1965): Language of politics: studies in quantitative semantics. Cambridge: M.I.T. Press.
- Lange, Lydia / Weber, Hermann (1995): Zur Funktion des Marxismus-Leninismus, in: Jansen, Marlies (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Band III/3, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 2035-2061.
- LeGoff, Jacques (1987): Eine mehrdeutige Geschichte, in: Raulff (Hg.): Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, S. 18-32.

- Lemke, Christiane (1980): Persönlichkeit und Gesellschaft: Zur Theorie der Persönlichkeit in der DDR. Opladen : Westdeutscher Verlag.
- dies. (1991): Die Ursachen des Umbruchs 1989 – Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lemke, Thomas (2005): Geschichte und Erfahrung. Michel Foucault und die Spuren der Macht, in: Foucault, Michel: Analytik der Macht. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 317-348.
- ders. (2008): Gouvernamentalität, in: Kammler/Parr/Schneider: Foucault Handbuch. Leben –Werk – Wirkung. Stuttgart, Weimar: J. B. Metzler, S. 260-263.
- Lenin, N. (1949): Staat und Revolution: Die Lehre des Marxismus vom Staat und der Aufgaben des Proletariats in der Revolution. Berlin: Dietz.
- Lenk, Kurt (1994): Rechts wo die Mitte ist. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Leonhard, Wolfgang (1990): Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- ders. (1994): Die Etablierung des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR (1945-1955), in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 40/1994, S. 3-11.
- ders. (1995): Marxismus-Leninismus und die Umgestaltung in der SBZ/DDR, In: Jansen, Marlies (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Band III/1, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 33-45.
- Lindner, Bernd (1991): Jugend und Freizeit/Medien, in: Friedrich / Griese (1991): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren. Opladen: Leske und Budrich, S. 99-115.
- ders. / Wiedemann, Dieter (1999): Kultur- und Medienforschung, in: Friedrich / Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: edition ost, S. 301-351.
- Link, Jürgen (2008): Dispositiv, in: Kammler/Parr/Schneider: Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 237-242.
- Lorey, Isabell: Weißsein und Immunisierung. Zu Norm und Normalisierung. Zugriff: <http://translate.eipcp.net/strands/03/lorey-strands01de#redir#redir#redir> (23.03.20012)
- Lotter, Konrad / Meiners, Reinhard / Treptow, Elmar (Hg.) (1984): Das Marx-Engels-Lexikon. München: Beck.
- Lohmann, Ulrich (1989): Legitimation und Verfassung in der DDR, in: Deutschland-Handbuch: eine doppelte Bilanz 1949 - 1989. München, Wien u.a.: Hanser, S. 468-487.
- Lothar, Peter (1990): Legitimationsbeschaffung oder „machtkritische Subkultur“? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 42.1990, H.4, S.611-641.
- Löw, Konrad (1995): Zur Funktion des Marxismus-Leninismus im SED-Staat, in: Jansen, Marlies (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Band III/2, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 1401-1441.
- Luchterhandt, Otto (1985): Der verstaatlichte Mensch. Köln (u.a.): Heymann. (Schriften zur Rechtslage Deutschlands; Bd. 10)
- Ludz, Peter-Christian (Hg.) (1972): Soziologie und Marxismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin: Luchterhand.
- ders. (1976): Entwurf einer operationalen Theorie des Ideologiebegriffs, in: Lieber, Hans-Joachim: Ideologie – Wissenschaft – Gesellschaft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- ders. (1977): Ideologiebegriff und marxistische Theorie. Ansätze zu einer immanenten Kritik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- ders. (1980): Mechanismen der Herrschaftssicherung: Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR. München [u.a.]: Hanser.
- ders. (1981): Entwurf einer Typologie des Ideologiebegriffs. Zu einer historisch-kritischen Ideologietheorie, in: Pelinka, Anton (Hg.): Ideologien im Bezugfeld von Geschichte und Gesellschaft. Innsbruck: Inn-Verlag, S. 35-50.
- Luhmann, Niklas (1991): Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Opladen: Westdt. Verlag.
- ders. (1996): Die Realität der Massenmedien. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Mahrad, Christa (1981): Jugendpolitik der SED, in: Ost-Akademie Lüneburg (Hg.): Deutsche Studien., H. 76/1981, S. 346-359.
- Mählert, Ulrich / Stephan, Gerd-Rüdiger (1996): Blaue Hemden - rote Fahnen: Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Opladen: Leske + Budrich.
- Mannheim, Karl (1965): Ideologie und Utopie. Frankfurt/Main: Schulte-Bulmke.
- Marchart, Oliver (2003): Warum Cultural Studies vieles sind, aber nicht alles. Zum Kultur- und Medienbegriff der Cultural Studie. Zugriff: http://www.medienheft.ch/dossier/bibliothek/d19_MarchartOliver.html (13.09.2012)
- Margedant, Udo (1996): Sozialistische Persönlichkeit, in: Eppelmann, Rainer (Hg.) et al.: Lexikon des DDR-Sozialismus: das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. Paderborn (u.a.): Schöningh, S. 760-763.
- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Meyen, Michael (2003): Denver-Clan und Neues Deutschland. Berlin: Links.
- ders. (2008): Öffentlichkeit(en) und heimliche Mediennutzung in der DDR, in: Lokatis/Sonntag: Heimliche Leser in der DDR. Berlin: Links, S. 35-51.
- ders. (2009): Medialisierung, in: Medien und Kommunikationswissenschaft, 57/2009, S. 23-58.
- Meyer, Hansgünter: Soziologie und soziologische Forschung in der DDR, in: Schäfers, Bernhard (Hg.): Soziologie in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 35-49.
- Michalsky, Helga (1988): Soziale Sicherheit ist nicht genug! Konzeption und Leistungen der sozialistischen Sozialpolitik, in: Glaessner, Gert-Joachim (Hg.): Die DDR in der Ära Honecker. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 402-421.
- Müller, Maria Elisabeth (1997): Zwischen Ritual und Alltag: der Traum von einer sozialistischen Persönlichkeit. Frankfurt/Main (u.a.): Campus-Verlag.
- Müller, Harry (1991): Lebenswerte und nationale Identität, in: Friedrich/Griese: Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren. Opladen: Leske + Budrich, S. 124-134.
- Müller-Dohm, Stefan / Neumann-Braun, Klaus (1991): Bezugspunkte für die Aktualisierung der Medien- und Kommunikationssoziologie, in: dies.: Öffentlichkeit – Kultur – Massenkommunikation. Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Univ., S. 7-30.
- Müncheberg, Hans (1993): Schwarze Kanalgeschichte, in: Riedel, Heide: Mit uns zieht die neue Zeit. Berlin: Vistas, S. 130-131.

- Münchmeier, Richard (2001): Jugend, in: Otto, Hans-Uwe / Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. Neuwied; Kriftel: Luchterhand, S. 816-830.
- Neumann, Klaus (2000): Das Fremde verstehen - Grundlagen einer kulturalanthropologischen Exegese: Untersuchungen zu paradigmatischen mentalitätengeschichtlichen, ethnologischen und soziologischen Zugangswegen zu fremden Sinnwelten . Münster: Lit.
- Niemann, Heinz (1993): Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED. Köln: Bund Verlag.
- Oschlies, Wolf (1984): Jung sein in der DDR, in: Lebensbedingungen in der DDR. Siebzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 12. bis 15. Juni. Köln: Verlag für Wissen und Politik, 83-94.
- Pappert, Steffen (2003): Politische Sprachspiele in der DDR: kommunikative Entdifferenzierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf den öffentlichen Sprachgebrauch. Frankfurt am Main; Wien (u.a.): Lang.
- Parr, Rolf (2008): Diskurs, in: Kammler/Parr/Schneider: Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 233-237.
- Peter, Lothar (1990): Legitimationsbeschaffung oder ‚machtkritische Subkultur‘? Marxistisch-leninistische Soziologie und Systemverfall in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (42) 1990, S. 611-641.
- ders. (1997): Autonomiedefizit: Soziologie in der DDR, in: Bertram, Hans (Hg.): Soziologie und Soziologen im Übergang. Opladen: Leske + Budrich, S. 341-345.
- Port, Andrew I. (2010): Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland. Berlin: Links.
- Rauh, Hans-Christoph (1992): Feststellungen zur Ideologiebeschäftigung in der ehemaligen DDR-Philosophie, in: Salamun, Kurt (Hg.): Ideologien und Ideologiekritik: ideologietheoretische Reflexionen. Darmstadt: Wiss. Buchges., S. 107-118.
- Rauh, Hans-Christoph (2005): Ideologie statt Wahrheit, Erkenntnis und Realität, in: Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 203-256.
- Raulff, Ulrich (1987a): Mentalitäten-Geschichte, in: Ders. (Hg.): Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, S. 7-17.
- ders. (1987b): Die Geburt eines Begriffs. Reden von ‚Mentalität‘ zur Zeit der Affäre Dreyfus, in: Ders. (Hg.): Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, S. 50-68.
- Reifarth, Jürgen / Reus, Günter (2002): Publizistische Opposition gegen den SED-Staat in den Feuilletons von Heinz Knoblauch, in: Publizistik 47 Jg., S. 1-20.
- Roggemann, Herwig (1995): Recht als Instrument im Kampf um die Machterhaltung, in: Jansen, Marlies (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Band IV, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 761-848.
- Rossade, Werner (1987): Kulturelle Muster in der DDR, in: Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 229-237.
- Roters, Karl-Heinz (1998): Reflexionen über Ideologie und Ideologiekritik. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Rytlewski, Ralf (1989): Politische Kultur und Generationswechsel in der DDR: Tendenzen zu einer alternativen politischen Kultur, in: Claußen, Bernhard (Hg.): Politische Sozialisation Jugendlicher in Ost und West Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 209-224.

- Sabrow, Martin (2000): *Geschichte als Herrschaftsdiskurs: der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*. Köln u.a.: Böhlau.
- Salamun, Kurt (1992a): Einleitung des Herausgebers, in: Ders. (Hg.): *Ideologien und Ideologiekritik: ideologietheoretische Reflexionen*. Darmstadt: Wiss. Buchges., S. 3-16.
- ders. (1992b): Ist mit dem Verfall der Großideologien auch die Ideologiekritik zu Ende? In: Ders. (Hg.): *Ideologien und Ideologiekritik: ideologietheoretische Reflexionen*. Darmstadt: Wiss. Buchges., S. 31-49.
- Sarasin, Philipp (2003): *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Schaefer, Anka (1996): Sozialistische Errungenschaften, in: Eppelmann, Rainer (Hg.) et al.: *Lexikon des DDR-Sozialismus: das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik*. Paderborn u.a.: Schöningh. S. 557-558.
- Schenk, Michael (2002): *Medienwirkungsforschung*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Scheumann, Gerhard (1993): Heikle Gratwanderung – die Sendereihe PRISMA, in: Riedel, Heide: *Mit uns zieht die Zeit... 40 Jahre DDR-Medien*. Berlin: Vistas, S. 131-137.
- Schittly, Dagmar (2002): *Zwischen Regie und Regime. Die Filmpolitik der SED im Spiegel der DEFA-Produktion*. Berlin: Links.
- Schliwa, Harald (1968): Der marxistische Begriff der Ideologie und das Wesen und die Funktionen der sozialistischen Ideologie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZfPh)*, 9, 1968.
- Schlosser, Horst Dieter (1999): *Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie: historische, politische und kommunikative Bedingungen*. Köln: Verl. Wiss. und Politik.
- Schmitt, Karl (1980): *Politische Erziehung in der DDR: Ziele, Methoden und Ergebnisse des politischen Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR*. Paderborn (u.a.): Schöningh.
- Schubarth, Renate (1990): Umbrüche im Verhältnis von Medien-Realität und Lebens-Realität, in: *Rundfunk und Fernsehen*, Jg. 38 3/90, S. 424-427.
- Schubert, Markus / Stiehler, Hans-Jörg (2007): Programmentwicklung im DDR-Fernsehen zwischen 1953 und 1963. Programmstrukturanalytische Betrachtungen zu den Anfängen des DDR-Fernsehens“, in: Dittmar / Vollberg (Hg): *Zwischen Experiment und Etablierung. Die Programmentwicklung des DDR Fernsehens 1958 – 1963*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag GmbH.
- Schulz, Günther (1996): Sozialpolitik, in: Eppelmann, Rainer (Hg.) et al.: *Lexikon des DDR-Sozialismus: das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik*. Paderborn u.a.: Schöningh. S. 565-569.
- Schulze, Hagen (1985): Mentalitätsgeschichte - Chancen und Grenzen eines Paradigmas der französischen Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte und Wissenschaft*, Heft 12 (Dezember, 1985), S. 247-271.
- Sellin, Volker (1985): Mentalität und Mentalitätsgeschichte, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 241, H. 3 (Dez., 1985), S. 555-598.
- Sinowjew, Alexander (1983): *Lichte Zukunft*. Zürich: Diogenes.
- Sparschuh, Vera / Weiß, Johannes (1997): Soziologische Theorie in der DDR, in: Bertram, Hans (Hg.): *Soziologie und Soziologen im Übergang*. Opladen: Leske + Budrich, S. 305-339.
- Stalin, Iosif V. (1951): *Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft*. Berlin: Dietz.

- Staritz, Dietrich (1985): Geschichte der DDR: 1949 - 1985. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stauff, Markus: (2004): Das neue Fernsehen. Machteffekte einer heterogenen Kulturtechnologie. Ruhr-Universität Bochum: Diss.
- Stiehler, Hans-Jörg/Wiedemann, Dieter (1979): Film und Zuschauer: Materialien zur Filmsoziologie in der DDR. (Aus Theorie und Praxis des Films: Kulturpolitik - Kunst; Sonderheft/1979, 2)
- Stiehler, Hans-Jörg (1990a): Medienwelten im Umbruch. Ansichten und Ergebnisse empirischer Medienforschung in der DDR, in: Media Perspektiven 2/90, S. 91-103.
- ders. (1990b): Zwischen den Zeiten, zwischen den Welten: empirische Medienforschung in der DDR auf der Suche, in: Rundfunk und Fernsehen, Jg. 38 1990/3, S. 357-364.
- ders. (1995): Jugendfilm und Jugendforschung – Zweckehe auf Zeit?, in: König/Wiedemann/Wolf: Zwischen Bluejeans und Blauhemden: Jugendfilm in Ost und West. Berlin: Henschel, S. 107-119.
- Stitzel, Judd (2005): Von ‚Grundbedürfnissen‘ zu ‚höheren Bedürfnissen‘. Konsumpolitik als Sozialpolitik in der DDR, in: Hoffmann, Dierck / Schwartz, Michael: Sozialstaatlichkeit in der DDR. München: Oldenbourg. S. 135-150.
- Stuart, Robert S. (1986): Ideology, Theory and Mentality: Some Issues in the Historical Study of Ideology, in: Labour History, No. 50 (May, 1986), S.63-71.
- Süss, Walter (1989): Gesellschaftliche Interessen und gesellschaftliche Organisationen in der DDR, in: Werner Weidenfeld / Hartmut Zimmermann (Hg.): Deutschland-Handbuch: eine doppelte Bilanz 1949 - 1989. München; Wien [u.a.]: Hanser, S. 152-164.
- Thomas, Rüdiger (1995): Leistungen und Defizite der DDR- und vergleichenden Deutschland-Forschung, in: Timmermann, Heiner (Hg.): DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven. Berlin_ Duncker & Humblot, S. 13-27.
- Timmermann, Heiner (Hg.) (1995): DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven. Berlin: Duncker & Humblot.
- Topitsch, Ernst (1960): Über Leerformeln. Zur Pragmatik des Sprachgebrauchs in Philosophie und politischer Theorie, in: Ders. (Hg.): Probleme der Wissenschaftstheorie. Festschrift für Victor Kraft. Wien: Springer-Verlag, S. 233-262.
- Topitsch, Ernst (1966): Begriff und Funktion der Ideologie, in: Ders. (Hg.): Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft. Neuwied, Berlin: Luchterhand, S. 11-52.
- Vlasic, Andreas (2004): Die Integrationsfunktion der Massenmedien. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft.
- Voß, Peter: Forschungen zu Freizeit und Medien, in: Friedrich/Griese/Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 -1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: edition ost, S. 352 ff.
- Vovelle, Michel (1990): Ideologies and Mentalities. Cambridge: Polity Press.
- Weiß, Thomas (2005): Der neue Adam? Denkwänge, Polemik und ein quasireligiöses Menschenbild, in: Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 257-280.
- Wiedemann, Dieter (1995): Der DEFA-Jugendfilm und seine empirische Erforschung, in: König/Wiedemann/Wolf: Zwischen Bluejeans und Blauhemden: Jugendfilm in Ost und West. Berlin: Henschel, S. 121-127.
- ders. (1998): DDR-Jugend als Gegenstand empirischer Sozialforschung, in: Führ, Christoph und Furck, Carl-Ludwig (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band IV 1945 bis zur

Gegenwart. Zweiter Teilband Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer.
München: Beck, S.117-136.

ders. (2001): Filmwirkung – ein vergessenes Thema? In: Nicht alleine das Laufbild auf der Leinwand.
Berlin: Vistas (Beiträge zur Film- und Fernsehwissenschaft ; 60), S. 66-77.

Wiesniewski, Roswitha (1995): Marxismus als Voraussetzung des politischen Systems der DDR, in:
Jansen, Marlies (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte
und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Band III/3, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.
2062-2095.

Willems, Herbert (Hg.) (2002): Die Gesellschaft der Werbung: Kontexte und Texte; Produktionen und
Rezeptionen; Entwicklungen und Perspektiven. Wiesbaden: Westdt. Verlag.

Wilke, Jürgen (2007): Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.

Winter, Rainer (1995): Der produktive Zuschauer. Medienaneignung als kultureller und ästhetischer
Prozeß. München: Quintessenz.

Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Berlin: Links.

Zima, Peter (1992): Ideologie und Theorie. Zum Verhältnis von ideologischen und theoretischen
Diskursen, in: Salamun, Kurt (Hg.): Ideologien und Ideologiekritik: ideologietheoretische
Reflexionen. Darmstadt: Wiss. Buchges., S. 50-62.

Zimmermann, Verena (2004): Den neuen Menschen schaffen. Die Umerziehung von
schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945-1990). Köln: Böhlau
Verlag.

Zeitungsartikel

Dill, Alexander (1992): Weise erdenken neue Gedanken, Narren verbreiten sie, In: Die Zeit,
11.9.1992, Nr. 38.

„Neues Deutschland“ vom 10. April 1987 (Interview mit Kurt Hager)

Interview

Wiedemann, Dieter (2011). Persönliches Interview, geführt vom Verfasser. Potsdam, 28.02.2011.

Archivalien

Disposition für einen Vortrag. Zum Entwurf des neuen Jugendgesetzes. 12.07.1973.
(BArch, DC 4 / 2278)

Thesen zum Thema: Empirische und theoretische Ergebnisse und Probleme der
Filmwirkungsforschung unter Jugendlichen, ZIJ, o.J. (BArch, DR 1/4827)

Ergebnisse von Untersuchungen zur Wirkung des Films ‚Mohr und die Raben von London‘ auf das
Marx-Bild von Schülern, ZIJ, o.J. (BArch, DR 1/4831)

Information zur filmsoziologischen Untersuchung ‚KINO DDR‘, HV Film, 11.12.1979 (BArch, DR
1/4835)

KINO DDR - Zur Rezeption des Films Märkische Forschungen, ZIJ, August 1982 (BArch, DR 1/4836)

Überlegungen zur Studie ‚Kinozuschauer DDR 80‘, HV Film Abt. Künstlerische Produktion, 07.01.1982
(BArch, DR 1/15025)

Einschätzung der 2. Fassung des Szenariums ‚Erscheinen Pflicht‘, HV Film, 15.03.1983 (BArch, DR 1-Z / HV 117 / F66)

Erste Informationen zu Ergebnissen der Studie: ‚Schwierig sich zu verloben‘ und seinem Publikum, ZIJ, Mai 1989 (BArch, DC 4/684)

Forschungsbericht: der Film ‚Insel der Schwäne‘ und sein Publikum, ZIJ, Juni 1983 (BArch, DC 4/685)

Forschungsbericht zur Studie: ‚KINO 88 – Einer trage des anderen Last‘, ZIJ, Mai 1988 (BArch, DC 4/722)

Forschungsbericht zur Studie: ‚Haltungen Jugendlicher zur künstlerisch vermittelnden Darstellung der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus durch die rote Armee, dargestellt am Beispiel des DEFA-Spielfilms ‚Ich war 19‘ – ein historischer Rezeptionsvergleich‘, ZIJ, Mai 1986 (BArch, DC 4/707)

Zusatzbericht zur Untersuchung ‚Kulturell-künstlerische Interessen der Jugend‘ (Kultur 73), ZIJ, o.J. (BArch, DC 4/2078)

Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit stellt die weitverzweigte Frage, inwieweit die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland (SED) kontrollierten Herrschaftszustände in der DDR mit dem Beginn der Ära Honecker (1971-1989) mit neuen, widerständigen Machtkonstellationen konfrontiert wurden und mit welchen gouvernementalen und (herrschafts-)diskursiven Strategien die DDR-Führung auf die schleichende Erosion der Macht reagierte. Methodische und terminologische Orientierungspunkte sind ausgewählte Aspekte der ‚Analytik der Macht‘ (Michel Foucault), in deren Zentrum etwa die binäre Differenzierung von Herrschaft/Macht, aber auch die komplementären Begriffe Diskurs/Dispositiv stehen, sowie Elemente der Mentalitäten-Geschichte der französischen Annales-Schule (Jacques LeGoff, Michel Vovelle u.a.), anhand welcher der Mentalitätsbegriff präzisiert wird. Ausgeweitet wird diese theoretische Perspektive durch das Konzept der Medienkultur (Andreas Hepp, Friedrich Krotz), das als die ‚Kultur mediatisierter Welten‘ zusammengefasst wurde, und welches im Zuge der vorliegenden Arbeit erstmals im Kontext der zeithistorischen DDR-Forschung in Betracht gezogen wird. Der Begriff der Medienkultur soll insbesondere darauf hinweisen, dass mit Beginn der 1970er Jahre das Informationsdispositiv (Johanna Dorer) und die sprachlich codierte Kommunikationsmacht der SED von den sich zunehmend internationalisierenden Kommunikationsnetzwerken unterminiert wurden. Eine weitläufige Analyse von Ideologie in der DDR, die mit der Genese des Ideologiebegriffs seit Marx/Engels ansetzt und zur konsolidierten Sekundärideologie (Peter-Christian Ludz) des Marxismus-Leninismus (ML) führt, leitet zur Diskussion des Begriffs des Herrschaftsdiskurses (Martin Sabrow) über: Dieser erfüllte nicht einzig die Funktion Ideologie und Ideologiebegriff in einen homogenen Diskurs zu transponieren, sondern konstruierte auch eine strategische ‚Harmonie‘ zwischen den diskursiven Elementen des Gesamtdispositivs (Markus Stauff). Abschließend soll ein Blick auf das Dispositiv der Sozialwissenschaft in der DDR darauf hinweisen, wie restriktiv im Sinne der sog. ‚revolutionären Wachsamkeit‘ mit Ergebnissen der Demoskopie verfahren wurde. Dass im Kontext der sozialwissenschaftlichen Aufarbeitung und Analyse von politischen und außerpolitischen Mentalitäten auch ein ‚abweichendes Funktionieren‘ möglich war, soll anhand der Forschungspraxis des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) angedeutet und ausführlich in Bezug auf die Entwicklung der Filmsoziologie desselben Forschungsinstituts dargestellt werden; hier konnte vom Verfasser ein großes Konvolut an Archivalien gesichtet und analysiert werden, welches interessante und in der zeithistorischen Forschung bisher

kaum berücksichtigte Einsichten in ‚resistente‘ Mentalitäten der Jugendlichen in der DDR eröffnet.

Curriculum Vitae

Sebastian Haller, geboren am 12.03.1985 in Graz
Staatsbürgerschaft: Österreich, Italien

Ausbildung

2003/06: Matura am BRG Körösi, Graz

2004/09: Studium der Theater-, Film- und Medienwissenschaften (Diplomstudium) sowie der Kunstgeschichte (Zweifach) an der Universität Wien

Praktika / Recherchetätigkeiten / wiss. Mitarbeit

2005/07: Workshop ‚Visuelle Soziologie und Dokumentarfilm‘ am Institut für Soziologie, Universität Graz

2006/08-10: Praktikum im dänischen Filminstitut, DFI; Kopenhagen/Dänemark

2006/11-2007/01: Praktikum im österreichischen Filmmuseum, ÖFM; Wien

2007/09-11: Praktikum im deutschen Bundesarchiv-Filmarchiv, BArch-FA; Berlin/Deutschland

2008/08-10: Praktikum im Filmarchiv Austria, FAA; Wien

2009/10: Teilnehmer am *Collegium* der *Giornate del cinema muto*, Pordenone/IT

2010/07-10: Rechercheaufenthalt in Berlin/Potsdam-Babelsberg

2010/10: Tutor im Zuge des *Collegiums* der *Giornate del cinema muto*, Pordenone/IT

2011/02: Rechercheaufenthalt in Berlin/Potsdam für den Vortrag ‚Abseits der Mechanismen der Herrschaftssicherung‘ (Universität Graz, März 2011)

2012/05-06: Mitarbeit am Lehrstuhl für Bildwissenschaft (Univ. Prof. Grau), Donau-Universität Krems

Publikationen / Vorträge

‚Restoring intertitles or intertitling restorations? Possibilities in the restoration, reconstruction and (re)creation of intertitles in the context of Pordenone‘. *Collegium Papers*, 2010. (Online-Publikation)

‚Abseits der Mechanismen der Herrschaftssicherung. Filmsoziologie des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) im Dienste einer kritischen DDR-Meinungsforschung.‘ (Publikation beim VS Verlag für Sozialwissenschaften in Vorbereitung)

Vortrag auf der Tagung ‚Film und Gesellschaft‘ des Instituts für Soziologie der Universität Graz, 25.-27.03.2011. Thema: ‚Abseits der Mechanismen der Herrschaftssicherung‘

Stipendien

Kurzfristiges Auslandsstipendium (KWA) der Universität Wien für das Diplomarbeitsprojekt ‚Herrschaft ohne Macht‘ für den Zeitraum Juli-Oktober 2010